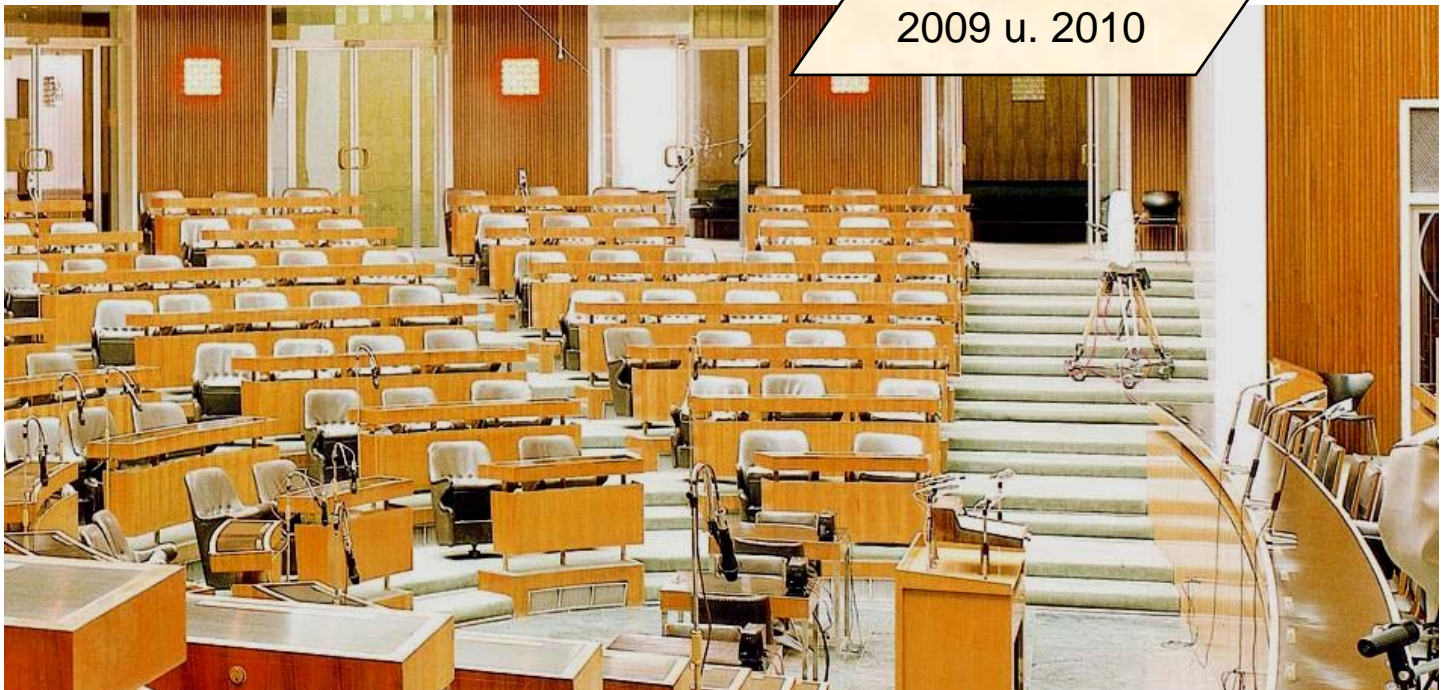




REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlamentsdirektion

GESCHÄFTSORDNUNGSGESETZ DES NATIONALRATES

idFd Novellen
2009 u. 2010



UNVEREINBARKEITSGESETZ WIEN 2010

Hinweis:

Die Gesetzestexte können von der Homepage des Parlaments in der jeweils aktuellsten Fassung kostenlos heruntergeladen werden:

www.parlament.gv.at

Die Gesetzestexte wurden der neuen Rechtschreibung angepasst
(Stand 31.07.2006).

Coverfoto:

Sitzungssaal des Nationalrates

Foto: Johanna Fiegl

Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

in der Fassung der ab 12. Februar 2010 geltenden Novellen

**mit Verfahrensordnung für parlamentarische
Untersuchungsausschüsse**

sowie

Unvereinbarkeitsgesetz

Stand: 12.Februar 2010

Herausgegeben von
der Parlamentsdirektion ©

1017 Wien - Parlament

Wien 2010

Gesamtübersicht

Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	25
1. Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates	27
2. Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse	79
3. Unvereinbarkeitsgesetz	89
Register 1 zum Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates	99
Register 2 zur Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse	183
Register 3 zum Unvereinbarkeitsgesetz	187

Inhaltsverzeichnis

1.

Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates (Geschäftsordnungsgesetz 1975)

Kundmachungen

BGBL. Nr. 410/1975 idF BGBL. Nr. 302/1979, 353/1986, 720/1988, 569/1993, 438/1996 sowie BGBL. I Nr. 131/1997, 163/1998, 29/2005, 31/2009, 11/2010 und 12/2010

Inhaltsverzeichnis (nicht Bestandteil des Gesetzestextes)

	I. Eröffnung und Bildung des Nationalrates	29
§ 1	Wahlscheine und Legitimationen	29
§ 2	Verlust des Mandates	29
§ 3	Einberufung und Zusammentritt des neugewählten Nationalrates	30
§ 4	Angelobung der Abgeordneten	30
§ 5	Wahl der Präsidenten, Schriftführer und Ordner	30
§ 6	Dauer des Amtes der Präsidenten und des Hauptausschusses; Verhinderung der gewählten Präsidenten	30
§ 7	Bildung von Klubs	30
§ 8	Präsidialkonferenz	31

II. Allgemeine Rechte und Pflichten der Abgeordneten	31
§ 9 Sitz und Stimme im Nationalrat	31
§ 10 Immunität der Abgeordneten	31
§ 11 Pflichten der Abgeordneten; Verhinderung von Abgeordneten	32
§ 12 Funktionsbezeichnungen in weiblicher Form	32
III. Aufgaben der Präsidenten, Schriftführer und Ordner	32
§ 13 Allgemeine Aufgaben des Präsidenten	32
§ 14 Hausrecht und Haushaltsführung; Parlamentsdirektion; Veröffentlichungen	33
§ 15 Vertretung des Präsidenten	33
§ 16 Aufgaben der Schriftführer	33
§ 17 Aufgaben der Ordner	33
IV. Allgemeine Rechte und Pflichten der Mitglieder der Bundesregierung, des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Rechnungshofes sowie der Mitglieder der Volksanwaltschaft	33
§ 18 Teilnahme der Mitglieder der Bundesregierung und der Staatssekretäre an den Verhandlungen	33
§ 19 Wortmeldung von Mitgliedern der Bundesregierung und Staatssekretären in den Verhandlungen	34
§ 20 Teilnahme des Präsidenten des Rechnungshofes sowie der Mitglieder der Volksanwaltschaft an den Verhandlungen; Wortmeldung derselben	34
§ 20a Teilnahme der Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission an den Verhandlungen im Ausschuss	34
§ 20b Verlangen auf Anwesenheit des Leiters eines nach Art. 20 Abs. 2 B-VG weisungsfreien Organs und dessen Befragung im Ausschuss	35

V. Gegenstände der Verhandlung	35
§ 21 Gegenstände der Verhandlung	35
§ 22 Sachliche Immunität	36
§ 23 Vervielfältigung und Verteilung von Vorlagen; Bekanntgabe in den Sitzungen des Nationalrates	36
§ 24 Vorrang von Volksbegehren	37
§ 25 Änderung und Zurückziehung von Vorlagen der Bundesregierung oder einzelner ihrer Mitglieder	37
§ 26 Selbständige Anträge von Abgeordneten	37
§ 27 Selbständige Anträge von Ausschüssen	38
§ 28 Bedeckungsvorschläge bei Selbständigen Anträgen	38
Va. Verkürztes Verfahren	38
§ 28a Verfahren ohne Ausschussvorberatung	38
§ 28b Enderledigung von Berichten durch Ausschüsse	38
VI. Bildung der Ausschüsse und Geschäftsbehandlung in deren Sitzungen	39
§ 29 Hauptausschuss	39
§ 30 Wahl des Hauptausschusses	40
§ 31 Ständiger Unterausschuss des Hauptausschusses	40
§ 31a Anträge gemäß § 29 Abs. 2 lit. a und d	40
§ 31b Mitteilungen gemäß Art. 23c Abs. 2 und 5 B-VG	40
§ 31c Verfahrensbestimmungen für EU-Hauptausschuss	41
§ 31d Verfahrensbestimmungen für EU-Hauptausschuss	42
§ 31e Verfahrensbestimmungen für EU-Hauptausschuss	42
§ 32 Wahl der Ausschüsse zur Vorberatung von Verhandlungsgegenständen; Veränderungen im Stärkeverhältnis der Klubs; Vertretung von Ausschussmitgliedern	43

§ 32a	Budgetausschuss und dessen Ständiger Unterausschuss	43
§ 32b	Ständige Unterausschüsse zur Überprüfung von Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie von nachrichtendienstlichen Maßnahmen zur Sicherung der militärischen Landesverteidigung	44
§ 32c	Auskunftserteilung durch die Bundesregierung	44
§ 32d	Einberufung und Verfahren der Ständigen Unterausschüsse gemäß § 32 b	44
§ 32e	Ständiger Unterausschuss des Rechnungshofausschusses	45
§ 33	Untersuchungsausschüsse	45
§ 34	Konstituierung der Ausschüsse, Aufgaben der Obmänner, Aussprache über aktuelle Fragen	45
§ 35	Einsetzung und Verfahren der Unterausschüsse	46
§ 35a	Berichterstattung der Unterausschüsse; Fristsetzung für die Berichterstattung an den Ausschuss	47
§ 36	Pflichten der Ausschuss(Unterausschuss)mitglieder; Erlöschen des Ausschuss(Unterausschuss)mandates	47
§ 37	Teilnahme an den Ausschuss(Unterausschuss)verhandlungen	47
§ 38	Ausschuss(Unterausschuss)protokolle	48
§ 39	Veröffentlichungen über Ausschuss (Unterausschuss)verhandlungen; auszugsweise Darstellung der Verhandlungen	48
§ 40	Erhebungen sowie Beiziehung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen; Besichtigungen an Ort und Stelle	48
§ 41	Verfahrensbestimmungen für Ausschüsse und Unterausschüsse	49
	VII. Berichterstattung der Ausschüsse	50
§ 42	Schriftliche Ausschussberichte und Minderheitsberichte sowie persönliche Stellungnahmen	50

§ 43	Fristsetzung zur Berichterstattung; kurze Debatte über einen solchen Antrag	50
§ 44	Verhandlung der Ausschussberichte im Nationalrat	51
§ 45	Mündliche Berichte über die Tätigkeit von Untersuchungsausschüssen	51
	VIII. Tagungen und Sitzungen des Nationalrates	51
§ 46	Tagungen des Nationalrates	51
§ 47	Öffentlichkeit der Sitzungen, Ausschluss derselben	52
§ 48	Beschlussfähigkeit	52
§ 49	Eröffnung der Sitzungen und Mitteilungen; Änderung der Tagesordnung	52
§ 50	Einberufung der Sitzungen; Einwendungen gegen die Tagesordnung	53
§ 51	Amtliche Protokolle	53
§ 52	Stenographische Protokolle	54
	IX. Allgemeine Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates	54
§ 53	Durchführung der Debatten, Abänderungs- und Zusatzanträge, Vertagung, Rückverweisung und Übergang zur Tagesordnung	54
§ 54	Fristsetzung bei Rückverweisung an den Ausschuss	55
§ 55	Unselbständige Entschließungsanträge	55
§ 56	Antrag auf Schluss der Debatte	56
§ 57	Redezeit	56
§ 57a	Kurze Debatten	57
§ 57b	Kollisionsnorm für Debatten	57
§ 58	Tatsächliche Berichtigung und Erwiderung auf eine solche	58
§ 59	Anträge und Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung; Debatte darüber	58

§ 60	Wortmeldungen und Reihenfolge der Debattenredner	58
§ 61	Präsident als Debattenredner	59
§ 62	Rednerplätze	59
§ 63	Redner; Schlusswort des Berichterstatters	59
§ 64	Ausübung des Stimmrechtes	59
§ 65	Reihung der Abstimmungen; Einwendungen dagegen; getrennte Abstimmung	59
§ 66	Art und Weise der Abstimmungen; namentliche und geheime Abstimmung	60
§ 67	Vertagung von Abstimmungen	61
§ 68	Teilnahme des vorsitzführenden Präsidenten an Abstimmungen; Verbot der Stimmenthaltung	61
X. Besondere Bestimmungen über die Behandlung von Gesetzesvorschlägen		61
§ 69	Gesetzesvorschläge; erste Lesung	61
§ 70	Zweite Lesung	62
§ 71	Generaldebatte	62
§ 72	Spezialdebatte	62
§ 73	General- und Spezialdebatte unter einem	63
§ 74	Dritte Lesung	63
Xa. Dringlicher Antrag		63
§ 74a	Dringlicher Antrag	63
Xb. Besondere Bestimmungen zur Erörterung von EU-Themen		64
§ 74b	Erörterung von EU-Themen	64

XI. Besondere Bestimmungen über die Behandlung anderer Verhandlungsgegenstände	64
§ 75 Selbständige Anträge, die keine Gesetzesvorschläge enthalten	65
§ 76 Vorlagen der Bundesregierung, die keine Gesetzesvorschläge enthalten	65
§ 77 Einsprüche des Bundesrates	65
§ 78 Berichte an den Nationalrat im allgemeinen	66
§ 79 Bundesrechnungsabschlüsse und Berichte des Rechnungshofes	66
§ 80 Immunitätsangelegenheiten	66
§ 81 Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung; Debatte darüber	67
XII. Beschlüsse und Wahlen	67
§ 82 Beschlusserfordernisse	67
§ 83 Beschlussausfertigungen	68
§ 84 Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss	68
§ 85 Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung	68
§ 86 Anfechtung eines Bundesgesetzes	68
§ 87 Wahlen im allgemeinen	69
§ 88 Wahlen mit Stimmzetteln	69
XIII. Anfragen	70
§ 89 Schriftliche Anfragen an den Präsidenten und die Ausschussobmänner	70
§ 90 Fragerecht zur Überprüfung der Geschäftsführung der Bundesregierung	70
§ 91 Schriftliche Anfragen an die Bundesregierung oder eines ihrer Mitglieder	70

§ 91a	Schriftliche Anfragen an den Präsidenten des Rechnungshofes	70
§ 92	Besprechung einer Anfragebeantwortung	70
§ 93	Dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage	71
§ 94	Mündliche Anfragen	71
§ 95	Zulässigkeit und Reihung von mündlichen Anfragen	72
§ 96	Verfahren in der Fragestunde	72
§ 97	Schriftliche Beantwortung mündlicher Anfragen	73
	XIIIa. Aktuelle Stunde	73
§ 97a	Aktuelle Stunde	73
	XIV. Parlamentarische Enqueten und Enquete-Kommissionen	73
§ 98	Beschluss auf Abhaltung einer Enquete bzw. Einsetzung einer Enquete-Kommission; Verfahrensbestimmungen für die Enquete-Kommission und abschließender Bericht derselben	73
§ 98a	Verfahrensbestimmungen für die Enqueten, Stenographisches Protokoll und andere Veröffentlichungen darüber	74
	XV. Prüfungsaufträge an den Rechnungshof	74
§ 99	Aufträge zur Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung	74
	XVI. Parlamentarische Petitionen und parlamentarische Bürgerinitiativen	75
§ 100	Petitionen und Bürgerinitiativen: Einbringung, Zuweisung, Vervielfältigung und Verteilung	75
§ 100a	Verfahren im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen	76
§ 100b	Besprechung des Einlaufes und spezielle	76

Verfahrensbestimmungen

§ 100c	Berichterstattung an den Nationalrat und Verhandlung im Plenum	76
---------------	--	----

§ 100d	Erteilung von Auskünften durch die Parlamentsdirektion	77
---------------	--	----

XVII. Ordnungsbestimmungen	77
-----------------------------------	----

§ 101	Ruf zur Sache	77
--------------	---------------	----

§ 102	Ruf zur Ordnung	77
--------------	-----------------	----

§ 103	Verlangen nach dem Ruf „zur Sache“ oder „zur Ordnung“ und nachträglicher Ordnungsruf	77
--------------	--	----

§ 104	Unterbrechung eines Redners durch den Präsidenten	77
--------------	---	----

§ 105	Verhandlungssprache	77
--------------	---------------------	----

§ 106	Verlangen von Mitgliedern außerhalb einer Sitzung	77
--------------	---	----

§ 107	Berechnung von Fristen	78
--------------	------------------------	----

XVIII. Schlussbestimmungen	78
-----------------------------------	----

§ 108	Änderung dieses Gesetzes	78
--------------	--------------------------	----

§ 109	In-Kraft-Treten dieses Gesetzes	78
--------------	---------------------------------	----

2.

Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (VO-UA)

Anlage zum Geschäftsordnungsgesetz 1975

Kundmachung

BGBl. I Nr. 131/1997

Inhaltsverzeichnis (nicht Bestandteil des Gesetzestextes)

1. Abschnitt

Beweisbeschluss und Vorbereitung der Sitzungen

I.	Beweisbeschluss	81
§ 1	Beweiserhebung	81
§ 2	Beweisbeschluss: Inhalt, zulässige Beweismittel	81
	Beweisbeschluss: Änderung	
 II.	 Ladung von Auskunftspersonen oder Sachverständigen	 81
§ 3	Ladungsbeschlüsse	81
	Ladung: Ausfertigung	
	Ladung: Inhalt	
	Ladung: Nichtbefolgung	
	Vorführung	
	Ordnungsstrafe	
	Auskunftsperson: Kostenersatz	
	Sachverständiger: Kostenersatz	
	öffentlich Bediensteter: Ladung	
	Beiziehung einer Person des Vertrauens	
	Auskunftsperson: schriftliche Äußerung	

Sachverständiger: schriftliche Äußerung

2. Abschnitt Sitzungen und Beweisaufnahme

III.	Öffentlichkeit von Sitzungen	81
§ 4	Öffentlichkeit: Zutritt für Medienvertreter	82
	Fernsehaufnahme: Unzulässigkeit	
	Hörfunkaufnahme: Unzulässigkeit	
	Filmaufnahme: Unzulässigkeit	
	Lichtbildaufnahme: Unzulässigkeit	
	Öffentlichkeit: Ausschluss	
IV.	Beweis durch Befragung von Auskunftspersonen	82
1.	Aussagepflicht	82
§ 5	Anhörung: Unzulässigkeit	82
§ 6	öffentlich Bediensteter: Aussagepflicht	82
§ 7	Aussageverweigerungsgründe	82
§ 8	Aussageverweigerungsrecht: Ausnahmen	83
§ 9	Auskunftsverweigerung: Glaubhaftmachung der Gründe Beugestrafe	83
2.	Befragung und Wahrheitspflicht	83
§ 10	Beweisaufnahme: Zeitplan	83
§ 11	Aussageverweigerungsgründe: Belehrung Wahrheitserinnerung zusammenhängende Erzählung Anhörung: Reihenfolge	83

	Gegenüberstellung	
§ 12	Auskunftsperson: Wahrheitserinnerung	84
	Vertrauensperson: Wahrheitserinnerung	
	Sachverständiger: Wahrheitserinnerung	
	Befragung: Vorsitzender	
	Worterteilung an Ausschussmitglieder: Reihenfolge	
§ 13	Fragen: Zulässigkeit	84
	Fangfragen	
	Suggestivfragen	
3.	Vertrauensperson	84
§ 14	Vertrauensperson: Teilnahme	84
	Vertrauensperson: Stellung	
	Vertrauensperson: Ausschluss	
V.	Beweis durch Sachverständige	84
1.	Bestellung von Sachverständigen	84
§ 15	Sachverständiger: Bestellung	84
§ 16	Sachverständiger: Ablehnung	85
§ 17	Sachverständiger: Verpflichtung	85
	Sachverständiger: Enthebung	
	Sachverständiger: Entlohnung	
§ 18	Gutachtenserstellung: Klärung von Fragen und Widersprüchen	85
VI.	Verfahrensanwalt	85
§ 19	Verfahrensanwalt: Bestellung	85
	Verfahrensanwalt: Entgelt	

§ 20	Verfahrensanwalt: Aufgaben und Rechte	85
	Rechtsverletzung: Entscheidung des Untersuchungsausschusses	
VII.	Zwangsmaßnahmen	86
§ 21	Zwangsmittel	86
§ 22	Ordnungsstrafe: Antrag und Verhängung	86
	Beugestrafe: Antrag und Verhängung	
VIII.	Protokollierung	86
§ 23	Protokollierung	86
IX.	Vertraulichkeit	86
§ 24	Vertraulichkeit	86
	Verteidigung der Mitglieder des Untersuchungsausschusses	
	Verwahrung und Übermittlung von vertraulichen Teilen des Protokolls	
	Vertraulichkeit von vorgelegten Akten	
X.	Rechtshilfe und Aktenvorlage	86
§ 25	Rechtshilfe: Verpflichtung	86
	Aktenvorlage: Verpflichtung	
 3. Abschnitt Berichterstattung		
§ 26	Berichterstattung an den Nationalrat	87
	Bericht: Inhalt	

3.

Bundesgesetz über Unvereinbarkeiten für oberste Organe und sonstige öffentliche Funktionäre (Unvereinbarkeitsgesetz 1983)

Kundmachungen

BGBI. Nr. 330/1983 (WV) idF. BGBI. Nr. 612/1983, 263/1988 sowie
BGBI. I Nr. 64/1997, 191/1999, 194/1999, 108/2005 und 2/2008

Inhaltsverzeichnis (nicht Bestandteil des Gesetzestextes)

§ 1	Geltungsbereich	91
§ 2	Ausübung von Berufen, bestimmten Funktionen und Vermögensverwaltung	91
§ 3	Unternehmen und Auftragsvergaben	91
§ 3a	Offenlegung der Vermögensverhältnisse	92
§ 4	Leitende Stellung – Verbot während der Amtstätigkeit	92
§ 5	Leitende Stellung – Ausnahmen vom Verbot	93
§ 6	Unvereinbarkeitsausschuss	93
§ 6a	Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft	93
§ 7	Beschlussfassung im Unvereinbarkeitsausschuss	94
§ 8	Leitende Stellung – Voraussetzungen in Ländern und Gemeinden (Städten mit eigenem Statut)	94
§ 9	Mandatsverlust	94

§ 10	Antragstellung auf Verlust des Amtes oder Mandates	94
§ 11	Überweisungsbetrag an Pensionsversicherungsträger	94
§ 12	Vollziehung	95
§ 13	In-Kraft-Treten	95

Register

Register 1 zum Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates	99
Register 2 zur Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse	183
Register 3 zum Unvereinbarkeitsgesetz	187

Abkürzungsverzeichnis

Abg.	= Abgeordnete
Abs.	= Absatz
amtl.	= amtlich
Art.	= Artikel
BE	= Berichterstatter
betr.	= betreffend
BGBI.	= Bundesgesetzblatt
BK	= Bundeskanzler
BM	= Bundesminister
BPräs.	= Bundespräsident
BR	= Bundesrat
BReg.	= Bundesregierung
BVG	= Bundesverfassungsgesetz
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz
bzgl.	= bezüglich
bzw.	= beziehungsweise
Deb.	= Debatte
d. h.	= das heißt
EU	= Europäische Union
gem.	= gemäß
GO	= Geschäftsordnung
GOG	= Geschäftsordnungsgesetz
HA	= Hauptausschuss
iVm	= in Verbindung mit
NR	= Nationalrat
parl.	= parlamentarisch
PDion	= Parlamentsdirektion
Präs.	= Präsident des Nationalrates
Präs. Konf.	= Präsidialkonferenz
Prot.	= Protokoll
RH	= Rechnungshof
s.	= siehe
S.	= Seite
Sten. Prot.	= Stenographisches Protokoll
TO	= Tagesordnung
UA	= Untersuchungsausschuss
VA	= Volksanwaltschaft
VfGH	= Verfassungsgerichtshof

1.

Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates (Geschäftsordnungsgesetz 1975)

in der **ab 12. Februar 2010** geltenden Fassung

Kundmachungen

BGBl. Nr. 410/1975 idF BGBl. Nr. 302/1979, 353/1986, 720/1988,
569/1993, 438/1996 sowie BGBl. I Nr. 131/1997, 163/1998,
29/2005, 31/2009, 11/2010 und 12/2010

Hinweis: Die letzten drei Novellen (BGBl. I Nr. 31/2009, 11/2010 und 12/2010) wurden in roter Schrift eingearbeitet und mittels Fußnoten gekennzeichnet.

Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates (Geschäftsordnungsgesetz 1975)

I. Eröffnung und Bildung des Nationalrates

§ 1. (1) Jedem Abgeordneten wird nach seiner Wahl oder nach seiner Berufung als Ersatzmann von der Bundeswahlbehörde ein Wahlschein ausgestellt, der in der Parlamentsdirektion zu hinterlegen ist.

(2) Die Parlamentsdirektion stellt jedem Abgeordneten, für den der Wahlschein hinterlegt ist, eine amtliche Legitimation mit seinem Lichtbild aus.

§ 2. (1) Ein Abgeordneter wird seines Mandates verlustig:

1. wenn er die Angelobung nicht in der im § 4 vorgeschriebenen Weise oder überhaupt nicht leistet oder sie unter Beschränkungen oder Vorbehalten leisten will;
2. wenn er durch 30 Tage den Eintritt in den Nationalrat verzögert hat oder 30 Tage ohne einen vom Nationalrat anerkannten triftigen Grund (§ 11 Abs. 4) von den Sitzungen des Nationalrates ausgeblieben ist und der nach Ablauf der 30 Tage an ihn öffentlich und im Nationalrat gerichteten Aufforderung des Präsidenten, binnen weiterer 30 Tage zu erscheinen oder seine Abwesenheit zu rechtfertigen, nicht Folge geleistet hat;
3. wenn er nach erfolgter Wahl die Wählbarkeit verliert;
4. in den Fällen der §§ 9 und 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330.

(2) Wird einer der im Abs. 1 Z 1 bis 3 vorgesehenen Fälle dem Präsidenten zur Kenntnis gebracht, so hat er dies dem Nationalrat bekannt zu geben, der mit einfacher Mehrheit über den im Art. 141 Abs. 1 B-VG vorgesehenen Antrag beschließt. Dieser Beschluss ist durch den Hauptausschuss vorzubereiten.

(3) Wird ein Beschluss nach Abs. 2 vom Nationalrat gefasst, so hat dessen Präsident den Antrag namens des Vertretungskörpers beim Verfassungsgerichtshof einzubringen.

(4) In den Fällen des Abs. 1 Z 4 finden die Vorschriften des § 10 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330, Anwendung.

(5) Nach Einlangen eines Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes beim Präsidenten des Nationalrates, mit dem der Verlust eines Mandates ausgesprochen wird, hat der Präsident jene Person, die durch das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes ihres Mandates für verlustig erklärt worden ist, hievon zu verständigen. Der Verlust des Mandates tritt ein mit dem auf die Zustellung des diesen Ausspruch enthaltenden Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes an den Präsidenten des Nationalrates folgenden Tag. Der Präsident hat in der nächsten Sitzung des Nationalrates das Erkenntnis bekannt zu geben.

(6) Abs. 5 gilt sinngemäß auch für den Fall, dass der Verfassungsgerichtshof einer Wahlanfechtung stattgegeben hat, weil eine nicht wählbare Person für gewählt erklärt oder einer wählbaren Person die Wählbarkeit zu Unrecht aberkannt worden ist.

(7) Im Falle des Art. 141 Abs. 2 B-VG verlieren die betroffenen Abgeordneten ihr Mandat erst mit dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Wahlscheine der bei der Wiederholungswahl gewählten Abgeordneten in der Parlamentsdirektion.

(8) Verzichtet ein Abgeordneter auf die weitere Ausübung seines Mandates, so wird dieser Verzicht mit dem Einlangen der Mitteilung der Bundeswahlbehörde hierüber beim Präsidenten des Nationalrates rechtswirksam, sofern in der Verzichtserklärung nicht ein späterer Zeitpunkt angeführt ist.

§ 3. (1) Der neugewählte Nationalrat wird vom Bundespräsidenten innerhalb dreißig Tagen nach der Wahl einberufen.

(2) Der Präsident des früheren Nationalrates eröffnet die Sitzung und führt bis zur Wahl des neuen Präsidenten den Vorsitz.

(3) Er beruft vier Abgeordnete zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer.

§ 4. (1) Über Aufforderung des Vorsitzenden haben die Abgeordneten bei Namensaufruf durch die Worte „Ich gelobe“ unverbrüchliche Treue der Republik, stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten zu geloben.

(2) Später eintretende Abgeordnete leisten die Angelobung bei ihrem Eintritt.

§ 5. (1) Nach der Angelobung wählt der Nationalrat aus seiner Mitte den Präsidenten, den Zweiten und den Dritten Präsidenten.

(2) Nach den Präsidenten werden fünf Schriftführer und mindestens drei Ordner gewählt.

(3) Alle Wahlen gelten für die ganze Gesetzgebungsperiode.

§ 6. (1) Die Präsidenten und der Hauptausschuss, an Stelle des letzteren im Falle der Auflösung des Nationalrates gemäß Art. 29 Abs. 1 B-VG der Ständige Unterausschuss des Hauptausschusses, bleiben im Amte, bis der neugewählte Nationalrat die Präsidenten und den Hauptausschuss neu gewählt hat.

(2) Wenn die gewählten Präsidenten an der Ausübung ihres Amtes verhindert oder ihre Ämter erledigt sind, führt der an Jahren älteste am Sitz des Nationalrates anwesende Abgeordnete den Vorsitz, sofern er an der Ausübung seiner Funktionen nicht gehindert ist und einer Partei angehört, die im Zeitpunkt der Verhinderung der Gewählten beziehungsweise der Erledigung der Ämter im Präsidium des Nationalrates vertreten war; dieser Abgeordnete hat den Nationalrat sofort einzuberufen und nach Eröffnung der Sitzung die Wahl von drei Vorsitzenden, welche die Funktionen der verhinderten Präsidenten übernehmen, oder im Falle der Erledigung der Ämter die Wahl des Präsidenten vornehmen zu lassen.

(3) Wenn er dieser Pflicht binnen acht Tagen, vom Eintritt der Verhinderung der Präsidenten beziehungsweise der Erledigung der Ämter an gerechnet, nicht nachkommt, gehen die vorher genannten Rechte an den nächsten jeweils ältesten Abgeordneten über, bei dem die vorstehend angeführten Voraussetzungen zutreffen.

(4) Die so gewählten Vorsitzenden bleiben im Amt, bis mindestens einer der an der Ausübung ihrer Funktionen verhinderten Präsidenten sein Amt wieder ausüben kann.

§ 7. Abgeordnete derselben wahlwerbenden Partei haben das Recht, sich in einem Klub zusammenzuschließen. Für die Anerkennung eines solchen Zusammenschlusses ist die Zahl von mindestens fünf Mitgliedern erforderlich. Abgeordnete, die nicht derselben wahlwerbenden Partei angehören, können sich in einem Klub nur mit Zustimmung des Nationalrates zusammenschließen. Die Ergebnisse der Konstituierung eines Klubs sowie Veränderungen derselben sind dem Präsidenten unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 8. (1) Die Präsidenten und die Obmänner der Klubs bilden die Präsidialkonferenz. Die Obmänner der Klubs können sich vertreten lassen.

(2) Die Präsidialkonferenz ist ein beratendes Organ. Sie erstattet insbesondere Vorschläge zur Durchführung der Arbeitspläne, zur Festlegung der Tagesordnungen und der Sitzungszeiten des Nationalrates, zur Zuweisung von Vorlagen an die Ausschüsse und zur Koordinierung der Sitzungszeiten derselben sowie bezüglich der Wahrnehmung internationaler parlamentarischer Beziehungen.

(3) Die Erlassung der Hausordnung (§ 14 Abs. 1), die Anwendung des Shapley'schen Verfahrens (§ 32 Abs. 2) sowie die Verfügungen des Präsidenten hinsichtlich der Liste der Abgeordneten (§ 14 Abs. 7), **der Anzahl der Verlangen gemäß § 28b Abs. 4**, der Redezeitbeschränkung (§ 57 Abs. 2 Z 2 und Abs. 3), der Redeordnung (§ 60 Abs. 8), des Zeitpunktes der Debatte gemäß § 81 Abs. 2 und des Entfalls der Fragestunde (§ 94 Abs. 4) bedürfen jedenfalls der vorherigen Beratung in der Präsidialkonferenz.¹

II. Allgemeine Rechte und Pflichten der Abgeordneten

§ 9. Jeder Abgeordnete, dessen Wahlschein in der Parlamentsdirektion hinterlegt ist, hat für die Dauer der jeweiligen Gesetzgebungsperiode so lange Sitz und Stimme im Nationalrat, als nicht seine Mitgliedschaft aus einem der im § 2 genannten Gründe erloschen ist.

§ 10. (1) Die Abgeordneten dürfen wegen der in Ausübung ihres Berufes geschehenen Abstimmungen niemals, wegen der in diesem Beruf gemachten mündlichen oder schriftlichen Äußerungen nur vom Nationalrat verantwortlich gemacht werden.

(2) Die Abgeordneten dürfen wegen einer strafbaren Handlung - den Fall der Ergreifung auf frischer Tat bei Verübung eines Verbrechens ausgenommen - nur mit Zustimmung des Nationalrates verhaftet werden. Desgleichen bedürfen Hausdurchsuchungen bei Abgeordneten der Zustimmung des Nationalrates.

(3) Ansonsten dürfen Abgeordnete ohne Zustimmung des Nationalrates wegen einer strafbaren Handlung nur dann behördlich verfolgt werden, wenn diese offensichtlich in keinem Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des betreffenden Abgeordneten steht. Die Behörde hat jedoch eine Entscheidung des Nationalrates über das Vorliegen eines solchen Zusammenhanges einzuholen, wenn dies der betreffende Abgeordnete oder ein Drittel der Mitglieder des mit diesen Angelegenheiten betrauten ständigen Ausschusses verlangt. Im Falle eines solchen Verlangens hat jede behördliche Verfolgungshandlung sofort zu unterbleiben oder ist eine solche abubrechen. Entscheidet der Nationalrat, dass ein Zusammenhang mit der politischen Tätigkeit des betreffenden Abgeordneten besteht, hat er gleichzeitig über seine Zustimmung zur behördlichen Verfolgung des betreffenden Abgeordneten zu beschließen.

(4) Die Zustimmung des Nationalrates gilt in allen diesen Fällen als erteilt, wenn der Nationalrat über ein entsprechendes Ersuchen der zur Verfolgung berufenen Behörde nicht innerhalb von acht Wochen entschieden hat.

(5) Im Falle der Ergreifung auf frischer Tat bei Verübung eines Verbrechens hat die Behörde dem Präsidenten des Nationalrates sogleich die geschehene Verhaftung bekannt zu geben. Wenn es der Nationalrat oder in der tagungsfreien Zeit der mit diesen Angelegenheiten betraute Ständige Ausschuss verlangt, muss die Haft aufgehoben oder die Verfolgung überhaupt unterlassen werden.

(6) Die Immunität der Abgeordneten endet mit dem Tag des Zusammentrittes des neugewählten Nationalrates, bei Organen des Nationalrates, deren Funktion über diesen Zeitpunkt hinausgeht, mit dem Erlöschen dieser Funktion.

¹idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

§ 11. (1) Jeder Abgeordnete ist verpflichtet, an den Sitzungen des Nationalrates und der Ausschüsse, in die er gewählt ist, teilzunehmen.

(2) Ist ein Abgeordneter verhindert, an einer oder mehreren aufeinander folgenden Sitzungen des Nationalrates teilzunehmen, so hat er oder der Klub, dem er angehört, dies der Parlamentsdirektion vor Beginn der Sitzung beziehungsweise der ersten von mehreren aufeinander folgenden Sitzungen mitzuteilen.

(3) Der Präsident hat am Beginn jeder Sitzung mitzuteilen, welche Abgeordneten verhindert sind.

(4) Dauert die Verhinderung jedoch 30 Tage oder länger, hat der betreffende Abgeordnete dies dem Präsidenten schriftlich unter Angabe des Grundes mitzuteilen. Ist eine solche Verhinderung nicht durch Krankheit begründet, hat der Präsident den Sachverhalt dem Nationalrat bekannt zu geben. Wird gegen die Triftigkeit des Grundes eine Einwendung erhoben, hat der Nationalrat ohne Debatte zu entscheiden, ob der Abgeordnete aufzufordern ist, unverzüglich an den Sitzungen des Nationalrates wieder teilzunehmen.

§ 12. Wenn ein weibliches Mitglied des Nationalrates in eine Funktion gemäß den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes gewählt wird, ist die geschlechtsspezifische Form der Funktionsbezeichnung zu verwenden.

III. Aufgaben der Präsidenten, Schriftführer und Ordner

§ 13. (1) Der Präsident wacht darüber, dass die Würde und die Rechte des Nationalrates gewahrt, die dem Nationalrat obliegenden Aufgaben erfüllt und die Verhandlungen mit Vermeidung jedes unnötigen Aufschubes durchgeführt werden.

(2) Er handhabt die Geschäftsordnung, achtet auf ihre Beobachtung und sorgt für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Sitzungssaale.

(3) Der Präsident eröffnet und schließt die Sitzungen, führt den Vorsitz, leitet die Verhandlung, erteilt das Wort, stellt die Fragen zur Abstimmung und spricht deren Ergebnis aus. Er ist jederzeit, insbesondere im Falle einer Störung, berechtigt, die Sitzung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zu unterbrechen. Er lässt Ruhestörer von den Galerien entfernen und diese im äußersten Falle räumen.

(4) Der Präsident führt die Zuweisungen der im § 21 Abs. 1 aufgezählten Verhandlungsgegenstände an die Ausschüsse durch. Ferner bringt er die Beschlüsse des Unvereinbarkeitsausschusses und die auf Grund dieser Beschlüsse von ihm getroffenen Maßnahmen dem Nationalrat zur Kenntnis.

(5) Zu den Aufgaben des Präsidenten zählt auch die Erstellung eines Arbeitsplanes für die Sitzungen des Nationalrates, der nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz möglichst für zwölf Monate im Voraus erstellt wird. Dabei ist in der Regel davon auszugehen, dass von jeweils vier Wochen die erste und zweite Woche für Ausschusssitzungen, die dritte für Plenarsitzungen und die vierte Woche für die Arbeit der Abgeordneten im Wahlkreis sitzungsfrei vorgesehen werden. In der Woche für Plenarsitzungen sollen in der Regel zwei bis drei Sitzungstage angesetzt werden, wobei an jedem Tag zumindest eine Plenarsitzung stattfinden soll. Die Bestimmungen des § 46 bleiben davon unberührt.

(6) Der Präsident hat das Recht der Entgegennahme wie auch der Zuteilung aller an den Nationalrat gelangenden Schriftstücke. Ihm obliegt die Vertretung des Nationalrates und seiner Ausschüsse nach außen einschließlich der Wahrnehmung internationaler parlamentarischer Beziehungen.

(7) Schriftliche Ausfertigungen, die vom Nationalrat ausgehen, sind vom Präsidenten und einem Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 14. (1) Der Präsident übt das Hausrecht in den Parlamentsgebäuden aus und erlässt nach Beratung in der Präsidialkonferenz die Hausordnung.

(2) Er erstellt im Einvernehmen mit dem Zweiten und dem Dritten Präsidenten den Voranschlag für den Nationalrat und übermittelt ihn samt Anlagen und Erläuterungen dem Bundesminister für Finanzen. Der Präsident verfügt über die den Nationalrat betreffenden finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages.

(3) Dem Präsidenten des Nationalrates stehen insbesondere auch die Ernennung der Bediensteten der Parlamentsdirektion und alle übrigen Befugnisse in Personalangelegenheiten dieser Bediensteten zu.

(4) Die Bediensteten der Parlamentsdirektion werden hinsichtlich ihrer Stellung, ihrer Pflichten und Rechte den übrigen Bundesbediensteten gleichgehalten.

(5) Bei der Vollziehung der dem Präsidenten des Nationalrates nach Art. 30 B-VG zustehenden Verwaltungsangelegenheiten ist dieser oberstes Verwaltungsorgan und übt diese Befugnisse allein aus. Die Erlassung von Verordnungen steht dem Präsidenten des Nationalrates insoweit zu, als diese ausschließlich im Art. 30 B-VG geregelte Verwaltungsangelegenheiten betreffen.

(6) Dem Präsidenten obliegt die Vorsorge für den Stenographendienst und allfällige andere Aufnahmen von den Verhandlungen (Ton- und Bildaufnahmen).

(7) Am Beginn jeder Gesetzgebungsperiode und nach größeren Veränderungen auch während einer solchen veranlasst der Präsident die Herausgabe einer Liste der Abgeordneten durch die Parlamentsdirektion. Diese Liste hat neben dem Namen des jeweiligen Abgeordneten folgende Angaben zu enthalten: in welchem Wahlkreis (Wahlkreisverband) er gewählt wurde, welchem Klub er angehört und schließlich seine Wohn- beziehungsweise Postanschrift. Die Aufnahme weiterer Angaben kann der Präsident nach Beratung in der Präsidialkonferenz verfügen.

(8) Andere Veröffentlichungen sind dem Präsidenten anheim gestellt, wobei er einen Beschluss des Nationalrates einholen kann.

§ 15. Im Falle der Verhinderung des Präsidenten vertritt ihn der Zweite beziehungsweise der Dritte Präsident. Weiters kann sich der Präsident in der Vorsitzführung (§ 13) durch den Zweiten beziehungsweise den Dritten Präsidenten vertreten lassen.

§ 16. Die Schriftführer haben den Präsidenten bei der Erfüllung seiner Obliegenheiten, insbesondere bei Verlesungen im Nationalrat und bei der Ermittlung der Ergebnisse der Abstimmungen (Stimmzählungen), zu unterstützen.

§ 17. Die Ordner unterstützen den Präsidenten bei der Leitung der Verhandlungen und bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal.

IV. Allgemeine Rechte und Pflichten der Mitglieder der Bundesregierung, des Präsidenten des Rechnungshofes sowie der Mitglieder der Volksanwaltschaft

§ 18. (1) Die Mitglieder der Bundesregierung sowie die Staatssekretäre sind berechtigt, an allen Verhandlungen des Nationalrates, seiner Ausschüsse und deren Unterausschüsse - ausgenommen jene des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses und der Untersuchungsausschüsse - teilzunehmen.

(2) Die im Abs. 1 genannten Personen sind berechtigt, zu allen Sitzungen des Nationalrates, seiner Ausschüsse und deren Unterausschüsse - ausgenommen jene des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses und der Untersuchungsausschüsse - Bedienstete der Ressorts beizuziehen, sofern nicht für einzelne Sitzungen oder Abschnitte einer Sitzung das Gegenteil beschlossen wird.

(3) Der Nationalrat sowie dessen Ausschüsse und deren Unterausschüsse können die Anwesenheit von Mitgliedern der Bundesregierung verlangen.

§ 19. (1) Die Mitglieder der Bundesregierung sowie die Staatssekretäre können in den Debatten des Nationalrates, seiner Ausschüsse und deren Unterausschüsse - ausgenommen jene des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses und der Untersuchungsausschüsse - zu einem in Verhandlung stehenden Gegenstand auch wiederholte Male, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen. Den Staatssekretären kommt dieses Recht in Abwesenheit jenes Mitgliedes der Bundesregierung zu, dem sie beigegeben sind, sowie bei dessen Anwesenheit im Einvernehmen mit diesem.

(2) Die Mitglieder der Bundesregierung sind berechtigt, in den Sitzungen des Nationalrates auch zu Gegenständen, die nicht in Verhandlung stehen, mündliche Erklärungen abzugeben. In einem solchen Falle hat das Mitglied der Bundesregierung seine diesbezügliche Absicht dem Präsidenten nach Möglichkeit vor Beginn der Sitzung bekannt zu geben. Der Präsident macht hievon dem Nationalrat Mitteilung und bestimmt, in welchem Zeitpunkt während der Sitzung die Erklärung abgegeben wird. Werden gegen diese Entscheidung des Präsidenten Einwendungen erhoben, so entscheidet der Nationalrat über den Zeitpunkt ohne Debatte.

§ 20. (1) Der Präsident des Rechnungshofes ist berechtigt, an den Verhandlungen des Nationalrates sowie seiner Ausschüsse und deren Unterausschüsse über die Berichte des Rechnungshofes, die Bundesrechnungsabschlüsse, Anträge gemäß § 99 Abs. 1 betreffend die Durchführung besonderer Akte der Gebarungüberprüfung und die den Rechnungshof betreffenden Kapitel des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes teilzunehmen.

(2) Der Präsident des Rechnungshofes ist ferner berechtigt, zu jenen Sitzungen des Nationalrates sowie seiner Ausschüsse und deren Unterausschüsse, an denen er teilnimmt, Bedienstete des Rechnungshofes beizuziehen, sofern nicht für einzelne Sitzungen oder Abschnitte einer Sitzung das Gegenteil beschlossen wird.

(3) Der Präsident des Rechnungshofes kann in den Debatten des Nationalrates sowie seiner Ausschüsse und deren Unterausschüsse zu einem der in Abs. 1 angeführten Gegenstände auch wiederholte Male, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen.

(4) Der Nationalrat sowie dessen Ausschüsse und deren Unterausschüsse können die Anwesenheit des Präsidenten des Rechnungshofes verlangen.

(5) Für die Mitglieder der Volksanwaltschaft gelten Abs. 4 sowie bei den Verhandlungen über die Berichte der Volksanwaltschaft und die die Volksanwaltschaft betreffenden Kapitel des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes Abs. 1 bis 3 sinngemäß.

§ 20a.² (1) Die Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission sind berechtigt, an den Verhandlungen über den Bericht gemäß § 4 Abs. 5 Wehrgesetz 2001 im zuständigen Ausschuss des Nationalrates teilzunehmen.

(2) Die Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission können in den Debatten gemäß Abs. 1 auch wiederholte Male, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, das Wort nehmen.

(3) Der zuständige Ausschuss kann die Anwesenheit der Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission bei Debatten gemäß Abs. 1 verlangen.

² idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

§ 20b.³ Die zuständigen Ausschüsse des Nationalrates sind befugt, die Anwesenheit des Leiters eines gemäß Art. 20 Abs. 2 B-VG weisungsfreien Organs in den Sitzungen der Ausschüsse zu verlangen und diesen zu allen Gegenständen der Geschäftsführung zu befragen.

V. Gegenstände der Verhandlung

§ 21. (1) Gegenstände der Verhandlung des Nationalrates sowie der Vorberatung seiner Ausschüsse sind folgende schriftliche Vorlagen:

Selbständige Anträge von Abgeordneten;

Vorlagen der Bundesregierung;

Berichte und Anträge des Hauptausschusses gemäß § 31d Abs. 5;

Gesetzesanträge des Bundesrates;

Volksbegehren;

Einsprüche des Bundesrates;

Stenographische Protokolle über parlamentarische Enqueten;

Gemeinsame Berichte der vom Nationalrat oder von Nationalrat und Bundesrat in internationale parlamentarische Organisationen entsendeten Delegierten sowie der an Veranstaltungen der Interparlamentarischen Union teilnehmenden Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates;

Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder gemäß § 28b Abs. 4;

Berichte des Rechnungshofes und Bundesrechnungsabschlüsse;

Berichte der Volksanwaltschaft;

Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung von Abgeordneten gemäß § 10 Abs. 2 und 3, Ersuchen um Entscheidung über das Vorliegen eines Zusammenhanges im Sinne des § 10 Abs. 3 und Mitteilungen von Behörden gemäß § 10 Abs. 5;

Anträge von Behörden gemäß Art. 63 Abs. 2 B-VG;

Ersuchen um die Ermächtigung zur Verfolgung von Personen wegen Beleidigung des Nationalrates;

Petitionen und Bürgerinitiativen.

(1a) Volksbegehren, Bürgerinitiativen, Berichte des Rechnungshofes und Bundesrechnungsabschlüsse sowie Berichte der Volksanwaltschaft, die im Nationalrat der vorangegangenen Gesetzgebungsperiode eingebracht und nicht erledigt wurden, sind Gegenstände der Verhandlung des auf die Einbringung nächst gewählten Nationalrates sowie der Vorberatung seiner Ausschüsse.⁴

³ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

⁴ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

(2) Gegenstände der Verhandlung des Nationalrates sind weiters folgende Vorlagen der Ausschüsse:

Selbständige Anträge von Ausschüssen;

Berichte von Untersuchungsausschüssen;

Berichte des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses (§ 32e Abs. 4);

Berichte des Hauptausschusses gemäß den besonderen gesetzlichen Bestimmungen.

(3) Ferner sind Gegenstände der Verhandlung des Nationalrates:

Berichte von Enquete-Kommissionen; Anfragen und Anfragebeantwortungen;

Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung;

Mitteilungen über die Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung (Art. 70 B-VG) und von Staatssekretären (Art. 78 Abs. 2 B-VG);

die Erörterung von EU-Themen gemäß § 74b Abs. 1;

Wahlen.

(4) Gegenstände der Verhandlung der Ausschüsse sind:

Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder im Sinne des § 28b Abs. 1 bis 3.

§ 22. Die im § 21 angeführten Gegenstände der Verhandlung mit Ausnahme der Petitionen und Bürgerinitiativen gelten als Bestandteile der Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Nationalrates (Art. 33 B-VG). Dasselbe gilt für die Berichte der Ausschüsse beziehungsweise die Minderheitsberichte gemäß § 42 Abs. 4 und die Stellungnahmen gemäß § 42 Abs. 5.

§ 23. (1) Nach Einlangen von Vorlagen der Bundesregierung, Gesetzesanträgen des Bundesrates, Volksbegehren, Einsprüchen des Bundesrates, Stenographischen Protokollen über parlamentarische Enqueten, Berichten von Enquete-Kommissionen, Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder, Berichten des Rechnungshofes beziehungsweise Bundesrechnungsabschlüssen, Berichten der Volksanwaltschaft sowie schriftlichen Anfragen und schriftlichen Anfragebeantwortungen verfügt der Präsident deren Vervielfältigung sowie Verteilung an die Abgeordneten. Die Vervielfältigung und Verteilung von Berichten der vom Nationalrat oder von Nationalrat und Bundesrat in internationale parlamentarische Organisationen entsendeten Delegierten sowie der an Veranstaltungen der Interparlamentarischen Union teilnehmenden Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates verfügt der Präsident nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz zu einem geeignet erscheinenden Zeitpunkt.

(2) Der Präsident kann von der Vervielfältigung von Verhandlungsgegenständen beziehungsweise von Teilen von Verhandlungsgegenständen nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz ausnahmsweise absehen, wenn dies die gebotene Rücksicht auf eine sparsame und zweckmäßige Verwaltung notwendig erscheinen lässt. Er hat jedoch in jedem dieser Fälle zu verfügen, dass die gesamte Vorlage in der Parlamentsdirektion zur Einsichtnahme aufliegt.

(3) Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung von Abgeordneten gemäß § 10 Abs. 2 und Abs. 3 erster Satz, Ersuchen um Entscheidung über das Vorliegen eines Zusammenhanges im Sinne des § 10 Abs. 3 und Mitteilungen von Behörden gemäß § 10 Abs. 5, Anträge von Behörden gemäß Art. 63 Abs. 2 B-VG, Ersuchen um die Ermächtigung zur Verfolgung von Personen wegen Beleidigung des Nationalrates sowie Zuschriften über die

Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung und von Staatssekretären werden nicht vervielfältigt und verteilt. Die Vervielfältigung und Verteilung von dem Nationalrat zu übermittelnden Vorlagen, Dokumenten, Berichten, Informationen und Mitteilungen in Zusammenhang mit Art. 23c, 23e und 23f B-VG richten sich nach § 31b, jene von Petitionen und Bürgerinitiativen nach § 100 Abs. 5.

(4) Die schriftlich eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen - mit Ausnahme der Selbständigen Anträge von Ausschüssen sowie der Berichte von Untersuchungsausschüssen und des Hauptausschusses - sind in den Sitzungen des Nationalrates mitzuteilen bzw. vorzunehmen. Dies kann auch durch einen Hinweis auf eine schriftliche, im Sitzungssaal verteilte Unterlage geschehen. Die Mitteilungen über eingelangte Verhandlungsgegenstände (§ 49 Abs. 1 oder 2) haben bei den gemäß Abs. 1 beziehungsweise § 26 Abs. 6 zu vervielfältigenden und zu verteilenden Verhandlungsgegenständen in der auf die Verteilung nächstfolgenden Sitzung, bei den im Abs. 3 aufgezählten Verhandlungsgegenständen in der auf das Einlangen folgenden Sitzung zu erfolgen.

§ 24. (1) Bei Festlegung der Tagesordnung des Nationalrates haben Volksbegehren den Vorrang vor allen übrigen Gegenständen.

(2) Die Vorberatung eines Volksbegehrens hat innerhalb eines Monats nach Zuweisung an den Ausschuss zu beginnen. Nach weiteren vier Monaten ist dem Nationalrat jedenfalls ein Bericht zu erstatten.

§ 25. Die Bundesregierung kann ihre Vorlagen bis zum Beginn der Abstimmung im Ausschuss ändern oder zurückziehen. Das gleiche gilt für Berichte der Bundesregierung bzw. ihrer Mitglieder. Nach Einlangen der diesbezüglichen Note verfügt der Präsident deren Vervielfältigung sowie Verteilung an die Abgeordneten. Überdies ist jede solche Änderung beziehungsweise Zurückziehung in der nächstfolgenden Sitzung des Nationalrates mitzuteilen (§ 49 Abs. 1 oder 2).

§ 26. (1) Jeder Abgeordnete ist berechtigt, in den Sitzungen des Nationalrates Selbständige Anträge einzubringen.

(2) Der Antrag muss mit der Formel versehen sein: „Der Nationalrat wolle beschließen“ und hat den Wortlaut des nach dem Antrage vom Nationalrat zu fassenden Beschlusses zu enthalten. Er ist dem Präsidenten schriftlich, mit der eigenhändigen Unterschrift des Antragstellers oder der Antragsteller versehen, zu übergeben. Die Eigenschaft als Antragsteller muss aus dem Antrag deutlich ersichtlich sein. Jedem Antrag sind mindestens vier Abschriften beizulegen.

(3) Der Antrag kann auch einen Vorschlag hinsichtlich der Art seiner Vorberatung enthalten.

(4) Jeder Antrag muss mit Einrechnung des Antragstellers (der Antragsteller) von mindestens fünf Abgeordneten unterstützt sein.

(5) Die Unterstützung erfolgt, wenn der Antrag nicht von fünf Abgeordneten unterfertigt ist, auf die Unterstützungsfrage des Präsidenten durch Erheben von den Sitzen.

(6) Alle Selbständigen Anträge von Abgeordneten werden, wenn sie gehörig unterstützt sind, unverzüglich vervielfältigt und an die Abgeordneten verteilt.

(7) Hat ein Ausschuss die Vorberatung eines Selbständigen Antrages von Abgeordneten nicht binnen sechs Monaten nach Zuweisung der Vorlage begonnen, so kann vom Antragsteller bzw. von den Antragstellern verlangt werden, dass die Vorberatung innerhalb von acht Wochen nach der Übergabe des Verlangens aufgenommen wird.

(8) Darüber hinaus können der Antragsteller bzw. die Antragsteller eines Selbständigen Antrages verlangen, dass der Ausschuss, dem der Antrag zugewiesen worden ist, ein Jahr

nach Zuweisung der Vorlage dem Nationalrat Bericht zu erstatten hat. Ein solches Verlangen muss innerhalb von sechs Monaten nach Zuweisung überreicht und insgesamt von fünf Abgeordneten - den Antragsteller bzw. die Antragsteller eingerechnet - unterstützt werden, wobei kein Abgeordneter mehr als zwei solcher Verlangen pro Jahr unterstützen darf.

(9) Verlangen gemäß Abs. 7 und 8 sind dem Präsidenten schriftlich zu übermitteln, der dem Nationalrat Mitteilung macht und die Verständigung des Obmannes des Ausschusses veranlasst.

(10) Berichte der Ausschüsse gemäß Abs. 8 sind auf eine der Tagesordnungen der beiden nächstfolgenden Sitzungswochen zu stellen.

(11) Der Selbständige Antrag von Abgeordneten kann vom Antragsteller (von den Antragstellern) bis zum Beginn der Abstimmung im Ausschuss zurückgezogen werden. Der Präsident verfügt die Vervielfältigung des diesbezüglichen Schreibens sowie dessen Verteilung an die Abgeordneten. Überdies ist jede solche Zurückziehung eines Antrages in der nächstfolgenden Sitzung des Nationalrates mitzuteilen (§ 49 Abs. 1 oder 2).

§ 27. (1) Jeder Ausschuss hat das Recht, Selbständige Anträge auf Erlassung von Gesetzen zu stellen, die mit dem im Ausschuss behandelten Gegenstand in inhaltlichem Zusammenhang stehen, und hierüber gemäß § 42 einen Bericht zu erstatten.

(2) Bei Vorberatung eines Entwurfes des Bundesfinanzrahmengesetzes und des Bundesfinanzgesetzes sowie eines Einspruches des Bundesrates ist die Stellung eines Selbständigen Antrages im Sinne des Abs. 1 jedoch nicht zulässig.⁵

(3) Ferner hat der Ausschuss das Recht, Selbständige Anträge auf Fassung von Beschlüssen zu stellen, die nicht die Erlassung von Gesetzen gemäß Abs. 1 betreffen, aber mit dem im Ausschuss behandelten Gegenstand in inhaltlichem Zusammenhang stehen. Handelt es sich hierbei um Entschließungsanträge oder um Anträge auf Durchführung einer Volksabstimmung gemäß Art. 43 B-VG, so werden diese dem Ausschussbericht über den Gegenstand unmittelbar angeschlossen.

§ 28. (1) Selbständige Anträge, nach welchen eine über den Bundesvoranschlag hinausgehende finanzielle Belastung des Bundes eintreten würde, müssen zugleich Vorschläge darüber enthalten, wie der Mehraufwand zu decken ist.

(2) Der Ausschuss, dem ein solcher Antrag zur Vorberatung zugewiesen worden ist, hat zu prüfen, ob der Bedeckungsvorschlag ausreichend ist.

Va. Verkürztes Verfahren

§ 28a. (1) Der Präsident kann nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz bei Vorlagen über Staatsverträge unmittelbar nach der Mitteilung über deren Einlangen gemäß § 23 Abs. 4 dem Nationalrat vorschlagen, von ihrer Zuweisung an Ausschüsse abzusehen und diese auf eine der Tagesordnungen der nächsten Sitzungen zu stellen.

(2) Wird gegen diesen Vorschlag des Präsidenten Widerspruch erhoben, so hat die Zuweisung zur Vorberatung durch Ausschüsse zu erfolgen.

§ 28b. (1) Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder werden vom Präsidenten einem Ausschuss zur Enderledigung zugewiesen.

⁵ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

(2) Bei der Debatte und Abstimmung über **Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder** wird der Öffentlichkeit nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten, unter Bevorzugung von Medienvertretern, Zutritt gewährt. Ton- und Bildaufnahmen sind zulässig.⁶

(3) Für die Debatte soll am Beginn der Sitzung ein zeitlicher Rahmen in Aussicht genommen werden. Keine Wortmeldung soll zehn Minuten übersteigen.⁷

(4) Aus wichtigen Gründen kann der Ausschuss bis zum Schluss der Debatte beschließen, den Bericht nicht endzuerledigen. Eine Vorberatung durch den Ausschuss findet auch statt, wenn ein Klub dies verlangt. Wie viele Verlangen von einem Klub eingebracht werden können, verfügt der Präsident nach Beratung in der Präsidialkonferenz, wobei jedem Klub in einem Jahr mindestens ein solches Verlangen zusteht. In diesen Fällen folgt der Vorberatung durch den Ausschuss die Debatte und Abstimmung gemäß den Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates.⁸

(5) Gemeinsam mit einem Verlangen gemäß Abs. 4 2. Satz kann der Klub auch verlangen, dass der betreffende Bericht im Rahmen der zwei auf das Verlangen nächstfolgenden Sitzungswochen im Sinne des § 13 Abs. 5 vom Nationalrat behandelt wird.⁹

VI. Bildung der Ausschüsse und Geschäftsbehandlung in deren Sitzungen

§ 29. (1) Der Nationalrat wählt aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl den Hauptausschuss.

(2) Dem Hauptausschuss obliegen insbesondere folgende Angelegenheiten:

- a) Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesregierung im Rahmen der österreichischen Mitwirkung an der Ernennung von Mitgliedern der Kommission, des Gerichtshofes, des Gerichtes erster Instanz, des Rechnungshofes und des Verwaltungsrates der Europäischen Investitionsbank gemäß Art. 23c Abs. 2 B-VG;
- b) Stellungnahme zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union gem. Art. 23e und Art. 23f B-VG;
- c) Vorberatung über einen Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung gem. Art. 49b B-VG;
- d) Herstellung des Einvernehmens mit der Bundesregierung oder einem Bundesminister über bestimmte Verordnungen, für die dies gem. Art. 55 B-VG durch Bundesgesetz festgesetzt ist;
- e) Entgegennahme von Berichten der Bundesregierung oder eines Bundesministers, soweit dies durch Bundesgesetz gem. Art. 55 B-VG vorgesehen ist;
- f) Erstattung eines Vorschlages für die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes gem. Art. 122 Abs. 4 B-VG;
- g) Erstattung eines Gesamtvorschlages für die Wahl der Mitglieder der Volksanwaltschaft gem. Art. 148g Abs. 2 B-VG;

⁶ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

⁷ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

⁸ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

⁹ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

h) Erstattung eines Gesamtvorschlages für die Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Bundesheerkommission gemäß § 4 Abs. 9 Wehrgesetz 2001.¹⁰

§ 30. (1) Die Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses wird durch Beschluss des Nationalrates festgesetzt.

(2) Die Wahl erfolgt auf Grund von Wahllisten (Wahlvorschlägen), die beim Präsidenten einzureichen sind.

(3) Von jeder Liste werden so viele Abgeordnete Mitglieder des Hauptausschusses, als dem Verhältnis der Zahlen der Abgeordneten entspricht, die die einzelnen Listen unterzeichnet haben. Jeder Abgeordnete darf nur eine Liste unterzeichnen. Für die Wahl ist zunächst die Reihenfolge des Wahlvorschlages entscheidend.

(4) Die Zuteilung der auf jede Liste entfallenden Anzahl von Mitgliedern erfolgt mittels der Wahlzahl, die wie folgt zu berechnen ist: Die Zahlen der Abgeordneten, die die einzelnen Listen unterzeichnet haben, werden, nach ihrer Größe geordnet, nebeneinander geschrieben; unter jede Summe wird die Hälfte geschrieben, darunter das Drittel, das Viertel und nach Bedarf die weiterfolgenden Teilzahlen. Als Wahlzahl gilt bei zehn zu vergebenden Ausschusssitzen die zehntgrößte, bei elf die elftgrößte, bei zwölf die zwölfgrößte usw. Zahl der so angeschriebenen Zahlen. Auf jede Liste entfallen so viele Mitglieder, als die Wahlzahl in der Zahl der Abgeordneten enthalten ist, die die betreffende Liste unterzeichnet haben.

(5) Im Falle der Verhinderung eines Ausschussmitgliedes tritt als Ersatzmann derjenige ein, welchen die Abgeordneten, die die Liste eingereicht haben, dem Präsidenten schriftlich bezeichnen.

§ 31. (1) Der Hauptausschuss wählt einen Ständigen Unterausschuss, dem die in Art. 18 Abs. 3 und Art. 55 Abs. 2 B-VG vorgesehenen Befugnisse obliegen, sowie einen Ständigen Unterausschuss, der nach Maßgabe der Vorschriften dieses Bundesgesetz für die Behandlung von Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union zuständig ist (Ständiger Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union). Die Wahlen erfolgen nach den im § 30 festgesetzten Grundsätzen; den Unterausschüssen muss jedoch jeweils mindestens ein Mitglied jeder im Hauptausschuss vertretenen Partei angehören.

(2) Für jedes Mitglied der Ständigen Unterausschüsse ist jeweils ein Ersatzmitglied zu wählen. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder der Ständigen Unterausschüsse behalten ihre Mandate so lange, bis der Hauptausschuss des Nationalrates andere Mitglieder und Ersatzmitglieder in den betreffenden Ständigen Unterausschuss gewählt hat.

§ 31a. (1) Der Hauptausschuss hat Anträge gemäß § 29 Abs. 2 lit. a und d unverzüglich in Verhandlung zu nehmen. Wenn über sie zwischen der Bundesregierung (dem Bundesminister) und dem Hauptausschuss Einvernehmen erzielt wird, hat der zuständige Bundesminister die vereinbarte Neuregelung unter Hinweis auf die Zustimmung des Hauptausschusses kundzumachen.

§ 31b. (1) Mitteilungen der Bundesregierung gem. Art. 23c Abs. 2 letzter Satz und Art. 23c Abs. 5 B-VG sind an alle Mitglieder des Nationalrates zu verteilen.

(2) Vorlagen, Dokumente, Berichte, Informationen und Mitteilungen zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union gem. Art. 23e Abs. 1 B-VG sind in zwei Exemplaren oder in gleichwertiger Weise auf elektronischem Weg an die Klubs zu verteilen. Sie liegen für die Mitglieder des Nationalrates in der Parlamentsdirektion zur Einsicht auf, wenn dies die Geheimhaltungsvorschriften der Europäischen Union zulassen.

¹⁰ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

(3) Wird ein Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union gem. Art. 23e und 23f B-VG auf die Tagesordnung des Hauptausschusses gesetzt, sind die darauf Bezug habenden Unterlagen (Abs. 2) an die Mitglieder des Hauptausschusses zu verteilen.

(4) Berichte des zuständigen Bundesministers gem. Art. 23e Abs. 4 B-VG sind an alle Mitglieder des Nationalrates zu verteilen.

§ 31c. (1) Vorhaben der Europäischen Union gemäß Art. 23e und 23f B-VG (§ 29 Abs. 2 lit. b), über die die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung den Nationalrat zu unterrichten haben, Berichte des zuständigen Mitgliedes der Bundesregierung gemäß Art. 23e Abs. 4, wenn eine Stellungnahme nach Art. 23e Abs. 2 abgegeben wurde, sowie alle von Organen der Europäischen Union den nationalen Parlamenten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union direkt zugeleiteten Dokumente zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union sind Gegenstand der Verhandlung des Hauptausschusses.

(2) Abgesehen von § 34 Abs. 4 ist ein Vorhaben der Europäischen Union gem. Art. 23e und 23f B-VG bzw. ein Bericht gem. Art. 23e Abs. 4 B-VG auf die Tagesordnung eines Hauptausschusses zu setzen, wenn dies

1. das zuständige Mitglied der Bundesregierung verlangt oder
2. ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates verlangt oder
3. ein Mitglied des Hauptausschusses bis längstens 48 Stunden vor einer Sitzung verlangt und das Vorhaben voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Rates der Europäischen Union beschlossen werden wird, wobei Abgeordnete desselben Klubs nur ein solches Verlangen stellen können.

(3) Auf Beschluss des Hauptausschusses kann der Vorsitzende zu Beginn und während der Sitzung eine Umstellung der Gegenstände der Tagesordnung vornehmen.

(4) Die Beratungen des Hauptausschusses über Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union sind vertraulich, wenn Vorschriften der Europäischen Union betreffend die Geheimhaltung von solchen Vorhaben bzw. von Unterlagen, die sich darauf beziehen, dies erfordern.

(5) Verhandlungen des Hauptausschusses über Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union sind unbeschadet des Abs. 4 im Sinne des § 47 Abs. 1 öffentlich. Ton- und Bildaufnahmen sind zulässig. Auf Antrag eines Abgeordneten kann aus wichtigen Gründen – auch für Teile der Beratung – die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.¹¹

(6) Über die Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union ist eine auszugsweise Darstellung zu verfassen, sofern der Ausschuss nichts anderes beschließt. Auszugsweise Darstellungen über öffentliche Teile von Verhandlungen sind als Beilage zu den Stenographischen Protokollen herauszugeben.

(7) Die in Österreich gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments sind berechtigt, bei den Verhandlungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union mit beratender Stimme anwesend zu sein.

(8) Ein Mitglied des Hauptausschusses kann sich bei der Verhandlung in Angelegenheiten der Europäischen Union durch einen anderen Abgeordneten desselben Klubs nach schriftlicher Meldung beim Obmann vertreten lassen.

(9) Die Redezeit der Abgeordneten und der in Österreich gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments wird auf Vorschlag des Obmannes am Beginn der Sitzung mit

¹¹ idF Novelle BGBl. I Nr. 12/2010

Beschluss festgelegt. Dabei ist auf die Stärke der in diesem Ausschuss vertretenen Klubs unter Berücksichtigung der Anzahl der in Österreich gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie unter Berücksichtigung jener in Österreich gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments, die keinem bzw. keinem in diesem Ausschuss vertretenen Klub angehören, abzustellen.¹²

§ 31d. (1) Der Hauptausschuss kann

1. zu Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union auch wiederholt Stellungnahmen gem. Art. 23e Abs. 1 B-VG abgeben,
2. einer beabsichtigten Abweichung durch das zuständige Mitglied der Bundesregierung gem. Art. 23e Abs. 3 B-VG widersprechen, wenn der in Vorbereitung befindliche Rechtsakt eine Änderung des geltenden Bundesverfassungsrechts bedeuten würde.
3. Berichte des zuständigen Mitgliedes der Bundesregierung über die Abweichung von einer Stellungnahme des Nationalrates zur Kenntnis nehmen oder die Kenntnisnahme verweigern.

(2) Vor Eingang in die Debatte über ein Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union kann der Obmann dem zuständigen Bundesminister bzw. einem von diesem entsandten Angehörigen des Ressorts das Wort zu einem einleitenden Bericht über das Vorhaben und die Haltung des zuständigen Bundesministers zu dem Vorhaben erteilen.

(3) Nach Eröffnung der Debatte kann jedes Mitglied des Hauptausschusses schriftlich Anträge auf Beschlüsse im Sinne des Abs. 1 einbringen. Anträge auf Stellungnahmen haben Ausführungen darüber zu enthalten, ob das Vorhaben durch Bundesgesetz oder Bundesverfassungsgesetz umzusetzen ist oder auf die Erlassung eines unmittelbar anwendbaren Rechtsakt gerichtet ist, der Angelegenheiten betrifft, die durch Bundesgesetz oder Bundesverfassungsgesetz umzusetzen wären.

(4) Der Präsident des Nationalrates hat Stellungnahmen und andere Beschlüsse des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union unverzüglich an den Bundeskanzler, den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten und das zuständige Mitglied der Bundesregierung zu übermitteln. Wenn der Hauptausschuss nichts anderes beschließt, sind Stellungnahmen und Beschlüsse weiters an den Präsidenten des Bundesrates, alle Mitglieder des Nationalrates sowie die österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu verteilen.

(5) Der Hauptausschuss kann beschließen, dass ein Vorhaben oder ein Bericht in Angelegenheiten der Europäischen Union vom Nationalrat verhandelt wird. In diesem Fall hat der Hauptausschuss einen Bericht zu erstatten, der Anträge gem. Abs. 1 sowie Anträge gem. § 27 Abs. 1 und 3 enthalten kann. Der Bericht und darin enthaltene Anträge sind Gegenstand der Verhandlungen des Nationalrates.

(6) Der Hauptausschuss kann beschließen, auf welche Weise eine neuerliche Befassung des Hauptausschusses durch das zuständige Mitglied der Bundesregierung, das von einer Stellungnahme des Nationalrates gem. Art. 23e Abs. 3 abweichen will, zu erfolgen hat. Hiebei kann der Hauptausschuss auch die Befassung des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union bzw. die Konsultierung des Komitees gemäß § 31e Abs. 3 beschließen.

§ 31e. (1) Der Hauptausschuss kann Aufgaben in Angelegenheiten der Europäischen Union gem. Art. 23e und 23f B-VG dem Ständigen Unterausschuss in Angelegenheiten der

¹² idF Novelle BGBl. I Nr. 12/2010

Europäischen Union übertragen. Der Hauptausschuss kann auch im Einzelfall beschließen, übertragene Aufgaben wieder an sich zu ziehen.

(2) Im Rahmen der übertragenen Aufgaben gelten für den Ständigen Unterausschuss in Angelegenheiten der Europäischen Union die für den Hauptausschuss geltenden Vorschriften mit Ausnahme des § 31d Abs. 5.

(3) Wenn keine neuerliche Befassung des Nationalrates im Sinne des Art. 23e Abs. 3 B-VG erforderlich ist, können Aufgaben des Ständigen Unterausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union auch von einem Komitee wahrgenommen werden, dem der Vorsitzende (oder ein Vertreter) des Ständigen Unterausschusses als Vorsitzender und ein von jedem Klub namhaft gemachtes Mitglied angehört. Beschlüsse können nicht gefasst werden. Nach Beendigung der Beratungen teilt der Vorsitzende die Meinungen der Mitglieder des Komitees dem Präsidenten des Nationalrates mit, der sie dem österreichischen Vertreter im Rat der Europäischen Union übermittelt.

§ 32. (1) Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände werden Ausschüsse gewählt. Der Nationalrat setzt die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder jedes zu wählenden Ausschusses fest. Die Mitglieder und Ersatzmitglieder werden auf die Klubs im Verhältnis der Zahl der ihnen angehörenden Abgeordneten nach den im § 30 festgelegten Grundsätzen verteilt. Die Klubs machen die auf sie entfallenden Ausschuss- und Ersatzmitglieder dem Präsidenten namhaft; diese gelten damit als gewählt. Sobald dem Präsidenten mitgeteilte Veränderungen im Stärkeverhältnis der Klubs es erfordern, hat der Nationalrat innerhalb einer Woche nach Einlangen der Mitteilung beim Präsidenten oder falls während dieses Zeitraums keine Sitzungen stattfinden - spätestens in der auf die Mitteilung zweitfolgenden Sitzung eine Neuwahl der bestehenden Ausschüsse durchzuführen. Bis zur Konstituierung der neugewählten Ausschüsse führen die bestehenden Ausschüsse ihre Geschäfte in der bisherigen Zusammensetzung weiter. Die Ausschussverhandlungen während einer Gesetzgebungsperiode erfahren durch eine solche Neuwahl keine Unterbrechung.

(2) Abweichend von den Bestimmungen des Abs. 1 kann der Nationalrat nach Beratung in der Präsidialkonferenz auf Vorschlag des Präsidenten beschließen, dass die Zusammensetzung von Ausschüssen in der Weise vorgenommen wird, dass bei der Verteilung der Mitglieder und Ersatzmitglieder auf die Klubs von den im § 30 festgelegten Grundsätzen abgewichen wird, sofern die Mehrheitsbildungsverhältnisse im Ausschuss die Mehrheitsbildungsverhältnisse im Plenum widerspiegeln.

(3) Ist ein Ausschussmitglied verhindert, so wird es durch ein gewähltes Ersatzmitglied desselben Klubs vertreten.

(4) Ein verhindertes Ausschussmitglied kann statt durch ein Ersatzmitglied auch durch einen anderen Abgeordneten desselben Klubs nach schriftlicher Meldung beim Obmann des Ausschusses vertreten werden.

§ 32a. (1) Dem insbesondere mit der Vorberatung des Bundesfinanzrahmengesetzes sowie des Bundesfinanzgesetzes betrauten Ausschuss obliegt auch die Mitwirkung an der Haushaltsführung gemäß Art. 51b und 51c Abs. 2 B-VG sowie die Vorberatung der Bundesrechnungsabschlüsse; er kann – bis auf Widerruf – bestimmte Aufgaben einem gemäß § 31 gewählten Ständigen Unterausschuss übertragen, dem auch die Mitwirkung an der Haushaltsführung gemäß Art. 51b und 51c Abs. 2 B-VG obliegt, wenn der Nationalrat vom Bundespräsidenten nach Art. 29 Abs. 1 B-VG aufgelöst wird.¹³

(2) Die Verhandlungen des Ständigen Unterausschusses sind, soweit er nicht anderes beschließt, vertraulich.

¹³ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

(3) Der Ausschuss beziehungsweise sein Ständiger Unterausschuss sind auch außerhalb der Tagungen des Nationalrates (§ 46) einzuberufen, wenn sich die Notwendigkeit hiezu ergibt.

(4) Vorlagen im Sinne des Art. 51b und 51c Abs. 2 B-VG hat der Präsident unmittelbar dem Ausschuss beziehungsweise dem Ständigen Unterausschuss zuzuweisen. Die Frist gemäß Art. 51b Abs. 2 letzter Satz B-VG beginnt mit der Zuweisung des Verhandlungsgegenstandes.

(5) Bei Vorberatung eines Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes kann jeder in der Sitzung des Budgetausschusses stimmberechtigte Abgeordnete an die anwesenden Mitglieder der Bundesregierung kurze und konkrete schriftliche Anfragen stellen, die mit dem Verhandlungsgegenstand in inhaltlichem Zusammenhang stehen. Diese sind vom Obmann bekannt zu geben und dem Amtlichen Protokoll in Kopie beizulegen. Der Befragte hat jedenfalls jedem Fragesteller bis zu fünf Anfragen innerhalb von vier Arbeitstagen nach Übergabe der Anfragen schriftlich zu beantworten. Ist dem Befragten eine Erteilung der gewünschten Auskunft nicht möglich, so hat er dies in der Beantwortung zu begründen. Nach Einlangen der schriftlichen Beantwortung beim Präsidenten verfügt dieser die Vervielfältigung sowie die Verteilung an den Fragesteller, die Mitglieder des Budgetausschusses sowie an alle parlamentarischen Klubs.

§ 32b. (1) Zur Überprüfung von Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie von nachrichtendienstlichen Maßnahmen zur Sicherung der militärischen Landesverteidigung wählen die zuständigen Ausschüsse des Nationalrates je einen Ständigen Unterausschuss. Jedem Unterausschuss muss mindestens ein Mitglied jeder im Hauptausschuss des Nationalrates vertretenen Partei angehören.

(2) Die Mitglieder der Ständigen Unterausschüsse behalten ihre Funktion so lange, bis die zuständigen Ausschüsse andere Mitglieder gewählt haben oder bis ein anderes Mitglied gemäß § 36 Abs. 2 namhaft gemacht wurde.

§ 32c. (1) Jedes Mitglied des Ständigen Unterausschusses im Sinne des § 32b kann vom zuständigen Mitglied der Bundesregierung im Zuge einer Sitzung des Unterausschusses einschlägige Auskünfte verlangen. Das Verlangen auf Einsicht in Unterlagen bedarf eines Beschlusses des Unterausschusses.

(2) Eine Verpflichtung zur Erteilung einschlägiger Auskünfte oder zur Gewährung der Einsicht in Unterlagen besteht nicht, wenn dies dem befragten Mitglied der Bundesregierung nicht möglich ist oder wenn dadurch nationale Interessen oder die Sicherheit von Personen gefährdet werden könnten.

§ 32d. (1) Für die Ständigen Unterausschüsse gemäß § 32b gelten die Bestimmungen über Organisation und Verfahren der Unterausschüsse, sofern in den folgenden Absätzen nicht anderes normiert wird.

(2) Die Unterausschüsse sind vom Vorsitzenden grundsätzlich einmal im Vierteljahr einzuberufen. Darüber hinaus ist eine Sitzung des betreffenden Unterausschusses vom Vorsitzenden so einzuberufen, dass dieser binnen zwei Wochen zusammentreten kann, wenn dies von einem Viertel seiner Mitglieder oder vom zuständigen Mitglied der Bundesregierung verlangt wird.

(3) Die Unterausschüsse können auch außerhalb der Tagungen zusammentreten, wenn sich die Notwendigkeit hiezu ergibt.

(4) Die Sitzungen der Unterausschüsse sind, sofern nicht anderes beschlossen wird, vertraulich. Die Mitglieder des Unterausschusses sind vom Präsidenten des Nationalrates auf Wahrung der Vertraulichkeit zu vereidigen.

(5) Über die Teilnahme von Personen, die nicht dem Unterausschuss als Mitglieder angehören oder deren Teilnahme sich nicht aus Art. 75 B-VG ergibt, entscheidet für jede Sitzung der Unterausschuss durch Beschluss. Über das Ausmaß der Protokollierung einer

Ausschusssitzung entscheidet der Obmann. Das Protokoll ist vom Obmann und einem Schriftführer zu unterfertigen. Der Präsident des Nationalrates hat für eine sichere Verwahrung der Protokolle zu sorgen.

§ 32e. (1) Der Rechnungshofausschuss (§ 79 Abs. 2) wählt einen Ständigen Unterausschuss, welchem mindestens ein Mitglied jeder im Hauptausschuss vertretenen Partei angehören muss.

(2) Der Nationalrat kann auf Grund eines Antrages, der von fünf Abgeordneten unterstützt sein muss, beschließen, diesem Unterausschuss den Auftrag zu erteilen, einen bestimmten Vorgang im Sinne des § 99 Abs. 2 zu prüfen. Einem solchen Beschluss ist ein Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Nationalrates unter den im Abs. 3 genannten Voraussetzungen gleichzuhalten.

(3) Ein Verlangen gemäß Abs. 2 letzter Satz ist unzulässig, wenn zu diesem Gegenstand bereits ein Prüfungsverfahren beim Rechnungshof anhängig ist. Darüber hinaus darf ein solches Verlangen nicht gestellt werden, solange noch ein früheres Verlangen in Durchführung begriffen ist. Werden mehrere Verlangen von Abgeordneten verschiedener Klubs gestellt, hat der Präsident auf angemessene Abwechslung zu achten.

(4) Der Unterausschuss hat innerhalb von vier Wochen nach Fassung eines Beschlusses gemäß Abs. 2 erster Satz oder nach Einlangen eines Verlangens gemäß Abs. 2 zweiter Satz beim Präsidenten des Nationalrates die Beratung aufzunehmen und innerhalb von weiteren sechs Monaten einen Bericht an den Rechnungshofausschuss zu erstatten. Der Rechnungshofausschuss kann beschließen, diesen Bericht als Verhandlungsgegenstand dem Nationalrat vorzulegen.

(5) Für diesen Unterausschuss gelten die Bestimmungen über Organisation und Verfahren der Unterausschüsse sowie die Bestimmungen des § 32b Abs. 2.

§ 33. (1) Der Nationalrat kann auf Grund eines Antrages zur Geschäftsbehandlung den Beschluss auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses fassen. Ein solcher Antrag ist dem Präsidenten schriftlich zu überreichen und hat den Gegenstand der Untersuchung, den Untersuchungsauftrag sowie die Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses zu enthalten. Jedem Untersuchungsausschuss muss jedoch mindestens ein Mitglied jeder im Hauptausschuss vertretenen Partei angehören.

(2) Die Debatte – falls fünf Abgeordnete, der beziehungsweise die Antragsteller eingeschlossen, eine solche verlangen oder der Nationalrat sie beschließt – und Abstimmung über den Antrag erfolgen nach Erledigung der Tagesordnung. Die Debatte richtet sich nach den §§ 57a und 57b. Von Abgeordneten, die demselben Klub angehören, kann nur ein solches Verlangen pro Sitzungswoche eingebracht werden. Wird ein solches Verlangen von Abgeordneten mehrerer Klubs unterstützt, ist es dem Klub, dem der Erstunterzeichner angehört, anzurechnen. Gehört dieser keinem Klub an, gilt diese Bestimmung hinsichtlich des Zweitunterzeichners und so weiter. Wenn ein Fünftel der Abgeordneten dies schriftlich verlangt, ist die Abstimmung an den Beginn der nächsten Sitzung zu verlegen.

(3) Für das Verfahren des Untersuchungsausschusses gilt die „Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse“, die als Anlage zu diesem Bundesgesetz einen Bestandteil desselben bildet. Sofern diese Verfahrensordnung nicht anderes bestimmt, kommen für das Verfahren die Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes zur Anwendung.

§ 34. (1) Zur Konstituierung wird der Ausschuss vom Präsidenten des Nationalrates einberufen.

(2) Jeder Ausschuss wählt einen Obmann und so viele Obmannstellvertreter und Schriftführer, wie für notwendig erachtet werden. Bei Verhinderung der Schriftführer ist vom Ausschuss ein Schriftführer für die betreffende Sitzung zu wählen.

(3) Bis zur Wahl des Obmannes führt der Präsident des Nationalrates den Vorsitz.

(4) Der Obmann beruft den Ausschuss zu seinen Sitzungen ein; er eröffnet und schließt die Sitzungen, handhabt die Geschäftsordnung und achtet auf deren Beobachtung; er sorgt für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während der Sitzung und ist auch berechtigt, die Sitzung zu unterbrechen.

(5) Der Obmann hat das Recht, auf die Tagesordnung einer Sitzung den Punkt „Ausprache über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses“ zu stellen. Er ist dazu verpflichtet, wenn vor Eingang in die Tagesordnung

1. der Ausschuss dies beschließt oder

2. eine solche Ausprache von einem Mitglied des Ausschusses verlangt wird und seit mehr als sechs Monaten nicht stattgefunden hat.

Die Erörterung einer anhängigen Gebarungüberprüfung im Rechnungshofausschuss (§ 79 Abs. 2) ist unzulässig. In der Ausprache können nur Anträge zur Geschäftsbehandlung gestellt werden. Der Obmann hat das Recht, die Ausprache nach einer ausreichenden Erörterung für beendet zu erklären.

§ 35. (1) Ein Ausschuss kann zur Vorbehandlung ihm zugewiesener Gegenstände einen Unterausschuss einsetzen oder damit einen bereits bestehenden Unterausschuss betrauen. Untersuchungsausschüsse können Unterausschüsse lediglich zur Abfassung des Berichtsentwurfes einsetzen.

(2) Dem Unterausschuss kommt beratender Charakter zu; Mehrheitsbeschlüsse sind lediglich über Anträge zur Geschäftsbehandlung zulässig.

(3) Zur Konstituierung wird der Unterausschuss vom Obmann des Ausschusses einberufen. Jeder Unterausschuss wählt einen Obmann und so viele Obmannstellvertreter und Schriftführer, wie für notwendig erachtet werden. Bis zur Wahl des Unterausschussobmannes führt der Ausschussobmann den Vorsitz.

(4) Der Obmann des Unterausschusses beruft diesen zu seinen Sitzungen ein und leitet die Verhandlungen im Sinne des § 34 Abs. 4. Hierbei sind auch die Bestimmungen des § 41 mit Ausnahme der Abs. 2 bis 4 sinngemäß anzuwenden.

(5) Auf Vorschlag des Obmannes beschließt der Unterausschuss:

1. ob die Verhandlung über mehrere ihm zur Vorbehandlung übertragene Gegenstände gemeinsam oder getrennt durchzuführen ist;

2. im Falle der gemeinsamen Verhandlung, welcher von mehreren Gesamtanträgen dieser zugrunde zu legen ist;

3. ob die Debatte unter einem, in Teilen oder getrennt in General- und Spezialdebatte durchgeführt wird.

(6) Ein verhindertes Unterausschussmitglied kann durch einen anderen Abgeordneten desselben Klubs nach schriftlicher Meldung beim Vorsitzenden des Unterausschusses vertreten werden. Bei Verhinderung der Schriftführer ist vom Unterausschuss ein interimistischer Schriftführer für eine Sitzung zu wählen.

(7) Die Verhandlungen des Unterausschusses sind, soweit er nicht anderes beschließt, vertraulich. Für die Verhandlungen der Unterausschüsse gelten die §§ 32 Abs. 1 vorletzter und letzter Satz, 36, 37, mit Ausnahme des Abs. 4, und die §§ 38 bis 40 sinngemäß.

§ 35a. (1) Der Unterausschuss hat dem Ausschuss über das Ergebnis seiner Verhandlungen entweder durch seinen Obmann oder durch einen gewählten Berichterstatter mündlich oder schriftlich zu berichten.

(2) Auch wenn nicht über alle Teile eines Entwurfes Einvernehmen erzielt wurde, kann der Obmann oder der gewählte Berichterstatter auf Grund eines Beschlusses des Unterausschusses dem Ausschuss eine Neufassung des gesamten Textes vorlegen, wobei jene Teile, über die kein Einvernehmen erzielt wurde, ersichtlich zu machen sind.

(3) Dem Unterausschuss kann vom Ausschuss jederzeit, auch während der Verhandlung über den Gegenstand im Unterausschuss, eine Frist zur Berichterstattung gesetzt werden. Hiebei sind die §§ 43 Abs. 2 sowie 44 Abs. 3 sinngemäß anzuwenden.

§ 36. (1) Die Ausschussmitglieder sind verpflichtet, an den Sitzungen und Arbeiten des Ausschusses teilzunehmen.

(2) Das Ausschussmandat erlischt, wenn das Mitglied es zurücklegt, wenn es dem Klub, der es namhaft gemacht hat, nicht mehr angehört, wenn der Klub ein anderes Mitglied an seiner Stelle namhaft gemacht hat, endlich wenn im Sinne des § 32 Abs. 1 eine allgemeine Neuwahl des Ausschusses durchgeführt worden ist.

(3) Das Erlöschen des Ausschussmandates wird außer im Falle des § 32 Abs. 1 mit dem Einlangen der diesbezüglichen Mitteilung beim Präsidenten des Nationalrates wirksam. Dieser hat hievon dem Obmann des Ausschusses Mitteilung zu machen und erforderlichenfalls die Nominierung eines neuen Mitgliedes zu veranlassen.

§ 37. (1) Der Präsident des Nationalrates ist berechtigt, den Verhandlungen auch jener Ausschüsse, denen er nicht als Mitglied angehört, mit beratender Stimme beizuwohnen. Andere Abgeordnete dürfen als Zuhörer anwesend sein.

(2) Es steht den Ausschüssen frei, auch andere Abgeordnete zur Teilnahme an Sitzungen mit beratender Stimme beizuziehen.

(3) Die Ausschüsse sind verpflichtet, jenen Teilen ihrer Sitzungen, die der Vorberatung eines Volksbegehrens dienen, den Bevollmächtigten im Sinne des Volksbegehrensgesetzes 1973 sowie zwei weitere, von diesem zu nominierende Stellvertreter gemäß § 3 Abs. 3 Z 3 Volksbegehrensgesetz 1973 beizuziehen.

(3a) Sollte ein Ausschuss, dem ein Volksbegehren zugewiesen wurde, eine Generaldebatte oder eine umfangreiche Erörterung des Volksbegehrens unter Beiziehung von Sachverständigen oder Auskunftspersonen abhalten, so finden diese öffentlich im Sinne des § 28b Abs. 2 statt. Ton- und Bildaufnahmen sind zulässig.

(4) Die Bundesräte sind berechtigt, bei den Verhandlungen der Ausschüsse als Zuhörer anwesend zu sein.

(5) Personen, die weder gemäß Abs. 1 bis 4 noch nach § 18 Abs. 1 oder 20 Abs. 1 und 5 zur Teilnahme an einer Sitzung des Ausschusses berechtigt sind, dürfen nur auf Grund einer Genehmigung (Weisung) des Präsidenten des Nationalrates oder des weisungsberechtigten Mitgliedes der Bundesregierung, Präsidenten des Rechnungshofes oder Vorsitzenden der Volksanwaltschaft anwesend sein.

(6) Jeder Ausschuss kann von Sitzungen oder Teilen einer Sitzung alle Personen ausschließen, die weder dem Nationalrat angehören noch gemäß den §§ 18 Abs. 1 und 20 Abs. 1 und 5 zur Teilnahme an den Verhandlungen berechtigt sind.

(7) Die Ausschüsse können beschließen, dass und inwieweit ihre Verhandlungen sowie die von ihnen gefassten Beschlüsse vertraulich sind. Von vertraulich geführten Verhandlungen kann der Ausschuss weiters auch die Abgeordneten, die in der betreffenden Sitzung nicht

stimmberechtigt sind, ausschließen; zu einem solchen Beschluss ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

(8) Die Präsidenten des Nationalrates können niemals von der Sitzung eines Ausschusses ausgeschlossen werden.

(9) Die Ausschüsse können bei der Vorberatung von bedeutsamen Gesetzentwürfen und Staatsverträgen beschließen, die Anhörung von Sachverständigen und Auskunftspersonen öffentlich im Sinne des § 28b Abs. 2 abzuhalten. Ton- und Bildaufnahmen sind zulässig.

§ 38. (1) Über jede Sitzung eines Ausschusses ist ein Amtliches Protokoll zu führen, das, vom Obmann und einem Schriftführer unterfertigt, in der Parlamentsdirektion zu hinterlegen ist. Die Protokollführung wird durch Bedienstete der Parlamentsdirektion besorgt; die Ausschüsse können beschließen, einen Schriftführer mit der Führung des Protokolls zu betrauen.

(2) Das Protokoll hat zu verzeichnen: die in Verhandlung genommenen Gegenstände, alle im Verlaufe der Sitzung gestellten Anträge, die Art ihrer Erledigung, das Ergebnis der Abstimmungen und die gefassten Beschlüsse.

(3) Dem Protokoll sind die Anwesenheitsliste sowie allfällige schriftliche Meldungen über die Vertretung eines verhinderten Ausschussmitgliedes durch einen anderen Abgeordneten als ein Ersatzmitglied anzuschließen. Ferner sind Schriftstücke, die der Obmann in der Sitzung des Ausschusses den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht hat, entweder im Original oder in Abschrift dem Protokoll beizulegen.

(4) Ein Protokoll gilt als genehmigt, wenn gegen seine Fassung an dem der Ausschusssitzung folgenden Arbeitstag keine Einwendungen erhoben wurden. Über allfällige Einwendungen entscheidet der Obmann.

§ 39. (1) Der Präsident des Nationalrates veranlasst die Verlautbarungen über die Tätigkeit der Ausschüsse. Die Ausschüsse können der Parlamentsdirektion jedoch auch vom Obmann und einem Schriftführer gefertigte Texte (Kommunikés) zur Veröffentlichung übergeben.

(2) Der Obmann eines Ausschusses kann bei Vorliegen besonderer Umstände den Präsidenten ersuchen, durch den Stenographendienst eine auszugsweise Darstellung der Verhandlungen abfassen zu lassen, die **unmittelbar nach ihrer Fertigstellung** dem Amtlichen Protokoll der Sitzung beizufügen ist. In eine solche Verhandlungsschrift sind insbesondere auch von Sitzungsteilnehmern schriftlich übergebene Erklärungen aufzunehmen.¹⁴

(3) Auf Beschluss des Ausschusses veranlasst der Präsident die Veröffentlichung einer solchen Verhandlungsschrift.

§ 40. (1) Die Ausschüsse haben das Recht, durch den Präsidenten die Mitglieder der Bundesregierung um die Einleitung von Erhebungen zu ersuchen oder Sachverständige oder andere Auskunftspersonen zur mündlichen oder schriftlichen Äußerung einzuladen; sind mit dieser Einladung Kosten verbunden, so ist die Zustimmung des Präsidenten erforderlich.

(2) Leistet ein Sachverständiger oder eine andere Auskunftsperson der Ladung nicht Folge, so kann die Vorführung durch die politische Behörde veranlasst werden.

(3) Sachverständigen oder Auskunftspersonen, die zur mündlichen Äußerung vor einen Ausschuss geladen wurden und zu diesem Zweck von ihrem Wohn- beziehungsweise Dienstort an den Sitz des Nationalrates reisen müssen, gebührt ein Ersatz der notwendigen Kosten. Die Parlamentsdirektion hat bei Nachweis solcher Kosten diese zu ersetzen. Hiebei sind die für Bundesbedienstete geltenden Reisegebührevorschriften sinngemäß anzuwenden.

¹⁴ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

(4) Im Zusammenhang mit der Vorberatung eines Verhandlungsgegenstandes kann der Ausschussobmann mit Zustimmung des Präsidenten die Mitglieder des Ausschusses zu Besichtigungen an Ort und Stelle innerhalb des Bundesgebietes einladen.

§ 41. (1) Jeder Ausschuss ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Die Anwesenheit der zur Beschlussfähigkeit erforderlichen Anzahl der Mitglieder ist nur bei Abstimmungen und Wahlen notwendig. Kann eine Abstimmung oder eine Wahl wegen Beschlussunfähigkeit nicht vorgenommen werden, so unterbricht der Obmann die Sitzung auf bestimmte oder unbestimmte Zeit.

(2) Am Beginn der Sitzung kann der Obmann eine Umstellung der Gegenstände der Tagesordnung vornehmen und die Verhandlung über mehrere Gegenstände zusammenfassen. Werden Einwendungen erhoben, so entscheidet der Ausschuss ohne Debatte. Auf Vorschlag des Obmannes oder auf Antrag eines Abgeordneten kann der Ausschuss ferner mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder am Beginn der Sitzung beschließen, dass ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt oder dass ein nicht auf der Tagesordnung stehender Gegenstand in Verhandlung genommen werde.

(3) Der Ausschuss wählt am Beginn jeder Verhandlung über eine Vorlage einen Berichterstatter für den Ausschuss, auf dessen Vorschlag die Vorlage unter einem oder Teile der Vorlage für sich beraten oder eine getrennte General- und Spezialdebatte abgeführt werden können. Werden Einwendungen erhoben, entscheidet der Ausschuss ohne Debatte.

(4) Liegen mehrere Gesamtanträge vor, beschließt der Ausschuss, welcher derselben der Debatte und Abstimmung zugrunde zu legen ist. Vor der Beschlussfassung kann eine allgemeine Debatte stattfinden. Enthält der schriftliche Bericht eines Unterausschusses die Neufassung des gesamten Textes eines Entwurfes im Sinne des § 35a Abs. 2, ist dieser Verhandlungsgrundlage.

(5) Der Obmann des Ausschusses erteilt den zum Wort gemeldeten Sitzungsteilnehmern in der Reihenfolge ihrer Anmeldung das Wort.

(6) Auf Vorschlag des Obmannes kann ein Ausschuss für einzelne seiner Verhandlungen mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder beschließen, dass die Redezeit eines jeden zum Wort gemeldeten Abgeordneten ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten darf. In keinem Falle darf jedoch die Redezeit auf weniger als eine Viertelstunde herabgesetzt werden.

(7) Der Antrag auf Schluss der Debatte kann, nachdem wenigstens drei zum Wort gemeldete Abgeordnete gesprochen haben, jederzeit, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, gestellt werden und ist vom Obmann ohne Debatte sofort zur Abstimmung zu bringen. Nach Annahme eines solchen Antrages kommen jedoch die eingeschriebenen Redner noch zum Wort. Sind zu diesem Zeitpunkt keine Redner beim Obmann angemeldet, so kann jeder im Ausschuss vertretene Klub (§ 32) noch einen Redner aus seiner Mitte bestimmen.

(8) Abänderungs- und Zusatzanträge können von jedem in der Sitzung stimmberechtigten Abgeordneten gestellt werden; sie sind dem Obmann schriftlich zu übergeben. Den Anträgen kann eine Begründung beigelegt werden. Abgeordnete, die einen Abänderungs- oder Zusatzantrag stellen wollen, können, falls Schluss der Debatte beschlossen wurde, ihren Antrag sogleich nach ausgesprochenem Schlusse dem Obmann übergeben, der ihn dem Ausschuss mitteilt.

(9) Jeder Beschluss des Ausschusses wird – soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist – mit Stimmenmehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder gefasst. Der Obmann übt sein Stimmrecht gleich den anderen Mitgliedern aus. Auf die Ausübung des Stimmrechtes findet § 64 sinngemäß Anwendung. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(10) Auf die in den Ausschüssen vorzunehmenden Wahlen sind die Bestimmungen des Abs. 9 sinngemäß anzuwenden. Bei Stimmengleichheit ist zunächst eine zweite Wahl

vorzunehmen. Ergibt sich auch nach einem zweiten Wahlgang keine Mehrheit, so entscheidet das Los.

(11) Eine namentliche Abstimmung wird auf Anordnung des Obmannes oder auf Verlangen von einem Fünftel der vom Nationalrat festgesetzten Anzahl der Ausschussmitglieder vorgenommen. Vor Beginn der Abstimmung hat der Obmann die Namen der Stimmberechtigten festzustellen und bekannt zu geben. Das Ergebnis einer namentlichen Abstimmung ist sowohl im Amtlichen Protokoll über die Ausschusssitzung als auch im schriftlichen Bericht des Ausschusses an den Nationalrat festzuhalten.

(12) Auf die Vertagung der Verhandlung, tatsächliche Berichtigungen, die Debatte und Abstimmung über Anträge zur Geschäftsbehandlung, die Reihenfolge der Abstimmungen sowie den Ruf zur Sache und zur Ordnung finden die für die Sitzungen des Nationalrates geltenden Bestimmungen sinngemäß Anwendung.

VII. Berichterstattung der Ausschüsse

§ 42. (1) Der Ausschuss wählt am Schluss der Verhandlungen einen Berichterstatte für den Nationalrat, der das Ergebnis derselben, insbesondere hinsichtlich der Beschlüsse des Ausschusses, in einem schriftlichen Bericht zusammenfasst. Hiebei hat er im Fall der Berichterstattung über ein Volksbegehren eine in knapper Form gehaltene persönliche Stellungnahme des Bevollmächtigten im Sinne des § 37 Abs. 3, soweit sie vom Hauptbericht abweicht, zu berücksichtigen. Der Bericht wird, vom Obmann und vom Berichterstatte unterfertigt, dem Präsidenten des Nationalrates übergeben, der die Vervielfältigung und die Verteilung an die Abgeordneten verfügt.

(1a) Berichte über ein Volksbegehren sind darüber hinaus dem Bevollmächtigten im Sinne des § 37 Abs. 3 sowie den Stellvertretern gemäß § 3 Abs. 3 Z 3 Volksbegehrensgesetz 1973 zuzustellen. Weiters verfügt der Präsident die Veröffentlichung der Berichte über ein Volksbegehren im Amtsblatt der Wiener Zeitung. Schließlich haben Personen, die in der Wählerevidenz eingetragen sind und ihren Hauptwohnsitz im Bundesgebiet haben, das Recht, auf Anforderung umgehend und kostenlos diese Berichte auf dem Postweg zu erhalten.

(2) Der Ausschuss kann, solange der Bericht an den Nationalrat nicht erstattet ist, seine Beschlüsse jederzeit abändern. Die Stimmenzahl, mit der ein Beschluss geändert werden soll, darf nicht geringer sein als jene, mit welcher der abzuändernde Beschluss gefasst wurde. Ist die Stimmenzahl, mit welcher der frühere Beschluss gefasst war, nicht mehr festzustellen, so ist zur Abänderung des Beschlusses Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder nötig.

(3) Sobald der Bericht an den Nationalrat erstattet ist, kann er nur mit dessen Zustimmung zurückgenommen werden.

(4) Wenn eine Minderheit von wenigstens drei stimmberechtigten Teilnehmern an den Ausschussverhandlungen (§ 32) ein abgesondertes Gutachten abgeben will, hat sie das Recht, einen besonderen schriftlichen Bericht (Minderheitsbericht) zu erstatten.

(5) Darüber hinaus kann jeder stimmberechtigte Teilnehmer an den Ausschussverhandlungen eine vom Hauptbericht abweichende persönliche Stellungnahme in knapper Form zum Gegenstand abgeben.

(6) Minderheitsberichte gemäß Abs. 4 und Stellungnahmen gemäß Abs. 5 müssen dem Präsidenten so rechtzeitig übergeben werden, dass sie gleichzeitig mit dem Hauptbericht in Verhandlung genommen werden können. Der Präsident verfügt die Vervielfältigung und Verteilung der Minderheitsberichte und der Stellungnahmen an die Abgeordneten. Diese sind dem Ausschussbericht anzuschließen, wenn die Frist nach § 44 Abs. 1 eingehalten werden kann. Eine mündliche Berichterstattung im Nationalrat ist unzulässig.

§ 43. (1) Der Nationalrat kann auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag eines Abgeordneten gemäß § 59 Abs. 1 jederzeit – auch während der Verhandlung über einen

Gegenstand im Ausschuss – dem Ausschuss eine Frist zur Berichterstattung setzen. Die Bekanntgabe eines diesbezüglichen Vorschlages durch den Präsidenten oder die Stellung eines solchen Antrages hat vor Eingang in die Tagesordnung einer Sitzung zu erfolgen. Die Abstimmung hierüber ist, sofern keine Debatte stattfindet, vom Präsidenten nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung vorzunehmen; findet eine Debatte statt, so erfolgt die Abstimmung nach Schluss dieser Debatte.

(2) Die einem Ausschuss gesetzte Frist kann vom Nationalrat vor ihrem Ablauf erstreckt werden. Ein diesbezüglicher Antrag ist einem Fristsetzungsantrag gemäß Abs. 1 gleichzusetzen.

(3) Unbeschadet der Bestimmungen betreffend die Debatte zur Geschäftsbehandlung (§ 59 Abs. 3) können fünf Abgeordnete vor Eingang in die Tagesordnung schriftlich eine Debatte über Anträge gem. Abs. 1 oder 2 verlangen. Die Debatte richtet sich nach den §§ 57a und 57b. Von Abgeordneten, die demselben Klub angehören, kann nur ein solches Verlangen pro Sitzungswoche eingebracht werden. Wird ein solches Verlangen von Abgeordneten mehrerer Klubs unterstützt, ist es dem Klub, dem der Erstunterzeichner angehört, anzurechnen. Gehört dieser keinem Klub an, gilt diese Bestimmung hinsichtlich des Zweitunterzeichners und so weiter.

§ 44. (1) Die Verhandlung eines von einem Ausschuss vorzuberautenden Gegenstandes im Nationalrat darf in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Ausschussberichtes stattfinden.

(2) Nur auf Grund eines Vorschlages des Präsidenten und des darüber mit Zweidrittelmehrheit gefassten Beschlusses des Nationalrates kann von der Vervielfältigung des Ausschussberichtes oder von der 24stündigen Frist abgesehen werden.

(3) Nach Ablauf einer dem Ausschusse zur Berichterstattung gesetzten Frist hat die Verhandlung in der dem Fristablauf nachfolgenden Sitzung selbst dann zu beginnen, wenn ein schriftlicher Ausschussbericht nicht vorliegt.

(4) Sollte der Ausschuss keinen Berichtersteller für den Nationalrat gewählt haben, kann vom Obmann oder im Falle seiner Verhinderung von einem Obmannstellvertreter ein mündlicher Bericht erstattet werden.

§ 45. Kann ein Untersuchungsausschuss innerhalb einer ihm gemäß § 43 gesetzten Frist nicht schriftlich Bericht erstatten, so hat in der dem Fristablauf folgenden Sitzung der Obmann des Untersuchungsausschusses oder dessen Stellvertreter einen mündlichen Bericht über die bisherige Tätigkeit des Untersuchungsausschusses zu erstatten. Setzt der Nationalrat für die Vorlage eines schriftlichen Ausschussberichtes keine neuerliche Frist, so ist damit die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses beendet.

VIII. Tagungen und Sitzungen des Nationalrates

§ 46. (1) Der Bundespräsident beruft den Nationalrat in jedem Jahr zu einer ordentlichen Tagung ein, die nicht vor dem 15. September beginnen und nicht länger als bis zum 15. Juli des folgenden Jahres währen soll.

(2) Der Bundespräsident kann den Nationalrat auch zu außerordentlichen Tagungen einberufen. Wenn es die Bundesregierung oder mindestens ein Drittel der Abgeordneten oder der Bundesrat verlangt, ist der Bundespräsident verpflichtet, den Nationalrat zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen, und zwar so, dass der Nationalrat spätestens binnen zwei Wochen nach Eintreffen des Verlangens beim Bundespräsidenten zusammentritt. Zur Einberufung einer außerordentlichen Tagung auf Antrag von Abgeordneten oder auf Antrag des Bundesrates ist ein Vorschlag der Bundesregierung nicht erforderlich.

(3) Der Bundespräsident erklärt die Tagungen des Nationalrates auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates für beendet.

(4) Bei Eröffnung einer neuen Tagung des Nationalrates innerhalb derselben Gesetzgebungsperiode werden die Arbeiten nach dem Stand fortgesetzt, in dem sie sich bei der Beendigung der letzten Tagung befunden haben. Bei Beendigung einer Tagung können einzelne Ausschüsse vom Nationalrat beauftragt werden, ihre Arbeiten während der tagungsfreien Zeit fortzusetzen. Dieser Auftrag kann sich auch auf bestimmte Verhandlungsgegenstände beziehen.

(5) Innerhalb einer Tagung beruft der Präsident des Nationalrates die einzelnen Sitzungen ein.

(6) Der Präsident ist innerhalb einer Tagung verpflichtet, eine Sitzung einzuberufen, und zwar so, dass der Nationalrat innerhalb von acht Tagen – Samstage, Sonn- und Feiertage nicht eingerechnet – zusammentritt, wenn dies unter Angabe eines Themas 20 Abgeordnete verlangen, wobei jeder Abgeordnete ein solches Verlangen nur einmal im Jahr unterstützen darf. Gehören einem Klub weniger als 20 Abgeordnete an, so kann ein solches Verlangen einmal pro Jahr dennoch gültig gestellt werden, wenn dieses von allen Abgeordneten, die einem solchen Klub angehören, unterstützt wird. Auch in diesem Fall darf kein Abgeordneter mehr als ein solches Verlangen unterstützen.

(7) Der Präsident ist innerhalb einer Tagung verpflichtet, eine Sitzung innerhalb derselben Frist wie in Abs. 6 einzuberufen, wenn dies von einem Drittel der Abgeordneten oder der Bundesregierung verlangt wird.

§ 47. (1) Die Sitzungen des Nationalrates sind öffentlich.

(2) Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen, wenn es vom Präsidenten oder von einem Fünftel der Abgeordneten verlangt und vom Nationalrat nach Entfernung der Zuhörer beschlossen wird.

(3) Über eine unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführte Verhandlung wird ein Amtliches Protokoll (§ 51) verfasst und in derselben Sitzung vorgelesen. Wird keine Einwendung erhoben, so gilt es als genehmigt. Über allfällige Einwendungen hat der Präsident noch innerhalb dieser Sitzung zu entscheiden. Ob dieses Protokoll veröffentlicht wird, hängt von dem noch während des Ausschlusses der Öffentlichkeit zu fassenden Beschlusse des Nationalrates ab.

(4) Desgleichen kann der Nationalrat beschließen, dass auch über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführte Verhandlung ein Stenographisches Protokoll verfasst wird, über dessen Veröffentlichung der Nationalrat ebenfalls Beschluss zu fassen hat.

§ 48. (1) Die Anwesenheit der zu einem Beschlusse des Nationalrates notwendigen Anzahl von Abgeordneten ist nur bei Abstimmungen und Wahlen erforderlich.

(2) Kann eine Abstimmung oder eine Wahl wegen Beschlussunfähigkeit nicht vorgenommen werden, unterbricht der Präsident die Sitzung.

§ 49. (1) Der Präsident eröffnet die Sitzung zur anberaumten Stunde ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden Abgeordneten und macht die ihm notwendig erscheinenden Mitteilungen. Insbesondere gibt er die entschuldigten Abgeordneten sowie Vertretungen zeitweilig verhinderter Mitglieder der Bundesregierung (Art. 73 B-VG) bekannt.

(2) Mitteilungen des Präsidenten können auch im Laufe oder am Schlusse der Sitzung vorgebracht werden.

(3) Der Präsident verkündet den Übergang zur Tagesordnung.

(4) Vor Eingang in die Tagesordnung kann der Präsident eine Umstellung der Gegenstände der Tagesordnung vornehmen sowie die Debatte über mehrere Gegenstände der Tagesordnung zusammenfassen. Werden Einwendungen erhoben, entscheidet der Nationalrat ohne Debatte.

(5) Auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag eines Abgeordneten kann der Nationalrat mit Zweidrittelmehrheit vor Eingang in die Tagesordnung beschließen, dass ein Verhandlungsgegenstand von der Tagesordnung abgesetzt oder dass ein nicht auf der Tagesordnung stehender Gegenstand in Verhandlung genommen wird.

(6) Der Präsident kann auch nach Eingang in die Tagesordnung nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz dem Nationalrat die Absetzung eines oder mehrerer Verhandlungsgegenstände von der Tagesordnung vorschlagen. Darüber entscheidet der Nationalrat mit Zweidrittelmehrheit ohne Debatte.

§ 50. (1) Der Präsident verkündet in der Regel am Schlusse jeder Sitzung Tag, Stunde und nach Möglichkeit Tagesordnung der nächsten in Aussicht genommenen Sitzung. Dies kann auch durch Hinweis auf eine im Sitzungssaal verteilte schriftliche Mitteilung erfolgen. Wird eine Einwendung erhoben, so entscheidet, wenn der Präsident der Einwendung nicht beitrifft, der Nationalrat. Über alle in einem solchen Falle erhobenen Einwendungen findet in der Regel eine gemeinsame Debatte statt, in der der Präsident die Redezeit des einzelnen Abgeordneten mit fünf Minuten und die Zahl der Redner je Klub auf drei beschränken kann; auf Verlangen von fünf Abgeordneten, die demselben Klub angehören, findet für alle von diesem Klub erhobenen Einwendungen eine gesonderte Debatte statt, wobei jedoch der Präsident die Redezeit und die Zahl der Redner in gleicher Weise wie in der gemeinsamen Debatte beschränken kann. Der Präsident bestimmt die Reihenfolge mehrerer Debatten unter Bedachtnahme auf die Grundsätze des § 60 Abs. 3. Die Abstimmung über alle erhobenen Einwendungen erfolgt nach Durchführung der Debatte bzw. im Fall mehrerer Debatten nach der letzten. Findet keine Einwendung eine Mehrheit, so bleibt es beim Vorschlag des Präsidenten.

(2) Wahlen auf die Tagesordnung zu stellen, ist der Präsident aus eigenem berechtigt.

(3) Soweit Tag, Stunde oder Tagesordnung der nächsten Sitzung nicht gemäß Abs. 1 verkündet wurden, hat dies durch schriftliche Benachrichtigung jedes Abgeordneten und jedes Klubs zu erfolgen. Außerdem kann der Präsident Verlautbarungen hierüber durch Anschlag im Parlamentsgebäude sowie Presse, Rundfunk und andere Nachrichtenmittel veranlassen.

(4) Gegen eine gemäß Abs. 3 vom Präsidenten bekannt gegebene Tagesordnung können nur sogleich nach Eröffnung der Sitzung Einwendungen erhoben werden. Ist dies der Fall, so sind die Bestimmungen des Abs. 1 sinngemäß anzuwenden.

§ 51. (1) Über jede Sitzung ist von den hiezu bestimmten Bediensteten der Parlamentsdirektion ein Amtliches Protokoll zu führen und an dem der Sitzung folgenden Arbeitstag während der Dienststunden in der Parlamentsdirektion zur Einsicht für alle Abgeordneten aufzulegen.

(2) Einwendungen gegen die Fassung oder den Inhalt des Protokolls sind außerhalb der Sitzung während der Zeit, in der es zur Einsicht aufliegt, dem Präsidenten mitzuteilen, welcher, wenn er sie begründet findet, die Berichtigung veranlasst.

(3) Wenn gegen das Protokoll keine Einwendungen erhoben wurden beziehungsweise der Präsident über solche entschieden hat, gilt dieses nach Ablauf der im Abs. 1 genannten Frist beziehungsweise mit der Entscheidung des Präsidenten als genehmigt.

(4) Das Protokoll hat ausschließlich zu verzeichnen: die in Verhandlung genommenen Gegenstände, die zur Abstimmung gebrachten Fragen, das Ergebnis der Abstimmungen und die gefassten Beschlüsse.

(5) Das Protokoll wird vom Präsidenten und einem Schriftführer unterfertigt. Eine Vervielfältigung findet nicht statt, doch hat der Präsident in der auf die Genehmigung des Protokolls folgenden Sitzung darüber Mitteilung zu machen, ob gegen das Protokoll Einwendungen erhoben wurden beziehungsweise wie er über diese entschieden hat.

(6) Ausnahmsweise gilt ein Teil des Amtlichen Protokolls mit Schluss der Sitzung als genehmigt, wenn der Präsident auf Grund eines schriftlichen Verlangens von 20 Abgeordneten die vorgesehene Fassung des Amtlichen Protokolls zu einzelnen Gegenständen nach deren Erledigung verlesen und über etwaige - sofort zu erhebende - Einwendungen gegen die Fassung oder den Inhalt dieses Teils des Amtlichen Protokolls entschieden hat. Eine Debatte findet nicht statt.

§ 52. (1) Über die öffentlichen Sitzungen des Nationalrates werden Stenographische Protokolle verfasst und gedruckt herausgegeben; diese haben die Verhandlungen vollständig wiederzugeben.

(2) Jeder Redner erhält vor der Drucklegung seiner Ausführungen für einen Zeitraum von längstens 24 Stunden eine Niederschrift der stenographischen Aufzeichnungen zwecks Vornahme stilistischer Korrekturen. Im Zweifelsfall entscheidet der Präsident über deren Zulässigkeit. Werden keine Einwendungen erhoben oder erfolgt keine Rückgabe innerhalb der erwähnten Korrekturfrist, wird die Niederschrift in Druck gelegt.

(3) Jedes Stenographische Protokoll hat die in der Sitzung beziehungsweise seit der letzten Sitzung eingelangten Verhandlungsgegenstände zu verzeichnen.

(4) Die im § 21 Abs. 1 und 2 angeführten Verhandlungsgegenstände mit Ausnahme der Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung von Abgeordneten gemäß § 10 Abs. 2 und 3 erster Satz, der Ersuchen um Entscheidung über das Vorliegen eines Zusammenhanges im Sinne des § 10 Abs. 3 und der Mitteilungen von Behörden gemäß § 10 Abs. 5, der Anträge von Behörden gemäß Art. 63 Abs. 2 B-VG, der Ersuchen um die Ermächtigung zur Verfolgung von Personen wegen Beleidigung des Nationalrates sowie der Petitionen und Bürgerinitiativen werden als Beilagen zu den Stenographischen Protokollen herausgegeben. Dasselbe gilt für die schriftlichen Anfragen und Anfragebeantwortungen sowie die Berichte der Ausschüsse beziehungsweise Minderheitsberichte.

(5) Wurde von der Vervielfältigung und Verteilung von Verhandlungsgegenständen oder Teilen von solchen Abstand genommen (§ 23 Abs. 2), so ist auch von deren Herausgabe als Beilagen zu den Stenographischen Protokollen abzusehen.

IX. Allgemeine Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates

§ 53. (1) Die Debatte über einen Verhandlungsgegenstand, der in einem Ausschuss vorberaten ist, wird durch den Berichterstatter oder im Falle dessen Verhinderung durch den Ausschussobmann oder – wenn auch dieser verhindert ist – durch einen Obmannstellvertreter eröffnet. Im Falle eines Verzichtes auf die Berichterstattung oder einer Verhinderung aller im ersten Satz bezeichneten Personen, wird die Debatte durch die Worterteilung an den ersten zum Wort gemeldeten Redner eröffnet.

(2) Der Präsident kann bestimmen, dass Teile der Vorlage für sich zur Verhandlung kommen. Hierbei hat er den Grundsatz zu beobachten, dass eine solche Teilung der Debatte und Abstimmung nur in einer die Übersichtlichkeit der Verhandlung fördernden Weise erfolge. Wird eine Einwendung erhoben, entscheidet der Nationalrat ohne Debatte.

(3) Abänderungs- und Zusatzanträge können von jedem Abgeordneten zu jedem einzelnen Teil der Vorlage, sobald die Debatte über ihn eröffnet ist, beziehungsweise zu jedem vom Nationalrat zu fassenden Beschluss gestellt werden und sind, wenn sie von mindestens fünf Abgeordneten einschließlich des Antragstellers unterstützt werden, in die Verhandlung einzubeziehen. Die Unterstützung erfolgt, wenn die Anträge nicht von fünf Abgeordneten unterfertigt sind, auf die Unterstützungsfrage des Präsidenten durch Erheben von den Sitzen.

(4) Diese Anträge sind dem Präsidenten schriftlich zu überreichen und in der Regel von einem der unterfertigten Abgeordneten zu verlesen. Auf Anordnung des Präsidenten kann jedoch die Verlesung auch durch einen Schriftführer erfolgen. Bei der Einbringung von

umfangreichen Abänderungsanträgen kann der Präsident zur Straffung der Verhandlungen die Vervielfältigung bzw. die Verteilung an die Abgeordneten verfügen, sofern einer der unterfertigten Abgeordneten in seinen Ausführungen die Kernpunkte des Antrages mündlich erläutert hat. Diese Abänderungsanträge sind dem Stenographischen Protokoll beizudrucken.

(5) Dem Nationalrat steht das Recht zu, jeden solchen Antrag an den Ausschuss zu verweisen und bis zur Erstattung eines neuerlichen Ausschussberichtes über die Vorlage die Verhandlung zu vertagen.

(6) Der Nationalrat kann nach Erschöpfung der Rednerliste beschließen,

1. die Verhandlung zu vertagen,
2. den Gegenstand nochmals an den Ausschuss zu verweisen oder
3. zur Tagesordnung überzugehen.

Im Fall der Z 3 ist die Verhandlung erledigt.

(7) Auf Vorschlag des Präsidenten kann der Nationalrat die Verhandlung über einen Gegenstand auch während der Debatte über denselben mit Zweidrittelmehrheit vertagen. Dieser Beschluss wird ohne Debatte gefasst.

(8) Für den Fall, dass bei einer mehrere Tage dauernden Verhandlung über eine Vorlage eine Teilung der Debatte und Abstimmung erfolgt, kann der Nationalrat nach Verhandlung jedes Teiles beschließen, die Verhandlung über diese Vorlage zu vertagen, um eine oder mehrere Sitzungen zur Verhandlung anderer Gegenstände einzuschieben.

§ 54. Wird eine Rückverweisung an den Ausschuss beschlossen, so kann der Nationalrat auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag eines Abgeordneten dem Ausschusse zur neuerlichen Berichterstattung eine Frist setzen, nach deren Ablauf die Verhandlung im Nationalrat fortgesetzt wird, auch wenn ein schriftlicher Ausschussbericht nicht vorliegen oder der Ausschuss keinen Berichtersteller für den Nationalrat gewählt haben sollte.

§ 55. (1) Entschließungen, in welchen der Nationalrat seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung Ausdruck gibt (Art. 52 Abs. 1 B-VG) oder durch welche der Nationalrat der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder das Vertrauen versagt (Art. 74 Abs. 1 B-VG), können auch im Zuge der Debatte über einen Verhandlungsgegenstand im Nationalrat beantragt werden, sofern sie mit diesem in inhaltlichem Zusammenhang stehen. Werden gegen den inhaltlichen Zusammenhang Einwendungen erhoben, so entscheidet der Präsident.

(2) Solche Entschließungsanträge sind, wenn sie von mindestens fünf Abgeordneten einschließlich des Antragstellers unterstützt werden, in die Verhandlung einzubeziehen. Die Unterstützung erfolgt, wenn die Anträge nicht von fünf Abgeordneten unterfertigt sind, auf die Unterstützungsfrage des Präsidenten durch Erheben von den Sitzen. Zu solchen Entschließungsanträgen können weder Abänderungs- noch Zusatzanträge gestellt werden.

(3) Diese Entschließungsanträge sind dem Präsidenten schriftlich zu überreichen und von einem der unterfertigten Abgeordneten zu verlesen. Auf Anordnung des Präsidenten kann die Verlesung auch durch einen Schriftführer erfolgen. § 53 Abs. 4 dritter und vierter Satz gelten sinngemäß.

(4) Die Abstimmung über Entschließungsanträge gemäß Abs. 1 beziehungsweise § 27 Abs. 3 erfolgt bei Gesetzesvorschlägen unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 5 sowie des § 67 Abs. 1 und 3 nach der dritten Lesung, bei allen übrigen Vorlagen nach der letzten Abstimmung über die Vorlage selbst, bei Verhandlungsgegenständen, über die keine Abstimmung stattfindet, nach dem Schluss der Debatte.

(5) Wird bei der zweiten Lesung eines Gesetzesvorschlages die Spezialdebatte in Teilen abgeführt, so kann die Abstimmung über Entschließungsanträge bereits nach Abstimmung über

den jeweils in Verhandlung stehenden Teil der Vorlage erfolgen. Werden Einwendungen erhoben, so entscheidet der Nationalrat ohne Debatte.

§ 56. (1) Der Antrag auf Schluss der Debatte kann, nachdem wenigstens zwei zum Wort gemeldete Abgeordnete gesprochen haben, jederzeit, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, gestellt werden und ist vom Präsidenten ohne Debatte sofort zur Abstimmung zu bringen.

(2) Wird der Antrag auf Schluss der Debatte angenommen, so kommen die eingeschriebenen Redner nicht mehr zum Wort, jedoch kann jeder Klub noch einen Redner melden.

(3) Abgeordnete, die einen Abänderungs- oder Zusatzantrag stellen wollen, können, falls Schluss der Debatte beschlossen wurde, ihren Antrag sogleich dem Präsidenten übergeben, der ihn mitteilt und in diesem Fall, wenn der Antrag nicht von fünf Abgeordneten unterfertigt ist, die Unterstützungsfrage stellt.

(4) Nach Annahme des Antrages auf Schluss der Debatte dürfen außer den von den Klubs gemäß Abs. 2 gemeldeten Rednern nur der Berichterstatter (§ 63 Abs. 3) und bei einem Selbständigen Antrag von Abgeordneten der Antragsteller beziehungsweise einer der Antragsteller das Wort nehmen.

§ 57. (1) Jeder Abgeordnete darf in den Debatten des Nationalrates – unbeschadet aller anderen Bestimmungen über Redezeiten – grundsätzlich nicht länger als 20 Minuten sprechen. Nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz kann der Präsident dem Nationalrat auch einen Vorschlag für längere Redezeiten bei besonders bedeutsamen Debatten unterbreiten.

(2) Die Redezeit jedes Abgeordneten in einer Debatte, oder, wenn diese in Teilen durchgeführt wird, in jedem Teil derselben, darf auch auf weniger als 20, aber nicht auf weniger als 10 Minuten beschränkt werden, wenn dies

1. der Nationalrat spätestens vor Eingang in die Debatte beschließt oder
2. der Präsident nach Beratung in der Präsidialkonferenz – auch während der Debatte – anordnet.

Darüber hinaus kann beschlossen bzw. angeordnet werden, dass ab dem dritten Redner pro Klub die Redezeit auf fünf Minuten herabgesetzt wird.

(3) Der Präsident kann nach Beratung in der Präsidialkonferenz vor Eingang in die Tagesordnung oder spätestens vor Beginn einer Debatte

1. anordnen, dass die Gesamtredezeit der Abgeordneten desselben Klubs in einer Debatte oder, wenn diese in Teilen durchgeführt wird, in jedem Teil derselben, ein bestimmtes Ausmaß nicht überschreiten darf, oder
2. dem Nationalrat einen Vorschlag über Gestaltung und Dauer der Debatte zu einem oder mehreren Verhandlungsgegenständen oder zur gesamten Tagesordnung zur Beschlussfassung unterbreiten.

(4) Die Gesamtredezeit der Abgeordneten desselben Klubs im Sinne des Abs. 3 Z 1 kann nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz auch spätestens vor Beginn der Debatte beschlossen werden, wobei in diesem Fall die Redezeit für die Redner eines Klubs nicht weniger als 30 Minuten betragen darf. Dies gilt nicht für zusammengefasste Debatten gem. § 49 Abs. 4.

(5) Die Gesamtredezeit der Abgeordneten desselben Klubs kann nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz auch spätestens vor Eingang in die Tagesordnung für die Debatten mehrerer oder aller Tagesordnungspunkte einer Sitzung mit Zweidrittelmehrheit

beschlossen werden, wobei in diesem Fall die Redezeit für die Redner eines Klubs nicht weniger als 60 Minuten und die Gesamtredezeit nicht mehr als zehn Stunden betragen darf.

(6) Wurde eine Anordnung gemäß Abs. 3 Z 1 getroffen oder ein Beschluss gemäß Abs. 3 Z 2, Abs. 4 oder 5 gefasst, ist eine Beschränkung der Redezeit gemäß Abs. 2 Z 1 nicht mehr zulässig.

(7) Die Redezeit für Abgeordnete, die keinem Klub angehören, kann im Rahmen einer Anordnung bzw. eines Beschlusses gemäß Abs. 3, 4 oder 5 nicht auf weniger als 10 Minuten je Debatte beschränkt werden.

(8) Spricht ein Mitglied der Bundesregierung oder ein Staatssekretär in einer Debatte, die einer Redezeitbeschränkung gemäß Abs. 3, 4 oder 5 unterliegt, länger als 20 Minuten, kann jeder Klub, der eine abweichende Meinung zum Ausdruck bringen will, zusätzliche Redezeit im Ausmaß der Überschreitung in Anspruch nehmen.

(9) Über Beschränkungen der Redezeit findet keine Debatte statt.

§ 57a. (1) Kurze Debatten über

- a) die schriftliche Beantwortung einer an die Bundesregierung oder eines ihrer Mitglieder gerichteten Anfrage (§ 92),
- b) einen Fristsetzungsantrag (§ 43) sowie
- c) den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (§ 33)

werden von einem Antragsteller bzw. einem Abgeordneten, der ein diesbezügliches Verlangen unterzeichnet hat, eröffnet, wobei dessen Redezeit zehn Minuten beträgt. Danach kann jeder Klub einen Redner melden, dessen Redezeit auf fünf Minuten beschränkt ist. Bei gleichzeitiger Wortmeldung richtet sich die Reihenfolge der Worterteilung nach der Stärke der Klubs.

(2) Stellungnahmen von Mitgliedern der Bundesregierung oder im Sinne des § 19 Abs. 1 zum Wort gemeldeten Staatssekretären sollen nicht länger als zehn Minuten dauern.

(3) Die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung (§ 58) finden keine Anwendung.

(4) Debatten gemäß Abs. 1 lit. a und b finden nach Erledigung der Tagesordnung, jedoch spätestens um 15 Uhr statt. Ist für denselben Tag eine Dringliche Anfrage oder ein Dringlicher Antrag verlangt worden, finden die Debatten im Anschluss an diese statt. Debatten gemäß Abs. 1 lit. c finden nach Erledigung der Tagesordnung statt.

§ 57b. (1) An jedem Sitzungstag kann nur eine Dringliche Anfrage oder ein Dringlicher Antrag zum Aufruf gelangen. Ist eine Dringliche Anfrage oder ein Dringlicher Antrag für eine Sitzung verlangt worden, so kann nur eine Debatte gemäß § 57a Abs. 1 lit. a oder b zum Aufruf gelangen.

(2) Wird hinsichtlich mehrerer Anfragen die dringliche Behandlung verlangt, so gelangt die Anfrage jenes Klubs zum Aufruf, bei dem die letzte aufgerufene Dringliche Anfrage länger zurückliegt.

(3) Abs. 2 gilt für den Fall einer Kollision mehrerer Verlangen auf dringliche Behandlung eines Antrages bzw. für den Fall einer Kollision von Dringlichen Anträgen und Dringlichen Anfragen sinngemäß. Abs. 2 findet auch sinngemäße Anwendung bei der Entscheidung der Frage, welche Debatte gemäß § 57a Abs. 1 lit. a oder b nach einer Dringlichen Anfrage oder einem Dringlichen Antrag aufgerufen wird.

(4) In einer Sitzung gem. § 46 Abs. 6 und 7 1. Fall gelangt abweichend von Abs. 2 und 3 der Dringliche Antrag bzw. die Dringliche Anfrage der Abgeordneten jenes Klubs zum Aufruf,

dem die Abgeordneten, die diese Sitzung verlangt haben, angehören bzw. mehrheitlich angehören.

(5) Wird für eine Sitzung weder die dringliche Behandlung einer Anfrage noch eines Antrages verlangt, so gelangen alle Debatten gemäß § 57a Abs. 1 lit. a oder b zum Aufruf. Hinsichtlich der Reihenfolge findet § 60 Abs. 3 mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, dass Debatten gemäß § 57a Abs. 1 lit. a vor jenen gemäß § 57a Abs. 1 lit. b aufgerufen werden.

§ 58. (1) Wenn sich im Laufe einer Debatte ein Abgeordneter zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Worte meldet, hat ihm der Präsident in der Regel sofort, jedoch ohne Unterbrechung eines Redners, spätestens aber unmittelbar nach Schluss der Debatte über den Verhandlungsgegenstand, das Wort zu erteilen.

(2) Eine tatsächliche Berichtigung hat mit der Wiedergabe der zu berichtenden Behauptung zu beginnen und hat dieser Behauptung den berichtigten Sachverhalt gegenüberzustellen.

(3) Eine Erwiderung auf eine tatsächliche Berichtigung ist nur durch einen Abgeordneten möglich, der in die Darlegung des berichtigten Sachverhaltes gemäß Abs. 2 persönlich einbezogen wurde; er hat sich bei seiner Wortmeldung auf die Sachverhaltsdarstellung zu beschränken.

(4) Verstößt ein Redner gegen die Bestimmungen des Abs. 2 oder 3, ist ihm durch den Präsidenten das Wort zu entziehen.

(5) Eine tatsächliche Berichtigung sowie eine Erwiderung auf eine tatsächliche Berichtigung dürfen die Dauer von zwei Minuten nicht überschreiten. Der Präsident kann diese Redezeit auf Ersuchen des Redners ausnahmsweise erstrecken.

§ 59. Anträge zur Geschäftsbehandlung brauchen nicht schriftlich überreicht zu werden. Sie bedürfen keiner Unterstützung und werden, sofern der Nationalrat gemäß Abs. 3 die Durchführung einer Debatte beschließt, vom Präsidenten sogleich zur Abstimmung gebracht.

(2) Meldet sich ein Abgeordneter, ohne einen Antrag zu stellen, zur Geschäftsbehandlung zum Wort, so ist der Präsident berechtigt, ihm das Wort erst am Schlusse der Sitzung zu erteilen.

(3) Auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag eines Abgeordneten kann der Nationalrat beschließen, dass eine Debatte stattfindet. In einer solchen Debatte kann der Präsident die Redezeit der Abgeordneten bis auf fünf Minuten beschränken.

§ 60. (1) Jene Abgeordneten, die zu einem in der Sitzung zur Verhandlung kommenden Gegenstand zu sprechen wünschen, haben sich bei einem vom Präsidenten zu diesem Zweck bestimmten Bediensteten der Parlamentsdirektion mit der Angabe, ob sie „für“ oder „gegen“ sprechen werden, zu melden. Diese Meldung kann auch durch einen vom Klub hiezu bestimmten Abgeordneten erfolgen. Wortmeldungen werden ab Beginn der Sitzung entgegengenommen.

(2) Die gemeldeten Abgeordneten gelangen in der Reihenfolge der Anmeldung zum Worte, wobei der erste „Gegen“-Redner beginnt und sodann zwischen „Für“- und „Gegen“-Rednern abgewechselt wird.

(3) Bei gleichzeitiger Anmeldung zweier oder mehrerer „Für“-Redner oder zweier oder mehrerer „Gegen“-Redner bestimmt der Präsident die Reihenfolge, in der sie zum Worte kommen, in der Weise, dass die verschiedenen Standpunkte zu einem Verhandlungsgegenstande gebührend zur Geltung kommen sowie auf Klubstärke und Abwechslung zwischen den Rednern verschiedener Klubs Bedacht genommen wird.

(4) In der ersten Lesung eines Gesetzesvorschlages, in der Debatte über den Gegenstand einer dringlichen Anfrage sowie in der Aktuellen Stunde wird, abweichend von den Bestimmungen der Abs. 1 bis 3, zwischen „Für“- und „Gegen“-Rednern nicht unterschieden.

(5) Jedem Redner steht es frei, seine Wortmeldung zurückzuziehen oder diese an einen anderen Abgeordneten abzutreten; doch darf das Wort einem Redner, welcher über den Gegenstand schon zweimal gesprochen hat, nicht abgetreten werden.

(6) Wer, zur Rede aufgefordert, nicht anwesend ist, verliert das Wort.

(7) Der vom Ausschuss für den Nationalrat gewählte Berichterstatter (§ 42 Abs. 1) kann zu diesem Gegenstand nicht als „Für“- oder „Gegen“-Redner das Wort nehmen. Dies gilt nicht, wenn der Berichterstatter auf die Erstattung seines mündlichen Berichtes verzichtet hat.

(8) Von der Redeordnung gem. Abs. 1 bis 3 kann nach Beratung in der Präsidialkonferenz längstens für die laufende Gesetzgebungsperiode abgegangen werden.

§ 61. Lässt sich einer der Präsidenten in die Rednerliste eintragen, so übernimmt er in der Regel erst nach Erledigung des Gegenstandes wieder den Vorsitz.

§ 62. (1) Die Berichterstatter, Schriftführer und zum Wort gemeldeten Abgeordneten sprechen von den für sie bestimmten Rednerpulten aus. Nur in Angelegenheiten der Geschäftsbehandlung sowie in besonderen Fällen, in denen der Präsident die Erlaubnis hiezu erteilt, sprechen die Abgeordneten von den Saalmikrofonen in den Bankreihen.

(2) Die Mitglieder der Bundesregierung beziehungsweise der Präsident des Rechnungshofes sowie die Mitglieder der Volksanwaltschaft sprechen, wenn sie sich gemäß § 19 beziehungsweise § 20 zum Wort melden, von der Regierungsbank aus.

§ 63. (1) Kein Abgeordneter darf innerhalb einer Debatte öfter als zweimal sprechen.

(2) Auf Wortmeldungen von Mitgliedern der Bundesregierung und der Staatssekretäre beziehungsweise des Präsidenten des Rechnungshofes sowie von Mitgliedern der Volksanwaltschaft finden die Bestimmungen des § 19 beziehungsweise § 20 Anwendung.

(3) Liegen keine Wortmeldungen mehr vor, schließt der Präsident die Debatte und erteilt dem Berichterstatter auf dessen Verlangen das Schlusswort. Dem Berichterstatter gemäß § 44 Abs. 4 beziehungsweise § 45 steht ein Schlusswort nur zur Behebung von Schreib- und Druckfehlern sowie sprachlichen Mängeln zu.

§ 64. (1) Alle Abgeordneten haben ihr Stimmrecht persönlich auszuüben.

(2) Die Abgabe der Stimme hat durch Bejahung oder Verneinung der Frage ohne Begründung zu erfolgen.

(3) Bei Stimmgleichheit wird die Frage als verneint angesehen.

§ 65. (1) Der Präsident verkündet in der Regel nach Abschluss der Beratung den Eingang in das Abstimmungsverfahren. Liegen jedoch umfangreiche oder kurzfristig eingebrachte Anträge gemäß § 53 Abs. 3 oder Verlangen bzw. Beschlüsse gemäß § 65 Abs. 5 oder § 66 Abs. 3 oder 4 vor und reicht eine kurze Unterbrechung der Sitzung zur Vorbereitung der Abstimmung nicht aus, kann der Präsident die Abstimmungen auf einen späteren Zeitpunkt (längstens bis an den Schluss der Sitzung) verlegen und einstweilen in der Erledigung der Tagesordnung fortfahren.

(2) Der Präsident hat den Gegenstand, über den abgestimmt wird, genau zu bezeichnen.

(3) Die Abstimmungen sind so durchzuführen, dass die wahre Meinung der Mehrheit des Nationalrates zum Ausdruck kommt.

(4) Es sind daher in der Regel die abändernden Anträge vor dem Hauptantrag, und zwar die weitergehenden vor den übrigen, zur Abstimmung zu bringen.

(5) Jeder Abgeordnete kann – wenn dies der Klarheit des Abstimmungsvorganges beziehungsweise des Ergebnisses der Abstimmung dient – vor Eingang in das Abstimmungsverfahren verlangen, dass über bestimmte Teile eines Gegenstandes getrennt abgestimmt wird.

(6) Der Präsident hat bekannt zu geben, in welcher Weise er die Abstimmung durchzuführen beabsichtigt, insbesondere, über welche Teile des Gegenstandes er unter Berücksichtigung gestellter Abänderungs- und Zusatzanträge abstimmen lassen beziehungsweise inwieweit er einem allfälligen Verlangen auf getrennte Abstimmung Rechnung tragen und in welcher Reihenfolge er die Fragen zur Abstimmung bringen wird.

(7) Gegen diese Ankündigung des Präsidenten kann jeder Abgeordnete Einwendungen erheben, über die, falls der Präsident ihnen nicht beitrifft, der Nationalrat ohne Debatte zu entscheiden hat.

(8) Darüber hinaus kann jeder Abgeordnete, jedoch ohne Unterbrechung des Abstimmungsvorganges, nur noch die Berichtigung oder Klarstellung der vom Präsidenten ausgesprochenen Fassung der Fragen beantragen. Tritt der Präsident dem Antrag nicht bei, ist sofort und ohne Debatte darüber abzustimmen.

(9) Es steht dem Präsidenten frei, sofern er es zur Vereinfachung oder Klarstellung der Abstimmung oder zur Beseitigung unnötiger Abstimmungen für zweckmäßig erachtet, vorerst eine grundsätzliche Frage zur Beschlussfassung zu bringen.

§ 66. (1) Die Abstimmung findet in der Regel durch Aufstehen und Sitzenbleiben statt.

(2) Sofern eine elektronische Abstimmungsanlage zur Verfügung steht, kann sich der Präsident bei Wahlen und Abstimmungen dieser Anlage bedienen und mit ihrer Hilfe das Wahl- oder Abstimmungsergebnis feststellen. Das Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten wird bei der elektronischen Abstimmung ersichtlich gemacht. Jeder Abgeordnete erhält auf Verlangen einen Ausdruck des Abstimmungsprotokolls. Wenn dies vom Präsidenten vor der Abstimmung angeordnet oder von wenigstens 20 Abgeordneten schriftlich bis zum Schluss der Sitzung verlangt wird, werden die Namen der Abgeordneten unter Angabe ihres Abstimmungsverhaltens in das Stenographische Protokoll aufgenommen.

(3) Jedem Abgeordneten steht es frei, vor jeder Abstimmung zu verlangen, dass der Präsident die Zahl der „für“ und „gegen“ die Frage Stimmenden bekannt gibt. Der Präsident kann jedoch nach eigenem Ermessen von vornherein, oder wenn ihm das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft erscheint, eine namentliche Abstimmung anordnen.

(4) Wenn wenigstens 20 Abgeordnete vor Eingang in das Abstimmungsverfahren schriftlich die Durchführung einer namentlichen Abstimmung verlangen, ist diesem Verlangen ohne weiteres stattzugeben. Sofern nicht eine namentliche Abstimmung verlangt ist, kann der Nationalrat auf Vorschlag des Präsidenten oder auf Antrag von 20 Abgeordneten eine geheime Abstimmung beschließen.

(5) Bei der namentlichen und der geheimen Abstimmung hat die Stimmenabgabe ausschließlich durch amtliche Stimmzettel zu erfolgen, die die Bezeichnung „Ja“ oder „Nein“ tragen. Die amtlichen Stimmzettel für die namentliche Abstimmung haben überdies den Namen des Abgeordneten zu tragen und sind, je nachdem sie auf „Ja“ oder „Nein“ lauten, in zwei verschiedenen Farben herzustellen. Bei beiden Abstimmungsformen sind die Abgeordneten namentlich aufzurufen, und jeder hat seinen Stimmzettel in eine gemeinsame Urne zu werfen; hiebei sind die Abstimmenden zu zählen. Wer beim Aufruf seines Namens nicht anwesend ist, darf nachträglich keinen Stimmzettel abgeben. Der Präsident kann eine namentliche Abstimmung auch in der Weise durchführen, dass die Abgeordneten in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen werden und die Stimmabgabe mündlich mit „Ja“ oder „Nein“ erfolgt.

(6) Wenn dies fünf Abgeordnete verlangen, hat die geheime Abstimmung in Wahlzellen zu erfolgen. Die Abstimmung ist in derselben Weise wie nach Abs. 5 durchzuführen, doch hat die Parlamentsdirektion in diesem Fall Vorsorge zu treffen, dass jeder Abgeordnete in der Wahlzelle unbeobachtet den Stimmzettel ausfüllen und in das dafür bestimmte Kuvert geben kann. Der Stimmzettel und dieses Kuvert sind den Abgeordneten von den damit beauftragten Bediensteten der Parlamentsdirektion vor Eintritt in die Wahlzelle zu überreichen; das Kuvert ist unmittelbar nach Verlassen der Wahlzelle in der Urne zu hinterlegen.

(7) Sobald der Präsident die namentliche oder geheime Abstimmung für beendet erklärt, haben die damit beauftragten Bediensteten der Parlamentsdirektion unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmenzählung vorzunehmen und dem Präsidenten das zahlenmäßige Ergebnis mitzuteilen. Stimmt bei der namentlichen Abstimmung die Zahl der Stimmzettel oder bei der geheimen Abstimmung die der Kuverts mit der Anzahl der Abgeordneten, die tatsächlich abgestimmt haben, nicht überein, so ist die Abstimmung zu wiederholen, sofern diese Differenz auf die Mehrheitsbildung von Einfluss sein könnte.

(8) Der Präsident hat das Ergebnis der Abstimmung zu verkünden. Im Fall der namentlichen Abstimmung sind die Namen der Abgeordneten unter Angabe ihres Abstimmungsverhaltens in das Stenographische Protokoll aufzunehmen.

§ 67. (1) Wenn ein Fünftel der Abgeordneten es schriftlich verlangt, ist die Abstimmung

1. über eine EntschlieÙung, durch die der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder das Vertrauen versagt werden soll (Art. 74 Abs. 1 B-VG), und
2. über einen Gesetzesvorschlag betreffend die Auflösung des Nationalrates (Art. 29 Abs. 2 B-VG)

auf den zweitnächsten Werktag zu vertagen.

(2) Eine neuerliche Vertagung der im Abs. 1 erwähnten Abstimmungen kann nur durch Beschluss des Nationalrates erfolgen.

(3) Für die Abstimmung über Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses sowie über EntschlieÙungsanträge in der Debatte über den Gegenstand einer dringlichen Anfrage gelten die Bestimmungen der §§ 33 Abs. 2 beziehungsweise 93 Abs. 6.

§ 68. (1) Der den Vorsitz führende Präsident stimmt in der Regel nicht mit. Er kann sich jedoch, bevor er das Ergebnis einer Abstimmung ausgesprochen hat, an derselben durch mündliche Bejahung oder Verneinung der gestellten Frage beteiligen. An namentlichen und geheimen Abstimmungen (§ 66 Abs. 4 und 5) sowie an Wahlen nimmt der den Vorsitz führende Präsident immer teil.

(2) Unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 1 ist es keinem in der Sitzung anwesenden Abgeordneten gestattet, sich der Stimme zu enthalten. Dies gilt auch für Abgeordnete, die Mitglieder der Bundesregierung oder Staatssekretäre sind.

X. Besondere Bestimmungen über die Behandlung von Gesetzesvorschlägen

§ 69. (1) Gesetzesvorschläge gelangen an den Nationalrat als Anträge von Abgeordneten, des Bundesrates oder eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates sowie als Vorlagen der Bundesregierung.

(2) Jeder von 100 000 Stimmberechtigten oder von je einem Sechstel der Stimmberechtigten dreier Länder gestellte Antrag (Volksbegehren) ist von der Bundeswahlbehörde dem Nationalrat zur Behandlung vorzulegen. Das Volksbegehren muss eine durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit betreffen und kann in Form eines Gesetzesantrages gestellt werden.

(3) Gesetzesvorschläge gemäß Abs. 1 und 2 mit Ausnahme der Anträge von Abgeordneten werden nur auf Beschluss des Nationalrates in erste Lesung genommen. Ein darauf abzielender Antrag kann entweder vor Eingang in die Tagesordnung der auf die Verteilung der Vorlage folgenden Sitzung oder nach Beendigung der Verhandlungen dieser Sitzung gestellt werden.

(4) Über Gesetzesvorschläge von Abgeordneten (Initiativanträge) ist eine erste Lesung durchzuführen, wenn es im Antrag verlangt wird. Wird verlangt, die erste Lesung innerhalb von drei Monaten durchzuführen, ist dies bei der Erstellung der Tagesordnungen des Nationalrates zu berücksichtigen. Bei der ersten Lesung eines solchen Antrages erhält zunächst der Antragsteller, bei mehreren Antragstellern der von ihnen Bezeichnete, das Wort.

(5) Die erste Lesung hat sich auf die Besprechung der allgemeinen Grundsätze der Vorlage zu beschränken.

(6) In der ersten Lesung dürfen nur Anträge auf Wahl eines besonderen Ausschusses zur Vorberatung der Vorlage gestellt werden. Nach der ersten Lesung verfügt der Präsident die Zuweisung.

(7) Ist keine erste Lesung durchzuführen, weist der Präsident Volksbegehren, Regierungsvorlagen und Gesetzesanträge des Bundesrates in der auf die Verteilung der Vorlage zweitfolgenden Sitzung, Anträge von Abgeordneten in der auf die Einbringung nächstfolgenden Sitzung zu.

§ 70. (1) Der Vorberatung durch den Ausschuss folgt die zweite Lesung des Gesetzesvorschlages. Selbständige Anträge von Ausschüssen auf Erlassung von Gesetzen werden vom Nationalrat unmittelbar in zweite Lesung genommen.

(2) Die zweite Lesung besteht aus der allgemeinen Debatte über die Vorlage als Ganzes (Generaldebatte) und den Beratungen über einzelne Teile der Vorlage (Spezialdebatte) sowie den Abstimmungen. Generaldebatte und Spezialdebatte werden unter einem abgeführt, wenn der Nationalrat auf Antrag des Berichterstatters nicht anderes beschließt.

§ 71. (1) Werden Generaldebatte und Spezialdebatte getrennt abgeführt, kann während der Generaldebatte der Antrag auf Vertagung, auf Rückverweisung an den Ausschuss oder auf Zuweisung an einen anderen Ausschuss gestellt werden. Die Beschlussfassung über solche Anträge erfolgt nach Erschöpfung der Rednerliste für die Generaldebatte.

(2) Am Schluss der Generaldebatte ist ferner darüber abzustimmen, ob der Nationalrat in die Spezialdebatte eingeht.

(3) Beschließt der Nationalrat, in die Spezialdebatte einzugehen, so folgt diese unmittelbar der Generaldebatte. Wird das Eingehen in die Spezialdebatte abgelehnt, ist die Vorlage verworfen.

§ 72. (1) Am Beginn der Spezialdebatte bestimmt der Präsident, welche Teile der Vorlage für sich oder vereint zur Beratung und Beschlussfassung kommen. Hierbei hat er den Grundsatz zu beachten, dass die Teilung der Spezialdebatte in einer die Übersichtlichkeit der Beratung fördernden Weise erfolgt. Wird eine Einwendung erhoben, entscheidet der Nationalrat ohne Debatte.

(2) Liegen mehrere Gesamtanträge vor, so beschließt der Nationalrat, welcher derselben der Spezialdebatte zugrunde zu legen ist.

(3) Abänderungs- und Zusatzanträge können von jedem Abgeordneten zu jedem einzelnen Teil, sobald die Spezialdebatte über ihn eröffnet ist, gestellt werden und sind, wenn sie von mindestens fünf Abgeordneten einschließlich des Antragstellers unterstützt werden, in die Verhandlung einzubeziehen. Die Unterstützung erfolgt, wenn die Anträge nicht von fünf

Abgeordneten unterfertigt sind, auf die Unterstützungsfrage des Präsidenten durch Erheben von den Sitzen.

(4) Diese Anträge sind dem Präsidenten schriftlich zu überreichen und von einem der unterfertigten Abgeordneten zu verlesen. Auf Anordnung des Vorsitzenden kann die Verlesung auch durch einen Schriftführer erfolgen.

(5) Dem Nationalrat steht das Recht zu, jeden solchen Antrag an den Ausschuss zu verweisen und bis zur Erstattung eines neuerlichen Ausschussberichtes über den Gesetzesvorschlag die Verhandlung zu vertagen.

(6) Nach Beratung jedes Teiles der Vorlage hat die Abstimmung über denselben zu erfolgen. Der Nationalrat kann nach Erschöpfung der Rednerliste beschließen,

1. die Verhandlung zu vertagen,
2. den Gegenstand nochmals an den Ausschuss zu verweisen oder
3. zur Tagesordnung überzugehen.

Im Fall der Z 3 ist die Verhandlung erledigt.

§ 73. (1) Werden Generaldebatte und Spezialdebatte unter einem abgeführt, sind die Bestimmungen des § 72 Abs. 2 bis 5 sinngemäß anzuwenden.

(2) Auch wenn Generaldebatte und Spezialdebatte unter einem abgeführt werden, kann der Präsident bestimmen, dass Teile der Vorlage für sich zur Debatte und Abstimmung kommen. Wird eine Einwendung erhoben, entscheidet der Nationalrat ohne Debatte.

(3) Der Nationalrat kann nach Erschöpfung der Rednerliste für die gesamte Vorlage (Abs. 1) beziehungsweise für jeden Teil derselben (Abs. 2) beschließen,

1. die Verhandlung zu vertagen,
2. den Gegenstand nochmals an den Ausschuss zu verweisen oder
3. zur Tagesordnung überzugehen.

Im Fall der Z 3 ist die Verhandlung erledigt.

§ 74. (1) Nachdem das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen ist, wird die dritte Lesung, das ist die Abstimmung im ganzen, vorgenommen. Auf Vorschlag des Präsidenten oder Antrag eines Abgeordneten kann der Nationalrat beschließen, dass die dritte Lesung nicht unmittelbar nach der zweiten Lesung durchgeführt, sondern auf einen späteren Zeitpunkt vertagt wird.

(2) In der dritten Lesung können nur Anträge auf Behebung von Widersprüchen, die sich bei der Beschlussfassung in zweiter Lesung ergeben haben, gestellt werden; ferner können Schreib- und Druckfehler sowie sprachliche Mängel behoben werden. Entschließungsanträge können in der dritten Lesung nicht mehr eingebracht werden.

(3) Eine Debatte über Anträge in der dritten Lesung ist nur zulässig, wenn es der Nationalrat im einzelnen Fall beschließt. Die Redezeit ist bei einer solchen Debatte auf fünf Minuten beschränkt.

Xa. Dringlicher Antrag

§ 74a. (1) Fünf Abgeordnete können vor Eingang in die Tagesordnung verlangen, dass ein zum selben Zeitpunkt einzubringender Selbständiger Antrag von Abgeordneten, der eine Entschließung, mit welcher der Nationalrat seinen Wünschen über die Ausübung der Vollziehung Ausdruck geben will, beinhaltet, nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens

jedoch 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, von einem der Antragsteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde.

(2) Hinsichtlich der Unterstützungserfordernisse gilt § 93 Abs. 1 und 2 mit der Maßgabe, dass ein zum Aufruf gelangender Dringlicher Antrag in die Berechnung nach § 93 Abs. 1 und 2 einzubeziehen ist. Hinsichtlich des Aufrufes von Dringlichen Anträgen gilt § 57b.

(3) Auf Antrag von fünf Abgeordneten kann ohne Debatte vor Eingang in die Tagesordnung beschlossen werden, dass ein zum selben Zeitpunkt einzubringender Selbständiger Antrag von Abgeordneten im Sinne des Abs. 1 nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens jedoch 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, von einem Antragsteller mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Ein solcher beschlossener Dringlicher Antrag wird in die Beschränkung nach § 57b Abs. 1 nicht eingerechnet.

(4) Das zuständige Mitglied der Bundesregierung oder der im Sinne des § 19 Abs. 1 zum Wort gemeldete Staatssekretär ist verpflichtet, nach der Begründung des Dringlichen Antrages und vor Eingang in die Debatte eine Stellungnahme zum Gegenstand abzugeben, welche 20 Minuten nicht übersteigen soll.

(5) Dem Begründer steht eine Redezeit von 20 Minuten zu. Jedem Redner kommt in der darauf folgenden Debatte eine Redezeit von zehn Minuten und jedem Klub eine Gesamtredezeit von insgesamt 25 Minuten zu.

(6) In dieser Debatte dürfen nur Entschließungsanträge gestellt werden.

(7) Nach Beendigung der Debatte sind die Anträge abzustimmen. Der Präsident kann die Abstimmungen an den Beginn der nächsten Sitzung verlegen.

Xb. Besondere Bestimmungen zur Erörterung von EU-Themen

§ 74b.¹⁵ (1) Der Erörterung von EU-Themen sind

a) Aktuelle Europastunden sowie

b) EU-Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung mit anschließender Debatte gewidmet. § 31d Abs. 5 bleibt unberührt.

(2) Für Aktuelle Europastunden gilt § 97a sinngemäß mit der Maßgabe, dass

a) die Aktuelle Europastunde viermal im Jahr stattfindet und bei der Erstellung des Arbeitsplanes gemäß § 13 Abs. 5 berücksichtigt werden soll,

b) in Sitzungen, die mit einer Aktuellen Stunde beginnen, die Aktuelle Europastunde im Anschluss daran stattfindet und

c) die Aktuelle Europastunde einer Aussprache über Themen von allgemeinem aktuellem Interesse aus dem Bereich der Zuständigkeit der Europäischen Union dient.

(3) EU-Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung finden zweimal pro Jahr in zeitlicher Nähe zu einer Tagung des Europäischen Rates statt. Sie dienen der Information des Nationalrates über Themen des Europäischen Rates, deren Auswirkungen auf Österreich und die Positionen der Österreichischen Bundesregierung dazu.

¹⁵ idF Novelle BGBl. I Nr. 12/2010

(4) EU-Erklärungen sollen insgesamt nicht länger als 25 Minuten dauern. Jedem Redner kommt in der darauf folgenden Debatte eine Redezeit von zehn Minuten und jedem Klub eine Gesamtredezeit von insgesamt 25 Minuten zu.

(5) In der Debatte über eine EU-Erklärung dürfen nur Entschließungsanträge gestellt werden.

XI. Besondere Bestimmungen über die Behandlung anderer Verhandlungsgegenstände

§ 75. (1) Selbständige Anträge von Abgeordneten, die keine Gesetzesvorschläge enthalten, werden vom Präsidenten in der auf die Verteilung nächstfolgenden Sitzung einem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

(2) Selbständige Anträge von Ausschüssen auf Fassung von Beschlüssen, die nicht die Erlassung von Gesetzen betreffen, sind ohne jede weitere Vorberatung vom Nationalrat in Verhandlung zu nehmen. Dies gilt auch für Berichte von Untersuchungsausschüssen und Berichte des Hauptausschusses (§ 21 Abs. 2).

(3) Die Debatte und Abstimmung über die im Abs. 1 und 2 genannten Vorlagen erfolgen gemäß den Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates.

(4) Nimmt der Nationalrat den Bericht eines Untersuchungsausschusses zur Kenntnis, so ist damit die Tätigkeit dieses Untersuchungsausschusses beendet.

§ 76. (1) Vorlagen der Bundesregierung, die keine Gesetzesvorschläge enthalten, werden vom Präsidenten in der auf die Verteilung nächstfolgenden Sitzung einem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

(2) Der Vorberatung durch den Ausschuss folgen die Debatte und Abstimmung gemäß den Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates.

(3) Anlässlich der Genehmigung des Abschlusses eines Staatsvertrages gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG kann der Nationalrat beschließen, in welchem Umfang dieser Staatsvertrag durch Erlassung von Gesetzen zu erfüllen ist (Art. 50 Abs. 2 Z 3 B-VG). Weiters kann der Nationalrat beschließen, dass der Staatsvertrag oder einzelne genau bezeichnete Teile desselben nicht im Bundesgesetzblatt, sondern in anderer zweckentsprechender Weise kundzumachen sind (Art. 49 Abs. 2 B-VG).¹⁶

(4) Sieht ein Staatsvertrag seine vereinfachte Änderung (Art. 50 Abs. 2 Z 1 B-VG) vor, so kann sich der Nationalrat die Genehmigung dieser Änderungen vorbehalten. Anträge auf Fassung von Beschlüssen nach Abs. 3 bzw. Abs. 4 können auch im Zuge der Vorberatung gestellt werden. Ein Antrag auf Fassung eines diesbezüglichen Beschlusses des Nationalrates kann als Antrag eines Ausschusses gemäß § 27 Abs. 3 oder in Form eines Zusatzantrages im Rahmen der Debatte des Nationalrates gestellt werden.¹⁷

§ 77. (1) Einsprüche des Bundesrates gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates werden dem Nationalrat durch den Vorsitzenden des Bundesrates schriftlich mitgeteilt (Art. 42 Abs. 3 B-VG) und vom Präsidenten in der auf die Verteilung nächstfolgenden Sitzung einem Ausschuss zugewiesen. Der Ausschussantrag hat entweder die Wiederholung des ursprünglichen Gesetzesbeschlusses oder einen neuen Gesetzesvorschlag zum Gegenstand.

¹⁶ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

¹⁷ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

(2) Der Vorberatung durch den Ausschuss folgen die Debatte und Abstimmung im Nationalrat. Schlägt der Ausschuss die Wiederholung des ursprünglichen Gesetzesbeschlusses durch den Nationalrat vor, so finden die Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates Anwendung. Richtet sich der Antrag des Ausschusses jedoch auf die Beschlussfassung eines neuen Gesetzes, so tritt der Nationalrat in die zweite Lesung gemäß den Besonderen Bestimmungen über die Behandlung von Gesetzesvorschlägen ein.

§ 78. (1) Berichte der vom Nationalrat oder von Nationalrat und Bundesrat in internationale parlamentarische Organisationen entsendeten Delegierten sowie der an Veranstaltungen der Interparlamentarischen Union teilnehmenden Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates sowie Berichte der Volksanwaltschaft und Stenographische Protokolle über parlamentarische Enqueten werden vom Präsidenten in der auf die Verteilung nächstfolgenden Sitzung einem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

(2) Der Vorberatung durch den Ausschuss folgen die Debatte und Abstimmung gemäß den Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates.

§ 79. (1) Der Rechnungshof legt den Bundesrechnungsabschluss vor. Er erstattet dem Nationalrat über seine Tätigkeit im vorausgegangenen Jahr spätestens bis 31. Dezember jedes Jahres sowie über besondere Akte der Gebärungsüberprüfung gemäß § 99 Bericht. Überdies kann der Rechnungshof über einzelne Wahrnehmungen jederzeit unter allfälliger Antragstellung an den Nationalrat berichten.

(2) Berichte des Rechnungshofes werden vom Präsidenten in der auf die Verteilung nächstfolgenden Sitzung dem für die Verhandlung dieser Vorlagen eingesetzten ständigen Ausschuss (Rechnungshofausschuss) zur Vorberatung zugewiesen. Bundesrechnungsabschlüsse werden in derselben Weise dem Ausschuss gemäß § 32 a zugewiesen.

(3) Über die Berichte des Rechnungshofes hat der Ausschuss die Vorberatung binnen sechs Wochen zu beginnen. Der Rechnungshofausschuss kann beschließen, die Anhörung von Auskunftspersonen im Sinne des § 28b Abs. 2 öffentlich abzuhalten. Ton- und Bildaufnahmen sind unzulässig. In einer solchen Debatte soll keine Wortmeldung zehn Minuten übersteigen. Darüber hinaus soll am Beginn der Sitzung ein zeitlicher Rahmen für die Anhörung in Aussicht genommen werden. Der Vorberatung durch den Ausschuss folgen die Debatte und Abstimmung gemäß den Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates.

(4) Beim Bundesrechnungsabschluss hat der Ausschussantrag im Falle der Genehmigung einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag zum Gegenstand. Der Nationalrat tritt in diesem Fall in die zweite Lesung gemäß den Besonderen Bestimmungen über die Behandlung von Gesetzesvorschlägen ein.

§ 80. (1) Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung eines Abgeordneten gemäß § 10 Abs. 2 und Abs. 3 erster Satz, Ersuchen um Entscheidung über das Vorliegen eines Zusammenhanges im Sinne des § 10 Abs. 3, Mitteilungen von Behörden gemäß § 10 Abs. 5, Anträge von Behörden gemäß Art. 63 Abs. 2 B-VG sowie Ersuchen um die Ermächtigung zur Verfolgung von Personen wegen Beleidigung des Nationalrates weist der Präsident dem mit diesen Angelegenheiten betrauten ständigen Ausschuss (Immunitätsausschuss) sofort nach dem Einlangen zu. Ersuchen um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung gemäß § 10 Abs. 3 erster Satz sowie Ersuchen um Entscheidung über das Vorliegen eines Zusammenhanges im Sinne des § 10 Abs. 3 werden dem betroffenen Abgeordneten mitgeteilt.

(2) Der Vorberatung durch den Ausschuss folgen die Debatte und Abstimmung gemäß den Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates. Bei Mitteilungen von Behörden gemäß § 10 Abs. 5 obliegt die Beschlussfassung in der tagungsfreien Zeit an Stelle des Nationalrates dem Immunitätsausschuss.

(3) Über Auslieferungsbegehren hat der Ausschuss dem Nationalrat so rechtzeitig Bericht zu erstatten, dass dieser spätestens am vorletzten Tag der gemäß § 10 Abs. 4 vorgesehenen achtwöchigen Frist hierüber abstimmen kann.

(4) Für den Fall, dass der Ausschuss nicht rechtzeitig Bericht erstattet, hat der Präsident das Auslieferungsbegehren spätestens am vorletzten Tag der achtwöchigen Frist zur Abstimmung zu stellen.

§ 81. (1) Über Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung sowie Mitteilungen über die Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung und Staatssekretären findet sogleich eine Debatte statt, wenn dies von fünf Abgeordneten schriftlich verlangt wird.

(2) Richtet sich das Verlangen nicht ausdrücklich darauf, die Debatte sogleich durchzuführen, bestimmt der Präsident deren Zeitpunkt nach Beratung in der Präsidialkonferenz.

(3) Werden gegen die sofortige Durchführung der Debatte (Abs. 1) Einwendungen erhoben, entscheidet der Nationalrat. In diesem Fall darf die Debatte jedoch nicht später als am Ende der nächstfolgenden Sitzung bei Außerachtlassung der Sitzungen gemäß § 94 Abs. 5 dritter und vierter Satz - stattfinden.

XII. Beschlüsse und Wahlen

§ 82. (1) Zu einem Beschluss des Nationalrates ist, soweit im folgenden nicht anderes bestimmt ist, die Anwesenheit von einem Drittel der Abgeordneten und die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

(2) Abweichende Beschlusserfordernisse gelten in folgenden Fällen:

1. Verfassungsgesetze oder in einfachen Gesetzen enthaltene Verfassungsbestimmungen können nur in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.¹⁸

1a. Die Genehmigung des Abschlusses von Staatsverträgen, durch welche die vertraglichen Grundlagen der Europäischen Union geändert werden (Art. 50 Abs. 1 Z 2 B-VG), sowie von Beschlüssen des Europäischen Rates über eine gemeinsame Verteidigung (Art. 23f Abs. 1 B-VG) kann nur in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.¹⁹

2. Dieses Bundesgesetz kann nur in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen abgeändert werden.

3. Zur Wiederholung eines Gesetzesbeschlusses, gegen den der Bundesrat Einspruch erhoben hat, ist die Anwesenheit der Hälfte der Abgeordneten notwendig.

4. Zu einem Beschluss des Nationalrates, mit dem der Bundesregierung oder einzelnen ihrer Mitglieder das Vertrauen versagt wird, ist die Anwesenheit der Hälfte der Abgeordneten erforderlich.

5. Zu einem Beschluss des Nationalrates, mit dem eine Anklage gegen Mitglieder der Bundesregierung oder ihnen hinsichtlich der Verantwortlichkeit gleichgestellte Organe

¹⁸ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

¹⁹ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

wegen Gesetzesverletzung erhoben wird, bedarf es der Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Abgeordneten.

6. Zu einem Beschluss des Nationalrates auf Einberufung der Bundesversammlung durch den Bundeskanzler gemäß Art. 60 Abs. 6 B-VG ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

7. Zu einem Gesetzesbeschluss des Nationalrates betreffend eine der im Art. 14 Abs. 10 und im Art. 14a Abs. 8 B-VG aufgezählten Angelegenheiten ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Abgeordneten und eine Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen notwendig. Das gleiche gilt für die Genehmigung des Abschlusses der im Art. 14 Abs. 10 B-VG aufgezählten Angelegenheiten betreffenden Staatsverträge.

7a. Zu einem Beschluss des Nationalrates über Grenzänderungen gemäß Artikel 3 Abs. 2 und 3 B-VG ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich (Art. 3 Abs. 4 B-VG).²⁰

8. Ferner bedarf es in den Fällen der §§ 44 Abs. 2, 49 Abs. 5 und 6, 53 Abs. 7 und 57 Abs. 5 dieses Bundesgesetzes einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

(3) Bei Wahlen sind die Bestimmungen des Abs. 1 sowie des § 87 anzuwenden.

(4) Verfassungsgesetze und in einfachen Gesetzen enthaltene Verfassungsbestimmungen sowie Grundsatzgesetze und Grundsatzbestimmungen in Bundesgesetzen sind ausdrücklich als solche zu bezeichnen.

(5) <Hinweis: Aufgehoben mit der Novelle BGBl. I Nr. 11/2010²¹>

§ 83. Der Präsident des Nationalrates verfügt auf Grund der genehmigten Amtlichen Protokolle (§ 51) die Ausfertigung und Zustellung der vom Nationalrat ausgehenden Beschlüsse.

§ 84. (1) Jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates ist nach Beendigung des Verfahrens gemäß Art. 42 B-VG, jedoch vor seiner Beurkundung durch den Bundespräsidenten, einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn der Nationalrat es beschließt oder die Mehrheit der Abgeordneten es verlangt.

(2) Ein Antrag auf Fassung eines diesbezüglichen Beschlusses des Nationalrates kann als Antrag eines Ausschusses gemäß § 27 Abs. 3 oder in Form eines Zusatzantrages in der zweiten Lesung des Gesetzesvorschlages gestellt werden. Der Antrag gelangt nach der dritten Lesung zur Abstimmung.

§ 85. Eine Teiländerung der Bundesverfassung ist nach Beendigung des Verfahrens gemäß Art. 42 B-VG, jedoch vor der Beurkundung durch den Bundespräsidenten, einer Abstimmung des gesamten Bundesvolkes zu unterziehen, wenn dies von einem Drittel der Abgeordneten verlangt wird.

§ 86. (1) Ein Drittel der Abgeordneten kann gemäß Art. 140 Abs. 1 B-VG begehren, dass entweder ein Bundesgesetz seinem ganzen Inhalte nach oder dass bestimmte Stellen eines solchen Gesetzes vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben werden. Das

²⁰ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

²¹ idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

Begehren hat die gegen die Verfassungsmäßigkeit des Bundesgesetzes sprechenden Bedenken im einzelnen darzulegen.

(2) Die Abgeordneten, die ein Begehren im Sinne des Abs. 1 gestellt haben, haben außerdem einen oder mehrere Bevollmächtigte für ihre Vertretung im Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof zu bezeichnen.

§ 87. (1) Wahlen im Nationalrat bilden einen eigenen Gegenstand der Tagesordnung (§ 50 Abs. 2). Abweichend hievon kann die Wahl eines besonderen Ausschusses zur Vorberatung einer Vorlage vor deren Zuweisung durch den Präsidenten oder in der ersten Lesung eines Gesetzesvorschlages beantragt werden.

(2) Wahlen sind in der Regel mit Stimmzetteln durchzuführen und werden durch unbedingte Mehrheit der gültigen Stimmen entschieden. Wahlen mit Stimmzetteln sind geheim durchzuführen. Für die Wahl der Ausschüsse gelten die Bestimmungen der §§ 30, 32 und 33.

(3) Wahlvorschläge, die dem Präsidenten vor Beginn des Wahlvorganges schriftlich überreicht wurden, sind von diesem dem Nationalrat zur Kenntnis zu bringen, doch sind auch Stimmzettel gültig, die auf einen anderen wählbaren Kandidaten lauten.

(4) Der Präsident des Rechnungshofes, die Mitglieder der Volksanwaltschaft sowie die Vorsitzenden **der Parlamentarischen Bundesheerkommission gemäß § 4 Wehrgesetz** werden auf Vorschlag des Hauptausschusses gewählt.²²

(5) Wird bei der ersten Wahl keine unbedingte Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt, so wird eine zweite Wahl vorgenommen. Ergibt sich auch bei dieser keine unbedingte Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt. In diese kommen diejenigen, welche bei der zweiten Wahl die meisten Stimmen erhielten, in der doppelten Anzahl der zu Wählenden. Haben bei der zweiten Wahl mehrere gleich viele Stimmen, so entscheidet das Los, wer von ihnen in die engere Wahl kommt. Ergibt sich auch bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet ebenfalls das Los.

(6) Erzielt keiner der eingebrachten Wahlvorschläge bei der ersten oder zweiten Wahl die erforderliche Mehrheit, so können diese zugunsten eines einzigen Wahlvorschlages zurückgezogen werden.

(7) Liegt nur ein Wahlvorschlag vor, so kann auf Vorschlag des Präsidenten über diesen gemäß § 66 Abs. 1 oder 2 abgestimmt werden. Wird jedoch eine Einwendung erhoben, hat es bei der Wahl mit Stimmzetteln zu bleiben. Die Wahl des Präsidenten, des Zweiten und des Dritten Präsidenten ist stets mit Stimmzetteln durchzuführen. Der Präsident kann, wenn ihm das Ergebnis einer gemäß § 66 Abs. 1 oder 2 durchgeführten Wahl zweifelhaft erscheint, eine Wahl mit Stimmzetteln anordnen.

§ 88. (1) Bei Wahlen mit Stimmzetteln hat der Präsident anzugeben, in welcher Form ein Wahlvorschlag, für den die Stimmenabgabe erfolgt, kenntlich zu machen ist.

(2) Die Wahl hat durch Hinterlegung der Stimmzettel in einer Urne stattzufinden. Hiezu sind die Abgeordneten namentlich aufzurufen und zu zählen. Wer beim Aufruf seines Namens nicht anwesend ist, darf nachträglich keinen Stimmzettel abgeben.

(3) Wenn dies fünf Abgeordnete verlangen, hat die Wahl in Wahlzellen zu erfolgen. Die Wahl ist in derselben Weise wie nach Abs. 2 durchzuführen, doch hat die Parlamentsdirektion in diesem Fall Vorsorge zu treffen, dass jeder Abgeordnete in der Wahlzelle unbeobachtet den Stimmzettel ausfüllen und in das Wahlkuvert geben kann. Der Stimmzettel und das Wahlkuvert sind den Abgeordneten von den damit beauftragten Bediensteten der Parlamentsdirektion vor

²² idF Novelle BGBl. I Nr. 11/2010

Betreten der Wahlzelle zu überreichen; das Wahlkuvert ist unmittelbar nach Verlassen der Wahlzelle in die Urne zu legen.

(4) Nachdem der Präsident den Wahlvorgang für beendet erklärt hat, haben die damit beauftragten Bediensteten unter Aufsicht der Schriftführer die Stimmzählung vorzunehmen und das Wahlergebnis dem Präsidenten mitzuteilen. Stimmt die Zahl der Stimmzettel oder im Fall des Abs. 3 die der Kuverts mit der Anzahl der Abgeordneten, die tatsächlich gewählt haben, nicht überein, so ist die Wahl zu wiederholen, falls die Differenz das Wahlergebnis beeinflussen könnte.

(5) Stimmzettel, aus denen der Wille des Wählers nicht eindeutig erkennbar ist, sind ungültig.

(6) Der Präsident hat das Ergebnis der Wahl zu verkünden.

XIII. Anfragen

§ 89. (1) Jedem Abgeordneten steht das Recht zu, an den Präsidenten des Nationalrates und an die Obmänner der Ausschüsse schriftliche Anfragen zu richten.

(2) Der Befragte hat schriftlich zu antworten. Ist dem Befragten eine Erteilung der gewünschten Auskunft nicht möglich, so hat er dies in der Beantwortung zu begründen.

§ 90. Der Nationalrat ist befugt, die Geschäftsführung der Bundesregierung zu überprüfen, deren Mitglieder über alle Gegenstände der Vollziehung zu befragen und alle einschlägigen Auskünfte zu verlangen. Diesem Fragerecht unterliegen insbesondere Regierungsakte sowie Angelegenheiten der behördlichen Verwaltung oder der Verwaltung des Bundes als Träger von Privatrechten.

§ 91. (1) Anfragen, die ein Abgeordneter innerhalb einer Tagung an die Bundesregierung oder eines ihrer Mitglieder richten will, sind dem Präsidenten schriftlich mit mindestens vier Abschriften zu übergeben. Sie müssen mit den eigenhändig beigesetzten Unterschriften von wenigstens fünf Abgeordneten, den Fragesteller eingeschlossen, versehen sein und sind dem Befragten durch die Parlamentsdirektion mitzuteilen.

(2) Fragesteller können ihre Anfragen schriftlich bis zum Einlangen der Beantwortung beim Präsidenten zurückziehen. Der Präsident teilt dies in der nächstfolgenden Sitzung dem Nationalrat mit und veranlasst die Verständigung des befragten Regierungsmitgliedes.

(3) Die Verlesung einer Anfrage findet nur auf Anordnung des Präsidenten statt.

(4) Der Befragte hat innerhalb von zwei Monaten nach Übergabe der Anfrage an den Präsidenten mündlich oder schriftlich zu antworten. Ist dem Befragten eine Erteilung der gewünschten Auskunft nicht möglich, so hat er dies in der Beantwortung zu begründen. Jeder schriftlichen Beantwortung sind mindestens vier Abschriften beizulegen. Auf mündliche Beantwortungen finden die Bestimmungen der §§ 19 Abs. 2 und 81 sinngemäß Anwendung.

§ 91a. (1) Anfragen, die ein Abgeordneter innerhalb einer Tagung an den Präsidenten des Rechnungshofes richten will, sind dem Präsidenten des Nationalrates zu übergeben. Diesem Fragerecht unterliegen die Gegenstände des Wirkungsbereiches des Präsidenten des Rechnungshofes, soweit sie die Haushaltsführung im Sinne des Bundeshaushaltsgesetzes, die Diensthoheit im Sinne des Art. 21 Abs. 3 B-VG und die Organisation des Rechnungshofes im Sinne des § 26 Abs. 2 Rechnungshofgesetz betreffen.

(2) Im übrigen gelten die Bestimmungen des § 91 sinngemäß.

§ 92. (1) Fünf Abgeordnete können vor Eingang in die Tagesordnung verlangen, dass über die schriftliche Beantwortung einer Anfrage gemäß § 91 Abs. 1 eine Debatte nach den §§ 57a und 57b stattfindet. Abgeordnete, die demselben Klub angehören, können eine solche Debatte

nur einmal pro Sitzungswoche verlangen. Wird ein solches Verlangen von Abgeordneten mehrerer Klubs verlangt, ist es dem Klub, dem der Erstunterzeichner angehört, anzurechnen. Gehört dieser keinem Klub an, gilt diese Bestimmung hinsichtlich des Zweitunterzeichners und so weiter.

(2) Verlangen gemäß Abs. 1 können nur hinsichtlich solcher schriftlicher Beantwortungen einer Anfrage eingebracht werden, die innerhalb der letzten zwei Monate im Nationalrat eingelangt sind.

(3) Im Rahmen einer Debatte über die schriftliche Beantwortung einer Anfrage kann nur der Antrag gestellt werden, der Nationalrat nehme die Beantwortung zur Kenntnis oder nicht zur Kenntnis. Dem Antrag kann eine kurze Begründung beigegeben sein.

§ 93. (1) Fünf Abgeordnete können vor Eingang in die Tagesordnung verlangen, dass eine zum selben Zeitpunkt einzubringende schriftliche Anfrage an ein Mitglied der Bundesregierung vom Fragesteller nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens jedoch 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Kein Abgeordneter darf jedoch innerhalb eines Jahres mehr als ein solches Verlangen unterzeichnen.

(2) Darüber hinaus kann jeder Klub pro Jahr weitere vier Verlangen im Sinne des Abs. 1 einbringen, wobei diese einen Verweis auf die gegenständliche Gesetzesbestimmung beinhalten müssen und von fünf Abgeordneten dieses Klubs zu unterzeichnen sind. Solche Unterstützungsunterschriften sind nicht in Abs. 1 einzurechnen.

(3) Auf Antrag von fünf Abgeordneten kann ohne Debatte vor Eingang in die Tagesordnung beschlossen werden, dass eine zum selben Zeitpunkt einzubringende schriftliche Anfrage an ein Mitglied der Bundesregierung vom Fragesteller nach Erledigung der Tagesordnung, spätestens jedoch 15 Uhr, frühestens aber drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfinde. Eine solche beschlossene Dringliche Anfrage wird in die Beschränkung nach § 57b Abs. 1 nicht eingerechnet.

(4) Das befragte Mitglied der Bundesregierung oder der im Sinne des § 19 Abs. 1 zum Wort gemeldeten Staatssekretär ist verpflichtet, nach der Begründung der Anfrage und vor Eingang in die Debatte eine Stellungnahme zum Gegenstand abzugeben, doch ist auch eine mündliche Beantwortung gemäß § 91 Abs. 4 zulässig. Die Stellungnahme bzw. Beantwortung soll 20 Minuten nicht übersteigen.

(5) Dem Begründer steht eine Redezeit von 20 Minuten zu. Jedem Redner kommt in der darauf folgenden Debatte eine Redezeit von zehn Minuten und jedem Klub eine Gesamtredezeit von insgesamt 25 Minuten zu.

(6) In dieser Debatte dürfen nur Entschließungsanträge gestellt werden. Der Präsident kann die Abstimmung über sie an den Beginn der nächsten Sitzung verlegen.

§ 94. (1) Jeder Abgeordnete kann in den Sitzungen des Nationalrates kurze mündliche Anfragen an die Mitglieder der Bundesregierung richten.

(2) Das befragte Mitglied der Bundesregierung oder der im Sinne des § 19 Abs. 1 zum Wort gemeldete Staatssekretär ist verpflichtet, die Anfragen mündlich in derselben Sitzung, in der sie aufgerufen werden, zu beantworten. Ist den Genannten die Erteilung der gewünschten Auskunft nicht möglich, so haben sie dies in der Beantwortung zu begründen.

(3) Ein Abgeordneter darf zu den Fragestunden eines Monats nicht mehr als vier Anfragen einbringen. Die Zurückziehung mündlicher Anfragen ist jederzeit möglich.

(4) Sofern keine Aktuelle Stunde stattfindet, beginnt in der Regel jede Sitzung des Nationalrates mit einer Fragestunde; Ausnahmen bestimmt der Präsident nach Beratung in der

Präsidialkonferenz. Die Fragestunde soll 60 Minuten nicht überschreiten, doch kann der Präsident ausnahmsweise die Dauer der Fragestunde verlängern.

(5) Häufen sich die Anfragen, so kann zu deren Behandlung eine eigene Sitzung des Nationalrates angesetzt werden. In einer solchen Sitzung sind, sofern für denselben Tag eine weitere Sitzung des Nationalrates in Aussicht genommen ist, kurze Debatten gemäß § 57a sowie die Behandlung einer Dringlichen Anfrage oder eines Dringlichen Antrages nicht zulässig.

(6) Kann eine Sitzung, die mit einer Fragestunde eingeleitet werden soll, nicht zur vorgesehenen Zeit beginnen, so kann der Präsident für den Beginn der Fragestunde eine bestimmte Uhrzeit festlegen, die auch dann einzuhalten ist, wenn allenfalls die vorhergehende Sitzung noch nicht beendet ist.

§ 95. (1) Zulässig sind kurze Fragen im Sinne des § 90. Jede Anfrage darf nur eine konkrete Frage enthalten und nicht in mehrere Unterfragen geteilt sein.

(2) Anfragen, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden vom Präsidenten an den anfragenden Abgeordneten zurückgestellt.

(3) Die Anfragen sind im Wege der Parlamentsdirektion in fünffacher Ausfertigung, spätestens 48 Stunden vor der Sitzung, in der sie aufgerufen werden sollen – Samstage, Sonntage und gesetzliche Feiertage nicht eingerechnet –, einzubringen. Die Parlamentsdirektion hat die eingebrachten Anfragen dem Befragten unverzüglich mitzuteilen.

(4) Der Präsident reiht nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz unter Bedachtnahme auf die ressortmäßige Zugehörigkeit und die Abwechslung zwischen den Klubs und Standpunkten die in der Fragestunde zum Aufruf gelangenden Anfragen.

(5) Die zum Aufruf vorgesehenen Anfragen werden vor der Sitzung vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.²³

§ 96. (1) Entsprechend ihrer Reihung ruft der Präsident die Anfragen auf. **Zur Ausführung der Anfrage steht dem Fragesteller eine Redezeit von einer Minute zur Verfügung.** Der Aufruf unterbleibt, wenn der anfragende Abgeordnete nicht anwesend ist.²⁴

(2) Die Beantwortung der Anfrage soll eine Dauer von zwei Minuten nicht übersteigen.²⁵

(3) Nach Beantwortung der Anfrage ist der Fragesteller berechtigt, eine Zusatzfrage zu stellen. Danach können auch andere Abgeordnete Zusatzfragen stellen, wobei in der Regel jeder Klub, mit Ausnahme des Klubs des Fragestellers, berücksichtigt wird. Zur Ausführung einer Zusatzfrage steht dem Fragesteller eine Minute Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Zusatzfrage soll ebenfalls die Dauer von einer Minute nicht übersteigen. Abgeordnete ohne Klubzugehörigkeit sollen in angemessener Weise berücksichtigt werden. Melden sich mehrere Abgeordnete gleichzeitig zu einer weiteren Zusatzfrage zu Wort, so bestimmt der Präsident die Reihenfolge unter Bedachtnahme auf die Grundsätze des § 60 Abs. 3.²⁶

²³ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

²⁴ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

²⁵ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

²⁶ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

(4) Jede Zusatzfrage muss in unmittelbarem Zusammenhang mit der **Anfrage** stehen und den Bestimmungen des § 95 Abs. 1 entsprechen.²⁷

§ 97. (1) Sofern die Anfrage nicht in den Fragestunden innerhalb von vier Wochen nach ihrem Einlangen beim Präsidenten aufgerufen wurde, kann der Fragesteller binnen weiterer acht Tage erklären, dass er eine schriftliche Beantwortung wünscht.

(2) Die schriftliche Beantwortung hat binnen eines Monats nach der Erklärung des Fragestellers gemäß Abs. 1 zu erfolgen. Ist die Erteilung der gewünschten Auskunft nicht möglich, so ist dies in der schriftlichen Beantwortung zu begründen. Jeder schriftlichen Beantwortung sind mindestens vier Abschriften beizulegen.

(3) Der Präsident gibt das Einlangen der schriftlichen Beantwortung in der nächstfolgenden Sitzung dem Nationalrat bekannt. Er verfügt deren Vervielfältigung und Verteilung an die Abgeordneten unter Bedachtnahme darauf, dass ihnen auch der Text der betreffenden mündlichen Anfrage zur Kenntnis gebracht wird.

XIIIa. Aktuelle Stunde

§ 97a. (1) Die Plenarberatungen einer Sitzungswoche werden mit einer Aktuellen Stunde eingeleitet, wenn dies von fünf Abgeordneten schriftlich spätestens 48 Stunden vorher – Samstag, Sonntage und gesetzliche Feiertage nicht eingerechnet – unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Themas verlangt wird. Liegen mehrere Verlangen vor, trifft der Präsident die Auswahl unter Bedachtnahme auf die Grundsätze des § 60 Abs. 3.

(2) Die Parlamentsdirektion veranlasst die Verständigung der Mitglieder der Bundesregierung.

(3) Die Aktuelle Stunde dient einer Aussprache über Themen von allgemeinem aktuellem Interesse aus dem Bereich der Vollziehung des Bundes; es können weder Anträge gestellt noch Beschlüsse gefasst werden.

(4) In Sitzungen, die mit Aktuellen Stunden beginnen, findet keine Fragestunde statt.

(5) Die Aktuelle Stunde soll in der Regel zwischen 60 und 70 Minuten dauern und so gestaltet werden, dass auf die Diskussionsbeiträge der Abgeordneten nicht mehr als 50 Minuten entfallen. Der Präsident hat das Recht, die Aktuelle Stunde nach 90 Minuten jedenfalls für beendet zu erklären.

(6) Als erster Redner gelangt in der Regel der Erstunterzeichner des Vorschlages gemäß Abs. 1 mit einer Redezeit von zehn Minuten zu Wort. Das zuständige Mitglied der Bundesregierung oder der im Sinne des § 19 Abs. 1 zum Wort gemeldete Staatssekretär ist verpflichtet, eine einleitende Stellungnahme zum Thema abzugeben, die gleichfalls zehn Minuten nicht überschreiten soll. Die Redezeit aller weiteren Teilnehmer an der Aktuellen Stunde darf nicht mehr als fünf Minuten betragen, wobei in der Regel von jedem Klub zwei Redner zum Wort gelangen sollen. Die Bestimmungen über die tatsächliche Berichtigung finden keine Anwendung.

XIV. Parlamentarische Enqueten und Enquete-Kommissionen

§ 98. (1) Der Hauptausschuss des Nationalrates kann auf Antrag eines seiner Mitglieder die Abhaltung einer parlamentarischen Enquete (Einholung schriftlicher Äußerungen sowie Anhörung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen unter Anwendung des § 40 Abs. 1 und 3) über Angelegenheiten, in denen die Gesetzgebung Bundessache ist, beschließen. Bei der Verhandlung über einen solchen Antrag können Abänderungs- und

²⁷ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

Zusatzanträge von jedem in der Sitzung stimmberechtigten Abgeordneten gestellt werden. Der Hauptausschuss kann einen Beschluss auf Abhaltung einer Enquete jederzeit – unter Einhaltung der im § 42 Abs. 2 genannten Beschlusserfordernisse – abändern.

(2) Der Antrag auf Abhaltung einer Enquete gemäß Abs. 1 ist dem Präsidenten schriftlich zu überreichen und hat jedenfalls Gegenstand, Teilnehmerkreis und Tag der parlamentarischen Enquete zu enthalten.

(3) Wird in einer Sitzung des Hauptausschusses von mindestens einem Drittel der stimmberechtigten Abgeordneten verlangt, dass ein solcher Antrag in Verhandlung genommen wird, hat der Präsident diesen auf die Tagesordnung der nächstfolgenden Sitzung des Hauptausschusses zu stellen. Auch ohne ein diesbezügliches Verlangen ist ein solcher Antrag jedenfalls innerhalb von sechs Monaten nach seiner Überreichung in Verhandlung zu nehmen.

(4) In gleicher Weise kann der Hauptausschuss eine Enquete-Kommission zur Vorbereitung von Entscheidungen über umfangreiche und bedeutsame Angelegenheiten einsetzen, wobei dieser auch eine Frist zur Berichterstattung gesetzt werden kann. Der diesbezügliche Antrag im Sinne des Abs. 2 hat jedenfalls den genauen Auftrag an die Kommission sowie die Zusammensetzung derselben zu enthalten. Die Enquete-Kommission hat ihre Arbeit mit einem Bericht an den Nationalrat abzuschließen, wobei alle Meinungen wiederzugeben sind.

(5) Die Enquete-Kommission kann beschließen, Teile ihrer Sitzungen im Sinne des § 28b Abs. 2 öffentlich abzuhalten. Ton- und Bildaufnahmen sind zulässig.

(6) Die Gesamtzahl der Enquete-Kommissionen, die ihren abschließenden Bericht noch nicht erstattet haben, darf drei nicht übersteigen.

(7) Auf die Tätigkeiten der Enquete-Kommissionen finden die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes über das Ausschussverfahren sinngemäß Anwendung.

§ 98a. (1) Die Enquete steht, wenn der Hauptausschuss nicht auf Vorschlag des Präsidenten anderes beschließt, unter dessen Vorsitz. Für die Vorsitzführung bei einer Enquete gilt § 13 Abs. 2 und 3 sinngemäß.

(2) Die Enqueten sind für Medienvertreter zugänglich, sofern der Hauptausschuss bei der Beschlussfassung über eine Enquete nicht anderes beschlossen hat. Personen, die berechtigt sind, den Sitzungen der Ausschüsse des Nationalrates beizuwohnen, dürfen jedenfalls als Zuhörer anwesend sein. Über die Zutrittsmöglichkeit der Medienvertreter entscheidet der Präsident nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten.

(3) Im übrigen finden für Worterteilungen, tatsächliche Berichtigungen sowie den Ruf zur Sache und zur Ordnung die Bestimmungen der §§ 41 Abs. 5, 58, 101 und 102 sinngemäß Anwendung.

(4) Über die Verhandlungen in einer parlamentarischen Enquete werden – sofern die dem Teilnehmerkreis der Enquete angehörenden Abgeordneten für Teile derselben nicht anderes beschließen – Stenographische Protokolle verfasst und gedruckt herausgegeben. Weitere die Enquete betreffende Veröffentlichungen obliegen dem Präsidenten.

(5) Die dem Teilnehmerkreis der Enquete angehörenden Abgeordneten können beschließen, das Stenographische Protokoll als Verhandlungsgegenstand dem Nationalrat vorzulegen.

XV. Prüfungsaufträge an den Rechnungshof

§ 99. (1) Der Nationalrat kann auf Grund eines Selbständigen Antrages (§§ 26 und 27) beschließen, den Rechnungshof mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung zu beauftragen.

(2) Eine Gebarungsüberprüfung ist auch ohne Beschluss des Nationalrates durchzuführen, wenn ein gemäß § 26 eingebrachter Antrag von mindestens 20 Abgeordneten schriftlich unterstützt ist und sich auf einen bestimmten Vorgang in einer der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegenden Angelegenheit der Bundesgebarung (Art. 122 Abs. 1 B-VG) bezieht.

(3) Sind bereits drei Gebarungsüberprüfungen gemäß Abs. 2 anhängig, darf kein weiteres Verlangen gestellt werden. Überdies darf kein Abgeordneter desselben Klubs ein diesbezügliches Verlangen unterstützen, solange zwei Gebarungsüberprüfungen, die auf Grund eines Verlangens von Abgeordneten des Klubs, dem er angehört, unterstützt wurden, anhängig sind. Als anhängig gilt eine Gebarungsüberprüfung bis zur Erstattung des Berichtes des Rechnungshofes an den Nationalrat.

(4) Ein den Erfordernissen der Abs. 2 und 3 genügendes Verlangen ist vom Präsidenten am Ende der Sitzung dem Nationalrat bekannt zu geben.

(5) Der Präsident hat einen Beschluss im Sinne des Abs. 1 beziehungsweise ein Verlangen im Sinne des Abs. 2 unverzüglich dem Rechnungshof mitzuteilen.

(6) Der Rechnungshof hat dem Nationalrat über die Durchführung der Gebarungsüberprüfung gemäß Abs. 1 oder Abs. 2 zu berichten.

XVI. Parlamentarische Petitionen und parlamentarische Bürgerinitiativen

§ 100. (1) Dem Nationalrat unterbreitete Anliegen sind nur zu verhandeln, wenn sie schriftlich vorgelegt werden, sich auf eine Angelegenheit beziehen, die in Gesetzgebung oder Vollziehung Bundessache ist, und

1. als Petitionen von einem Mitglied des Nationalrates überreicht oder

2. als Bürgerinitiativen von mindestens 500 österreichischen Staatsbürgern, die im Zeitpunkt der Unterstützung **das 16. Lebensjahr** vollendet haben, unterstützt worden sind.²⁸

(2) Die Unterstützung einer Bürgerinitiative erfolgt durch eigenhändige Angabe von Namen, Adresse, Geburtsdatum und Datum der Unterstützung sowie durch die Unterschrift des Unterstützenden. Der Erstunterzeichner einer Bürgerinitiative muss in der Wählerevidenz eingetragen sein.

(3) Eine Bürgerinitiative ist der Parlamentsdirektion durch den Erstunterzeichner vorzulegen, wobei dieser seinen ordentlichen Wohnsitz nachzuweisen hat. Die Parlamentsdirektion hat zu überprüfen, ob die Eintragung des Erstunterzeichners in der Wählerevidenz gegeben ist; eine Überprüfung der für die Unterstützer geforderten Voraussetzungen kann auf Anordnung des Präsidenten stattfinden, der die Art und Weise derselben bestimmt.

(4) Der Präsident weist Petitionen und Bürgerinitiativen, die die Voraussetzungen der Abs. 1 bis 3 erfüllen, dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen zu. Anlässlich der Überreichung von Petitionen kann jedoch das betreffende Mitglied des Nationalrates dem Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen vorschlagen, die Zuweisung derselben an einen anderen Ausschuss zu veranlassen.

(5) Petitionen und Bürgerinitiativen liegen in der Parlamentsdirektion zur Einsichtnahme auf und werden an die Mitglieder und Ersatzmitglieder des Ausschusses, dem sie zugewiesen wurden, verteilt. Der Präsident kann von der Vervielfältigung zur Gänze oder hinsichtlich

²⁸ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

bestimmter Teile nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Präsidialkonferenz absehen, wenn dies die gebotene Rücksicht auf eine sparsame und zweckmäßige Verwaltung notwendig erscheinen lässt. Der Präsident kann, wenn er dies aus triftigen Gründen für erforderlich hält, jedoch auch die Verteilung an alle Abgeordneten verfügen.

§ 100a. Für das Verfahren im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen sind die Vorschriften über die Bildung der Ausschüsse und die Geschäftsbehandlung in deren Sitzungen sowie über die Berichterstattung derselben mit Maßgabe der folgenden Bestimmungen anzuwenden.

§ 100b. (1) Der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen hält in jeder Sitzung eine Besprechung des Einlaufes ab; zu diesem Zweck kann der Obmann auch eine eigene Sitzung anberaumen. In diesem Verfahrensabschnitt kann der Ausschuss

1. beschließen,
 - a) von der Verhandlung sogleich Abstand zu nehmen, wenn er die Auffassung vertritt, dass der Gegenstand zur weiteren Behandlung offenkundig ungeeignet ist, oder
 - b) den Gegenstand der Volksanwaltschaft zur weiteren Behandlung zu übermitteln oder
 - c) den Präsidenten zu ersuchen, den Gegenstand einem anderen Ausschuss zuzuweisen,
- und
2. auch bereits Beschlüsse gemäß Abs. 2 beziehungsweise § 40 Abs. 1 fassen.

In den Fällen der Z 1 lit. a und b hat der Ausschuss dem Nationalrat im Sinne des § 100c Abs. 3 Z 3 zu berichten.

(2) Im Zuge seiner Vorberatung kann der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen

1. die Einholung von Stellungnahmen der Bundesregierung beziehungsweise einzelner ihrer Mitglieder sowie der Volksanwaltschaft durch den Präsidenten beschließen und allenfalls eine diesbezügliche Frist setzen,
2. beschließen, ob und an welchen Teilen der Verhandlungen der Erstunterzeichner, die Mitglieder der Volksanwaltschaft beziehungsweise informierte Vertreter von Mitgliedern der Bundesregierung oder der Volksanwaltschaft teilnehmen und in der Debatte das Wort ergreifen können.

§ 100c. (1) Am Schluss der Verhandlungen kann der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen beschließen, den Präsidenten zu ersuchen, den Gegenstand – allenfalls unter Anschluss einer Empfehlung des Ausschusses über Art beziehungsweise Inhalt der Erledigung – einem anderen Ausschuss zuzuweisen.

(2) Hinsichtlich der Berichterstattung an den Nationalrat kann der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen entweder beschließen, über eine Petition beziehungsweise Bürgerinitiative gesondert zu berichten oder mehrere gemeinsam in einem Sammelbericht zusammenzufassen. Die Stellung Selbständiger Anträge gemäß § 27 ist nicht zulässig.

(3) Der Bericht gemäß Abs. 2 hat in jedem Fall einen Antrag an den Nationalrat zu enthalten, und zwar den Gegenstand

1. an die Bundesregierung oder einzelne ihrer Mitglieder zur geeigneten Verfügung weiterzuleiten oder
2. der Volksanwaltschaft zur weiteren Behandlung zu übermitteln oder

3. durch Kenntnisnahme des Ausschussberichtes zu erledigen.

(4) Für die Verhandlung im Plenum gelten die Allgemeinen Bestimmungen über die Geschäftsbehandlung in den Sitzungen des Nationalrates mit der Maßgabe, dass Abänderungs- und Zusatzanträge über Abs. 3 Z 1 bis 3 nicht hinausgehen dürfen und die Abstimmung über die in einem Sammelbericht gemäß Abs. 2 gestellten Anträge, soweit nicht Abänderungs- oder Zusatzanträge vorliegen, unter einem erfolgt. Zu Berichten im Sinne des § 100b Abs. 1 Z 1 lit. a und b ist die Stellung von Abänderungs- und Zusatzanträgen nicht zulässig.

§ 100d. Der Parlamentsdirektion obliegt die Erteilung von Auskünften über die formalen Voraussetzungen für die Einbringung von Bürgerinitiativen; sie hat den Erstunterzeichner (§ 100 Abs. 2 und 3) auf dessen Anfrage über den Stand des parlamentarischen Verfahrens zu informieren und ihn von der Art der Erledigung in Kenntnis zu setzen.

XVII. Ordnungsbestimmungen

§ 101. (1) Abschweifungen von der Sache ziehen den Ruf des Präsidenten „zur Sache“ nach sich.

(2) Nach dem dritten Rufe „zur Sache“ kann der Präsident dem Redner das Wort entziehen.

§ 102. (1) Wenn jemand, der zur Teilnahme an den Verhandlungen des Nationalrates berechtigt ist, den Anstand oder die Würde des Nationalrates verletzt, beleidigende Äußerungen gebraucht oder Anordnungen des Präsidenten nicht Folge leistet, spricht der Präsident die Missbilligung darüber durch den Ruf „zur Ordnung“ aus.

(2) Der Präsident kann in einem solchen Falle einen Redner unterbrechen oder ihm das Wort auch völlig entziehen.

(3) Wurde einem Abgeordneten ein Ordnungsruf in kurzer Aufeinanderfolge zum wiederholten Mal erteilt, kann der Präsident zugleich verfügen, dass Wortmeldungen desselben für den Rest der Sitzung nicht entgegengenommen werden.

§ 103. (1) Wer zur Teilnahme an den Verhandlungen berechtigt ist, kann vom Präsidenten den Ruf „zur Sache“ oder „zur Ordnung“ verlangen. Der Präsident entscheidet hierüber ohne Berufung an den Nationalrat.

(2) Wenn jemand, der zur Teilnahme an den Verhandlungen des Nationalrates berechtigt ist, Anlass zum Ordnungsruf gegeben hat, kann dieser vom Präsidenten des Nationalrates auch am Schluss derselben Sitzung oder am Beginn der nächsten Sitzung nachträglich ausgesprochen und auch von jedem zur Teilnahme an den Verhandlungen Berechtigten gefordert werden.

§ 104. Wenn der Präsident einen Redner unterbricht, hat dieser sofort innezuhalten, widrigenfalls ihm das Wort entzogen werden kann.

§ 105. Die deutsche Sprache ist die ausschließliche Verhandlungssprache des Nationalrates und seiner Ausschüsse.

§ 106. Verlangen eines Drittels der Mitglieder des Immunitätsausschusses auf Einholung einer Entscheidung des Nationalrates im Sinne des § 10 Abs. 3, Verlangen auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung gemäß § 46 Abs. 2, Verlangen auf Durchführung einer Volksabstimmung gemäß §§ 84 Abs. 1 oder 85 sowie Begehren auf Aufhebung eines Bundesgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof gemäß § 86 sind schriftlich mit den eigenhändigen Unterschriften der Abgeordneten an den Präsidenten zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu richten.

§ 107. In den Fällen der §§ 2 Abs. 1 Z 2, 10 Abs. 4, 24 Abs. 2, 26 Abs. 7, 32e Abs. 4, 69 Abs. 4, 79 Abs. 3 und 92 Abs. 2 wird der Lauf der jeweiligen Frist durch die tagungsfreie Zeit gehemmt. Dasselbe gilt für den Fall des § 7 Abs. 1 des Unvereinbarkeitsgesetzes 1983, BGBl. Nr. 330.

XVIII. Schlussbestimmungen

§ 108. Dieses Bundesgesetz kann nur auf Grund von Selbständigen Anträgen von Abgeordneten (§ 26) geändert werden. Solche Anträge sind nach Durchführung der ersten Lesung einer Ausschussberatung zu unterziehen. Der Ausschuss hat schriftlich Bericht zu erstatten, worauf die zweite Lesung im Nationalrat und frühestens 24 Stunden nach Abschluss der zweiten Lesung die dritte Lesung stattfindet. Im übrigen gelten die Bestimmungen des § 82 Abs. 2 Z 2.

§ 109. (1) Dieses Bundesgesetz tritt – mit Ausnahme des § 86 – mit 1. Oktober 1975 in Kraft; § 86 tritt mit 1. Juli 1976 in Kraft.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes verliert das Bundesgesetz vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 178, betreffend die Geschäftsordnung des Nationalrates, seine Wirksamkeit.

(3) § 8 Abs. 3, § 21 Abs. 1a, § 28b Abs. 2 bis 5, § 95 Abs. 5, § 96 Abs. 1 bis 4 und § 100 Abs. 1 Ziffer 2, jeweils in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 31/2009, treten mit 1. April 2009 in Kraft.²⁹

²⁹ idF Novelle BGBl. I Nr. 31/2009

2.

**Verfahrensordnung für
parlamentarische
Untersuchungsausschüsse
(VO-UA)**

Anlage zum Geschäftsordnungsgesetz 1975

Kundmachung

BGBl. I Nr. 131/1997

Anlage zum GOG

Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (VO-UA)

1. Abschnitt

Beweisbeschluss und Vorbereitung der Sitzungen

I. Beweisbeschluss

§ 1. Der Untersuchungsausschuss erhebt die für die Erfüllung des Untersuchungsauftrages gebotenen Beweise aufgrund von Beweisbeschlüssen.

§ 2. (1) In den Beweisbeschlüssen sind die Tatsachen, über welche der Beweis zu erheben ist, und die Beweismittel genau zu bezeichnen.

(2) Als Beweismittel kann alles verwendet werden, was geeignet ist, der Untersuchung im Rahmen des Untersuchungsauftrages zu dienen. Ausgeschlossen sind jedoch solche Beweismittel, die durch eine strafbare Handlung zustande gekommen sind oder die durch die Umgehung sonstiger gesetzlicher Bestimmungen erlangt worden sind.

(3) Beweisbeschlüsse können vom Untersuchungsausschuss nach Maßgabe des § 42 Abs. 2 GOG ergänzt und abgeändert werden.

II. Ladung von Auskunftspersonen oder Sachverständigen

§ 3. (1) Die Ladung von Auskunftspersonen oder Sachverständigen ist auf Beschluss des Untersuchungsausschusses durch den Präsidenten des Nationalrates bzw. in dessen Auftrag durch die Parlamentsdirektion auszufertigen.

(2) Die Ladung hat neben der Benennung der geladenen Person und der Bezeichnung des Gegenstandes der Untersuchung bzw. im Rahmen dieses Gegenstandes die Themen der Befragung, Ort und Zeit derselben sowie einen Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen über den Kostenersatz (§ 40 Abs. 3 GOG und Abs. 4) sowie allfällige Folgen des Ausbleibens zu enthalten.

(3) Wenn eine geladene Person der ihr zugestellten Ladung ohne genügende Entschuldigung nicht Folge leistet, so kann der Untersuchungsausschuss beim Gericht (§§ 21 f.) die Verhängung einer Ordnungsstrafe beantragen und die Auskunftsperson unter der Androhung, dass der Untersuchungsausschuss bei neuerlicher Nichtbefolgung der Ladung die Vorführung beschließen könne, neuerlich laden. Leistet die Auskunftsperson auch dieser Ladung ohne genügende Entschuldigung nicht Folge, so kann der Untersuchungsausschuss unter Beantragung einer neuerlichen Ordnungsstrafe beschließen, dass sie durch die politische Behörde vorzuführen ist.

(4) Hinsichtlich des Kostenersatzes ist § 40 Abs. 3 GOG anzuwenden. Gegen entsprechenden Nachweis ist der Auskunftsperson auch der entgangene Verdienst zu ersetzen.

(5) Bei der Ladung von öffentlich Bediensteten ist die vorgesetzte Dienstbehörde unter Bekanntgabe des Beweisthemas, zu dem die Auskunftsperson vernommen werden soll, zu benachrichtigen.

(6) Jede Auskunftsperson kann verlangen, dass einer Person ihres Vertrauens die Anwesenheit bei der Anhörung gestattet wird. Dies gilt auch, wenn die Öffentlichkeit gemäß § 4 Abs. 2 ausgeschlossen wird.

(7) Auskunftspersonen und Sachverständige können auch zur schriftlichen Äußerung eingeladen werden, wenn ein Erscheinen vor dem Ausschuss nicht zugemutet werden kann oder mit unverhältnismäßig hohen Kosten verbunden wäre.

2. Abschnitt

Sitzungen und Beweisaufnahme

III. Öffentlichkeit von Sitzungen

§ 4. (1) Bei der Anhörung von Auskunftspersonen und Sachverständigen wird Medienvertretern vom Präsidenten nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten Zutritt gewährt; der Präsident kann sich hierbei der Vereinigung der Parlamentsredakteure und anderer beruflicher Interessenvertretungen von Journalisten bedienen. Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen sind unzulässig.

(2) Auf Beschluss des Untersuchungsausschusses kann die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn überwiegende schutzwürdige Interessen der Allgemeinheit oder des einzelnen dies gebieten, es zum Schutz von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen notwendig ist oder wenn der Ausschluss der Öffentlichkeit im Interesse der Erlangung einer wahrheitsmäßigen Aussage erforderlich erscheint.

(3) Die Befragung von Beamten, die gemäß § 6 zur Aussage verhalten wurden, findet immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

(4) Die Beratungen des Untersuchungsausschusses sind nicht öffentlich.

IV. Beweis durch Befragung von Auskunftspersonen

1. Aussagepflicht

§ 5. Als Auskunftspersonen dürfen nicht angehört werden:

1. Personen, welche zur Mitteilung ihrer Wahrnehmung unfähig sind, oder welche zur Zeit, auf welche sich ihre Aussage beziehen soll, zur Wahrnehmung der zu beweisenden Tatsache unfähig waren;
2. Geistliche in Ansehung dessen, was ihnen in der Beichte oder sonst unter dem Siegel geistlicher Amtsverschwiegenheit anvertraut wurde.

§ 6. Öffentlich Bedienstete dürfen sich bei der Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheitspflicht berufen. Hält die Dienstbehörde auf Grund der Verständigung gemäß § 3 Abs. 5 die Wahrung der Vertraulichkeit von Aussagen solcher Bediensteter für erforderlich, so hat sie dies dem Untersuchungsausschuss mitzuteilen. Der Untersuchungsausschuss kann in einem solchen Fall mit Zweidrittelmehrheit beschließen, dass der öffentlich Bedienstete wegen der Wichtigkeit seiner Aussage ohne Rücksicht auf die Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit auszusagen hat.

§ 7. (1) Die Aussage darf von einer Auskunftsperson verweigert werden:

1. über Fragen, deren Beantwortung die Privatsphäre der Auskunftsperson oder eines Angehörigen (§ 72 StGB) betreffen oder für sie oder einen Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung nach sich ziehen würde;
2. über Fragen, deren Beantwortung für die Auskunftsperson oder eine der in Z 1 bezeichneten Person einen unmittelbaren bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteil nach sich ziehen würde;
3. in Bezug auf Tatsachen, über welche sie nicht würde aussagen können, ohne eine gesetzlich anerkannte Pflicht zur Verschwiegenheit zu verletzen, sofern sie von der Pflicht zur Geheimhaltung nicht gültig entbunden wurde oder sie als öffentlich Bediensteter gemäß § 6 zur Aussage verhalten wurde;
4. in Ansehung desjenigen, was ihr in ihrer Eigenschaft als Verteidiger oder Rechtsanwalt bekannt geworden ist;
5. über Fragen, welche die Auskunftsperson nicht würde beantworten können, ohne ein Kunst- oder Geschäftsgeheimnis zu offenbaren;
6. über die Frage, wie die Auskunftsperson ihr Wahlrecht oder Stimmrecht ausgeübt hat, wenn dessen Ausübung gesetzlich für geheim erklärt ist.

(2) Die Aussage kann in den unter Z 1 und 2 angegebenen Fällen mit Rücksicht auf die dort bezeichneten Angehörigen auch dann verweigert werden, wenn das eheliche Verhältnis, welches die Angehörigkeit begründet, nicht mehr besteht.

§ 8. Über Errichtung und Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen die Auskunftsperson als Urkundsperson beigezogen worden ist, darf die Aussage wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteiles nicht verweigert werden.

§ 9. (1) Eine Auskunftsperson, welche die Aussage verweigern will, hat die Gründe der Weigerung bei der zu ihrer Befragung bestimmten Sitzung oder in ihrer schriftlichen Äußerung (§ 3 Abs. 7) anzugeben und, falls dies ein Mitglied des Untersuchungsausschusses verlangt, glaubhaft zu machen.

(2) Der Untersuchungsausschuss entscheidet über die Rechtmäßigkeit der Weigerung. Kommt er zur Auffassung, dass die Verweigerung der Aussage nicht gerechtfertigt ist, kann er beim Gericht (§§ 21 f.) die Verhängung einer Beugestrafe beantragen.

2. Befragung und Wahrheitspflicht

§ 10. Der Untersuchungsausschuss beschließt unter Bedachtnahme auf die beschlossenen Beweise auch einen Zeitplan für deren Aufnahme. Von diesem Zeitplan soll nur aus schwerwiegenden Gründen abgegangen werden.

§ 11. (1) Den Auskunftspersonen ist vor ihrer Anhörung bzw. bei ihrer Einladung zur schriftlichen Äußerung bekannt zu geben, aus welchen Gründen die Aussage verweigert werden darf (§ 7). Sie sind unter Hinweis auf die Folgen einer falschen Beweisaussage an ihre Wahrheitspflicht zu erinnern.

(2) Über Verlangen der Auskunftsperson ist dieser vor Eingang in die Befragung Gelegenheit zu einer zusammenhängenden Erzählung der den Gegenstand des Zeugnisses bildenden Tatsachen zu geben.

(3) Die Auskunftspersonen sind einzeln in Abwesenheit der später zu hörenden Auskunftspersonen zu befragen. Die Reihenfolge, in welcher die Anhörung stattzufinden hat, bestimmt der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses unter Bedachtnahme auf das Beweisthema, den Zeitplan für die Befragung und den in der Ladung der Auskunftsperson angegebenen Zeitpunkt ihrer Anhörung. Er hat eine Entscheidung des Ausschusses einzuholen, wenn dies von wenigstens einem Drittel der Mitglieder verlangt wird.

(4) Auskunftspersonen, deren Aussagen voneinander abweichen, können einander gegenübergestellt werden. Dabei können unter Hinweis auf Widersprüche zwischen den Aussagen von allen Ausschussmitgliedern weitere Fragen zur Aufklärung dieser Widersprüche gestellt werden.

§ 12. (1) Auskunftspersonen und Sachverständige werden zunächst durch den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses befragt. Sie sind vor ihrer Anhörung auf die Pflicht zur Angabe der Wahrheit und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage zu erinnern. Diese Erinnerung ist im Amtlichen Protokoll festzuhalten. Der Vorsitzende hat zunächst nach den Personaldaten zu fragen. Er ist danach auch berechtigt, Fragen zur Sache zu stellen. Anschließend erteilt er den übrigen Ausschussmitgliedern in der Reihenfolge ihrer Anmeldung das Wort. Bei gleichzeitiger Anmeldung mehrerer Mitglieder erteilt der Vorsitzende das Wort unter Bedachtnahme auf Klubstärke und Abwechslung zwischen den Fraktionen. Der Vorsitzende hat das Recht, aus wichtigen Gründen, insbesondere wenn dies der Verhandlungsökonomie oder der Wahrheitsfindung dient oder wenn Widersprüche klarzustellen sind, auf Antrag eines Mitgliedes oder - falls kein Widerspruch erhoben wird - aus eigenem von der Reihenfolge der Worterteilungen abzuweichen.

(2) Sofern sich die Auskunftsperson einer Vertrauensperson bedient, ist auch diese über die strafrechtlichen Folgen einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Auch diese Erinnerung ist im Amtlichen Protokoll festzuhalten.

§ 13. (1) Ist eine Frage nicht durch das im Beweisbeschluss festgelegte Beweisthema gedeckt oder wird sonst die Zulassung oder Nichtzulassung einer Frage durch den Vorsitzenden bestritten, so entscheidet hierüber auf Antrag eines Mitgliedes nach Anhörung des Verfahrensanwaltes, jedoch ohne weitere Debatte, der Untersuchungsausschuss.

(2) Die an die Auskunftsperson zu richtenden Fragen dürfen nicht unbestimmt, dunkel, mehrdeutig, verfänglich, beleidigend oder unterstellend sein. Es sind daher insbesondere solche Fragen unzulässig, in denen eine von der Auskunftsperson nicht zugestandene Tatsache als bereits zugestanden angenommen wird.

(3) Fragen, durch die einer Auskunftsperson Umstände vorgehalten werden, die erst durch ihre Antwort festgestellt werden sollen, dürfen nur gestellt werden, wenn die Auskunft nicht in anderer Weise erlangt werden kann.

3. Vertrauensperson

§ 14. (1) Jede Auskunftsperson kann sich bei ihrer Einvernahme vor dem Untersuchungsausschuss durch eine Vertrauensperson begleiten lassen. Deren Aufgabe ist die Beratung der Auskunftsperson. Die Vertrauensperson hat jedenfalls nicht das Recht, Erklärungen vor dem Untersuchungsausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten.

(2) Als Vertrauensperson kann ausgeschlossen werden,

- a) wer voraussichtlich als Auskunftsperson im Verfahren vor dem Untersuchungsausschuss geladen wird,
- b) wer die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte,
- c) wer gegen die Bestimmungen des Abs. 1 verstößt.

V. Beweis durch Sachverständige

1. Bestellung von Sachverständigen

§ 15. Wird die Aufnahme eines Beweises durch Sachverständige notwendig, so kann der Untersuchungsausschuss einen oder mehrere Sachverständige bestellen. Hierbei soll, sofern

nicht besondere Umstände etwas anderes notwendig machen, vor allem auf die für Gutachten der erforderlichen Art öffentlich bestellten Sachverständigen Bedacht genommen werden.

§ 16. (1) Auf Antrag eines Mitgliedes des Untersuchungsausschusses können Sachverständige abgelehnt werden, wenn Umstände glaubhaft gemacht werden, welche die Unbefangenheit oder Fachkunde des Sachverständigen in Zweifel ziehen.

(2) Ablehnungsanträge können nur vor dem Beginn der Beweisaufnahme durch Anhörung des Sachverständigen im Untersuchungsausschuss gestellt werden.

(3) Über Ablehnungsanträge entscheidet der Untersuchungsausschuss mit Beschluss.

§ 17. (1) Der Bestellung zum Sachverständigen hat Folge zu leisten, wer zur Erstattung von Gutachten der erforderlichen Art öffentlich bestellt ist oder wer die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntnis Voraussetzung der geforderten Begutachtung ist, öffentlich als Erwerb ausübt oder zu deren Ausübung öffentlich angestellt oder ermächtigt ist.

(2) Aus denselben Gründen, welche Auskunftspersonen zur Verweigerung der Aussage berechtigen, kann die Enthebung von der Bestellung als Sachverständiger begehrt werden.

(3) § 9 ist sinngemäß anzuwenden.

(4) Dem Sachverständigen gebührt für seine Tätigkeit eine angemessene Entlohnung.

§ 18. Ergeben sich Fragen, deren Beantwortung für das Gutachten von Bedeutung sind, kann der Sachverständige im Wege des Vorsitzenden die Klärung dieser Fragen und von Widersprüchen, allenfalls auch durch Auskünfte von Auskunftspersonen, verlangen.

VI. Verfahrensanwalt

§ 19. (1) Dem Vorsitzenden ist im Interesse des Schutzes der Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftspersonen sowie zur Wahrung eines fairen Verfahrens ein Verfahrensanwalt beigegeben.

(2) Zum Verfahrensanwalt kann bestellt werden, wer durch seine beruflichen Fähigkeiten und Erfahrungen insbesondere im Bereich der Rechtsprechung Gewähr dafür bietet, dass er unabhängig von den Fraktionen des Untersuchungsausschusses für die Einhaltung der Verfahrensregeln Sorge trägt und seine Position im Interesse des Grundrechts- und Persönlichkeitsschutzes ausübt.

(3) Der Verfahrensanwalt wird aus einer Liste der von den Fraktionen zu nominierenden Kandidaten mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Findet ein Kandidat im ersten Wahlgang nicht die erforderliche Mehrheit, findet ein zweiter Wahlgang zwischen den Kandidaten mit den meisten Stimmen statt. In diesem Wahlgang genügt die einfache Mehrheit.

(4) Dem Verfahrensanwalt gebührt für seine Tätigkeit ein angemessenes Entgelt.

§ 20. (1) Der Verfahrensanwalt hat den Vorsitzenden auf Verletzungen der Verfahrensordnung oder Eingriffe in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson hinzuweisen. Zur Durchsetzung solcher Rechte kann sich auch jede Auskunftsperson sowie deren Vertrauensperson an den Verfahrensanwalt wenden.

(2) Trägt der Vorsitzende den Hinweisen des Verfahrensanwaltes gemäß Abs. 1 nicht Rechnung, so hat jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses das Recht eine Entscheidung des Untersuchungsausschusses herbeizuführen. Jedem Mitglied des Untersuchungsausschusses und dem Verfahrensanwalt steht das Recht zu, eine Beratung zur Klärung dieser Frage zu verlangen.

VII. Zwangsmaßnahmen

§ 21. Abgesehen von der Vorführung einer Auskunftsperson für den Fall ihres Nichterscheinens (§ 3 Abs. 3) und der Verhängung von Ordnungs- und von Beugestrafen wegen ungerechtfertigter Verweigerung einer Aussage stehen dem Untersuchungsausschuss keine Zwangsmittel zur Verfügung. Insbesondere ist die Durchführung von Hausdurchsuchungen und die Beschlagnahme von Gegenständen unzulässig.

§ 22. (1) Beantragt der Untersuchungsausschuss die Verhängung einer Ordnungs- oder einer Beugestrafe, so übermittelt er diesen Antrag unter Anschluss der hiefür maßgeblichen Gründe an das Bezirksgericht Innere Stadt Wien.

(2) Auf Grund des Antrages des Untersuchungsausschusses verhängt das Gericht in sinngemäßer Anwendung der StPO (§§ 159 ff.) die Ordnungs- oder Beugestrafe. Auf die Gründe für eine Entschuldigung und das Rechtsmittel gegen die Anordnung finden die Bestimmungen der StPO Anwendung.

VIII. Protokollierung

§ 23. (1) Über die Sitzungen des Untersuchungsausschusses wird ein Protokoll angefertigt.

(2) Beweiserhebungen werden wörtlich protokolliert. Zum Zwecke der Protokollierung darf die Beweisaufnahme auf Tonträger aufgenommen werden.

(3) Über die Art der Protokollierung der Beratungen entscheidet der Untersuchungsausschuss.

(4) Das übertragene Protokoll ist der Auskunftsperson bzw. dem Sachverständigen auf deren Ersuchen zur Einsicht vorzulegen. Diese können binnen drei Tagen nach Einsichtnahme gegen Fehler der Übertragung Einwendungen erheben. Werden Einwendungen erhoben, so entscheidet darüber der Untersuchungsausschuss.

IX. Vertraulichkeit

§ 24. (1) Der Inhalt der Beratungen des Untersuchungsausschusses und die Inhalte der Aussagen von Auskunftspersonen in nichtöffentlicher Sitzung sind vertraulich. Die Bestimmungen des Geschäftsordnungsgesetzes über die Vertraulichkeit (§ 37 Geschäftsordnungsgesetz) sind sinngemäß anzuwenden. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses und der Verfahrensanwalt sind vom Präsidenten auf die Wahrung der Vertraulichkeit von Aussagen der Auskunftspersonen in nichtöffentlicher Sitzung zu vereidigen. Für die Teilnahme sonstiger am Verfahren des Untersuchungsausschusses beteiligter Personen an nichtöffentlichen Sitzungen gilt § 32d Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz sinngemäß mit der Maßgabe, dass der Beschluss für die gesamte Dauer der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses gefasst werden kann.

(2) Die über vertrauliche Sitzungen angefertigten Protokolle dürfen nur den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses übermittelt werden. Der Präsident des Nationalrates hat für eine entsprechende Verwahrung dieser Teile des Protokolls Sorge zu tragen.

(3) Die von den öffentlichen Ämtern vorgelegten Akten (§ 25) dürfen nicht veröffentlicht werden. Der Präsident kann vor Verteilung an die Mitglieder des Untersuchungsausschusses durch eine entsprechende Kennzeichnung der einzelnen Exemplare dafür Sorge tragen, dass diese Vertraulichkeit gewahrt bleibt.

X. Rechtshilfe und Aktenvorlage

§ 25. (1) Die Gerichte und alle anderen Behörden sind verpflichtet, dem Ersuchen von Untersuchungsausschüssen um Beweiserhebungen im Rahmen der Befugnisse des Untersuchungsausschusses Folge zu leisten. Hiebei haben sie die vorstehenden Bestimmungen anzuwenden.

- (2) Alle öffentlichen Ämter haben auf Verlangen ihre Akten vorzulegen.

3. Abschnitt

Berichterstattung

§ 26. (1) Der Untersuchungsausschuss erstattet auf Grund der durchgeführten Beweise einen Bericht an den Nationalrat. Für die Berichterstattung sind die Vorschriften des Geschäftsordnungsgesetzes sinngemäß anzuwenden.

(2) Der Bericht hat neben dem Verlauf des Verfahrens und den aufgenommenen Beweisen jedenfalls eine Darstellung der festgestellten Tatsachen, gegebenenfalls eine Beweismwürdigung sowie schließlich das Ergebnis der Untersuchung zu enthalten.

- (3) Der Bericht des Untersuchungsausschusses kann auch Empfehlungen enthalten.

3.

**Bundesgesetz über Unvereinbarkeiten
für oberste Organe und sonstige
öffentliche Funktionäre
(Unvereinbarkeitsgesetz 1983)**

in der Fassung des ab 1. Jänner 2008
geltenden Ersten Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetzes

Kundmachungen

BGBI. Nr. 330/1983 (WV) idF. BGBI. Nr. 612/1983, 263/1988 sowie
BGBI. I Nr. 64/1997, 191/1999, 194/1999, 108/2005 und 2/2008

Bundesgesetz über Unvereinbarkeiten für oberste Organe und sonstige öffentliche Funktionäre (Unvereinbarkeitsgesetz 1983)

§ 1. Die Beschränkungen dieses Bundesgesetzes gelten für

1. die im Art. 19 Abs. 1 B-VG bezeichneten Organe der Vollziehung,
2. die Bürgermeister, ihre Stellvertreter und die Mitglieder des Stadtsenates in den Städten mit eigenem Statut,
3. die Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates und der Landtage.

§ 2. (Verfassungsbestimmung) (1) Die Mitglieder der Bundesregierung, die Staatssekretäre, die Mitglieder der Landesregierungen (in Wien der Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte), der Präsident des Nationalrates, die Obmänner der Klubs im Nationalrat (im Falle der Bestellung eines geschäftsführenden Obmannes dieser), der Präsident des Rechnungshofes, die Mitglieder der Volksanwaltschaft und die amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates (Stadtschulrates für Wien) dürfen während ihrer Amtstätigkeit keinen Beruf mit Erwerbsabsicht ausüben.

(2) Unverzüglich nach Amtsantritt haben die Mitglieder der Bundesregierung und die Staatssekretäre dem Unvereinbarkeitsausschuss des Nationalrates (§ 6), die Mitglieder der Landesregierungen dem nach der Landesgesetzgebung zuständigen Ausschuss des Landtages die Ausübung eines Berufes (Abs. 1) anzuzeigen. Genehmigt der Ausschuss die Ausübung des Berufes unter Bedachtnahme auf die Gewährleistung einer objektiven und unbeeinflussten Amtsführung nicht, so ist die Ausübung des Berufes spätestens drei Monate nach einem solchen Beschluss des Ausschusses einzustellen.

(3) Eine im Abs. 1 bezeichnete Person darf während ihrer Amtstätigkeit eine Berufstätigkeit (Abs. 1) nur mit Genehmigung des Ausschusses beginnen.

(4) Die Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die Ausübung von Funktionen in einer politischen Partei, in einer gesetzlichen Interessenvertretung oder freiwilligen Berufsvereinigung, in die die Person gewählt wurde, gelten nicht als Ausübung eines Berufes (Abs. 1).

(5) Die Landesgesetzgebung ist ermächtigt, für die öffentlichen Funktionäre der Länder und Gemeinden weitergehende Regelungen zu treffen.

§ 3. (Verfassungsbestimmung) (1) Steht ein Unternehmen im Eigentum eines Mitgliedes der Bundesregierung, eines Staatssekretärs oder eines Mitgliedes der Landesregierung oder sind sie Eigentümer von Anteilsrechten an einer Gesellschaft oder sonstiger Anteilsrechte an einem Unternehmen, so sind sie verpflichtet, bei Antritt ihres Amtes oder unverzüglich nach Erwerb solchen Eigentums dies dem Unvereinbarkeitsausschuss des Nationalrates (§ 6) oder dem nach der Landesgesetzgebung zuständigen Ausschuss des Landtages anzuzeigen; dabei ist das Ausmaß bestehender Anteilsrechte einschließlich der des Ehegatten anzugeben. Liegt eine Beteiligung, einschließlich der des Ehegatten, über 25 vH, so dürfen solchen Gesellschaften oder Unternehmen,

1. sofern es sich um Mitglieder der Bundesregierung oder um Staatssekretäre handelt, weder unmittelbar noch mittelbar Aufträge vom Bund und von der Kontrolle des Rechnungshofes gemäß Art. 126b B-VG unterliegenden Unternehmen,
2. sofern es sich um Mitglieder der Landesregierung handelt, weder unmittelbar noch mittelbar Aufträge vom betreffenden Land und von wegen einer finanziellen Beteiligung dieses Landes der Kontrolle des Rechnungshofes gemäß Art. 127 Abs. 3 B-VG unterliegenden Unternehmen erteilt werden.

(2) Der Abs. 1 gilt sinngemäß für die Vergabe von Aufträgen an freiberuflich tätige Mitglieder der Bundesregierung, Staatssekretäre und Mitglieder der Landesregierungen und solche freiberuflich tätige Personen, die mit einem Mitglied der Bundesregierung, einem Staatssekretär oder mit einem Mitglied der Landesregierung in einer Büro- oder Kanzleigemeinschaft tätig sind.

(3) In den Fällen der Abs. 1 und 2 kann für Mitglieder der Bundesregierung und für Staatssekretäre der Unvereinbarkeitsausschuss des Nationalrates (§ 6), für Mitglieder der Landesregierung der nach der Landesgesetzgebung zuständige Ausschuss des Landtages Ausnahmen zulassen, sofern durch geeignete Vorkehrungen die unbedenkliche Amtsführung sichergestellt ist.

(4) Der Unvereinbarkeitsausschuss des Nationalrates (§ 6) hat dem Bundeskanzler jene Unternehmen und freiberuflich tätigen Personen im Sinne des Abs. 2 mitzuteilen, an die keine Aufträge erteilt werden dürfen. Der Bundeskanzler hat diese Mitteilung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung kundzumachen. Diese Bestimmung ist im Bereich der Länder sinngemäß anzuwenden.

§ 3a. (Verfassungsbestimmung) (1) Die Mitglieder der Bundesregierung, die Staatssekretäre, die Mitglieder der Landesregierungen und in Wien der Bürgermeister sowie die weiteren Mitglieder des Stadtsenates sind verpflichtet, jedes zweite Jahr sowie innerhalb von drei Monaten nach Amtsantritt und nach Ausscheiden aus ihrem Amt dem Präsidenten des Rechnungshofes ihre Vermögensverhältnisse offenzulegen.

(2) Offenzulegen sind:

1. Liegenschaften unter genauer Bezeichnung der Einlagezahl und der Katastralgemeinde;
2. das Kapitalvermögen im Sinne des § 69 Abs. 1 Z 1 des Bewertungsgesetzes 1955 in einer Summe;
3. Unternehmen und Anteilsrechte an Unternehmen unter Bezeichnung der Firma;
4. die Verbindlichkeiten in einer Summe.

(3) Der Präsident des Rechnungshofes hat im Fall außergewöhnlicher Vermögenszuwächse dem Präsidenten des Nationalrates beziehungsweise dem Präsidenten des Landtages zu berichten; diese können auch vom Präsidenten des Rechnungshofes jederzeit eine Berichterstattung verlangen.³⁰

§ 4. (1) Die im § 1 Z 1 und 2 bezeichneten Personen dürfen, sofern sich dies nicht bereits aus § 2 Abs. 1 ergibt, während ihrer Amtstätigkeit keine leitende Stellung in einer Aktiengesellschaft, einer auf den Gebieten des Bankwesens, des Handels, der Industrie oder des Verkehrs tätigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder einer Sparkasse einnehmen; insbesondere dürfen sie weder Mitglied des Vorstandes oder Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft, Geschäftsführer oder Mitglied des Aufsichtsrates einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung der bezeichneten Art noch Mitglied des Vorstandes oder Sparkassenrates

³⁰ idF BGBl. I Nr. 2/2008

einer Sparkasse sein, ausgenommen bei Gemeindesparkassen auf Grund von § 17 Abs. 6 Sparkassengesetz, BGBl. Nr. 64/1979.

(2) Abs. 1 ist sinngemäß auf Versicherungsanstalten auf Gegenseitigkeit mit Ausnahme der Landesversicherungsanstalten anzuwenden.

§ 5. (1) Die im § 1 Z 1 und 2 bezeichneten Personen können jedoch eine der im § 4 angeführten Stellen unter folgenden Voraussetzungen bekleiden:

1. Wenn der Bund an dem betreffenden Unternehmen beteiligt ist und die Bundesregierung erklärt, es sei im Interesse des Bundes gelegen, dass sich die in Betracht kommende Person in der Leitung des Unternehmens betätige, oder
2. wenn das Land oder die Gemeinde, deren Funktionär die in Betracht kommende Person ist, an dem betreffenden Unternehmen beteiligt ist und die Landesregierung oder der Stadtssenat erklärt, es sei im Interesse des Landes oder der Gemeinde gelegen, dass sich die in Betracht kommende Person in der Leitung des Unternehmens betätige.

(2) Jede Betätigung gemäß Abs. 1 bedarf überdies für die Bundesminister und Staatssekretäre der nachträglichen Genehmigung des Nationalrates und für die Mitglieder der Landesregierungen der nachträglichen Genehmigung des Landtages, von dem sie gewählt wurden. Eine solche Betätigung von Bundesministern, Staatssekretären, Mitgliedern der Landesregierungen erfolgt ehrenamtlich.

§ 6. (1) Der Nationalrat und der Bundesrat wählen aus ihrer Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl je einen eigenen Ausschuss (Unvereinbarkeitsausschuss), der über die Zulässigkeit der Beteiligung der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates an den im § 4 aufgezählten Unternehmen zu entscheiden hat.

(2) Die Mitglieder des Nationalrates oder Bundesrates, die eine der im § 4 bezeichneten Stellen bekleiden, haben innerhalb eines Monats nach erfolgtem Eintritt in diesen Vertretungskörper, und wenn die Bestellung zu einer solchen Stelle erst nach erfolgter Wahl geschah, innerhalb eines Monats nach der Bestellung dem Präsidenten oder Vorsitzenden des Vertretungskörpers hievon die Anzeige unter Angabe der Bezüge zu erstatten.

(3) Über die Zulässigkeit der Beteiligung entscheidet der Unvereinbarkeitsausschuss mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit, oder wenn sich die Vertreter der Partei, der das betreffende Mitglied des Nationalrates oder Bundesrates angehört, in ihrer Mehrheit gegen die Zulässigkeit der Beteiligung aussprechen, ist die Beteiligung unzulässig.

(4) Mitglieder des Nationalrates oder Bundesrates üben die Funktion eines Mitgliedes des Aufsichtsrates in einer im § 4 aufgezählten Unternehmung, die gemäß Art. 126b Abs. 2 B-VG der Kontrolle des Rechnungshofes unterliegt, ehrenamtlich aus.

§ 6a. (1) Die Mitglieder des Nationalrates, des Bundesrates oder eines Landtages, die in einem Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft stehen, haben dies unter Angabe ihres Tätigkeitsbereiches innerhalb eines Monats nach erfolgtem Eintritt in diesen Vertretungskörper, wenn das Dienstverhältnis nach erfolgter Wahl begründet wurde, innerhalb eines Monats dem Präsidenten des Vertretungskörpers anzuzeigen.

(2) (**Verfassungsbestimmung**) Über die Zulässigkeit der weiteren Ausübung einer solchen Tätigkeit entscheidet der Unvereinbarkeitsausschuss - im Falle der Mitglieder der Landtage der zuständige Ausschuss der Landtage - mit einfacher Stimmenmehrheit. Richtern, Staatsanwälten, Beamten im Exekutivdienst (Wachebeamten) sowie im übrigen öffentlichen Sicherheitsdienst, Beamten im militärischen Dienst und Bediensteten im Finanz- oder Bodenschätzungsdienst ist die weitere Ausübung ihrer dienstlichen Aufgaben untersagt, es sei denn, der Ausschuss beschließt im Einzelfall, dass die weitere Ausübung zulässig ist, weil ungeachtet der Mitgliedschaft im Vertretungskörper auf Grund der im Einzelfall obliegenden Aufgaben eine objektive und unbeeinflusste Amtsführung gewährleistet ist. Sonstigen öffentlich

Bediensteten ist die Ausübung einer Tätigkeit untersagt, wenn dies der Ausschuss beschließt, weil eine objektive und unbeeinflusste Amtsführung nicht gewährleistet ist. In diesen Fällen ist dem betroffenen Mitglied des Nationalrates oder Bundesrates innerhalb von zwei Monaten ein mindestens gleichwertiger, zumutbarer Arbeitsplatz zuzuweisen oder, wenn dies nicht möglich ist, mit seiner Zustimmung ein möglichst gleichwertiger Arbeitsplatz; verweigert das Mitglied seine Zustimmung, ist es mit Ablauf dieser Frist unter Entfall der Dienstbezüge außer Dienst zu stellen.

§ 7. (1) Der Unvereinbarkeitsausschuss hat innerhalb dreier Monate Beschluss zu fassen; er teilt seine Beschlüsse dem Präsidenten oder Vorsitzenden mit, der sie dem Vertretungskörper zur Kenntnis bringt.

(2) Lautet der Beschluss dahin, dass eine im § 4 erwähnte Beteiligung mit der Ausübung des Mandates unvereinbar ist, so hat der Präsident oder Vorsitzende den Betroffenen hievon zu verständigen und ihn aufzufordern, ihm innerhalb von drei Monaten nachzuweisen, dass er dem Beschluss entsprochen habe. Der Präsident oder Vorsitzende hat nach Ablauf dieser Frist dem Vertretungskörper Bericht zu erstatten.

§ 8. Mitglieder eines Landtages oder die im § 1 Z 2 bezeichneten Personen können eine der im § 4 erwähnten Stellen nur mit Zustimmung des betreffenden Landtages oder der betreffenden Gemeindevertretung bekleiden; das für diese Zustimmung einzuschlagende Verfahren richtet sich nach den landesgesetzlichen Bestimmungen. Wenn diese Zustimmung nicht erteilt wird, ist § 7 sinngemäß anzuwenden.

§ 9. Gegen die im § 1 aufgezählten Funktionäre kann auf Mandatsverlust erkannt werden, wenn sie ihre Stellung in gewinnsüchtiger Absicht missbrauchen.

§ 10. (1) (**Verfassungsbestimmung**) Wenn eine der im § 1 genannten Personen entgegen dem Beschluss des Unvereinbarkeitsausschusses oder des nach der Landesgesetzgebung zuständigen Ausschusses des Landtages eine Berufstätigkeit im Sinne des § 2 ausübt oder eine der im § 4 bezeichneten Stellen trotz Versagens der Genehmigung inne hat, kann der nach diesem Bundesgesetz in Betracht kommende Vertretungskörper beim Verfassungsgerichtshof den Antrag stellen, auf Verlust des Amtes oder Mandates zu erkennen. Für den Nationalrat und den Bundesrat wird ein solcher Antrag durch den Unvereinbarkeitsausschuss (§ 6) gestellt.

(2) (**Verfassungsbestimmung**) Ob bestimmte Tatsachen unter § 9 fallen, hat der betreffende Vertretungskörper untersuchen zu lassen. Für den Nationalrat und den Bundesrat führt die Untersuchung der Unvereinbarkeitsausschuss (§ 6 Abs. 1), der bei der Entscheidung den § 6 Abs. 3 sinngemäß anzuwenden hat.

(3) (**Verfassungsbestimmung**) Wenn nach Abs. 2 festgestellt wurde, dass eine Handlungsweise unter § 9 fällt, ist Abs. 1 sinngemäß anzuwenden.

(4) Dem Betroffenen sind in den Fällen der Abs. 1 und 2 vor der Antragstellung von der antragstellenden Körperschaft die gegen ihn vorgebrachten Tatsachen mitzuteilen; es ist ihm Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§ 11. Scheidet eine der im § 1 Z 1 und 2 bezeichneten Personen aus einer dort genannten Funktion aus, derentwegen sie auf Grund dieses Bundesgesetzes einen Beruf (eine leitende Stellung) gemäß § 2 Abs. 1 bzw. § 4 Abs. 1 nicht ausüben durfte, ohne dass ihr bzw. ihren Hinterbliebenen auf Grund des Bezügegesetzes oder eines gleichartigen Landesgesetzes ein Ruhe-(Versorgungs-)Bezug gebührt, so hat der Bund bzw. das Land, dessen Landesregierung bzw. die Gemeinde, deren Stadtssenat der Betreffende angehörte, dem nach den sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen jeweils in Betracht kommenden Pensionsversicherungsträger einen Überweisungsbetrag zu leisten. Für die Leistung des Überweisungsbetrages und die Rechtswirkung dieser Überweisung gelten die §§ 311 ff. des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, die §§ 175 ff. des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes und die §§ 167 ff. des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes entsprechend.

§ 12. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

§ 13. (Verfassungsbestimmung) (1) § 2 (ausgenommen hinsichtlich der Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates oder des Stadtschulrates für Wien) und § 6a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 64/1997 treten mit 1. August 1997 in Kraft. Hinsichtlich der Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates (des Stadtschulrates für Wien) tritt § 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 64/1997 mit dem Zeitpunkt in Kraft, in dem für das betreffende Land des Amtsführenden Präsidenten eines Landesschulrates (des Stadtschulrates für Wien) § 32 des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920, in der Fassung BGBl. Nr. 368/1925, außer Kraft tritt.

(2) § 6a gilt für jene Mitglieder eines allgemeinen Vertretungskörpers, die nach dem 1. August 1997 als solche angelobt werden.

(3) § 11 ist nicht anzuwenden, soweit ein Anrechnungsbetrag nach § 13 des Bundesbezügegesetzes, BGBl. I Nr. 64/1997, oder ein Überweisungsbetrag gemäß § 49h Abs. 3 des Bezügegesetzes, BGBl. Nr. 273/1972, oder entsprechender landesgesetzlicher Regelungen zu leisten ist.

Register

**Register 1 zum Geschäftsordnungsgesetz des
Nationalrates**

**Register 2 zur Verfahrensordnung für
parlamentarische Untersuchungsausschüsse**

Register 3 zum Unvereinbarkeitsgesetz

Register 1

zum Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates

Abänderung

- des GOG 108
- von Berichten der BReg bzw. ihrer Mitglieder 25
- von Beschlüssen der Ausschüsse (Reassümierung) 42 (2), 98 (1)
- von Regierungsvorlagen durch die BReg 25

Abänderungs- und Zusatzanträge in den Ausschüssen 41 (8), 98 (1), 100a

Abänderungs- und Zusatzanträge im Nationalrat

- im Allgemeinen 53 (3) bis (5)
- Einbringung bei Beschluss auf Schluss der Deb. 56 (3)
- Einschränkung bei Petitionen und Bürgerinitiativen 100c (4)
- Reihenfolge der Abstimmungen 65 (4) und (6)
- Unzulässigkeit bei unselbständigen Entschließungsanträgen 55 (2)
- Staatsverträge, vereinfachte Änderung, Vorbehalt der Genehmigung der Änderung durch Antrag im Ausschuss oder Zusatzantrag in der Debatte des NR 76 (3)
- Verlesung 53 (4)
- Vervielfältigung bzw. Verteilung 53 (4)
- zu Gesetzesvorschlägen 72 (3) bis (5), 73 (1)

Abgeordnete

- allgemeine Rechte und Pflichten 9 bis 11
- Angelobung 4
- Funktionsbezeichnungen in weiblicher Form 12
- Immunität 10
- Mandatsverlust 2 (1) bis (7)
- Mandatsverzicht 2 (8)
- Mitteilung der Verhinderung, an Sitzungen des NR teilzunehmen 11 (2) und (4)
- Zustimmung des NR zur Verhaftung oder behördlichen Verfolgung 10 (2) bis (5)

Ablauf einer dem Ausschuss gesetzten Frist 43 (2), 44 (3), 54

Absehen von der Vervielfältigung

- von Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (5)

- von den übrigen Verhandlungsgegenständen 23 (2)

Absetzung eines Gegenstandes von der Tagesordnung

- im Ausschuss 41 (2)
- im NR 49 (5) und (6)

Abstandnahme

- von der Abhaltung einer Fragestunde 94 (4)
- von der Auflagefrist oder der Vervielfältigung von Ausschussberichten 44 (2)

Abstimmungen im Ausschuss

- im Allgemeinen 41
- namentliche 41 (11)
- öffentliche, über Berichte der BReg und ihrer Mitglieder 28b (2)

Abstimmungen im Nationalrat im Allgemeinen 64 ff

- Abstimmungsanlage 66 (2)
- durch Aufstehen und Sitzenbleiben 66 (1)
- Auszählung der Stimmen 66 (3)
- Bekanntgabe des Präs., in welcher Weise er die Abstimmung durchzuführen beabsichtigt und Einwände dagegen 65 (6), (7)
- bei nicht rechtzeitiger Berichterstattung durch den Immunitätsausschuss; Zeitpunkt 80 (4)
- Berichtigung und Klarstellung der zur Abstimmung gestellten Fragen 65 (8)
- dritte Lesung 64 ff, 74
- keine Enthaltung der Regierungsmitglieder und Staatssekretäre, die Abg. sind 68 (2)
- geheime 66 (4) bis (7)
- getrennte, über bestimmte Teile einer Frage auf Verlangen eines Abg. 65 (5) bis (7)
- namentliche 66 (4) bis (7)
- Reihenfolge 65 (3), (4), (6) und (7)
- Stimmabgabe des vorsitzführenden Präs. 68 (1)
- Verneinung der Frage bei Stimmengleichheit 64 (3)
- Verzeichnung des Ergebnisses im Amtl. Prot. 51 (4)
- in Wahlzellen 66 (6)
- Zeitpunkt bzw. Verlegung 65 (1)

Abstimmungen im Nationalrat über

- Absetzung eines Gegenstandes von der bzw. Ergänzung der TO 49 (5) und (6)
- Antrag auf Schluss der Deb. 56 (1)

- Antrag oder eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung 59(1)
- Antrag zur Geschäftsbehandlung 59 (1)
- Anträge, einen Gesetzesbeschluss einer Volksabstimmung zu unterziehen 84 (2)
- Auflösung des NR; Vertagung 67 (1) Z 2 und (2)
- Durchführung einer Deb. zur GO 59 (3)
- Durchführung einer getrennten Spezialdebatte 71 (2)
- Einsetzung eines UA; Verlegung 33 (2)
- Einwendungen gegen Umstellung bzw. Zusammenfassung von Gegenständen der TO 49 (4)
- Entschließungsanträge in der Deb. über Dringliche Anfragen; Verlegung 93 (6)
- unselbständige Entschließungsanträge 55 (4) und (5)
- Fristsetzung zur Berichterstattung eines Ausschusses 43 (1)
- Misstrauensvoten; Vertagung 67 (1) Z 1 und (2)
- Sammelberichte betr. Petitionen und Bürgerinitiativen 100c (4)
- Wahlvorschläge 87 (4) und (7)
- *s. auch Beschlüsse des Nationalrates, Entscheidung des Nationalrates*

Abtretung des Wortes

- an einen anderen Abg. 60 (5)

Aktuelle Europastunden 74b

- Aussprache über EU-Themen in der Aktuellen Europastunde 74b (2) c
- Berücksichtigung bei der Erstellung des Arbeitsplanes 74b (2) a
- erst im Anschluss an die Aktuelle Stunde 74b (2) b

Aktuelle Stunde

- im Allgemeinen 97a
- keine Unterscheidung zwischen „Für“- und „Gegen“-Rednern 60 (4)
- Aktuelle Europastunde erst im Anschluss an die Aktuelle Stunde 74b (2) b

Altersvorsitzender

- bei Verhinderung der gewählten Präs. an der Ausübung ihres Amtes oder bei Erledigung ihrer Ämter 6 (2) und (3)

Amtliche Protokolle über die Sitzungen der Ausschüsse

- im Allgemeinen 38; Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- in den Ständigen Unterausschüssen nach 32b, 32d (5)
- Entscheidung über Einwendungen gegen die Fassung derselben 38 (4)
- Festhalten des Ergebnisses einer namentlichen Abstimmung 41 (11)

Amtliche Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates

- im Allgemeinen 51
- abgekürztes Genehmigungsverfahren 51 (6)
- bei Ausschluss der Öffentlichkeit 47 (3)
- genehmigte; Ausfertigung und Zustellung der vom NR ausgehenden Beschlüsse auf Grund derselben 83

Amtliche Stimmzettel bei Abstimmungen bzw. Wahlen

- s. *Stimmzettel*

Amtsdauer

- der Präs., Schriftführer und Ordner sowie des HA und seines Ständigen Unterausschusses 5 (3), 6 (1)

Anberaumung

- der nächsten Sitzung des NR durch den Präs. 50 (1) und (3)

Änderung

- von Regierungsvorlagen und Berichten durch die BReg bzw. deren Mitglieder 25

Anfechtung

- eines Bundesgesetzes oder bestimmter Stellen wegen Verfassungswidrigkeit beim VfGH 86

Anfragebeantwortungen

- Bekanntgabe 23 (4)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)
- Vervielfältigung und Verteilung 23 (1) und (2) und 32a (5)
- s. *auch Beantwortung*

Anfragen, Dringliche: s. *Dringliche Anfragen***Anfragen, mündliche, an die Mitglieder der Bundesregierung 94 bis 97**

- Abgeordnete ohne Klubzugehörigkeit 96 (3)
- Aufruf entsprechend ihrer Reihung 96 (1)
- Dauer der Beantwortung 96 (2) und (3)
- maximal vier pro Monat 95 (3)
- Redezeit 96 (1) und (3)
- Reihung 95 (4)
- Unterbleiben des Aufrufes bei Abwesenheit des anfragenden Abg. 96(1)
- Verlangen auf schriftliche Beantwortung 97 (1)
- Vervielfältigung und Verteilung an die Abg. 95 (5)
- Zurückziehung 94 (3)

- Zusatzfrage 96 (3)

Anfragen, schriftliche

- an Mitglieder der BReg im Allgemeinen 91
- an Mitglieder der BReg im Budgetausschuss 32a (5)
- dringliche Behandlung 93; keine dringliche Behandlung in Fragestundensitzungen 94 (5)
- Bekanntgabe 23 (4)
- Frist zur Beantwortung 32a (5) und 91 (4)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)
- Mitteilung an den Befragten durch die PDion 91 (1)
- mündliche Beantwortung 91 (4)
- an den Präsidenten des RH 91a
- an den Präs. und an die Ausschussobmänner 89
- Verlesung 91 (3)
- Vervielfältigung und Verteilung 23 (1) und (2)
- Zurückziehung 91 (2)

Angelobung

- der Abg. des neugewählten NR 4 (1)
- der später eintretenden Abg. 4 (2)
- Mandatsverlust, wenn diese nicht in der vorgeschriebenen Weise oder überhaupt nicht geleistet wird 2 (1) Z 1

Anklageerhebung gegen Mitglieder der Bundesregierung 82 (2) Z 5**Anträge von Abgeordneten im Ausschuss 41 (2), (7), (8) und (12)****Anträge von Abgeordneten im Hauptausschuss**

- auf Abhaltung einer parl. Enquete 98 (1) bis (3)
- auf Einsetzung einer Enquete-Kommission 98 (4) iVm (1) bis (3)
- auf Stellungnahme zu Vorhaben im Rahmen der EU 31d (1) Z 1 und (3)
- auf Erhebung eines Widerspruches gem. Art. 23e (3) B-VG; 31d (1) Z 2
- auf (Nicht)Kenntnisnahme eines Berichts gem. Art. 23e (4) B-VG; 31d (1) Z 3
- auf Ausschluss der Öffentlichkeit bei Verhandlungen über Vorhaben im Rahmen der EU 31c (5)

Anträge von Abgeordneten im Nationalrat

- Abänderungs- und Zusatzanträge im Allgemeinen 53 (3) bis (5)
- Abänderungs- und Zusatzanträge; Einbringung bei Beschluss auf Schluss der Deb. 56 (3)

- Abänderungs- und Zusatzanträge zu Gesetzesvorschlägen 72 (3) bis (5), 73 (1)
- in der dritten Lesung 74 (2), (3)
- auf Absetzung eines Verhandlungsgegenstandes von der TO oder Ergänzung der TO 49 (5) und (6)
- auf geheime Abstimmung 66 (4)
- auf Deb. zur Geschäftsbehandlung 59 (3)
- auf dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage an Mitglieder der BReg 93(1)
- auf dringliche Behandlung eines Selbständigen Antrages von Abg. 74a
- auf Durchführung der dritten Lesung nicht unmittelbar nach der zweiten Lesung 74 (1)
- auf Durchführung einer Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss 84 (2)
- auf Einsetzung eines UA 33 (1) und (2)
- auf Erteilung eines Prüfungsauftrages iSd 99 (2) an den Ständigen Unterausschuss des RH-Ausschusses 32e (2)
- auf erste Lesung 69 (3)
- auf Kenntnisnahme oder Nichtkenntnisnahme einer schriftlichen Anfragebeantwortung an Mitglieder der BReg 92 (3)
- auf Schluss der Deb. 56 (1) und (2)
- auf Setzung einer Frist für die Berichterstattung eines Ausschusses 43 (1)
- auf Setzung einer Frist für die neuerliche Berichterstattung nach Rückverweisung einer Vorlage an den Ausschuss 54
- auf Übergang zur TO 53 (6) Z 3, 72 (6) Z 3, 73 (3) Z 3
- auf Vertagung der Verhandlung eines Gesetzesvorschlages oder Rückverweisung an den Ausschuss 72 (6) Z 1 und 2, 73 (3) Z 1 und 2
- auf Vertagung der dritten Lesung 74 (1)
- auf Vertagung der Verhandlung eines Gegenstandes, Rückverweisung an den Ausschuss oder Zuweisung an einen anderen Ausschuss 53 (6) Z 1 und 2, 71 (1), 73 (3) Z 1 und 2

Anträge zur Geschäftsbehandlung

- im NR 59(1)
- Anwendung der für den NR geltenden Bestimmungen auf die Ausschussverhandlungen 41 (12)

Anträge von Abgeordneten, Dringliche 74a

- keine dringliche Behandlung in Fragestundensitzungen 94 (5)

Anträge von Abgeordneten, Selbständige

- im Allgemeinen 26
- auf Abänderung des GOG 108

- Aufnahme der Vorberatung auf Verlangen des Antragstellers 26 (7)
- auf Beauftragung des RH mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung 99 (1)
- Bedeckungsvorschlag bei über den Bundesvoranschlag hinausgehender finanzieller Belastung 28
- dringliche Behandlung 74a
- Erfordernisse bei der Einbringung 26 (2)
- erste Lesung 69 (3) bis (6)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- die Gesetzesvorschläge enthalten 69
- die keine Gesetzesvorschläge enthalten; Zuweisung 75 (1)
- Unterstützung 26 (5)
- Vervielfältigung und Verteilung 26 (6)
- Möglichkeit eines Vorschlages hinsichtlich der Art der Vorberatung 26 (3)
- **Verlangen** auf Aufnahme der Vorberatung 26 (7) und (9)
- — auf Berichterstattung an den NR 26 (8) und (9)
- Zurückziehung 26 (11)

Anträge von Ausschüssen, Selbständige

- im Allgemeinen 27
- Bedeckungsvorschlag bei über den Bundesvoranschlag hinausgehender finanzieller Belastung 28
- auf Durchführung einer Volksabstimmung 27 (3)
- **auf Erlassung** von Gesetzen 27 (1)
- — zweite Lesung 70 (1)
- auf Fassung von Beschlüssen, die nicht die Erlassung von Gesetzen betreffen 27 (3), 75 (2)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (2)
- Unzulässigkeit bei Vorberatung eines Entwurfes des Bundesfinanzrahmengesetzes und des Bundesfinanzgesetzes sowie eines Einspruches des BR 27 (2)

Anträge von Behörden gemäß Art. 63 (2) B-VG

- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 80 (1) und (2)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- keine Vervielfältigung und Verteilung 23 (3)
- keine Beilagen zu den Sten. Prot. 52 (5)

Anträge der Berichterstatter im Nationalrat auf getrennte Durchführung von General- und Spezialdebatte 70 (2)

Anträge des Bundesrates

- Gesetzesanträge als Verhandlungsgegenstände 21 (1)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 69 (1), (3) und (5) bis (7); 70 bis 74

Anträge auf Mandatsverlust beim VfGH 2 (2) und (3)

Antragsteller

- Ersichtlichmachung im Antrag 26 (2)
- **Verlangen** auf Aufnahme der Vorberatung des Antrages im Ausschuss 26 (7) und (9)
- — auf erste Lesung (innerhalb von drei Monaten) 69 (4)
- Wortergreifung nach Beschluss auf Schluss der Deb. über einen Selbständigen Antrag 56 (4)
- Worterteilung an diesen in der ersten Lesung 69 (4)
- Zurückziehung eines Antrages 26 (11)

Antwort, mündliche: s. *Beantwortung, mündliche*

Antwort, schriftliche: s. *Beantwortung, schriftliche*

Anwesenheit

- **der zur Beschlussfähigkeit** der Ausschüsse erforderlichen Anzahl von Mitgliedern 41 (1)
- — des NR erforderlichen Anzahl von Abg. nur bei Abstimmungen und bei Wahlen 48 (1)
- eines Drittels der Abg. als Erfordernis der Beschlussfassung im Allgemeinen 82 (1)
- der Mitglieder der BReg auf Verlangen des NR, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse 18 (3)
- des Präsidenten des RH auf Verlangen des NR, der Ausschüsse und Unterausschüsse 20 (4)
- der Mitglieder der VA auf Verlangen des NR, der Ausschüsse und Unterausschüsse 20 (4) und (5)

Anwesenheit, Hälfte der Abgeordneten

- bei Abänderungen des GOG 82 (2) Z 2
- bei Anklageerhebung wegen Gesetzesverletzung gegen Mitglieder der BReg oder ihnen gleichgestellte Organe 82 (2) Z 5
- bei Einberufung der Bundesversammlung durch den BK gem. Art. 60 (6) B-VG, 82 (2) Z 6
- bei Beschlussfassung über Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen 82 (2) Z 1
- bei Gesetzesbeschluss des NR betr. eine der im Art. 14 (10) und im Art. 14a (8) B-VG aufgezählten Angelegenheiten sowie bei der Genehmigung des Abschlusses der die im Art. 14 (10) B-VG aufgezählten Angelegenheiten betreffenden Staatsverträge 82 (2) Z 7
- bei Beschluss über Grenzänderungen gem. Art. 3 Abs. 2 und 3 B-VG 82 (2) Z 7a

- bei Wiederholung eines Gesetzesbeschlusses, gegen den der BR Einspruch erhoben hat (Beharrungsbeschluss) 82 (2) Z 3
- bei Genehmigung eines Staatsvertrages, wenn die vertraglichen Grundlagen der EU geändert werden 82 (2) Z 1
- bei Genehmigung von Beschlüssen des Europ. Rates über die gemeinsame Verteidigung 82 (2) Z 1
- bei Misstrauensantrag 82 (2) Z 4

Anwesenheits- und Beschlussquoren

- im NR 48, 52

Anwesenheits- und Teilnahmerecht

- in den Ausschusssitzungen 37; Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- in den Ständigen Unterausschüssen nach 32b, 32d (5)

Arbeitsplan 13 (5)

- Berücksichtigung der Aktuelle Europastunden bei der Erstellung 74b (2) a

Aufforderung

- eines Abg. durch den Präs. zum Erscheinen im NR oder zur Rechtfertigung des Nichterscheinens 2 (1) Z 2
- an Abg. zur unverzüglichen Teilnahme an Sitzungen des NR 11 (4)

Aufgaben und Rechte

- der Präs. 13 bis 17

Aufhebung

- Antrag an den VfGH auf Aufhebung eines Bundesgesetzes 86, 106
- einer Wahl durch den VfGH 2 (6)

Auflagefrist

- für die Ausschussberichte 44 (1)

Aufliegen

- der Amtl. Prot. über die Sitzungen des NR zur Einsichtnahme in der PDion 51 (1); verkürztes Genehmigungsverfahren 51 (6)
- von Petitionen und Bürgerinitiativen in der PDion 100 (5)
- von Verhandlungsgegenständen, von deren Vervielfältigung abgesehen wurde, zur Einsichtnahme in der PDion 23 (2)

Auflösung des Nationalrates

- Vertagung der Abstimmung hierüber 67 (1) Z 2 und (2)

Aufnahme der Vorberatung

- eines Selbständigen Antrages von Abg. auf Verlangen des (der) Antragsteller(s) 26 (7)
- eines Volksbegehrens 24 (2)

Aufnahmen von den Verhandlungen

- stenographische 14 (6), 47 (4), 52 (1)
- Ton- und Bildaufnahmen 14 (6); Zulässigkeit bei Enderledigung von Berichten der BReg im Ausschuss 28 (2); Zulässigkeit im HA in Angelegenheiten der EU 31c (5); Zulässigkeit bei Enqueten nach Maßgabe der Hausordnung 98a (2)
- auszugsweise, in den Ausschüssen durch den Stenographendienst 39 (2) und (3), 31c (6); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung

- während der Ausschusssitzungen 34 (4); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- in Enqueten 98a (1)
- in Enquete-Kommissionen 98 (7) iVm 34 (4)
- im Sitzungssaal des NR 13 (2) und (3), 17

Aufruf der mündlichen Anfragen in der Fragestunde 95 (5), 96(1)**Aufschiebung**

- **der Abstimmung über** die Auflösung des NR 67 (1) Z 2 und (2)
- — die Einsetzung eines UA 33 (2)
- — Entschließungsanträge in der Deb. über eine Dringliche Anfrage an den Beginn der nächsten Sitzung 93 (6)
- — die Versagung des Vertrauens gegenüber (Mitgliedern) der BReg 67 (1) Z 1 und (2)
- der Deb. über Erklärungen der Mitglieder der BReg bzw. über Mitteilungen über die Ernennung von Mitgliedern der BReg oder von Staatssekretären 81
- der dritten Lesung 74 (1)

Ausdrückliche Bezeichnung von Verfassungsbestimmungen und Verfassungsgesetzen sowie von Grundsatzbestimmungen und Grundsatzgesetzen 82 (4)

Ausfertigungen, schriftliche, des Nationalrates

- Unterzeichnung durch den Präs. und einen Schriftführer 13 (7)

Ausfertigung und Zustellung

- der vom NR ausgehenden Beschlüsse 83

Auskunftspersonen

- vor Ausschüssen (Unterausschüssen) 40 (1) bis (3) iVm 35 (7), 37(9)

Auskunftspflicht der Parlamentsdirektion bei Bürgerinitiativen 100d**Auskunftsrecht der Ständigen Unterausschüsse 32b, 32c (1)****Auslieferungsbegehren**

- Frist für die Abstimmung bei nicht rechtzeitiger Ausschussberichterstattung 80 (4)
- Frist für die Ausschussberichterstattung 80 (3)
- Zuweisung und Mitteilung an den betroffenen Abg. 80 (1)
- *s. auch Immunitätsangelegenheiten*

Ausschluss

- der Öffentlichkeit von den Sitzungen des NR 47 (2)
- von Sitzungen des HA in Angelegenheiten der EU 31c (5)
- sonstiger teilnahmeberechtigter Personen sowie der nicht stimmberechtigten Abg. von einer Ausschusssitzung 37 (6) und (7)
- der Präsidenten von Ausschusssitzungen; Unzulässigkeit 37 (8)

Ausschüsse

- Abänderung (Reassümierung) von Beschlüssen der Ausschüsse 42 (2), 98 (1), 100a
- Abänderungs- und Zusatzanträge 41 (8); 98 (1)
- Ablauf einer dem Ausschuss zur Berichterstattung gesetzten Frist 44 (3), 45; bei Enquete-Kommissionen 98 (4)
- Abstimmung über Anträge zur Geschäftsbehandlung 41 (12)
- Amtl. Prot. 38
- Anwesenheits- und Teilnahmerecht in Ausschusssitzungen 37, Vorsitzende der Bundesheerkommission, Parlamentarische 20a (1)
- Beauftragung mit der Fortsetzung ihrer Arbeiten während der tagungsfreien Zeit 46 (4)
- Berichte der BReg und ihrer Mitglieder 21 (4)
- Berichte gem. § 4 (5) Wehrgesetz 20a (1) u. (2)
- **Beschluss**
 - — auf Absetzung eines Verhandlungsgegenstandes von der TO oder Ergänzung derselben 41 (2)
 - — welcher von mehreren Gesamtanträgen der Deb. und Abstimmung zugrunde zu legen ist 41 (4)
 - — auf Nichtenderledigung von Berichten 28b (4)
 - — auf Schluss der Deb. 41 (7)
 - — auf Verhandlung eines nicht auf der TO stehenden Gegenstandes 41 (2)
 - — auf Vertraulichkeit der Verhandlungen 37 (7)
- Beschlusserfordernisse 41 (9)
- Beschlussfähigkeit 41 (1)
- Beschränkung der Redezeit 41 (6)
- Bestimmung der Zusammensetzung der Ausschüsse durch den NR 32(1) und (2)
- Deb. und Abstimmung über Anträge zur Geschäftsbehandlung 41 (12)
- Einberufung der Ausschusssitzungen 34 (4)
- Einladung der Mitglieder durch den Obmann zu Besichtigungen an Ort und Stelle 40 (4)

- Einladung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen zur mündlichen oder schriftlichen Äußerung 40 (1) bis (3)
- Enderledigung von Berichten 28b
- Erlöschen des Ausschussmandats 36 (2) und (3)
- Eröffnung, Unterbrechung und Schließung der Sitzungen eines Ausschusses durch den Obmann 34 (4)
- Ersuchen an die Mitglieder der BReg um die Einleitung von Erhebungen 40 (1)
- Erstreckung der Frist zur Berichterstattung 43 (2)
- **Fristsetzung** zur Berichterstattung 43 (1)
- — zur neuerlichen Berichterstattung eines Ausschusses nach Rückverweisung einer Vorlage 54
- Gegenstände der Verhandlung 21 (4)
- General- und Spezialdebatte 41 (3)
- Handhabung der GO durch den Obmann 34 (4)
- Konstituierung 34 (1) bis (3)
- Medienvertreter 28b (2)
- Mitwirkung an der Haushaltsführung des Bundes 32a
- namentliche Abstimmung 41 (11)
- Öffentlichkeit 28b (2), 31c (5), 37 (9), 79 (3)
- Pflicht der Ausschussmitglieder zur Teilnahme an den Sitzungen und Arbeiten des Ausschusses 11 (1), 36 (1)
- Prüfung von Bedeckungsvorschlägen 28 (2)
- Reassümierung von Beschlüssen 42 (2); 98 (1)
- Reihenfolge der Abstimmungen 41 (12)
- **Rückverweisung** eines Gesetzesvorschlages an den Ausschuss oder Zuweisung an einen anderen Ausschuss 71 (1), 73(3)Z 2
- — einer Vorlage an den Ausschuss 53 (6) Z 2, 54
- — eines Gesetzesvorschlages an den Ausschuss 72 (6) Z 2
- Ruf zur Sache und zur Ordnung 41 (12)
- Schluss der Deb. 41 (7)
- **Selbständige Anträge** von Ausschüssen 27
- — als Gegenstände der Verhandlung 21 (2)
- Tatsächliche Berichtigungen 41 (12)

- Teilnahme der Mitglieder der BReg sowie der Staatssekretäre, des Präsidenten des RH sowie der Mitglieder der VA an den Verhandlungen 18 (1), 20 (1) und (5)
- **Teilnahme- und Anwesenheitsrecht** in den Ausschüssen 37,
- — im HA in Angelegenheiten der EU darüber hinaus 31c (7);
- — im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen darüber hinaus 100b (2) Z 2
- — im Ausschuss bei den Verhandlungen über den Bericht gem. § 4 Abs. 5 Wehrgesetz darüber hinaus 100b (2) Z 2
- Ton- und Bildaufnahmen 28b (2), 31c (5), 37 (9)
- **Umstellung der TO** 41 (2)
- — im HA in Angelegenheiten der EU darüber hinaus 31c (3)
- Unterausschussberichte an den Ausschuss 32e (4) und 41 (4)
- Untersuchungsausschüsse 33
- Verhandlung von Selbständigen Ausschussanträgen auf Fassung von Beschlüssen, die nicht die Erlassung von Gesetzen betreffen, ohne weitere Vorberatung 75 (2)
- Verhandlungssprache 105
- verkürztes Verfahren 28a, 28b
- **Verlangen auf Anwesenheit**
- — der Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission 20a (3)
- — von Mitgliedern der BReg 18 (3)
- — des Leiters eines gem. Art. 20 Abs. 2 B-VG weisungsfreien Organs 20b
- — des Präsidenten des RH 20 (4)
- — der Mitglieder der VA 20 (5) iVm (4)
- Verlangen auf Berichterstattung an den NR über einen Selbständigen Antrag von Abg. 26 (8) und (9)
- Verlangen auf Vorberatung eines Selbständigen Antrages von Abg. 26 (7) und (9)
- Verlautbarungen über deren Tätigkeit durch den Präs. 39 (1)
- Vernehmung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen 40 (1)
- Veröffentlichung von auszugsweisen Darstellungen der Verhandlung 39 (3)
- Vertagung der Verhandlung 41 (12)
- **Vertraulichkeit von Verhandlungen** 37 (7)
- — des HA in Angelegenheiten der EU 31c (4)
- **Vertretung eines Ausschussmitgliedes** 32 (3) und (4)
- — im HA in Angelegenheiten der EU 31c (8)

- Verweisung von Abänderungs- und Zusatzanträgen an den Ausschuss 53 (5), 72 (5)
- Vorberatung von Petitionen 100 ff
- **Wahl**
- — der Ausschüsse zur Vorberatung von Verhandlungsgegenständen; Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder 32 (1) und (2)
- — eines besonderen Ausschusses zur Vorberatung einer Vorlage 69 (6), 87(1)
- — des BE für den Ausschuss 41 (3)
- — des BE für den NR 42(1)
- — der Obmänner, der Obmannstellvertreter und der Schriftführer 34 (2)
- Wahlen in den Ausschüssen 41 (10)
- **wiederholte Wortergreifung durch**
- — die Mitglieder der BReg sowie die Staatssekretäre 19 (1)
- — den Präsidenten des RH 20 (3)
- — die Mitglieder der VA 20 (5) iVm (3)
- — die Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission 20a (2)
- Wortmeldung 28b (3)
- Zurücknahme eines an den NR erstatteten Ausschussberichtes 42 (3)
- **Zusammenfassung**
- — der Ergebnisse der Verhandlungen im schriftlichen Ausschussbericht 42 (1)
- — von Verhandlungsgegenständen 41 (2)
- **Zuweisung**
- — eines im NR gestellten Abänderungs- oder Zusatzantrages an einen Ausschuss 53 (5)
- — der Berichte der BReg und ihrer Mitglieder sowie der Berichte parl. Delegationen 78 (1)
- — der Berichte des RH und der Bundesrechnungsabschlüsse 79 (2)
- — der Einsprüche des BR 77 (1)
- — von Gesetzesvorschlägen 69 (6) und (7)
- — eines Gesetzesvorschlages an einen anderen Ausschuss auf Antrag im NR 71 (1), 73 (3)
- — eines zu einem Gesetzesvorschlag gestellten Abänderungs- oder Zusatzantrages an einen Ausschuss 72 (5)
- — von Immunitätsangelegenheiten an den Immunitätsausschuss 80 (1)
- — von Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (4)

- — von Selbständigen Anträgen von Abg., die keine Gesetzesvorschläge enthalten 75 (1); Abstandnahme beim verkürzten Verfahren 28a
- — der im 21 (1) aufgezählten Verhandlungsgegenstände durch den Präs. 13 (4)
- — von Vorlagen der BReg, die keine Gesetzesvorschläge enthalten 76 (1); Abstandnahme beim verkürzten Verfahren 28a
- — von Vorlagen, die die Haushaltsführung des Bundes betreffen 32a (4)
- *s. auch Hauptausschuss*

Ausschussanträge: *s. Anträge von Ausschüssen*

Ausschussberichte

- Anschluss von Entschließungsanträgen der Ausschüsse sowie von Anträgen auf Durchführung einer Volksabstimmung gem. Art. 43 B-VG; 27 (3)
- über Auslieferungsbegehren; Frist zur Berichterstattung 80 (3)
- als Beilagen zu den Sten. Prot. 52 (4)
- als Bestandteile der Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des NR (sachliche Immunität) 22
- Festhalten des Ergebnisses der namentlichen Abstimmung in denselben 41 (11)
- Fristsetzung und Fristerstreckung zur Berichterstattung 43 (1) bis (3)
- Fristsetzung zur neuerlichen Berichterstattung nach Rückverweisung einer Vorlage 54
- Minderheitsberichte 42 (4)
- mündliche 44 (4)
- schriftliche 42(1)
- Sammelberichte bei Petitionen und Bürgerinitiativen 100c (4)
- persönliche Stellungnahmen 42 (5)
- Unterfertigung durch Obmann und BE 42 (1)
- Verhandlung im NR, auch wenn ein neuerlicher Ausschussbericht nicht schriftlich vorliegt 54
- Vervielfältigung und Verteilung 42 (1) und (6), 44 (1) und (2)
- Vorgangsweise, wenn nach Fristablauf ein Ausschussbericht nicht schriftlich vorliegt oder der Ausschuss keinen BE für den NR gewählt hat 44 (3) und (4)
- Zurücknahme 42 (3)
- *s. auch Berichterstattung der Ausschüsse*

Ausschussmandat

- Erlöschen 36 (2) und (3)

Ausschussmitglieder

- Festsetzung der Zahl und Namhaftmachung 32 (1) und (2)

- Vertretung 32 (3) und (4)

Ausschussobmann

- Anfragen an den - 89 (1)
- Anordnung einer namentlichen Abstimmung 41 (11)
- Aufgaben 34 (4)
- **Berichterstattung durch den –**
 - — wenn kein BE für den NR gewählt wurde 44 (4)
 - — bei Verhinderung des gewählten BE für den NR 53(1)
- — Obmann(-stellvertreter) eines UA, der innerhalb einer ihm gesetzten Frist nicht schriftlich Bericht erstatten kann 45
- Einberufung eines Unterausschusses zur Konstituierung 35 (3)
- Entscheidung über Einwendungen gegen die Fassung des Amtl. Prot. 38(4)
- Ersuchen um auszugsweise Darstellung der Verhandlungen des Ausschusses durch den Stenographendienst 39 (2)
- Feststellung der Namen der Stimmberechtigten und Bekanntgabe vor der namentlichen Abstimmung im Ausschuss 41(11)
- Mitteilung der gestellten Abänderungs- und Zusatzanträge an den Ausschuss im Fall eines Beschlusses auf Schluss der Deb. 41 (8)
- Pflicht, auf die TO einer Sitzung den Punkt „Aussprache über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses“ zu stellen 34 (5)
- Redezeit bei Verhandlungen in Angelegenheiten der EU 31c (9)
- Sitzungsunterbrechung bei Beschlussunfähigkeit 41 (1)
- Stimmrecht im Ausschuss 41 (9)
- Umstellung der TO und Zusammenfassung der Verhandlungen über mehrere Gegenstände 41 (2), im HA in Angelegenheiten der EU darüber hinaus 31c (3)
- **Unterfertigung der** Ausschussberichte 42 (1)
- — Verhandlungsschriften der Ausschüsse 38 (1)
- Verständigung derselben über Verlangen auf Aufnahme der Vorberatung bzw. der Berichterstattung an den NR über einen Selbständigen Antrag von Abg. 26 (9)
- Wahl 34 (2)
- Worterteilung an Sitzungsteilnehmer 41 (5)

Ausschusssitzungen

- Amtl. Prot. 38
- Anwesenheits- und Teilnahmerecht 37; bei Bürgerinitiativen 100b (2) Z 2, bei den Verhandlungen über den Bericht gem. § 4 Abs. 5 Wehrgesetz darüber hinaus 100b (2) Z 2

- Ausschluss von sonstigen teilnahmeberechtigten Personen sowie der nicht stimmberechtigten Abg. 37 (6) und (7)
- kein Ausschluss der Präs. 37 (8)
- Beiziehung von Abg. mit beratender Stimme 37 (2)
- **Berechtigung**
- — des Präs. zur Teilnahme mit beratender Stimme 37 (1)
- — der in Österreich gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments zur Teilnahme mit beratender Stimme 31c
- — die Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission 20a (1)
- Einberufung durch Ausschussobmann 34 (4)
- Erstellung eines Arbeitsplanes 13 (5)
- Teilnahmepflicht der Mitglieder 11 (1), 36 (1)
- Unterbrechung 34 (4), 41 (1)

Ausschussverhandlungen 41**Ausschusswahlen 41 (10)****Aussprache**

- in der Aktuellen Stunde 97a (3), (5) und (6)
- über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses 34 (5)
- über EU-Themen in der Aktuellen Europastunde 74b (2) c

Außerberufliche Immunität der Abg. 10 (2) ff**Auszählung der Stimmen: s. *Stimmenauszählung*****Auszugsweise Darstellung: s. *Darstellung, auszugsweise*****Beantwortung, mündliche**

- einer Dringlichen Anfrage 93 (4)
- von mündlichen Anfragen an Mitglieder der BReg 94 (2), 96 (2)
- **von schriftlichen Anfragen** an die BReg oder eines ihrer Mitglieder 91 (4)
- — an den Präsidenten des RH 91a iVm 91 (4)

Beantwortung, schriftliche

- kurze Deb. über schriftliche Beantwortung einer Anfrage an die BReg oder eines ihrer Mitglieder 57a, 92; keine in Fragestundensitzungen 94 (5)
- von mündlichen Anfragen an Mitglieder der BReg 97
- von schriftlichen Budgetanfragen an die BReg oder eines ihrer Mitglieder 32a (5) und 91 (4)
- **von schriftlichen Anfragen** an den Präsidenten des RH 91a iVm 91 (4)
- — an den Präs. oder an einen Ausschussobmann 89 (2)

Beauftragung von Ausschüssen

- mit der Fortsetzung ihrer Arbeiten auch während der tagungsfreien Zeit 46 (4)

Beauftragung des Rechnungshofes

- mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung 99

Bedeckungsvorschlag

- bei Selbständigen Anträgen mit einer über den Bundesvoranschlag hinausgehenden Belastung des Bundes 28

Bedienstete der Parlamentsdirektion

- Entgegennahme der Meldungen der Redner 60 (1)
- Ernennung, Stellung, Pflichten und Rechte 14 (3) und (4)
- **Führung des Amtl. Prot.** im Ausschuss 38 (1)
- — im NR 51(1)
- **Mitwirkung** bei Abstimmungen 66 (5) bis (7)
- — bei Wahlen 88 (3) und (4)

Bedienstete des Rechnungshofes

- Beziehung zu parl. Verhandlungen 20 (2)

Bedienstete der Ressorts

- Beziehung zu parl. Verhandlungen 18 (2)

Bedienstete der Volksanwaltschaft

- Beziehung zu parl. Verhandlungen 20 (5) iVm (2)

Beeidigung

- von Sachverständigen und Zeugen vor dem UA 33 (5)

Beendigung

- der Tagungen des NR 46 (3)
- der Tätigkeit von UA 45, 75 (4)

Beharrungsbeschluss

- des NR bei Einsprüchen des BR; qualifiziertes Anwesenheitsquorum 82 (2) Z 3
- Verfahren 77

Behebung

- von Widersprüchen und von Schreib- und Druckfehlern sowie sprachlichen Mängeln bei der dritten Lesung 74 (2)
- Einschränkung des Schlusswortes des BE auf dieselbe 63 (3)

Beilagen zu den Stenographischen Protokollen 52 (4)**Beziehung von Abgeordneten mit beratender Stimme in den Ausschüssen 37 (2)****Beziehung von Bediensteten der Ressorts, des Rechnungshofes und der Volksanwaltschaft**

- zu parl. Verhandlungen 18 (2), 20 (2) und (5)

Bekanntgaben durch den Präsidenten: s. *Präsident des NR, Bekanntgabe, Mitteilung*

Beleidigende Äußerungen

- Ruf zur Ordnung 102
- Ruf zur Ordnung auf Verlangen eines Teilnehmers an den Verhandlungen 103

Beleidigung des Nationalrates

- ***Ersuchen um Ermächtigung zur Verfolgung von Personen wegen Beleidigung des NR*** als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- — geschäftsordnungsmäßige Behandlung 23 (3), 52 (4), 80 (1) und (2)

Benachrichtigung, schriftliche

- jedes Abg. und jedes Klubs über Tag, Stunde und TO der nächsten Sitzung, die nicht gem. 50 (1) verkündet wurde 50 (3)

Berichte der Ausschüsse: s. *Ausschussberichte*

Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder

- Änderung und Zurückziehung 25
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 78
- Enderledigung im Ausschuss 28b
- Entgegennahme durch den HA 29 (2) lit. e
- EU-Vorhaben 31c (1)
- Öffentlichkeit im Ausschuss 28b (2)
- ***Verlangen auf Behandlung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder***
- — Beratung der Anzahl in der Präsidialkonferenz 8 (3)
- — in den nächstfolgenden Sitzungswochen 28b (5)

Berichte des Hauptausschusses

- als Gegenstände der Verhandlung 21 (2)
- in Angelegenheiten der EU 31 d (5)
- Verhandlung im NR 75 (2) und (3)

Berichte parlamentarischer Delegationen

- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 78

Berichte von Enquete-Kommissionen

- als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)
- Vervielfältigung und Verteilung 23 (1)
- Wiedergabe von allen Meinungen 98 (4)

- Gesamtzahl noch offener Berichte 98 (5)

Berichte des Rechnungshofes

- Beginn der Vorberatung im Ausschuss binnen sechs Wochen 79 (3)
- Durchbrechung des Diskontinuitätsprinzips 21 (1a)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 79 (2) und (3)
- über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung an den NR 99 (3) und (6)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- als Gegenstände der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates 21 (1a)
- Teilnahme an den Verhandlungen über dieselben 20 (1) bis (4)
- Vorlagetermin 79 (1)

Berichte des Ständigen Unterausschusses des Rechnungshofausschusses

- Verhandlungsgegenstände nach Beschluss des RH-Ausschusses 21 (2) iVm 32e (4)

Berichte von Untersuchungsausschüssen

- als Gegenstände der Verhandlung 21 (2)
- mündliche, bei Nichteinhaltung einer gesetzten Frist, durch Obmann(-stellvertreter) 45
- Verhandlung im NR 75 (2) und (3)

Berichte der Volksanwaltschaft

- Durchbrechung des Diskontinuitätsprinzips 21 (1a)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- als Gegenstände der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates 21 (1a)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 78
- Teilnahme an den Verhandlungen darüber 20 (5)

Berichte gem. § 4 (5) Wehrgesetz 20a (1) u. (2)

- Bundesheerkommission, Parlamentarische 20a
- Teilnahmerecht der Vorsitzenden im Ausschuss 20a (1)
- Verlangen auf Anwesenheit der Vorsitzenden 20a (3)
- Wortmeldungen der Vorsitzenden in den Ausschussdebatten 20a (2)

Berichterstatter für den Ausschuss 41 (3)**Berichterstatter für den Nationalrat**

- Antrag auf getrennte Durchführung von General- und Spezialdebatte 70 (2)
- Eröffnung der Deb. über einen im Ausschuss vorberatenen Verhandlungsgegenstand 53 (1)
- Schlusswort 63 (3)

- Unterfertigung des Ausschussberichtes 42 (1)
- Unzulässigkeit der Wortmeldung als Redner 60 (7)
- Verhinderung bzw. Verzicht auf die Berichterstattung 53 (1)
- Wahl 42(1)
- Wortergreifung nach Annahme eines Antrages auf Schluss der Deb. 56 (4)

Berichterstattung der Ausschüsse

- im Allgemeinen 42 bis 45
- **Berichterstattung** durch den Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen 100c
- — rechtzeitige, des Immunitätsausschusses über Auslieferungsbegehren 80 (3)
- — der Unterausschüsse 35a, 41 (4)
- Beschluss auf Vorberatung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder 28b (4)
- Fristablauf 44 (3)
- Fristerstreckung 43 (2)
- **Fristsetzung 43 (1)**
- — zur neuerlichen Berichterstattung nach Rückverweisung 54
- — für die Unterausschüsse 35 (5)
- **durch Obmann(-stellvertreter)**, wenn kein BE für den NR gewählt wurde 44 (4)
- — bei Verhinderung des gewählten BE für den NR 53 (1)
- — eines UA, der nach Ablauf einer ihm gesetzten Frist nicht schriftlich Bericht erstatten kann 45
- Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürger- initiativen 100c (2) und (4)
- Verlangen auf Berichterstattung an den NR über Selbständige Anträge von Abg. 26 (8) bis (10)
- Verlangen auf Vorberatung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder 28b (4)
- Verzicht auf die mündliche Berichterstattung 53 (1)
- über Volksbegehren; gesetzliche Frist 24 (2)

Berichtigungen

- des Amtl. Prot. durch den Präs. 51 (2)
- der vom Präs. ausgesprochenen Fassung der zur Abstimmung gestellten Fragen 65 (8)
- s. auch Behebung

Berichtigungen, tatsächliche: *s. tatsächliche Berichtigungen***Berufliche Immunität der Abgeordneten** 10 (1)**Beschlüsse der Ausschüsse**

- im Allgemeinen 41
- Abänderung (Reassümierung) 42 (2); durch den HA bei parl. Enqueten und Enquete-Kommissionen 98 (1)
- Ablehnung der Enderledigung von Berichten der BReg und ihrer Mitglieder 28 b (4)
- betr. Tagesordnungspunkt „Aussprache über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses“ 34 (5)
- öffentliche Anhörung 37 (9)

Beschlüsse des Nationalrates

- auf Abhaltung einer Deb. betr. einen Antrag oder eine Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung 59 (3)
- auf Absetzung oder Ergänzung eines Gegenstandes der TO 49 (5) und (6)
- betr. Antrag auf Mandatsverlust gem. Art. 141 (1) lit. c B-VG, 2 (2)
- Ausfertigung und Zustellung der vom NR ausgehenden Beschlüsse auf Verfügung des Präs. 83
- Aufzeichnung im Amtl. Prot. 51 (4)
- Beauftragung des RH mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung 99 (1)
- Beschlussfähigkeit und erforderliche Mehrheit 48, 82
- auf Deb. über in dritter Lesung gestellte Anträge 74 (3)
- auf Durchführung einer Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss 84 (1)
- auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen 33 (1)
- auf Erteilung eines Prüfungsauftrages iSd 99 (2) an den Ständigen Unterausschuss des RH-Ausschusses 32e (2)
- welcher von mehreren Gesamtanträgen der Spezialdebatte zugrunde zu legen ist 72 (2)
- **auf Rückverweisung** einer Vorlage an den Ausschuss 53 (6) Z 2
- — eines Gesetzesvorschlages an den Ausschuss 71 (1), 72 (6) Z 2, 73 (3) Z 2
- auf Zuweisung eines Gesetzesvorschlages an einen anderen Ausschuss 71 (1)
- einen Staatsvertrag oder Teile eines solchen nicht im BGBl. kundzumachen 76 (3)
- auf Setzung einer Frist für die neuerliche Berichterstattung nach Rückverweisung einer Vorlage an den Ausschuss 54
- auf spezielle Transformation bei Staatsverträgen 76 (3)
- auf Grenzänderungen gem. Art. 3 Abs. 2 und 3 B-VG, Zweidrittelmehrheit 82 (2) Z 7a
- **auf Übergang zur TO** 53 (6)

- — bei einem Gesetzesvorschlag 72 (6), 73 (3)
- **auf Vertagung der Verhandlung** über einen Gegenstand 53 (6) Z 1,(7) und (8)
- — über einen Gesetzesvorschlag 71 (1), 72 (6) Z 1, 73 (3) Z1
- auf nochmalige Verweisung eines Gesetzesvorschlages an den Ausschuss 72 (6) Z 2
- *s. auch Entschließungsanträge, Gesetzesbeschlüsse*

Beschlüsse der Unterausschüsse

- auf Vorlage einer Neufassung des gesamten Textes eines Entwurfes 35a (2)

Beschlüsse des Unvereinbarkeitsausschusses 13 (4)**Beschlusserfordernisse**

- in den Ausschüssen 41 (1) und (9)
- im NR 82

Beschlussfähigkeit

- der Ausschüsse 41 (1)
- des NR 48, 82

Beschränkung der Redezeit: *s. Redezeitbeschränkung***Beschränkungen**

- und Vorbehalte bei Leistung der Angelobung als Tatbestand des Mandatsverlustes 2 (1) Z 1

Bestimmung des Zeitpunktes

- von Erklärungen von Mitgliedern der BReg 19 (2)

Beurkundung

- von Gesetzesbeschlüssen des NR 85
- Volksabstimmung vor der Beurkundung von Gesetzesbeschlüssen 84(1)

Bevollmächtigte

- zur Vertretung im Verfahren vor dem VfGH bei Anfechtung eines Bundesgesetzes oder bestimmter Stellen eines solchen wegen Verfassungswidrigkeit 86 (2)
- **von Volksbegehren;** Beiziehung zu Ausschusssitzungen 37 (3)
- — Berücksichtigung von persönlichen Stellungnahmen derselben im Ausschussbericht 42 (1)

Budget: *s. Bundesfinanzgesetz***Budgetausschuss**

- im Allgemeinen 32a
- schriftliche Budgetanfragen 32a (5)

Bundesfinanzgesetz

- Unzulässigkeit Selbständiger Anträge von Ausschüssen bei Vorberatung desselben 27 (2)

— *s. auch Haushaltsführung des Bundes*

Bundesfinanzrahmengesetz

— Unzulässigkeit Selbständiger Anträge von Ausschüssen bei Vorberatung desselben 27 (2)

— *s. auch Haushaltsführung des Bundes*

Bundesgesetzblatt

— Abstandnahme von der Kundmachung eines Staatsvertrages oder von Teilen desselben auf Beschluss des NR 76 (3)

Bundesheerkommission, Parlamentarische 20a

— Berichte gem. § 4 (5) Wehrgesetz 20a (1) u. (2)

— Teilnahmerecht der Vorsitzenden im Ausschuss 20a (1)

— Verlangen auf Anwesenheit der Vorsitzenden 20a (3)

— Vorsitzende 20a, 87 (4)

— Wahl der Mitglieder, Gesamtvorschlag des Hauptausschusses 29 (2) h

— Wahl der Vorsitzenden auf Vorschlag des Hauptausschusses 87 (4)

— Wortmeldungen (wiederholte) der Vorsitzenden in den Ausschussdebatten 20a (2)

Bundeskanzler

— Einberufung der Bundesversammlung gemäß Art. 60 (6) B- VG auf Beschluss des NR 82 (2) Z 6

Bundesminister für Finanzen

— Übermittlung des Voranschlages für den NR durch den Präs. 14 (2)

Bundespräsident

— Einberufung des neugewählten NR 3 (1)

Bundesrat

— Anwesenheit der Hälfte der Abg. des NR bei Wiederholung eines Gesetzesbeschlusses, gegen den der BR Einspruch erhoben hat 82 (2) Z 3

— Berichte der von NR und BR in internationale parl. Organisationen entsendeten Delegationen als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)

— **Einsprüche** als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)

— — geschäftsordnungsmäßige Behandlung 77

— **Gesetzesanträge an den NR** als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)

— — geschäftsordnungsmäßige Behandlung 69 (1)

— Unzulässigkeit Selbständiger Anträge von Ausschüssen bei Vorberatung eines Einspruchs des BR 27 (2)

— Bundesräte als Zuhörer bei den Ausschussverhandlungen 37 (4)

Bundesrechnungsabschlüsse

- Durchbrechung des Diskontinuitätsprinzips 21 (1a)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- als Gegenstände der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates 21 (1a)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 79 (2) und (4)
- Gesetzesvorschlag im Ausschussantrag 79 (4)
- Vorberatung im Budgetausschuss 32a (1)
- Vorlage an den NR 79 (1)
- Zuweisung 79 (2)

Bundesregierung

- Änderung und Zurückziehung von Regierungsvorlagen so- wie Berichten 25
- **Anfragen**, Dringliche an die BReg oder eines ihrer Mitglieder 93
- — mündliche an deren Mitglieder 94 bis 97
- — schriftliche an die BReg oder eines ihrer Mitglieder 91
- — schriftliche an die anwesenden Mitglieder der BReg im Budgetausschuss 32a (5)
- Anklageerhebung gegen Mitglieder der BReg 82 (2) Z 5
- Beantwortung von Anfragen: s. *Beantwortung*
- Befugnis des NR zur Überprüfung der Geschäftsführung der BReg und zur Befragung über alle Gegenstände der Vollziehung 90
- Beiziehung von Bediensteten der Ressorts zu den Verhandlungen des NR, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse 18(2)
- Berichte der BReg und ihrer Mitglieder 21 (1), 23 (1), (2) und (4), 25; verkürztes Verfahren 28b
- Erklärungen ihrer Mitglieder im NR auch zu nicht in Verhandlung stehenden Gegenständen 19 (2), 81
- Erlassung bestimmter Verordnungen der BReg im Einvernehmen mit dem HA 29 (2) lit. e
- Ersuchen der Ausschüsse (Unterausschüsse) an Mitglieder der BReg um die Einleitung von Erhebungen 40 (1)
- Gesetzesvorschläge als Vorlagen der BReg 69 (1); erste Lesung 69 (3)
- Mitglieder, EU-Erklärung 74b (1) b und (3)
- Mitteilungen über die Ernennung von Mitgliedern derselben als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)
- Position zu Themen des Europäischen Rates 74b (3)
- Recht, den Ruf zur Sache oder zur Ordnung zu verlangen 103(1)

- Rednerplätze der Mitglieder der BReg 62 (2)
- Stellungnahmen in der kurzen Deb. 57a (2)
- Stellungnahmen zu Petitionen und Bürgerinitiativen 100b (2) Z 1
- **Teilnahme** an den Verhandlungen des NR, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse 18 (1)
- — von Regierungsmitgliedern, die Abg. sind, an den Abstimmungen 68 (2)
- Verlangen nach Einberufung des NR 46 (2) und (5)
- **Verpflichtung**, bei Dringlicher Anfrage eine Stellungnahme zum Gegenstand abzugeben 93 (4)
- — bei Dringlichen Anträgen eine Stellungnahme zum Gegenstand abzugeben 74a (4)
- — zur Erteilung einschlägiger Auskünfte 32c (1) und (2)
- Versagen des Vertrauens 55 (1), 67 (1) Z 1 und (2), 82 (2) Z 4
- Verständigung über die Anberaumung einer Aktuellen Stunde 97a (2)
- Vorlagen derselben als Gegenstände der Verhandlung 21 (1); s. *auch Regierungsvorlagen, Berichte der BReg, Staatsverträge*
- Weiterleitung von Petitionen und Bürgerinitiativen an die BReg 100c (3) Z 1
- wiederholte Wortmeldungen von Mitgliedern der BReg 19 (1), 63 (2)

Bundesverfassung

- Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung 85, 106
- s. *auch Staatsverträge, Verfassungsgesetze*

Bundesversammlung, Beschluss des NR auf Einberufung der- selben durch den BK gem. Art. 60 (6) B-VG; 82 (2) Z 6

Bundesvoranschlag: s. *Bundesfinanzgesetz*

Bürgerinitiativen

- im Allgemeinen 100 ff
- Durchbrechung des Diskontinuitätsprinzips 21 (1a)
- als Verhandlungsgegenstände 21 (1)
- als Gegenstände der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates 21 (1a)

Darstellung, auszugsweise, der Verhandlungen

- eines Ausschusses durch den Stenographendienst 39 (2)
- **Anwendbarkeit** auf die Unterausschüsse 35 (7)
- — auf die Enquete-Kommissionen 98 (6)
- über die Beratungen des HA in Angelegenheiten der EU 31c (6)

Debatte

- über Antrag auf Einsetzung eines UA; Verlegung 33 (2); keine solche in einer Fragestundensitzung 94 (5)
- im Ausschuss 41 (3) bis (7), 28b (2) bis (4)
- über im Ausschuss vorberatene Verhandlungsgegenstände im NR; Eröffnung durch den BE 53 (1)
- Beschluss auf Nichtenderledigung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder bis zum Schluss der Debatte 28b (4)
- kurze Deb. über eine Anfragebeantwortung 57a, 92; Unzulässigkeit in Fragestundensitzungen 94 (5)
- Dauer der Wortmeldungen 28b (3)
- über eine Dringliche Anfrage 93 iVm 60 (4); keine solche in einer Fragestundensitzung 94 (5)
- über in dritter Lesung gestellte Anträge auf Beschluss des NR 74 (3)
- über Einwendungen gegen den vom Präs. verkündeten Zeitpunkt bzw. die TO der nächsten Sitzung 50 (1)
- über Erklärungen von Mitgliedern der BReg und Mitteilungen über die Ernennung von Mitgliedern der BReg auf schriftliches Verlangen von fünf Abg. 81
- Eröffnung der Deb. 53 (1)
- General- und Spezialdebatte 70 (2) (*s. auch Stichworte Generaldebatte, General- und Spezialdebatte, Spezialdebatte*)
- gesonderte Einwendungsdebatten auf Verlangen von fünf Abg. 50 (1)
- kurze, s. kurze Debatte
- Redezeitbeschränkung 57
- **Schluss der Deb.** im Ausschuss 41 (7)
- — im NR 56
- tatsächliche Berichtigung in der Deb. 58
- **keine** über Antrag auf dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage 93 (3)
- — über Antrag auf Berichtigung oder Klarstellung der vom Präs. ausgesprochenen Fassung der Abstimmungsfragen 65 (8)
- — bei Beschränkungen der Redezeit 57 (9)
- **keine bei Entscheidung des NR** über einen Einspruch gegen Umstellung bzw. Zusammenfassung von Gegenständen der TO 49 (4)
- — über Einwendungen gegen die vom Präs. Bestimmte Verhandlung von Teilen einer Vorlage für sich 53 (2)
- — über Einwendungen gegen die Abstimmung über Entschließungsanträge bei der zweiten Lesung eines Gesetzesvorschlages in Teilen nach Abstimmung des jeweils in Verhandlung stehenden Teiles 55 (5)

- — über die Aufforderung an einen Abg., an den Sitzungen des NR wieder teilzunehmen 11 (4)
- — über Einwendungen gegen die Durchführung von General- und Spezialdebatte unter einem 73 (2)
- — über Einwendungen gegen Teilung der Deb. Und Abstimmung bei Durchführung von General- und Spezialdebatte unter einem 73 (2)
- — über Einwendungen gegen die vom Präs. verfügte Teilung der Spezialdebatte 72 (1)
- — über den Zeitpunkt von Regierungserklärungen 19 (2)
- Zusatzantrag in der Debatte des NR betr. Vorbehalt der Genehmigung bei vereinfachter Änderung von Staatsverträgen 76 (3)

Debatte über Anträge zur Geschäftsbehandlung im Nationalrat 59 (3)**Debatte und Abstimmung über Anträge zur Geschäftsbehandlung im Ausschuss 41 (12)****Delegationen**

- Berichte parl. Delegationen; geschäftsordnungsmäßige Behandlung 78 (1)
- Berichte parl. Delegationen als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)

Deutsche Sprache

- als ausschließliche Verhandlungssprache des NR und seiner Ausschüsse 105

D'Hondt'sches System

- Anwendung bei der Ermittlung der Ausschusszusammensetzung 30 (4), 31 (1), 32(1)

Diskontinuitätsprinzip – Durchbrechung 21 (1a)**Dringliche Anfragen**

- im Allgemeinen 93
- Aufruf und Beschränkungen 57b
- keine Unterscheidung zwischen „Für“- und „Gegen“-Rednern 60 (4)
- Unzulässigkeit bei EU-Themen 74b (5)
- Unzulässigkeit in Fragestundensitzungen 94 (5)

Dringlicher Antrag

- im Allgemeinen 74a
- Aufruf und Beschränkung 57b
- Unzulässigkeit bei EU-Themen 74b (5)

Dritte Lesung

- im Allgemeinen 74
- Abänderungsanträge in der dritten Lesung 74 (2)
- von Anträgen auf Abänderung der GO 108
- Deb. 74 (3)
- Vertagung 74 (1)

- Zeitpunkt 74(1)

Dritter Präsident des Nationalrates: s. *Präsidenten des Nationalrates*

Druckfehler

- Behebung in der dritten Lesung 74 (2)

Einberufung

- der Ausschusssitzungen durch Ausschussobmann 34 (4)
- der Ausschüsse zu deren Konstituierung durch den Präs. 34 (1)
- der Bundesversammlung durch den BK gem. Art. 60 (6) B-VG auf Beschluss des NR 82 (2) Z 6
- des neugewählten NR 3 (1)
- **des NR zu** seinen Sitzungen 46 (5)
- — einer außerplanmäßigen Sitzung 46 (6) und (7)
- — einer außerordentlichen Tagung 46 (2)
- — den ordentlichen Tagungen 46 (1)
- der Unterausschusssitzungen durch Unterausschussobmann 32d (2) und (3), 32e (4) und 35 (4)
- der Unterausschüsse zu deren Konstituierung durch Ausschussobmann 35 (3)

Einsetzung

- von Enquete-Kommissionen 98 (4) iVm (1) bis (3)
- von Unterausschüssen 35 (1)
- von UA 33(1)

Einsichtnahme

- Aufliegen des Amtl. Prot. des NR in der PDion 51 (1) und (2); abgekürztes Genehmigungsverfahren 51 (6)
- in Verhandlungsgegenstände, von deren Vervielfältigung abgesehen wurde, in der PDion 23 (2)
- Aufliegen von Petitionen und Bürgerinitiativen in der PDion 100(5)

Einsprüche des Bundesrates

- Anwesenheit der Hälfte der Abg. bei einem Wiederholungs(Beharrungs)beschluss des NR 82 (2) Z 3
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 77
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- Unzulässigkeit Selbständiger Anträge von Ausschüssen bei Vorberatung derselben 27 (2)

Eintritt in den Nationalrat

- Mandatsverlust wegen Verzögerung des Eintrittes 2 (1) Z 2

Einvernehmen mit der Bundesregierung 29 (2) lit. a**Einwendungen**

- gegen die Abstimmung über einen Entschließungsantrag bei der in Teilen durchgeführten Spezialdebatte über einen Gesetzesvorschlag jeweils nach Abstimmung über einen Teil 55 (5)
- **gegen das Amtl. Prot.** einer nichtöffentlichen Sitzung des NR 47 (3)
- — öffentlichen Sitzung des NR 51 (2); gegen Teile desselben am Schluss der Sitzung 51 (6)
- gegen die Amtl. Prot. der Ausschüsse (Unterausschüsse) 38 (4)
- gegen die Ankündigung des Präs. über die Weise der Abstimmung 65 (7)
- gegen die Durchführung einer Wahl durch Aufstehen und Sitzenbleiben 87 (7)
- gegen die TO des NR 50 (1) und (4)
- gegen die Teilung der Deb. und Abstimmung bei Durchführung von General- und Spezialdebatte unter einem 73 (2)
- gegen die Teilung der Spezialdebatte 72 (1)
- gegen die Triftigkeit des Grundes der Abwesenheit eines Abg. von Sitzungen des NR 11 (4)
- gegen die Umstellung bzw. Zusammenfassung von Gegenständen der Ausschüsse 41 (2)
- gegen die Umstellung bzw. Zusammenfassung von Gegenständen der TO 49 (4)
- gegen die Verhandlung von Teilen einer Vorlage für sich 53 (2)
- gegen den Vorschlag auf verkürztes Verfahren 28a (2)
- gegen den Zeitpunkt von Regierungserklärungen bzw. der Deb. über solche 19 (2) bzw. 81 (3)
- gegen den inhaltlichen Zusammenhang von Unselbständigen Entschließungsanträgen mit dem Verhandlungsgegenstand 55 (1)

Einwendungsdebatten 50 (1)**Enderledigung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder 28b****Ende der Immunität 10 (6)****Engere Wahl im Nationalrat 87 (5)****Enqueten, parlamentarische 98 (1) bis (3) und 98a****Enquete-Kommissionen 98 (4) bis (7)****Entfernung von Ruhestörern von den Galerien des Nationalrates 13 (3)****Enthaltung von der Stimme**

- Unzulässigkeit 68 (2)

Entscheidung durch das Los bei Wahlen 87 (5)**Entscheidung des Nationalrates**

- **über Einwendungen gegen** die sofortige Durchführung der Deb. über Erklärungen von Regierungsmitgliedern und über Mitteilung über deren Ernennung 81 (3)

- — eine TO des NR 50(1) und (4)
- — die Teilung der Deb. und Abstimmung bei gemeinsamer Durchführung von General- und Spezialdebatte 73(2)
- — die Teilung der Spezialdebatte 72 (1)
- — die Umstellung bzw. Zusammenfassung von Gegenständen der TO 49 (4)
- — die Verhandlung von Teilen einer Vorlage für sich 53 (2)
- — den Zeitpunkt von Regierungserklärungen bzw. der Deb. über solche 19 (2) bzw. 81 (3)
- über Triftigkeit eines Abwesenheitsgrundes eines Abg. bzw. eine Aufforderung, an den Sitzungen des NR wieder teilzu- nehmen 11 (4)

Entscheidung des Präsidenten

- **über Einwendungen gegen** das Amtl. Prot. über eine nichtöffentliche Sitzung des NR 47 (2) und (3)
- — das Amtl. Prot. über eine öffentliche Sitzung des NR 51 (2); gegen Teile desselben am Schluss der Sitzung 51 (6)
- — den inhaltlichen Zusammenhang von Unselbständigen Entschließungsanträgen dem Verhandlungsgegen- stand 55 (1)
- über die Zulässigkeit von stilistischen Korrekturen in den stenographischen Aufzeichnungen im NR 52 (2)

Entschließungsanträge

- Dringlicher Antrag 74a
- EU-Themen, nur bei EU-Erklärungen 74b (5)
- Debatte über EU-Erklärungen 74b (5)
- Selbständige, der Ausschüsse; Anschluss an den Ausschussbericht 27 (3)
- unselbständige im Allgemeinen 55
- unselbständige in der Deb. über eine Dringliche Anfrage 93 (6)
- Verlesung und Verteilung 55 (3) iVm 53 (3) und (4)

Erfüllungsvorbehalt bei Staatsverträgen 76 (3)

Ergänzung der Tagesordnung

- im Ausschuss 41 (2)
- im NR 49 (5)

Erhebungen

- Ersuchen der Ausschüsse an die BReg um Einleitung von solchen 40 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- *s. auch Beweiserhebungen*

Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs auf Mandatsverlust 2 (5)**Erklärungen, mündliche, von Mitgliedern der Bundesregierung**

- im Allgemeinen 19 (2)
- Deb. hierüber 81
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)

Erklärungen, schriftlich übergebene, von Teilnehmern an Ausschusssitzungen

- Aufnahme in eine auszugsweise Darstellung 39 (2); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

Erläuterung von Abänderungs- und Zusatzanträgen in den Kernpunkten 33 (4)**Erledigung der Ämter der Präsidenten**

- Neuwahl 6 (2) und (3)

Erlöschen des Ausschussmandats 36 (2) und (3)

- Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

Ermächtigung zur Verfolgung von Personen wegen Beleidigung des NR: s. *Ersuchen***Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung und von Staatssekretären**

- Deb. über diesbezügliche Mitteilungen 81
- Mitteilungen hierüber als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)

Eröffnung

- der Ausschusssitzungen durch Ausschussobmann 34 (4); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- der Aussprache in der Aktuellen Stunde 97a (7)
- der Deb. über einen im Ausschuss vorberatenen Verhandlungsgegenstand durch den BE für den NR 53 (1)
- der Sitzung des neugewählten NR durch den Präs. des früheren NR 3 (2)
- der Sitzungen des NR durch den Präs. 13 (3), 49 (1)

Ersatzmitglieder

- in den Ausschüssen 32 (2)
- *im HA* 30 (5)
- — bei Verhandlungen in Angelegenheiten der EU 31c (8)
- im Ständigen Unterausschuss des HA 31 (2)

Erste Lesung

- im Allgemeinen 69 (3) bis (6)
- der Anträge auf Abänderung des GOG 108
- nur Anträge auf Wahl eines besonderen Ausschusses zur Vorberatung des Gesetzesvorschlages möglich 69 (6)
- Antragsteller als erster Redner 69 (4)

- Beschränkung auf die Besprechung der allgemeinen Grundsätze der Vorlage 69 (5)
- keine Unterscheidung zwischen „Für“- und „Gegen“-Rednern 60 (4)
- Verlangen auf Durchführung innerhalb von drei Monaten 69 (4)
- Zeitpunkt der Zuweisung, wenn keine erste Lesung durch- zuführen ist 69 (7)
- Zuweisung der Vorlage nach der ersten Lesung 69 (6)

Erstunterzeichner einer Bürgerinitiative 100 (2) und (3), 100b (2) Z 2 und 100d

Ersuchen

- **um Ermächtigung zur Verfolgung von Personen wegen Beleidigung des NR;** geschäftsordnungsmäßige Behandlung 23 (3), 52 (4), 80 (1) und (2)
- — als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung eines Abg. gem. 10 (3) und (4); geschäftsordnungsmäßige Behandlung 80
- um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung eines Abg. als Gegenstand der Verhandlung 21 (1)

Erteilung des Wortes: s. *Worterteilung*

EU-Erklärungen 74b

- Entschließungsanträge, ausschließlich 74b (5)

EU-Themen 74b

- Aktuelle Europastunden 74b (1) a
- EU-Erklärungen 74b (1) b

Europäisches Parlament

- Berücksichtigung der Mitglieder bei der Redezeit bei Verhandlungen in Angelegenheiten der EU 31c (9)

Europäischer Rat

- EU-Erklärungen 74b
- Position der Bundesregierung zu Themen des Europäischen Rates 74b (3)
- Zweidrittelmehrheit für die Genehmigung von Beschlüssen des Europ. Rates über die gemeinsame Verteidigung 82 (2) Z 1

Europäische Union

- Arbeitsprogramme 74b
- Aussprache über EU-Themen in der Aktuellen Europastunde 74b (2) c
- Erörterung von EU-Themen 21 (3), 74b (1)
- Dokumente zu EU-Vorhaben 31c (1)
- Hauptausschuss, Gegenstand der Verhandlung 31c (1)
- Mitgliedstaaten der EU 31c (1)
- Organe der EU 31c (1)

- Sitzungen zur Erörterung von EU-Themen 74b
- Ständiger Unterausschuss des HA 31, 31e
- Komitee 31 e (3)
- Verhandlungen des Hauptausschusses über Vorhaben der EU 31c (5)
- Komitee 31 e (3)
- Vorhaben im Rahmen der EU Art. 23e und f B-VG, 31b (1), (2) und (3), 31 c, d
- Zweidrittelmehrheit für die Genehmigung eines Staatsvertrages, wenn die vertraglichen Grundlagen der EU geändert werden 82 (2) Z 1

Europastunden, Aktuelle 74b

- Aussprache über EU-Themen in der Aktuellen Europastunde 74b (2) c
- Berücksichtigung bei der Erstellung des Arbeitsplanes 74b (2) a
- erst im Anschluss an die Aktuelle Stunde 74b (2) b

Fortsetzung der Arbeiten

- des NR nach Beendigung einer Tagung innerhalb derselben Gesetzgebungsperiode 46 (4)
- der Ausschüsse bei Ausschussneuwahlen 32 (1) letzter Satz; Anwendbarkeit auf Unterausschüsse 35 (7)

Frage, grundsätzliche (prinzipielle): s. grundsätzliche Frage**Fragen zur Abstimmung**

- Aufzeichnung der zur Abstimmung gebrachten Fragen im Amtl. Prot. 51 (4)
- Fassung 65 (8)
- Reihenfolge 65 (3), (4), (6) und (7)
- Stellung durch den Präs. 13 (3)

Fragen: s. auch Anfragen**Fragerecht des Nationalrates 90****Fragesteller**

- Redezeit 96 (1)
- schriftliche Zurückziehung von Anfragen durch dieselben 91 (2)

Fragestunde

- im Allgemeinen 94 bis 97
- Beginn 94 (6)
- Beschränkung der Anzahl der mündlichen Anfragen 94 (3)
- Dauer 94 (4)
- Redezeit 96 (1)
- Unzulässigkeit bei EU-Themen 74b (5)

- zulässige Fragen 95 (1)
- Zusatzfragen 96 (3) und (4)

Fragestundensitzung 94 (5)**Frist**

- **zur Aufnahme** der Beratung im Ständigen Unterausschuss des RH-Ausschusses 32e (4)
- — der Vorberatung über die Berichte des RH im Ausschuss 79 (3)
- — der Verhandlungen über Selbständige Anträge im Ausschuss auf Verlangen 26 (7)
- zur Beantwortung der schriftlichen Anfragen an Mitglieder der BReg 91 (4); Anwendbarkeit auf Anfragen an den Präsidenten des RH 91a (2)
- für die Behandlung von Berichten der Ausschüsse 26 (10)
- **zur Berichterstattung** eines Ausschusses 43
- — über Selbständige Anträge auf Verlangen 26 (8)
- — eines Unterausschusses 32e (4) und 35a (3)
- für die Durchführung der ersten Lesung auf Verlangen 69 (4)
- **für die Einbringung** der kurzen mündlichen Anfragen 95 (3)
- — eines Verlangens auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde 97a (1)
- für die Verhandlung von Anträgen auf Abhaltung einer Enquete oder Einsetzung einer Enquete-Kommission im HA 98 (3) und (4)
- zwischen der Verteilung des Ausschussberichtes und der Verhandlung im NR 44 (1) und (2)
- zwischen der zweiten und dritten Lesung bei Abänderung des GOG 108

Fristen

- Berechnung 107

Fristerstreckung

- bei Fristsetzung zur Berichterstattung eines Ausschusses 43 (2); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35a (3)

Fristsetzung zur Berichterstattung durch die Ausschüsse

- im Allgemeinen 43 (1)
- Beendigung der Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse nach Fristablauf 45
- Erstreckung 43 (2)
- **Fristsetzung für die Berichterstattung** durch die Unterausschüsse 35a (3)
- — durch die Enquete-Kommissionen 98 (4)
- kurze Deb. darüber 43 (3) iVm 57a (1) lit. b

- nach Rückverweisung 54
- Verhandlungsbeginn im NR nach Fristablauf 44 (3)

Fristsetzungsantrag

- Zeitpunkt der Abstimmung 43 (1)
- *s. auch Fristsetzung zur Berichterstattung durch die Ausschüsse*

Funktionsbezeichnungen in weiblicher Form 12

Funktionsdauer: *s. Amtsdauer*

Galerien des Sitzungssaales

- Entfernung von Ruhestörern und Räumung 13 (3)

Gebärungsüberprüfung

- Beauftragung des RH mit der Durchführung besonderer Akte der Gebärungsüberprüfung 99

Gebärungsüberprüfung durch den Ständigen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses

- Verfahrensregelung 32e

Gegenstände der Tagesordnung

- Umstellung bzw. Zusammenfassung 49 (4)

Gegenstände der Verhandlung des Nationalrates: *s. Verhandlungsgegenstände***Geheime (nichtöffentliche) Sitzungen des Nationalrates 47 (2) bis (4)****Genehmigung**

- des Abschlusses von Staatsverträgen 76 (3), 82 (2) Z 1
- **des Amtl. Prot.** über die Sitzungen des NR 51 (3) und (6); Ausfertigung der Beschlüsse auf Grund desselben 83
- — über Ausschusssitzungen 38 (4); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

Generaldebatte

- Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte am Schluss der Generaldebatte 71 (2)
- Definition 70 (2)
- Verfahrensanträge während derselben 71 (1)

General- und Spezialdebatte im Ausschuss 41 (3)

- im Unterausschuss 35 (5) Z 3

General- und Spezialdebatte im Nationalrat

- im Allgemeinen 70 (2)
- gemeinsame Durchführung 70 (2), 73
- getrennte Durchführung 70 (2), 71, 72

Gesamtanträge, mehrere

- Beschlussfassung des NR, welcher der Spezialdebatte zugrunde zu legen ist 72 (2)

- der Ausschüsse 41 (4);
- der Unterausschüsse 35 (5) Z 2

Gesamtredezeit in der Debatte über EU-Erklärungen 74b (4)**Geschäftsbehandlung**

- **Anträge zur Geschäftsbehandlung** im Ausschuss; Anwendung der für den NR geltenden Bestimmungen 41 (12)
- — im Unterausschuss 35 (2) und (4) iVm 41 (12)
- Anträge und Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung im NR 59
- Reden zur Geschäftsbehandlung; Rednerplätze 62 (1)

Geschäftsordnungsgesetz

- Abänderung 108
- Beschlussfassung mit Zweidrittelmehrheit 82 (2) Z 2

Geschlechtsspezifische Funktionsbezeichnung der Mitglieder des Nationalrates 12**Gesetzesanträge des Bundesrates**

- als Gegenstände der Verhandlung im NR 21 (1)
- Verhandlung als Selbständige Anträge 69

Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates

- Volksabstimmung darüber 84, 85, 106, 27 (3)
- Wiederholung nach Einspruch des BR 77, 82 (2) Z 3

Gesetzesvorschläge an den Nationalrat

- im Allgemeinen 69 (1)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung 69 bis 74
- Zuweisung an die Ausschüsse 69 (6) und (7)

Getrennte Abstimmungen

- im NR auf Verlangen eines Abg. 65 (5) bis (7)
- im Ausschuss auf Verlangen eines Abg. 41 (12) iVm 65 (5) bis (7)

Gleichzeitige Wortmeldung

- mehrerer Redner 60 (3)
- mehrerer Abg. zu weiteren Zusatzfragen 96 (3)

Grenzänderungen gem. Art. 3 Abs. 2 und 3 B-VG, Zweidrittelmehrheit 82 (2) Z 7a**Grundsatzgesetze (Grundsatzbestimmungen)**

- ausdrückliche Bezeichnung als solche 82 (4)

Grundsätzliche Frage bei der Abstimmung 65 (9)**Gültigkeit der Stimmzettel 87 (3), 88 (5)****Gutachten, schriftliche**

- von Sachverständigen für die Ausschüsse (Unterausschüsse) 40(1)

Hauptausschuss

- Amtsdauer 6 (1)
- Aufgaben, demonstrative Aufzählung 29 (2)
- **Berichte des HA**; geschäftsordnungsmäßige Behandlung im NR 75 (2) und (3)
- — als Verhandlungsgegenstände im NR 21 (2)
- Berichte und Anträge des HA in Angelegenheiten der EU gem. 31d (5) als Verhandlungsgegenstände im NR 21 (1)
- Beschluss auf Abhaltung einer parl. Enquete bzw. Einsetzung einer Enquete-Kommission 98
- Ständige Unterausschüsse des HA 31
- Verhandlungen über Vorhaben der EU sind öffentlich 31c (5)
- Vorbereitung des Beschlusses des NR im Falle eines Antrages auf Mandatsverlust eines Abg. 2 (2)
- Vorhaben, Berichte und Dokumente im Rahmen der EU als Gegenstände der Verhandlung 31c (1)
- Wahl des HA 29 (1), 30 (1) bis (4)
- Wahlvorschläge des HA 87 (4) betreffend
- — Präsident des Rechnungshofes 29 (2) f, 87 (4)
- — Mitglieder der Volksanwaltschaft 29 (2) g, 87 (4)
- — Vorsitzende der Parlamentarischen Bundesheerkommission 87 (4)
- — Mitglieder der Parlamentarischen Bundesheerkommission 29 (2) h

Hauptwahlbehörde

- Ausstellung der Wahlscheine an Abg. nach Wahl oder nach Berufung als Ersatzmänner 1 (1)
- Vorlage von Volksbegehren 69 (2)

Hausdurchsuchungen bei Abgeordneten 10 (2) und (4)**Haushaltsführung des Bundes**

- Ausschuss zur Mitwirkung an derselben (Budgetausschuss) 32a

Hausordnung

- Erlassung durch den Präs. nach Beratung in der Präs. Konf. 14(1)

Hausrecht in den Parlamentsgebäuden; Ausübung durch den Präs. 14(1)**Herausgabe**

- **der Beilagen zu den Sten. Prot. über die Sitzungen** des NR 52 (4) und (6)
- — des HA in Angelegenheiten der EU 31c (6)
- von Listen der Abg. (Mitgliederverzeichnissen) 14 (7); andere Veröffentlichungen 14 (8)

— **der Sten. Prot.** über Enqueten 98a (4)

— — über die Sitzungen des NR 52 (1)

Hinterlegung

— der Amtl. Prot. über die Ausschusssitzungen in der PDion 38 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

— der Amtl. Prot. über die Sitzungen des NR in der PDion 51 (1)

— der Wahlscheine der Abg. in der PDion 1 (1)

Immunität der Abgeordneten 10

— außerberufliche 10 (2) bis (5)

— berufliche 10 (1)

— Ende 10 (6)

Immunität, sachliche

— von Verhandlungsgegenständen 22

Immunitätsangelegenheiten

— geschäftsordnungsmäßige Behandlung 80

— als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)

— keine Vervielfältigung und Verteilung 23 (3)

— keine Beilagen zu den Sten. Prot. 52 (4)

Immunitätsausschuss

— rechtzeitige Berichterstattung über Auslieferungsbegehren 80 (3) und (4)

— Beschlussfassung über Mitteilungen von Behörden gem. 10 (5) in der tagungsfreien Zeit 10 (5), 80 (2)

— Zuweisung von Immunitätsangelegenheiten 80 (1)

Informations- und Kontrollrechte

— Verfahren in den Ausschüssen 34 (5)

— Verfahren in Spezialausschüssen 32a bis 32e

Initiativanträge: s. Anträge, Selbständige, von Abg., von Ausschüssen

In-Kraft-Treten 109

Internationale parlamentarische Beziehungen

— Wahrnehmung durch den Präs. 13 (6)

— Befassung der Präs. Konf. 8 (2)

Internationale parlamentarische Organisationen

— **Berichte parl. Delegationen;** geschäftsordnungsmäßige Behandlung 78

— — als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)

Interpretationen: s. *Anfragen***Kenntnisnahme**

- einer schriftlichen Anfragebeantwortung durch den NR 92 (3)

Klubs, parlamentarische

- Abwechslung zwischen Rednern verschiedener Klubs unter Bedachtnahme auf Klubstärke bei gleichzeitiger Wortmeldung 60 (3)
- Anrechnung von Verlangen auf kurze Deb. 33 (2), 43 (3) und 92 (1)
- Berücksichtigung der Klubstärke bei der Redezeit bei Verhandlungen in Angelegenheiten der EU 31c (9)
- Beschränkung der Gesamtredezeit der Abg. desselben Klubs 57 (3) bis (7)
- Gesamtredezeit in der Debatte über EU-Erklärungen 74b (4)
- Konstituierung; Mitteilung an den Präs. 7
- **Meldung von je einem Redner** nach Beschluss des Ausschusses auf Schluss der Deb. 41 (7)
- — nach Beschluss des NR auf Schluss der Deb. 56 (2)
- — für die kurze Deb. 57a (1)
- Obmänner als Mitglieder der Präs. Konf. 8 (1)
- Redezeitverkürzung ab 3. Redner pro Klub jedes Klubs 57 (2)
- Verlangen auf Vorberatung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder 28b (4)
- Verteilung der Ausschussmitglieder auf die Klubs; Veränderungen im Stärkeverhältnis 32 (1), (2)
- Vorschlag (Änderung) von EU-Themenbereichen 74b (2)

Komitee 31e (3)**Konstituierung**

- der Ausschüsse 34 (1) bis (3)
- der Klubs 7
- des NR 3 ff
- der Unterausschüsse 35 (3)

Korrekturen, stilistische

- durch die Redner an den stenographischen Aufzeichnungen über die Sitzungen des NR 52 (2)

Kostenersatz

- für Sachverständige und Auskunftspersonen 40 (3)

Kundmachung im Bundesgesetzblatt

- Beschluss des NR auf Abstandnahme bei Staatsverträgen 76 (3)

Kurze Debatte

- im Allgemeinen 57a
- über Antrag auf Einsetzung eines UA 33, 57a (1) lit. c
- über schriftliche Anfragebeantwortung 57a (1) lit. a, 92
- über Fristsetzungsantrag 43, 57a (1) lit. b
- keine in einer Fragestundensitzung 94 (5)
- Unzulässigkeit bei EU-Themen 74b (5)

Legitimationen, Amtliche

- der Abg. 1 (2)

Leitung der Verhandlungen in den Sitzungen des Nationalrates 13 (3), 15**Listen der Abgeordneten** (Mitgliederverzeichnisse)

- Herausgabe durch den Präs. 14 (7)

Losentscheid bei Stimmengleichheit bei Wahlen im Nationalrat 87 (5)**Mandatsverlust**

- Ausbleiben von den Sitzungen des NR 2 (1) Z 2
- Beschluss der Beantragung des Mandatsverlustes beim VfGH 2 (2) und (3)
- Fehlen bzw. nicht vorschriftsmäßige Angelobung 2 (1) Z 1
- durch Verlust der Wählbarkeit 2 (1) Z 3
- wegen Verzögerung des Eintrittes in den NR 2 (1) Z 2
- Vorbereitung des Antrages auf Mandatsverlust eines Abg. durch den HA 2 (2)
- bei teilweiser oder gänzlicher Wahlwiederholung nach erfolgreicher Wahlanfechtung; Zeitpunkt 2 (7)
- nach dem Unvereinbarkeitsgesetz 2 (1) Z 4 und (4)
- Zeitpunkt der Rechtswirksamkeit 2 (5) bis (7)

Mandatsverzicht 2 (8)**Medienvertreter** 28b (2), 33 (3), 98a (2)**Mehrheit, qualifizierte**

- bei Beschlüssen des NR 82 (2) Z 1, 2, 6 bis 8

Mehrheit, unbedingte

- bei Beschlüssen von Ausschüssen 41 (9)
- bei Beschlüssen des NR 82 (1)
- bei Wahlen im NR 87 (2)
- engere Wahl, wenn keine unbedingte Mehrheit erzielt wird 87(5)

Minderheitsberichte

- im Allgemeinen 42 (4) und (6)

- als Bestandteile der Verhandlungen (sachliche Immunität) 22
- Unzulässigkeit der mündlichen Berichterstattung hierüber im NR 42 (6)
- *s. auch Stellungnahmen, vom Hauptbericht abweichende persönliche*

Minderheitsrechte

- Anfechtung eines Bundesgesetzes wegen Verfassungswidrigkeit beim VfGH durch ein Drittel der Abg. 86 (1)
- **Verlangen der Antragsteller** auf Aufnahme der Vorberatung von Selbständigen Anträgen 26 (7)
- — auf Berichterstattung über einen Selbständigen Antrag von Abg. 26 (8) und (9)
- — bei Selbständigen Anträgen auf Durchführung der ersten Lesung innerhalb von drei Monaten 69 (4)
- Verlangen eines Abg. auf Ausdruck des Abstimmungsprotokolls 66 (2)
- **Verlangen von fünf Abg.** auf Durchführung einer kurzen Deb. 33 (2) (UA), 43 (3) (Fristsetzung) und 92 (1) (Be- sprechung einer Anfragebeantwortung); *s. auch 57a (allgemeine Bestimmungen)*
- — auf Durchführung einer Deb. über Erklärungen von Mitgliedern der BReg sowie Mitteilungen über die Ernennung von Mitgliedern der BReg und Staatssekretären 81
- — auf dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage an ein Mitglied der BReg 93 (1)
- — dringliche Behandlung eines Selbständigen Antrages von Abg. 74a (1)
- — auf Anberaumung einer Aktuellen Stunde 97a (1)
- — auf Deb. über die schriftliche Beantwortung einer Anfrage an Mitglieder der BReg 92
- — auf Durchführung einer geheimen Abstimmung bzw. Wahl in Wahlzellen 66 (6) und 88 (3)
- — auf Deb. über den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses 33 (2)
- — desselben Klubs auf gesonderte Einwendungsdebatte 50 (1)
- **Verlangen von 20 Abg.** auf Aufnahme des Abstimmungsverhaltens in das Sten. Prot. 66 (2)
- — auf Durchführung einer namentlichen Abstimmung 66 (4)
- — auf Sonderprüfung durch den RH 99 (2)
- — auf Genehmigung des Amtl. Prot. über Sitzungen des NR durch Verlesung 51 (6)
- — allen Abg. eines Klubs bzw. eines Drittels der Abg. auf Einberufung einer Sitzung des NR innerhalb einer Tagung 46 (6) und (7)
- **Verlangen eines Fünftels der Abg.** auf Verlegung der Abstimmung über die Einsetzung eines UA an den Beginn der nächsten Sitzung des NR 33 (2)
- — auf Vertagung der Abstimmung betr. die Auflösung des NR auf den zweitnächsten Werktag 67 (1) Z 2

- — auf Vertagung der Abstimmung über ein Misstrauensvotum 67 (1) Z 1
- — auf Abstimmung über den Ausschluss der Öffentlichkeit 47 (2)
- **Verlangen eines Viertels der Abg.** auf Erteilung eines Prüfungsauftrages iSd 99 (2) an den Ständigen Unterausschuss des RH-Ausschusses 32e (2)
- — der Mitglieder eines Unterausschusses gem. 32b, eine Sitzung einzuberufen 32d (2)
- **Verlangen eines Drittels der Abg.** auf Einberufung des NR zu einer außerordentlichen Tagung 46 (2)
- — auf Durchführung einer Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung 85
- — der Mitglieder des HA, einen Antrag auf Abhaltung einer Enquete bzw. Einsetzung einer Enquete-Kommission auf die TO der nächstfolgenden Sitzung des HA zu stellen 98 (3) und (4)
- Verlangen eines Ausschussmitgliedes, den Punkt „Ausprache über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses“ auf die TO einer Sitzung zu stellen 34 (5)
- Verlangen eines Klubs auf dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage 93 (2)
- Erstattung eines Minderheitsberichtes durch wenigstens drei Ausschussmitglieder 42 (4)
- *s. auch Verlangen*

Ministeranklage 82 (2) Z 5**Misstrauensvotum gegenüber der Bundesregierung oder einzelner ihrer Mitglieder**

- erhöhtes Anwesenheitsquorum bei Beschlussfassung 82 (2) Z 4
- Antragstellung auch im Zuge der Deb. über einen Verhandlungsgegenstand im NR 55 (1)
- Vertagung der Abstimmung hierüber 67 (1) Z 1

Mitglieder des Europäischen Parlaments

- Redezeit bei Verhandlungen in Angelegenheiten der EU 31c (9)

Mitgliederverzeichnis

- Herausgabe durch den Präs. 14 (7)

Mitteilung(en)

- des Ausschussobmannes über gestellte Abänderungs- und Zusatzanträge bei Beschluss auf Schluss der Deb. im Ausschuss 41 (8)
- einer schriftlichen Anfrage an den Befragten durch die PDion 91 (1)
- von Behörden gem. 10 (5); Zuweisung an den Immunitätsausschuss 80 (1)
- von Behörden gem. 10 (5) als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- von Behörden gem. 10 (5); Beschlussfassung in der tagungsfreien Zeit durch den Immunitätsausschuss 80 (2)
- über die Ernennung von Mitgliedern der BReg und Staatssekretären; Deb. hierüber 81; als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)

- schriftliche, an den Präs. über die Ergebnisse der Konstituierung eines Klubs 7
- des Präs. über gestellte Abänderungs- und Zusatzanträge bei Beschluss auf Schluss der Deb. im NR 56 (3)
- schriftliche, des Präs. über eingelangte Verhandlungsgegenstände und Zuweisungen 23 (4)
- über Veränderungen im Stärkeverhältnis der Klubs an den Präs. 32 (1)
- *s. auch Bekanntgabe*

Mitteilungen des Präsidenten: *s. Präsident des NR, Mitteilung, Bekanntgabe*

Mündliche Anfragen: *s. Anfragen, mündliche*

Mündliche Beantwortung: *s. Beantwortung, mündliche*

Mündliche Berichterstattung

- im NR 44 (4), 53(1)
- über die Tätigkeit eines Untersuchungsausschusses nach Fristablauf 45
- Unzulässigkeit bei Minderheitsberichten 42 (6)
- Verzicht 53 (1)

Mündliche Erklärungen der Mitglieder der Bundesregierung 19 (2), 81

Nachträgliche Stimmenabgabe

- bei Abstimmungen bzw. Wahlen, Unzulässigkeit 66 (5) bzw. 88 (2)

Namensaufruf

- der Abg. bei der Angelobung 4 (1)
- bei der namentlichen und der geheimen Abstimmung 66 (5) und (6)
- bei Wahlen 88 (2) und (3)

Namentliche Abstimmung

- im Ausschuss 41 (11); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- im NR 66 (3) bis (5), (7) und (8)
- immer Teilnahme des Präs. 68 (1)

Neugewählter Nationalrat

- Einberufung durch den BPräs. 3 (1)
- Eröffnung der ersten Sitzung und Führung des Vorsitzes durch den Präs. des früheren NR 3 (2)

Neuwahl

- **von Ausschüssen** im Allgemeinen sowie nach Veränderungen im Stärkeverhältnis der Klubs 32 (1); teilweise Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- — als Grund für das Erlöschen des Ausschussmandates 36 (2); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- der Präs. bei Erledigung ihrer Ämter 6 (2) und (3)

Nichtöffentliche Sitzungen des Nationalrates 47 (2) bis (4); s. auch *geheime Sitzungen*

Obmänner der Ausschüsse: s. *Ausschussobmänner, Unterausschussobmänner*

Obmänner der Klubs

- als Mitglieder der Präs. Konf. 8 (1)

Öffentliche Sitzungen des Nationalrates 47 (1)

Öffentlichkeit

- bei der Anhörung von Auskunftspersonen im RH-Ausschuss 79 (3)
- Ausschluss von Sitzungen des NR 47 (2) bis (4)
- Ausschluss auf Antrag in Verhandlungen des HA über Vorhaben im Rahmen der EU 31c(5)
- eingeschränkte, der Verhandlungen der Ausschüsse im allgemeinen 37
- bei Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder im Ausschuss 28b (2)
- Medienöffentlichkeit der parl. Enqueten 98a (2)
- der Sitzungen der Enquete-Kommission 98 (5)
- der Sitzungen des NR 47 (1)
- der Verhandlungen des HA über Vorhaben im Rahmen der EU 31c(5)

Ordner

- Amtsdauer 5 (3)
- Unterstützung des Präs. bei Verhandlungsleitung und Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung 17
- Wahl 5 (2)

Ordnung, Aufrechterhaltung

- während der Ausschusssitzungen 34 (4); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- in den Sitzungen des NR 13 (2) und (3), 17

Ordnungsbestimmungen 101 bis 107

Ordnungsruf

- im Ausschuss 41 (12)
- im NR 102 bis 104

Organ, weisungsfreies gem. Art. 20 Abs. 2 B-VG 20b

Parlamentarische Bundesheerkommission: s. *Bundesheerkommission, Parlamentarische*

Parlamentarische Enquete: s. *Enquete, parlamentarische*

Parlamentarische Klubs: s. *Klubs, parlamentarische*

Parlamentsdirektion

- **Aufliegen** der Amtl. Prot. der Ausschusssitzungen in der Pdion 38 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35(7)
- — der Amtl. Prot. der Sitzungen des NR in der PDion 51 (1)
- — von Petitionen und Bürgerinitiativen in der PDion 100 (5)

- — einer nicht vervielfältigten Vorlage zur Einsichtnahme in der PDion 23 (2)
- Auskunftspflicht bei Bürgerinitiativen 100d
- Ausstellung der amtl. Legitimationen für die Abg. 1 (2)
- Ernennung, Stellung, Pflichten und Rechte der Bediensteten 14 (3) und (4)
- **Führung des Amtl. Prot.** im Ausschuss durch Bedienstete der PDion 38 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- — im NR durch Bedienstete der PDion 51 (1)
- Hinterlegung der Wahlscheine in der PDion 1 (1)
- Meldung der Redner bei einem Bediensteten der PDion 60 (1)
- **Mitteilung** der eingebrachten mündlichen Anfragen an die Befragten 95 (3)
- — der schriftlichen Anfragen an die Befragten 91 (1)
- — über Immunitätsangelegenheiten an die betroffenen Abg. 80 (1)
- — an die PDion über die Verhinderung eines Abg. zur Teilnahme an den Sitzungen 11 (2)
- Überprüfung der gesetzlichen Voraussetzungen für den Erstunterzeichner bzw. die Unterstützer einer Bürgerinitiative 100 (3)
- Unterstützung bei namentlichen und geheimen Abstimmungen sowie bei Wahlen 66 (5) bis (7) bzw. 88 (3) und (4)
- Verständigung der Mitglieder der BReg über die Anberaumung einer Aktuellen Stunde 97a (2)

Parlamentsgebäude

- Ausübung des Hausrechts in den Parlamentsgebäuden durch den Präs. 14 (1)

Partei, wahlwerbende

- Recht der Abg. derselben wahlwerbenden Partei zur Klubbildung 7

Permanenterklärung

- von Ausschüssen bei Beendigung einer Tagung des NR 46 (4)

Personalangelegenheiten der Bediensteten der Parlamentsdirektion

- Präs. als oberstes Verwaltungsorgan 14 (3)

Petitionen und Bürgerinitiativen

- im Allgemeinen 100 ff
- Auskunftspflicht der PDion 100d
- keine Beilagen zu den Sten. Prot. 52 (4)
- Definitionen 100(1)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- keine sachliche Immunität 22

- Verfahren im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen 100a, 100b und 100c (1) bis (3)
- Verfahren im Plenum 100c (4)
- Vervielfältigung und Verteilung 100 (5)
- Zuweisung 100 (4)

Präsident des Nationalrates

- Absehen von der Vervielfältigung von Verhandlungsgegenständen 23 (2); von Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (5)
- Abstimmung über Auslieferungsbegehren bei nicht recht- zeitiger Ausschussberichterstattung 80 (4)
- Amtsdauer 6 (1)
- Anfragen an den Präs. 89 (1)
- Angabe, in welcher Form ein Wahlvorschlag erkenntlich zu machen ist 88(1)
- **Angelobung** der neugewählten Abg. durch den Präs. Des früheren NR 4(1)
- — der später eintretenden Abg. 4 (2)
- **Anordnung** einer namentlichen Abstimmung und Vorgehen bei derselben 66 (3)
- — der Aufnahme des Abstimmungsverhaltens in das Sten. Prot. 66 (2)
- — von Redezeitbeschränkungen 57 (2), (3) und (6)
- — der Überprüfung der gesetzlichen Voraussetzungen für die Unterstützer von Bürgerinitiativen 100 (3)
- — der Verhandlung von Teilen einer Vorlage für sich 53 (2)
- — einer Wahl mit Stimmzetteln 87 (7)
- — der Verlesung von Abänderungs- und Zusatzanträgen durch einen Schriftführer 53 (4), 72 (4)
- — der Verlesung einer schriftlichen Anfrage an die Breg oder eines ihrer Mitglieder 91 (3)
- — der Verlesung eines unselbständigen Entschließungsantrages durch einen Schriftführer 55 (3)
- Anordnungen auf Beschränkung der Redezeit 57 (2) Z 2, (3), (6) und (7)
- Aufforderung an Abg. zum Erscheinen im NR 2 (1) Z 2
- Aufruf der kurzen mündlichen Anfragen 96 (1)
- Ausfertigung und Zustellung der vom NR ausgehenden Beschlüsse auf Grund der genehmigten Amtl. Prot. 83
- kein Ausschluss von Ausschusssitzungen 37 (8)
- Ausübung des Hausrechtes in den Parlamentsgebäuden und Erlassung der Hausordnung 14 (1)

- **Bekanntgabe** in welcher Weise er die Abstimmung durchführen will 65 (6)
- — der Beschlüsse des Unvereinbarkeitsausschusses und der auf Grund dieser vom Präs. getroffenen Maßnahmen 13 (4)
- — der entschuldigten Abg. und der Vertretungen zeitweilig verhinderter Mitglieder der BReg 49 (1)
- — des Einlangens der schriftlichen Beantwortungen mündlicher Anfragen im NR 97 (3)
- — von Erkenntnissen des VfGH auf Mandatsverlust 2 (5)
- — von Verhandlungsgegenständen im NR 23 (4)
- — der Verhinderung eines Abg. zur Teilnahme an den Sitzungen 11 (3) und (4)
- — eines Verlangens auf Sonderprüfung durch den RH im NR 99 (4) und (5)
- — des Vorschlages bzw. Antrages auf Fristsetzung zur Berichterstattung eines Ausschusses 43 (1)
- Berichtigung des Amtl. Prot. 51 (2); abgekürztes Verfahren zur Genehmigung desselben 51 (6)
- Beschränkung der Redezeit in der Deb. über Anträge zur Geschäftsbehandlung 59 (3)
- **Bestimmung** der Reihenfolge bei gleichzeitiger Anmeldung
- — zweier oder mehrerer „Für“- bzw. „Gegen“-Redner 60 (3)
- — mehrerer Abg. mit Zusatzfragen 96 (3)
- — welchem Verlangen auf Aktuelle Stunde Folge gegeben wird 97a (1)
- — des Zeitpunktes von Regierungserklärungen 19 (2); der Deb. hierüber sowie über die Mitteilung von Ernennungen 81 (2)
- Beteiligung an den Abstimmungen 68 (1)
- Bezeichnung des Gegenstandes, über den abgestimmt wird 65 (2)
- Durchführung der Wahlen und Verkündung der Wahlergebnisse 88
- Einberufung der Ausschüsse zur Konstituierung 34 (1)
- Einbringung des Antrages auf Mandatsverlust beim VfGH 2 (3)
- Einladung von Sachverständigen oder anderen Auskunftspersonen zur mündlichen oder schriftlichen Äußerung vor Ausschüssen 40 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35(7)
- **Entscheidung über Einwendungen gegen** das Amtl. Prot. über eine nichtöffentliche Sitzung des NR 47 (3)
- — das Amtl. Prot. über eine öffentliche Sitzung des NR 51 (2) und (6)
- — den inhaltlichen Zusammenhang von Unselbständigen Entschließungsanträgen mit einem zur Deb. stehenden Verhandlungsgegenstand 55 (1)
- **Entscheidung** über Zulässigkeit von stilistischen Korrekturen in der Niederschrift einer Rede im NR durch den Redner im Zweifelsfall 52 (2)

- — über den Zutritt von Medienvertretern zu Untersuchungsausschüssen 33 (3); zu Enqueten 98a (2)
- Erklärung der Beendigung des Wahlvorganges 88 (4)
- **Erfassung** der Hausordnung 14 (1)
- — von Verordnungen 14 (5)
- Erlaubnis an Abg., von den Saalmikrofonen in den Bankreihen aus zu sprechen 62 (1)
- Ernennung der Bediensteten der PDion 14 (3)
- **Eröffnung** und Schließung der Sitzungen des NR 13 (3)
- — der Sitzungen des NR und Mitteilungen an diesen 49 (1)
- **Erstellung** des Arbeitsplanes für die Sitzungen des NR 13 (5)
- — des Voranschlages für den NR 14 (2)
- Erstreckung der Redezeit für eine tatsächliche Berichtigung oder die Erwiderung auf eine solche 58 (5)
- Erteilung des Schlusswortes an den BE auf dessen Verlangen 63 (3)
- Festlegung des Beginns der Fragestunde 94 (6)
- Führung des Vorsitzes, Leitung der Verhandlungen, Worterteilung und Stellung der Fragen zur Abstimmung in den Sitzungen des NR 13 (3)
- Herausgabe einer Liste der Abg. bzw. sonstiger Veröffentlichungen 14 (7) bzw. (8)
- **Mitteilung** an den NR über die gestellten Abänderungs- und Zusatzanträge im Falle eines Beschlusses auf Schluss der Deb. 56 (3)
- — an den NR über verhinderte Abg. bei Sitzungsbeginn 11(3)
- — an den NR über beabsichtigte Regierungserklärungen und Bestimmung des Zeitpunktes 19 (2)
- — an den NR über ein Verlangen auf Aufnahme der Vorberatung bzw. über die Berichterstattung an den NR über einen Selbständigen Antrag von Abg. 26 (9)
- — von Wahlvorschlägen an den NR 87 (3)
- — an den NR über die Zurückziehung von schriftlichen Anfragen an Mitglieder der BReg 91 (2)
- — an den NR über die Zurückziehung bzw. Abänderung von Regierungsvorlagen und Berichten 25
- — an den NR über die Zurückziehung von Selbständigen Anträgen von Abg. 26 (8)
- — schriftliche, über eingelangte Verhandlungsgegenstände und Zuweisungen 23 (4)
- — an den Präs. über das Erlöschen eines Ausschussmandats; Veranlassung der Nominierung eines neuen Mitgliedes 36 (3); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35(7)
- — an den RH über Beschlüsse und Verlangen auf Sonderprüfung 99 (5)

- Mitteilungen im NR 49 (1) und (2)
- Recht der Entgegennahme und Zuteilung aller an den NR gelangenden Schriftstücke 13 (6)
- Recht, Wahlen aus eigenem auf die TO zu stellen 50 (2)
- als Redner 61
- **Reihung** der mündlichen Anfragen 95 (4)
- — der Zusatzfragen von anderen Abg. als dem Fragesteller in der Fragestunde 96 (3)
- Ruf zur Sache und zur Ordnung sowie Wortentziehung 101 bis 104
- Schließung der Sitzungen des NR 13 (3)
- Stellung der Fragen zur Abstimmung 13 (3)
- Stimmenauszählung 66 (3)
- TO der nächsten Sitzung 50 (1) und (3)
- Teilnahme an den Ausschussverhandlungen mit beratender Stimme 37(1)
- **Teilung** der Deb. und Abstimmung bei Durchführung von General- und Spezialdebatte unter einem 73 (2)
- — der Spezialdebatte 72 (1)
- **Übergabe** der Ausschussberichte an den Präs. 42 (1)
- — der schriftlichen Anfragen 91 (1) und 91a (1)
- **Übermittlung** der Stellungnahmen und Beschlüsse des HA in Angelegenheiten der EU 31 d (4)
- — des Voranschlages für den NR an den BM für Finanzen 14(2)
- Umstellung bzw. Zusammenfassung von Gegenständen der TO vor Eingang in die TO 49 (4)
- **Unterbrechung** eines Redners 102 (2), 104
- — der Sitzungen des NR im Allgemeinen 13 (3)
- — einer Sitzung des NR wegen Beschlussunfähigkeit 48 (2)
- Unterfertigung des Amtl. Prot. 51 (5)
- **Unterstützung** durch die Ordner 17
- — durch die Schriftführer 16
- **Unterstützungsfrage** bei Abänderungs- und Zusatzanträgen im Falle eines Beschlusses auf Schluss der Deb. 56 (3)
- — bei Abänderungs- und Zusatzanträgen zu einem Gesetzesvorschlag 72 (3)
- — bei Abänderungs- und Zusatzanträgen zu einer Vorlage 53 (3)
- — bei Selbständigen Anträgen 26 (5)

- — bei Anträgen auf Durchführung einer Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss 84 (2)
- — bei unselbständigen Entschließungsanträgen 55 (2)
- Unterzeichnung der schriftlichen Ausfertigungen des NR 13 (7)
- **Veranlassung** auszugsweiser Darstellungen über Verhandlungen einer Ausschusssitzung 39 (2); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- — von Verlautbarungen über die Tätigkeit der Ausschüsse 39 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- **Verfahren** bei Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (3) bis (5), 100b (1) lit. c, 100b (2) Z 1, 100c (1)
- — bei der Abstimmung 65
- **Verfügung** auf Ausfertigung und Zustellung der vom NR ausgehenden Beschlüsse 83
- — über die den NR betreffenden finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlages 14 (2)
- — welche Teile eines Gesetzesvorschlages in der Spezialdebatte für sich oder vereint zur Beratung und Beschlussfassung kommen 72 (1)
- — auf Nichtentgegennahme von Wortmeldungen eines Abg. für den Rest der Sitzung 102 (3)
- **Verfügung auf Vervielfältigung und Verteilung** der Ausschussberichte 42 (1)
- — schriftlicher Beantwortungen von kurzen mündlichen Anfragen 97 (3)
- — der Minderheitsberichte bzw. der kurzen persönlichen Stellungnahme 42 (6)
- — der Note betr. Änderung oder Zurückziehung von Regierungsvorlagen sowie Berichten 25
- — von Petitionen und Bürgerinitiativen an Abg. bei Vorliegen triftiger Gründe 100 (5)
- — von eingelangten Verhandlungsgegenständen 23 (1)
- — des Schreibens betr. Zurückziehung eines Selbständigen Antrages von Abg. sowie Mitteilung an den NR 26 (8)
- Verhandlung von Teilen einer Vorlage für sich, wenn dies der Präs. bestimmt 53 (2)
- **Verkündung** des Abstimmungsergebnisses 66 (8)
- — des Einganges in das Abstimmungsverfahren nach Abschluss der Beratungen 65 (1)
- — von Tag, Stunde und TO der nächsten Sitzung bzw. schriftliche Mitteilung hierüber 50 (1)
- — des Überganges zur TO 49 (3)
- — des Wahlergebnisses 88 (6)
- Verlangen auf Ausschluss der Öffentlichkeit von einer Verhandlung des NR 47 (2)

- Verlautbarung von Tag, Stunde oder TO der nächsten Sitzung durch schriftliche Benachrichtigung an die Abg. und die Klubs bzw. durch Nachrichtenmittel 50 (3)
- Verlautbarungen über die Tätigkeit der Ausschüsse durch den Präs. 39 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- Verlegung der Abstimmung 65 (1), 74a (7)
- Verlesung des Amtl. Prot. und sofortige Entscheidung über Einwendungen 51 (6)
- **Veröffentlichungen** im Allgemeinen 14 (8)
- — über parl. Enqueten 98a (4)
- Verordnungen des Präs. 14 (5)
- Verständigung des Ausschussobmannes über Verlangen auf Aufnahme der Vorberatung bzw. auf Berichterstattung an den NR über einen Selbständigen Antrag von Abg. 26 (9)
- **Vertretung** des NR und seiner Ausschüsse nach außen 13 (6)
- — des Präs. im Falle der Verhinderung bzw. in der Vorsitzführung 15
- **oberstes Verwaltungsorgan** im Allgemeinen 14 (5)
- — in Bezug auf Personalangelegenheiten der Bediensteten der PDion 14 (3)
- **Vorschlag** auf Absetzung eines Gegenstandes bzw. Ergänzung der TO 49 (5) und (6)
- — auf Abstandnahme von der Vervielfältigung eines Ausschussberichtes oder von der 24-stündigen Auflagefrist 44 (2)
- — auf Abstimmung durch Aufstehen und Sitzenbleiben bei Vorliegen nur eines Wahlvorschlages 87 (7)
- — auf geheime Abstimmung 66 (4)
- — auf Durchführung einer Deb. über Anträge zur Geschäftsbehandlung 59 (3)
- — auf Fristsetzung zur Berichterstattung durch einen Ausschuss 43 (1)
- — auf Fristsetzung zur neuerlichen Berichterstattung durch einen Ausschuss nach Rückverweisung 54
- — auf Anwendung des verkürzten Verfahrens bei Staatsverträgen 28a
- — auf Vertagung der dritten Lesung 74 (1)
- — auf Vertagung der Verhandlungen auch während laufender Deb. 53 (7)
- — hinsichtlich der Vorsitzführung in den parl. Enqueten 98a (1)
- **Vorsitzführung** in den Ausschüssen bis zur Wahl des Obmannes 34 (3)
- — in den parl. Enqueten 98a (1)
- — in den Sitzungen des NR 13 (3)
- Vorsorge für den Stenographendienst und anfallige andere Aufnahmen von Verhandlungen 14 (6)

- Wahrnehmung internationaler parl. Beziehungen 13 (6)
- Weiterleitung des Ersuchens der Ausschüsse um Einleitung von Erhebungen an die BReg 40 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- **Wortentziehung** 101 (2), 102 (2), 104
- — bei der tatsächlichen Berichtigung 58 (4)
- **Worterteilung** im Allgemeinen 13 (3)
- — zur tatsächlichen Berichtigung 58 (1)
- — zur Geschäftsbehandlung 59 (2)
- Zurückstellung unzulässiger mündlicher Anfragen 95 (2)
- Zusammenfassung von Gegenständen der TO 49 (4)
- **Zustimmung** zu einer Sachverständigenladung, wenn damit Kosten verbunden sind 40 (1)
- — zu Besichtigungen an Ort und Stelle durch Ausschüsse 40 (4); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- **Zuweisung** der Berichte der BReg und ihrer Mitglieder 28b
- — der Berichte parl. Delegationen 78 (1)
- — der Berichte des RH und der Bundesrechnungsabschlüsse an den RH-Ausschuss 79 (2)
- — der Einsprüche des BR 77 (1)
- — von Gesetzesvorschlägen 69 (6) und (7)
- — von Immunitätsangelegenheiten an den Immunitätsausschuss 80 (1)
- — der Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (4), 100b (1) Z 1 lit. c, 100c (1)
- — von Selbständigen Anträgen von Abg., die keine Gesetzesvorschläge enthalten 75 (1)
- — der im 21 (1) aufgezählten Verhandlungsgegenstände an die Ausschüsse 13 (4)
- — von Vorlagen der BReg, die keine Gesetzesvorschläge enthalten 76(1)
- — von Vorlagen im Zusammenhang mit der Haushaltsführung des Bundes 32a (4)

Präsidenten des Nationalrates

- Amtsdauer 6 (1)
- Aufgaben und Rechte 13 bis 15
- kein Ausschluss von Ausschusssitzungen 37 (8)
- Erledigung der Ämter; Neuwahl 6 (2) und (3)
- Erstellung des Voranschlages für den NR durch den Präs. im Einvernehmen mit dem Zweiten und dem Dritten Präs. 14 (2)
- Teilnahme des vorsitzführenden Präs. an Abstimmungen 68

— Verhinderung an der Ausübung der Ämter; Wahl von drei Vorsitzenden 6 (2) bis (4)

— Wahl 5 (1); stets mit Stimmzetteln 87 (7)

Präsident des Rechnungshofes

— schriftliche Anfragen an den Präsidenten des RH 91a iVm 91

— Beiziehung von Bediensteten des RH zu den Verhandlungen des NR sowie von Ausschüssen (Unterausschüssen) 20 (2)

— Rednerplätze 62 (2)

— Teilnahme an Verhandlungen des NR sowie von Ausschüssen (Unterausschüssen) 20 (1)

— Verlangen auf Anwesenheit desselben in den Sitzungen des NR und der Ausschüsse (Unterausschüsse) 20 (4)

— Wahl auf Vorschlag des HA 29 (2) lit. g, 87 (4)

— wiederholte Wortergreifung in den Verhandlungen 20 (3), 63 (2)

— *s. auch Rechnungshof*

Präsidialkonferenz

— im Allgemeinen 8

— **Beratung** bzgl. Anwendung des Shapley'schen Verfahrens 32 (2)

— — bzgl. Aufnahme weiterer Angaben in die Liste der Abg. 14 (7)

— — über Änderungen der Bekanntgegebenen EU- Themenbereiche 74b (2)

— — über die Anzahl der Verlangen gem. § 28b (4) 8 (3)

— — über Erlassung der Hausordnung 14 (1)

— — über die Redeordnung 8 (3), 60 (8)

— — über Redezeitbeschränkungen 8 (3), 57 (2) Z 2 und (3)

— — bzgl. des Zeitpunktes der Deb. über Regierungserklärungen usw. 81 (2)

— **Rücksprache** mit deren Mitgliedern bzgl. der Reihung der mündlichen Anfragen 95 (4)

— — mit deren Mitgliedern bei beabsichtigter Absetzung von Verhandlungsgegenständen von der TO 49 (6)

— — mit deren Mitgliedern bei beabsichtigter Abstandnahme von der Vervielfältigung von Verhandlungsgegenständen 23 (2)

— — mit deren Mitgliedern über die Erstellung eines Arbeitsplanes für die Sitzungen des NR 13 (5)

— — mit den Mitgliedern bzgl. des verkürzten Verfahrens 28a

— — mit den Mitgliedern über längere Redezeiten 57 (1)

Protokolle, Amtliche: s. *Amtliche Protokolle*

Protokolle, Stenographische: s. *Stenographische Protokolle*

Qualifizierte Mehrheit

- bei Beschluss des NR auf Einberufung der Bundesversammlung gem. Art. 60 (6) B-VG durch den BK 82 (2) Z 6
- **bei Beschlüssen des NR** über Abstandnahme von der 24-stündigen Auflagefrist von Ausschussberichten 44 (2)
- — über Absetzung bzw. Ergänzung eines Verhandlungsgegenstandes von der TO 49 (4), 82 (2) Z 8
- — über die Gesamtredezeit der Abg. desselben Klubs 57 (5)
- — über Verfassungsgesetze, Verfassungsbestimmungen, Staatsverträge, durch die Verfassungsrecht geändert oder ergänzt wird, und über das GOG 82 (2) Z 1 und 2
- — auf Vertagung der Verhandlungen während laufender Deb. 53 (7)
- **über Gesetzentwurf** betr. eine der im Art. 14 (10) und im Art. 14a (8) B-VG aufgezählten Angelegenheiten sowie bei der Genehmigung des Abschlusses der die im Art. 14 (10) B-VG aufgezählten Angelegenheiten betreffenden Staatsverträge 82 (2) Z 7
- — mit dem nähere Bestimmungen über die Stimmabgabe im Ausland bei Wahlen zum NR, der Wahl des BPräs. sowie bei Volksabstimmungen getroffen werden [Art. 26 (6) B-VG], 82 (2) Z 7a

Räumung der Galerien des Sitzungssaales 13 (3)

Reassümierung

- der Beschlüsse der Ausschüsse 42 (2); des HA über Enqueten bzw. Einsetzung von Enquete-Kommissionen 98 (1)

Rechnungsabschlüsse: s. *Bundesrechnungsabschlüsse*

Rechnungshof

- schriftliche Anfragen an den Präsidenten des RH 91a iVm 91
- Beauftragung mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung 99
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung der RH-Berichte 79
- Bericht an den NR über die Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung 99 (3) und (6)
- Berichte des RH und Bundesrechnungsabschlüsse als Gegenstände der Verhandlung des NR 21 (1); Vorlagetermin beim Tätigkeitsbericht 79(1)
- Erstattung eines Vorschlages durch den HA für die Wahl des Präsidenten des RH 29 (2) lit. g
- Öffentlichkeit bei der Anhörung von Auskunftspersonen 79 (3)
- s. *auch Präsident des Rechnungshofes*

Rechnungshof berichte: s. *Berichte des Rechnungshofes*

Rechte und Aufgaben

- der Präsidenten des NR 13 bis 15

Rechte und Pflichten

- allgemeine, der Abg. 9 bis 11

Rechte und Würde des Nationalrates

- Wahrung durch den Präs. 13 (1)

Rechtswirksamkeit

- des Mandatsverlustes 2 (5)
- des Mandatsverzichtes 2 (8)

Redeordnung 60**Rederecht als Individualrecht 57****Redezeit**

- der Abgeordneten bei Verhandlungen in Angelegenheiten der EU 31c (9)
- Berücksichtigung der Mitglieder des Europäischen Parlaments bei der Redezeit bei Verhandlungen in Angelegenheiten der EU 31c (9)
- Genehmigung einer längeren Redezeit bei besonders bedeutsamen Deb. über Vorschlag des Präs. durch den NR 57 (1)
- Debatte über EU-Erklärungen 74b (4)

Redezeitbeschränkung

- im NR (allgemein) 57
- in den Ausschüssen 41 (6), 28b (3)
- in der Aktuellen Stunde 97a (6); Dauer der Aussprache 97a (5)
- **in der Deb. über** eine Anfragebeantwortung 57a (1)
- — Anträge bei der dritten Lesung 74 (3)
- — Anträge zur Geschäftsbehandlung 59 (3)
- — Dringliche Anfragen 93 (4) und (5)
- — Dringliche Anträge 74a (4) und (5)
- — Einwendungen gegen Tag, Stunde bzw. TO der nächsten Sitzung 50(1)
- — die Öffentlichkeit der Anhörung von Auskunftspersonen 79 (3)
- in der kurzen Deb. 57a (1)
- Debatte über EU-Erklärungen 74b (4)
- bei tatsächlichen Berichtigungen und Erwiderungen auf solche 58 (5)

Redezeitordnung 57**Redner**

- in der Aktuellen Stunde 97a (6)
- **nach Beschluss auf Schluss der Deb.** im Ausschuss 41 (7)
- — NR 56 (2)

- Beschränkung der Zahl der Redner 50 (1) iVm 60 (3)
- Durchsicht der Niederschrift der stenographischen Aufzeichnungen zwecks Vornahme stilistischer Korrekturen 52 (2)
- Meldung bei einem Bediensteten der PDion 60 (1)
- Präs. als Redner 61
- Redeordnung 60
- Rednerplätze 62
- **Ruf zur Sache und zur Ordnung** im Ausschuss 41 (12) iVm 101 bis 103
- — im NR 101 bis 103
- tatsächliche Berichtigungen 58
- Unterbrechung oder Wortentziehung im NR 101 (2), 102 (2) und (3), 104
- keine Unterscheidung zwischen „Für“- und „Gegen“-Rednern in der ersten Lesung eines Gesetzesvorschlags, bei einer Dringlichen Anfrage sowie in der Aktuellen Stunde 60 (4)
- Verlust des Wortes wegen Abwesenheit 60 (6)
- Wortabtretung 60 (5)
- höchstens zweimalige Wortergreifung eines Abg. innerhalb einer Deb. 63 (1)
- **Wortergreifung** in der Aktuellen Stunde 97a (6)
 - des BE bzw. des Antragstellers nach Beschluss auf Schluss der Deb. im NR 56 (4)
- **wiederholte Wortergreifung** durch die Mitglieder der BReg sowie der Staatssekretäre 19 (1)
 - — durch den Präsidenten des RH 20 (3)
 - — durch die Mitglieder der VA 20 (5)
 - — die Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission 20a (2)
- Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung 59 (2)
- gleichzeitige Wortmeldung 60 (3)
- Zurückziehung der Wortmeldung 60 (5)

Regierungserklärungen 19 (2), 81**Regierungsvorlagen**

- Änderung und Zurückziehung 25
- als Beilagen zu den Sten. Prot. 52 (4)
- Gesetzesvorschläge als Vorlagen der BReg 69 (1); erste Lesung 69 (3)
- Vervielfältigung und Verteilung 23 (1), (2)
- Vorlagen der BReg als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)

- **Zuweisung von Regierungsvorlagen**, die Gesetzesvorschläge enthalten 69 (6) und (7)
- — die keine Gesetzesvorschläge enthalten 76; s. *auch verkürztes Verfahren (28a)*

Reihenfolge

- der Abstimmungen 65
- der Redner 60 (2) und (3)
- der weiteren Zusatzfragen in der Fragestunde 96 (3)

Reihung der kurzen mündlichen Anfragen 95 (4)**Rückverweisung einer Vorlage an den Ausschuss**

- im Allgemeinen 53 (6) Z 2
- Fristsetzung im Zusammenhang mit einer Rückverweisung 54
- am Schluss der Generaldebatte 71 (1)
- in der Spezialdebatte bzw. in der gemeinsam durchgeführten General- und Spezialdebatte 72 (6) Z 2 bzw. 73 (3) Z 2

Ruf zur Ordnung

- im Ausschuss 41 (12); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- im NR 102, 103
- in einer parl. Enquete 98a (3); Anwendbarkeit auf die Enquete-Kommissionen 98 (6) iVm 41 (12)

Ruf zur Sache

- im Ausschuss 41 (12); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- im NR 101, 103 (1)
- in einer parl. Enquete 98a (3); Anwendbarkeit auf die Enquete-Kommissionen 98 (6) iVm 41 (12)

Ruhestörer

- in den Sitzungen des NR; Entfernung von den Galerien 13 (3)

Sachliche Immunität 22**Sachverständige und andere Auskunftspersonen vor Ausschüssen**

- Anwendbarkeit dieser Bestimmungen auf die Unterausschüsse 35 (7)
- Ladung 40 (1) und (2)
- Kostenersatz 40 (3)
- Öffentliche Anhörung 37 (9)

Schließung der Ausschusssitzungen

- durch den Ausschussobmann 34 (4); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)

Schließung der Sitzungen des Nationalrates durch den Präsidenten 13 (3)**Schluss der Debatte**

- Abstimmung über Entschließungsanträge nach Schluss der Deb. bei Verhandlungsgegenständen, über die keine Abstimmung stattfindet 55 (4)
- **auf Beschluss** des Ausschusses 41 (7) und (8)
- — des NR 56
- Beschluss auf Nichtenderledigung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder bis zum Schluss der Debatte 28b (4)
- **Einbringung von Abänderungs- und Zusatzanträgen bei Schluss der Deb.** im Ausschuss 41 (8)
- — im NR 56 (3)
- bei Selbständigen Anträgen; Wortergreifung durch den BE bzw. den Antragsteller bei Schluss der Deb. 56 (4)
- Wortergreifung von der Regierungsbank nach demselben 63 (3)

Schlusswort des Berichterstatters 63 (3)**Schriftführer der Ausschüsse und Unterausschüsse**

- Führung des Amtl. Prot. auf Beschluss des Ausschusses 38 (1)
- Unterfertigung der Verhandlungsschriften der Ausschüsse 38 (1); Anwendbarkeit dieser Bestimmungen auf die Unterausschüsse 35 (7)
- **Wahl** der Schriftführer der Ausschüsse 34 (2)
- — der Schriftführer der Unterausschüsse 35 (3)
- — von interimistischen Schriftführern in den Ausschüssen 34 (2); in den Unterausschüssen 35 (6)

Schriftführer des Nationalrates

- Amtsdauer 5 (3)
- Aufsicht bei Stimmenzählungen 66 (7), 88 (4)
- Berufung zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte im neugewählten NR 3 (3)
- Unterfertigung des Amtl. Prot. 51 (5)
- Unterstützung des Präs. bei Erfüllung seiner Obliegenheiten und bei der Ermittlung der Abstimmungsergebnisse 16
- Unterzeichnung der schriftlichen Ausfertigungen des NR 13 (7)
- Verlesungen im NR 53 (4), 55 (3), 72 (4)
- Wahl 5 (2)

Schriftliche Anfragen: s. Anfragen, schriftliche**Schriftstücke, die an den Nationalrat gelangen**

- Entgegennahme und Zuteilung durch den Präs. 13 (6)

Schulgesetze

- Anwesenheit der Hälfte der Abg. und Zweidrittelmehrheit bei Beschlussfassung 82 (2) Z 7

Shapley'sches Verfahren

- Verhältniszahlen 32 (2)

Sitz und Stimme im Nationalrat 9**Sitzungen der Ausschüsse:** *s. Ausschusssitzungen***Sitzungen des Nationalrates**

- im Allgemeinen 46 (5), 47 bis 52
- Absetzung eines Gegenstandes von der TO 49 (5) und (6)
- **Amtl. Prot.** 51
- — über eine nichtöffentliche Sitzung 47 (3)
- Anberaumung der Sitzungen und Bekanntgabe der TO durch den Präs. 50
- Beschlussfähigkeit 48 und 82 (1) bis (3)
- Beschränkung des Aufrufes von Dringlichen Anfragen bzw. Anträgen 57b
- **Einberufung** durch den Präs. 46 (5)
- — auf Verlangen von Abg. oder der BReg 46 (6) und (7)
- — schriftliche, der nächsten Sitzung, wenn diese nicht gem. 50 (1) verkündet wurde 50 (3)
- Ergänzung der TO 49 (5)
- Eröffnung, Unterbrechung und Schließung durch den Präs. 13 (3), 49(1)
- Erörterung von EU-Themen 74b
- Erstellung eines Arbeitsplanes 13 (5)
- Fragestundensitzungen 94 (5)
- Frist für die Behandlung von Berichten der Ausschüsse 26 (8) und (10)
- Führung des Vorsitzes, Leitung der Verhandlungen, Worterteilung und Stellung der Fragen zur Abstimmung durch den Präs. 13(3)
- neugewählter NR; Eröffnung und Vorsitzführung 3 (2)
- öffentliche und nichtöffentliche 47
- Sitzungstage 13 (5)
- Sten. Prot. über dieselben 52; bei nichtöffentlichen Sitzungen 47 (4)
- Unterbrechung wegen Beschlussunfähigkeit 48 (2)
- Verkündung von Tag, Stunde und TO der nächsten Sitzung 50(1)

Sitzungssaal des Nationalrates

- Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung 13 (2), 17

- Räumung der Galerien 3 (3)

Sonderausschuss

- Wahl eines solchen zur Vorberatung einer Vorlage 87 (1)

Sonderprüfung durch den Rechnungshof 99**Sondersitzung**

- Einberufung auf Verlangen von Abg. bzw. der BReg 46 (6), (7)

Spezialdebatte im Ausschuss 41 (3)**Spezialdebatte im Nationalrat**

- im Allgemeinen 70 (2), 71 bis 73
- Abstimmung über Eingehen in die Spezialdebatte am Schluss der Generaldebatte 71 (2)
- Beschluss des NR, welcher von mehreren Gesamtanträgen der Spezialdebatte zugrunde zu legen ist 72 (2)
- Eingehen in die Spezialdebatte auf Beschluss des NR 71 (3)
- gemeinsam mit der Generaldebatte geführte 70 (2), 73
- getrennt geführte 70 (2), 71, 72
- **Teilung** der gemeinsam geführten General- und Spezialdebatte 73 (2)
- — der getrennt geführten Spezialdebatte 72 (1)
- Verwerfung der Vorlage bei Ablehnung des Eingehens in die Spezialdebatte durch den NR 71 (3)

Spezialdebatte im Unterausschuss 35 (5) Z 3**Spezielle Transformation: s. Transformation, spezielle****Sprachliche Mängel**

- Berichtigung in der dritten Lesung 63 (3), 74 (2)

Staatssekretäre

- Deb. über deren Ernennung 81
- Mitteilungen über deren Ernennung als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)
- Teilnahme von Staatssekretären, die Abg. sind, an den Abstimmungen 68 (2)
- wiederholte Wortergreifung derselben in Debatten des NR sowie seiner Ausschüsse (Unterausschüsse) 19 (1)
- *s. auch Bundesregierung*

Staatsverträge

- vereinfachte Änderung 76 (3)
- — Vorbehalt der Genehmigung der Änderung, Antrag im Ausschuss oder Zusatzantrag in der Debatte des NR 76 (3)
- **Beschluss des NR**
- — einen Staatsvertrag oder Teile desselben nicht im BGBl, kundzumachen 76 (3)

- — auf spezielle Transformation 76 (3)
- — Vorbehalt der Genehmigung der Änderung 76 (3)
- verkürztes Verfahren 28a (1)
- Zweidrittelmehrheit für die Genehmigung, wenn die im Art. 14 (10) B-VG aufgezählten Angelegenheiten betroffen sind 82 (2) Z 7
- Zweidrittelmehrheit für die Genehmigung, wenn die vertraglichen Grundlagen der EU geändert werden 82 (2) Z 1
- Zweidrittelmehrheit für die Genehmigung von Beschlüssen des Europ. Rates über die gemeinsame Verteidigung 82 (2) Z 1

Stellungnahmen

- **persönliche**, von Bevollmächtigten von Volksbegehren 42 (1)
- — von stimmberechtigten Teilnehmern an den Ausschussverhandlungen 42 (5) und (6)
- zu EU-Themen 74b (3)
- zu Vorhaben im Rahmen der EU 29 (2) lit. b
- zum Gegenstand durch Mitglieder der BReg bei Dringlichen Anfragen 93 (4)

Stenographendienst

- auszugsweise Darstellung der Verhandlungen auf Ersuchen der Ausschussobmänner 39 (2); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse gem. 35 (7)
- Vorsorge durch den Präs. 14 (6)

Stenographische Protokolle über parlamentarische Enqueten

- im Allgemeinen 98a (4)
- als Gegenstände der Verhandlung 98a (5) und 21 (1); Vervielfältigung und Verteilung 23 (1) und (2); geschäftsordnungsmäßige Behandlung 78

Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates

- im Allgemeinen 52
- Aufnahme der Namen der Abg. bei namentlichen Abstimmungen 66 (8)
- Beilagen zu den Sten. Prot. 52 (4), (5)
- der nichtöffentlichen Sitzungen des NR 47 (4)
- Vornahme stilistischer Korrekturen durch den Redner 52 (2)

Stimmenabgabe

- durch Bejahung oder Verneinung der Frage 64 (2)
- bei namentlichen und geheimen Abstimmungen 66 (5) und (6)
- bei Wahlen 88(1) bis (3)

Stimmenthaltung

- Unzulässigkeit 68 (2)

Stimmengleichheit

- **im Ausschuss** 41 (9)
- — bei Wahlen 41 (10)
- **im NR** 64 (3)
- — bei Wahlen 87 (5)

Stimmen(aus)zählung

- bei namentlichen und geheimen Abstimmungen im NR 66 (7)
- auf Verlangen 66 (3)
- bei Wahlen im NR 88 (4)
- Unterstützung des Präs. durch die Schriftführer im NR 16

Stimmrecht

- Beteiligung des vorsitzführenden Präs. im NR an den Abstimmungen 68 (1)
- des Obmannes im Ausschuss 41 (9); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- persönliche Ausübung im NR 64 (1)

Stimmzettel

- für die namentlichen und geheimen Abstimmungen 66 (5) und (6)
- Gültigkeit bei Wahlen 87 (3), 88 (5)
- Nichtübereinstimmung der Zahl der Stimmzettel bzw. der Kuverts mit der Zahl der Stimmenden; Wiederholung der Abstimmung bzw. der Wahl 66 (7) bzw. 88 (4)
- Unzulässigkeit einer nachträglichen Abgabe derselben bei Abstimmungen bzw. Wahlen 66 (5) bzw. 88 (2)
- Verwendung bei Wahlen 87 (2) und (7)

Tagesordnung des Hauptausschusses in Angelegenheiten der EU

- Erstellung 31c (2)
- Umstellung 31c (3)

Tagesordnungen der Ausschüsse; Umstellung bzw. Zusammenfassung von Verhandlungsgegenständen durch den Obmann bzw. Absetzung oder Aufnahme von Verhandlungsgegenständen durch Beschluss 41 (2)

Tagesordnung des Nationalrates

- Absetzung eines Gegenstandes von der TO oder Verhandlung eines nicht auf der TO stehenden Gegenstandes 49 (5)
- Berichte der Ausschüsse 26 (8), 26 (10)
- Einwendungen gegen eine vom Präs. bekanntgegebene TO 50 (1) und (4)
- Recht des Präs., Wahlen auf die TO zu stellen 50 (2)
- der nächsten Sitzung, die nicht gem. 50 (1) verkündet wurde; schriftliche Benachrichtigung der Abg. und Klubs; Verlautbarung; Anschlag 50 (3)

- Übergang zur TO 53 (6), 72 (6), 73 (3)
- Umstellung bzw. Zusammenfassung von Gegenständen der TO 49 (4)
- Verkündung von Tag, Stunde und TO der nächsten Sitzung 50 (1)
- Verkündung des Überganges zur TO 49 (3)
- Verlangen auf Durchführung der ersten Lesung innerhalb von drei Monaten; Berücksichtigung bei der Erstellung 69 (4)
- Vorrang der Volksbegehren 24 (1)
- Vorschläge der Präs. Konf. zur Festlegung derselben 8 (2)
- Wahlen im NR als eigener Gegenstand derselben 87 (1)

Tagungen des Nationalrates

- außerordentliche 46 (2)
- Beendigung 46 (3)
- Eröffnung 46 (4)
- Fortsetzung der Arbeiten von Ausschüssen während der tagungsfreien Zeit 46 (4)
- ordentliche 46 (1)

Tatsächliche Berichtigungen

- im Ausschuss 41 (12)
- in einer parl. Enquete 98a (3)
- in einer Enquete-Kommission 98 (6) iVm 41 (12)
- im NR 58
- *nicht* in der Aktuellen Stunde 97a (6)
- — in der kurzen Deb. 57a (3)

Teiländerungen

- der Bundesverfassung; Volksabstimmung hierüber auf Verlangen eines Drittels der Abg. 85, 106

Teilnahme

- an den Ausschusssitzungen 37; Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7); Spezialbestimmung für den Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen 100b (2) Z 2
- an den Sitzungen der Ständigen Unterausschüsse gem. 32b, 32d (5)
- der Mitglieder der BReg, der Staatssekretäre, des Präsidenten des RH und der Mitglieder der VA an den Verhandlungen des NR und seiner Ausschüsse sowie deren Unterausschüsse 18, 20
- an einer parl. Enquete als Zuhörer analog zu den Ausschüssen 98a (2)
- bei den Verhandlungen des HA in Angelegenheiten der EU 31c (7)

- Pflicht der Ausschussmitglieder zur Teilnahme an den Sitzungen und Arbeiten des Ausschusses 36 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- der Vorsitzenden der Parlamentarische Bundesheerkommission im Ausschuss 20a (1)

Teilung der Debatte und Abstimmung

- bei Durchführung von General- und Spezialdebatte unter einem 73 (2)
- Verhandlung von Teilen einer Vorlage für sich 53 (2)

Teilung der Spezialdebatte 72 (1)

Ton- und Bildaufnahmen

- im Allgemeinen 14 (6)
- auf Beschluss bei Anhörung von Sachverständigen und Auskunftspersonen 37 (9)
- bei Verhandlungen des HA über Vorhaben im Rahmen der EU 31c (5)
- keine bei öffentlicher Anhörung von Auskunftspersonen im RH-Ausschuss 79 (3)
- Zulässigkeit bei Enderledigung im Ausschuss 28b (2)
- Zulässigkeit bei Enqueten 98

Transformation, spezielle

- bei Staatsverträgen 76 (3)

Übergang zur Tagesordnung

- Beschluss des NR auf Übergang zur TO 53 (6), 72 (6), 73 (3)
- Verkündung durch den Präs. 49 (3)

Überprüfung

- der Geschäftsführung der BReg durch den NR 90

Umstellung der Tagesordnung

- im Ausschuss 41 (2)
- im HA in Angelegenheiten der EU 31c (3)
- im NR 49 (4)

Unterausschüsse

- Anwendbarkeit der Bestimmungen für die Ausschüsse 35 (4) und (7), 35a (3)
- Berichte 35a, 41
- beratender Charakter 35 (2)
- Einsetzung 35 (1)
- Fristsetzung zur Berichterstattung 35a (3)
- Mehrheitsbeschlüsse 35 (2), 35a (2)
- Teilnahme an den Sitzungen derselben 18, 20 und 37 mit Ausnahme des (4) iVm 35 (7)
- **Verlangen auf Anwesenheit** von Mitgliedern der BReg 18 (3)

- — des Präsidenten des RH 20 (4)
- — der Mitglieder der VA 20 (5)
- Vertraulichkeit der Beratungen 35 (7)
- wiederholte Wortergreifung der Mitglieder der BReg sowie der entsendeten Staatssekretäre 19 (1)

Unterausschussobmänner

- Berichterstattung an den Ausschuss 35a (1) und (2)
- Einberufung der Sitzungen der Unterausschüsse und Verhandlungsleitung 35 (4) und (5)

Unterausschüsse, Ständige, zur Überprüfung staatspolizeilicher und nachrichtendienstlicher Maßnahmen 32b, c und d

- Teilnahme an den Sitzungen derselben 32d (5)
- Vereidigung der Mitglieder 32d (4)

Unterausschuss, Ständiger, des Budgetausschusses 32a**Unterausschüsse, Ständige, des Hauptausschusses**

- Funktionsdauer 6 (1)
- Teilnahme von Mitgliedern der BReg und von Staatssekretären an den Verhandlungen desselben 18 (1)
- Teilnahme der in Österreich gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments 31e (2) iVm 31c (7)
- Wahl 31

Unterausschuss, Ständiger, des Rechnungshofausschusses

- Anwendung der Bestimmungen über Organisation und Verfahren der Unterausschüsse sowie des 32b (2), 32e (5)

Unterbrechung

- der Ausschusssitzungen im Allgemeinen 34 (4); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- der Ausschusssitzungen bei Beschlussunfähigkeit 41 (1)
- eines Redners durch den Präs. 102 (2), 104
- einer Sitzung des NR wegen Beschlussunfähigkeit 48 (2)
- der Sitzungen des NR auf bestimmte oder unbestimmte Zeit durch den Präs. 13 (3)

Unterfertigung

- der Amtl. Prot. der Ausschüsse 38 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- der Amtl. Prot. über die Sitzungen des NR 51 (5)
- der Ausschussberichte 42 (1)
- der schriftlichen Anfragen an die BReg oder eines ihrer Mitglieder 91 (1)

- der Selbständigen Anträge von Abg. 26 (5)
- *s. auch die Verlangen im Sinne des 106*
- *s. auch Unterstützung, Unterzeichnung*

Unterfragen

- Unzulässigkeit der Teilung von mündlichen Anfragen in mehrere Unterfragen 95 (1)

Unterstützung

- **von Abänderungs- und Zusatzanträgen** im Falle eines Beschlusses auf Schluss der Deb. 56 (3)
- — im NR zu Gesetzesvorschlägen 72 (3)
- — im NR zu einzelnen Teilen einer Vorlage 53 (3)
- von Anträgen betr. Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss 84 (2)
- **Einschränkung bei Verlangen** auf Gebarungsüberprüfung durch den RH 99 (3)
- — auf kurze Deb. 33 (2), 43 (3) und 92 (1)
- der Selbständigen Anträge von Abg. 26 (4) und (5)
- von unselbständigen Entschließungsanträgen 55 (2)
- **keine** von Abänderungs- und Zusatzanträgen im Ausschuss 41 (8)
- — bei Anträgen zur Geschäftsbehandlung 59 (1)
- *s. auch Unterfertigung, Unterzeichnung*

Unterstützungsfrage: *s. Unterstützung*

Untersuchungsausschüsse

- im Allgemeinen 33
- Beendigung der Tätigkeit durch Kenntnisnahme des Berichtes 75 (4)
- Beendigung der Tätigkeit bei Fristablauf 45
- Berichte derselben; Verhandlung im NR ohne weitere Vorberatung 75 (2)
- Deb. über Antrag auf Einsetzung, Zeitpunkt 33 (2); kurze Deb. 57a (1) lit. c; keine Deb. in Fragestundensitzungen 94 (5)
- Einsetzung 33 (1)
- Verfahrensordnung 33 (3); 5. VO-UA
- Vorgangsweise bei Fristsetzung 45
- Zusammensetzung 33 (1)

Unterzeichnung

- der schriftlichen Ausfertigungen des NR durch den Präs. und einen Schriftführer 13 (7)
- von nur einem Verlangen auf dringliche Behandlung schriftlicher Anfragen innerhalb eines Jahres 93 (1)

— *s. auch Unterfertigung, Unterstützung*

Unvereinbarkeitsausschuss

— Beschlüsse desselben sowie auf Grund dieser Beschlüsse vom Präs. getroffene Maßnahmen, die dem NR zur Kenntnis zu bringen sind 13 (4)

Unvereinbarkeitsgesetz

— Mandatsverlust auf Grund desselben 2 (1) Z 4 und (4)

— Text s: S. 151

Verfassungsbestimmungen: *s. Verfassungsgesetze*

Verfassungsgerichtshof

— Anfechtung eines Bundesgesetzes oder bestimmter Stellen eines solchen wegen Verfassungswidrigkeit 86 (1), 106

— Antrag auf Mandatsverlust eines Abg. beim VfGH 2 (2)

— Anklage gegen Mitglieder der BReg wegen Gesetzesverletzung 82 (2) Z 5

— Erkenntnis auf Mandatsverlust; Rechtswirksamkeit 2 (5)

— Stattgebung einer Wahlanfechtung 2 (6)

Verfassungsgesetze

— Beschlusserfordernisse 82 (2) Z 1

— ausdrückliche Bezeichnung als solche 82 (4)

— Verfassungsbestimmungen 82 (2) Z 1

— *s. auch Bundesverfassung*

Verfassungswidrigkeit

— Anfechtung eines Bundesgesetzes oder bestimmter Stellen eines solchen wegen Verfassungswidrigkeit 86, 106

Verfolgung, behördliche, eines Abgeordneten

— allgemeine Bestimmungen 10

— **Ersuchen um Zustimmung;** geschäftsordnungsmäßige Behandlung 80

— — als Gegenstand der Verhandlung 21 (1)

Verfügung

— über die den NR betreffenden finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlags durch den Präs. 14 (2)

— Verfügungen des Präs.: *s. Präsident des Nationalrates*

Verhältniswahl

— Anwendung des Grundsatzes der Verhältniswahl bei der Wahl der Ausschüsse 29 (1), 30 (3) und (4), 31 (1), 32 (1), 32a iVm 31 (1) und 32 (1)

Verhältniszahlen nach Shapley 32 (2) Verhandlungen der Ausschüsse 41

Verhandlungen der Unterausschüsse 32d (1), 32e (5), 35 (4), (5) und (7) iVm 41 (1) und (5) bis (12)

Verhandlungen des Hauptausschusses über Vorhaben der EU (Öffentlichkeit) 31c (5)**Verhandlungsgegenstände**

- Absehen von der Vervielfältigung 23 (2)
- des NR; Aufzählung 21
- des nächst gewählten Nationalrates 21 (1a)
- Bekanntgabe in den Sitzungen des NR 23 (4)
- Erörterung von EU-Themen 21 (3)
- des HA 29 (2)
- sachliche Immunität 22
- Sten. Prot. über parl. Enqueten als Verhandlungsgegenstände; Beschlussfassung 98a (5)
- Vervielfältigung und Verteilung 23 (1) bis (3); bei Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (5)
- **Verzeichnung** der in Verhandlung genommenen Gegenstände im Amtl. Prot. 51 (4)
- — in den Sten. Prot. 52 (3)
- Vorberatung in den Ausschüssen 32 bis 41; im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen 100a, 100b, 100c (1) bis (3)
- Zuweisung 13 (4); bei Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (4)

Verhandlungsleitung: s. *Vorsitzführung*

Verhandlungsschriften der Ausschüsse (Unterausschüsse)

- s. *Amtl. Prot. über die Sitzungen der Ausschüsse*

Verhandlungssprache 105**Verhinderung**

- von Abg. 11 (2) bis (4)
- des gewählten BE für den NR 53 (1)
- des Präs.; Vertretung 15
- der gewählten Präs. an der Ausübung ihres Amtes 6 (2)

Verkündung

- des Einganges in das Abstimmungsverfahren durch den Präs. nach Abschluss der Beratungen 65 (1)
- von Tag, Stunde und TO der nächsten Sitzung durch den Präs. 50 (1)
- des Überganges zur TO durch den Präs. 49 (3)
- der Wahlergebnisse durch den Präs. 88 (6)

— s. auch *Bekanntgabe, Mitteilung*

Verkürztes Verfahren 28a, 28b

Verlangen

- **eines Abg.** auf Ausdruck des Abstimmungsprotokolls 66 (2)
- — auf Auszählung der Stimmen 66 (3)
- — auf getrennte Abstimmung über bestimmte Teile einer zur Abstimmung gestellten Frage 65 (5)
- **der Antragsteller** auf Berichterstattung über einen Selbständigen Antrag von Abg. 26 (8) und (9)
- — auf Aufnahme der Vorberatung eines Selbständigen Antrages von Abg. 26 (7) und (9)
- — auf erste Lesung von Initiativanträgen (innerhalb von drei Monaten) 69 (4)
- eines Ausschussmitgliedes, den Punkt „Aussprache über aktuelle Fragen aus dem Arbeitsbereich des Ausschusses“ auf die TO einer Sitzung zu stellen 34 (5)
- **von fünf Abg.** auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde 97a (1)
- — auf Deb. über die schriftliche Beantwortung einer Anfrage von Mitgliedern der BReg 92
- — auf Deb. über Erklärungen von Mitgliedern der BReg bzw. Mitteilungen über die Ernennung von Mitgliedern der BReg und von Staatssekretären 81
- — auf Deb. über den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses 33 (2)
- — auf dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage 93(1)
- — auf dringliche Behandlung eines Selbständigen Antrages von Abg. 74a (1)
- — auf Durchführung einer kurzen Deb. über einen Fristsetzungsantrag, Fristerstreckungsantrag bzw. eine Anfragebeantwortung 57a und b iVm 43 (3)
- — desselben Klubs auf gesonderte Einwendungsdebatten 50 (1)
- — auf Abstimmung bzw. Wahl in Wahlzellen 66 (6) bzw. 88 (3)
- — Unzulässigkeit einer kurzen Deb. bei EU-Themen 74b (5)
- **von 20 Abg.** auf Abkürzung des Verfahrens zur Genehmigung des Amtl. Prot. 51 (6)
- — auf Aufnahme des Abstimmungsverhaltens in das Sten. Prot. 66 (2)
- — bzw. allen Abg. eines Klubs auf Einberufung des NR zu einer Sitzung innerhalb einer Tagung 46 (6)
- — auf namentliche Abstimmung 66 (4)
- — den RH mit der Durchführung besonderer Akte der Gebarungsüberprüfung zu beauftragen 99 (2) bis (5)
- **eines Fünftels der Abg.** oder des Präs. auf Ausschluss der Öffentlichkeit von einer Verhandlung des NR 47 (2)
- — auf Verlegung der Abstimmung über die Einsetzung eines UA 33 (2)

- — auf Vertagung der Abstimmung über einen Gesetzesvorschlag betr. die Auflösung des NR 67 (1) Z 2
- — auf Vertagung der Abstimmung über ein Misstrauensvotum 67(1)Z 1
- eines Fünftels der Ausschussmitglieder auf namentliche Abstimmung 41 (11)
- Begehren eines Drittels der Abg. auf Aufhebung eines Bundesgesetzes oder von Teilen eines solchen wegen Verfassungswidrigkeit durch den VfGH 86 (1), 106
- eines Viertels der Abg. auf Erteilung eines Prüfungsauftrages iSd 99 (2) an den Ständigen Unterausschuss des RH- Ausschusses 32e (2)
- eines Viertels der Mitglieder eines Unterausschusses gem. 32b, eine Sitzung einzuberufen 32d (2)
- **eines Drittels der Abg.** auf Einberufung des NR zu einer außerordentlichen Tagung 46 (2), 106
- — auf Einberufung des NR zu einer Sitzung innerhalb einer Tagung 96 (7)
- — auf Durchführung einer Volksabstimmung über eine Teiländerung der Bundesverfassung 85, 106
- eines Drittels der Mitglieder des HA auf Verhandlung eines Antrages betr. Abhaltung einer Enquete bzw. Einsetzung einer Enquete-Kommission 98 (3) und (4)
- der Mehrheit der Abg. auf Durchführung einer Volksabstimmung über einen Gesetzesbeschluss 84 (1), 106
- eines Klubs auf dringliche Behandlung einer schriftlichen Anfrage 93 (2)
- der BReg auf Einberufung des NR zu einer Sitzung innerhalb einer Tagung 46 (7)
- der BReg oder des BR auf Einberufung des NR zu einer außerordentlichen Tagung 46 (2)
- **von Klubs**
- — auf Vorberatung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder 8 (3), 28b (4)
- — auf Behandlung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder in den nächstfolgenden Sitzungswochen 28b (5)
- **des NR, der Ausschüsse bzw. Unterausschüsse auf Anwesenheit** von Mitgliedern der BReg 18 (3)
- — des Präsidenten des RH bzw. der Mitglieder der VA 20 (4) und (5)
- eines Teilnehmers an den Verhandlungen auf Erteilung des Rufes zur Sache oder zur Ordnung durch den Präs. 103 (1)

Verlautbarung(en)

- von Tag, Stunde und TO der nächsten Sitzung des NR durch Nachrichtenmittel 50 (3)
- über die Tätigkeit der Ausschüsse 39 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

Verlegung

- **der Abstimmung** über Entschließungsanträge in der Deb. über eine Dringliche Anfrage 93 (6)
- — über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses 33(2)
- *s. auch Aufschiebung und Vertagung*

Verlesung

- von Abänderungs- und Zusatzanträgen im NR 53 (4), 72 (4)
- von Teilen des Amtl. Prot. durch den Präs. beim abgekürzten Verfahren für die Genehmigung desselben 51 (6)
- von mündlichen Anfragen im NR durch den Fragesteller 95 (5)
- einer schriftlichen Anfrage im NR nur auf Anordnung des Präs. 91 (3)
- eines unselbständigen Entschließungsantrages im NR 55 (3)
- Unterstützung des Präs. durch die Schriftführer bei Verlesungen im NR 16

Verletzung des Anstands oder der Würde des Nationalrates

- Ruf zur Ordnung 102, 103

Veröffentlichung(en)

- Beschlussfassung des NR auf Veröffentlichung der unter Ausschluss der Öffentlichkeit verfassten Sten. Prot. 47 (4)
- von auszugsweisen Darstellungen der Verhandlungen eines Ausschusses durch den Präs. 39 (3); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- über parl. Enqueten durch den Präs. 98a (4)
- von Communiqués der Ausschüsse 39 (1); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- durch den Präs. im Allgemeinen 14 (7) und (8)

Verordnungen

- des Präs. 14(5)
- der BReg oder eines BM im Einvernehmen mit dem HA 29 (2)

Versagung des Vertrauens gegenüber der BReg oder einzelnen ihrer Mitglieder: s. *Misstrauensvotum*

Vertagung der Abstimmung

- über die Auflösung des NR 67 (1) Z 2
- über die Versagung des Vertrauens gegenüber der BReg oder einzelnen ihrer Mitglieder 67 (1) Z 1
- neuerliche, über ein Misstrauensvotum oder über die Auflösung des NR nur durch Beschluss des NR 67 (2)
- *s. auch Verlegung*

Vertagung der dritten Lesung 74 (1)**Vertagung der Verhandlung**

- im Ausschuss 41 (12); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (4)
- **bis zur neuerlichen Berichterstattung über einen Abänderungs- oder Zusatzantrag** im NR 53 (5)
- — zu einem Gesetzesvorschlag im NR 72 (5)
- **über einen Gesetzesvorschlag** in der Generaldebatte 71 (1)
- — in der Spezialdebatte 72 (6) Z 1
- — in der gemeinsam geführten General- und Spezialdebatte 73 (3) Z 1
- **über eine Vorlage im NR** im Allgemeinen 53 (6) Z 1
- — mit Zweidrittelmehrheit auch während der Deb. 53 (7)
- bei Teilung der Deb. und Abstimmung, um eine oder mehrere Sitzungen des NR zur Verhandlung anderer Gegenstände einzuschieben 53 (8)

Verteilung: s. *Vervielfältigung und Verteilung*

Vertraulichkeit

- **der Verhandlungen** der Ausschüsse 37 (7)
- — der Unterausschüsse 35 (7)
- — des Ständigen Unterausschusses des Budgetausschusses 32a (2)
- — der Ständigen Unterausschüsse gem. 32b, 32d (4)
- — des HA in Angelegenheiten der EU 31c (4)

Vertretung(en)

- eines Ausschussmitgliedes 32 (3) und (4)
- eines Mitgliedes des HA bei der Verhandlung in Angelegenheiten der EU 31c (8)
- eines Unterausschussmitgliedes 35 (6)
- des NR und seiner Ausschüsse nach außen 13 (6)
- der Obmänner der Klubs in der Präs. Konf. 8 (1)
- des Präs. 15
- im Verfahren vor dem VfGH bei Anfechtung eines Bundesgesetzes wegen Verfassungswidrigkeit 86 (2)
- zeitweilig veränderter Mitglieder der BReg; Bekanntgabe durch den Präs. 49 (1)

Vervielfältigung und Verteilung

- der mündlichen Anfragen an Mitglieder der BReg 95 (5)
- der Ausschussberichte 42 (1), 44 (1) und (2)
- der schriftlichen Beantwortungen von mündlichen Anfragen 97 (3)

- der Minderheitsberichte und persönlichen Stellungnahmen 42 (6)
- der Note betr. Änderung oder Zurückziehung einer Regierungsvorlage (eines Berichtes) 25
- der Petitionen und Bürgerinitiativen 23 (3), 100 (5)
- des Schreibens betr. Zurückziehung eines Selbständigen Antrages von Abg. 26 (8)
- der Selbständigen Anträge von Abg. 26 (6)
- **von Verhandlungsgegenständen** im Allgemeinen 23 (1) bis (3)
- — Abstandnahme 23 (2), 52 (5), 100 (5)
- von Vorlagen, Dokumenten, Berichten, Informationen und Mitteilungen in Zusammenhang mit Art. 23c, 23e und 23f B-VG 23 (3), 31b

Verweisung

- eines im NR gestellten Abänderungs- oder Zusatzantrages an den Ausschuss 53 (5), zu einem Gesetzesvorschlag 72 (5)
- *s. auch Rückverweisung, Zuweisung*

Verzeichnis der Abgeordneten 14 (7)**Verzicht**

- eines Abg. auf die weitere Ausübung seines Mandates 2 (8)

Volksabstimmung

- Abstimmung eines Antrages auf Volksabstimmung nach der dritten Lesung 84
- Anschluss von Anträgen gem. Art. 43 B-VG an den Ausschussbericht 27 (3)
- über Gesetzesbeschlüsse auf Beschluss oder Verlangen 84, 106
- über Teiländerung der Bundesverfassung auf Verlangen 85, 106

Volksanwaltschaft

- Beiziehung von Bediensteten der VA 20 (5)
- Berichte derselben als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Berichte der VA 78
- Mitwirkung bei der Behandlung von Petitionen und Bürgerinitiativen 100b (1) Z 1 lit. b und (2) Z 1, 100c (3) Z 2
- Rednerplätze 62 (2)
- Teilnahme an Verhandlungen des NR und seiner Ausschüsse 20(5)
- Verlangen auf Anwesenheit der Mitglieder der VA in den Sitzungen des NR und der Ausschüsse (Unterausschüsse) 20 (5)
- Wahl auf Vorschlag des HA 29 (2) lit. h, 87 (4)
- Wiedereröffnung der Deb. nach Schluss der Deb. durch Wortmeldung eines Mitgliedes der VA im Ausschuss 41 (7)

- wiederholte Wortergreifung in den Verhandlungen 63 (2); s. *auch* 20 (5)

Volksbefragung

- Vorberatung durch den HA über einen Antrag auf Abhaltung einer Volksbefragung Art. 49b B-VG; 29 (2) lit. c

Volksbegehren

- Beiziehung des Bevollmächtigten zu Ausschussverhandlungen 37 (3); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)
- Durchbrechung des Diskontinuitätsprinzips 21 (1a)
- erste Lesung 69 (3) bis (6)
- Frist für die Ausschussberichterstattung 24 (2)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (1)
- als Gegenstände der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates 21 (1a)
- persönliche Stellungnahme des Bevollmächtigten; Berücksichtigung im Ausschussbericht 42 (1)
- Termin für die Aufnahme der Vorberatung 24 (2)
- Vorlage durch die Hauptwahlbehörde 69 (2)
- Vorrang vor den übrigen Verhandlungsgegenständen bei Festlegung der TO des NR 24 (1)
- Zuweisung 69 (6) und (7)

Voranschlag

- für den NR; Erstellung durch den Präs. im Einvernehmen mit dem Zweiten und dem Dritten Präs. 14 (2)
- s. *auch Bundesfinanzgesetz*

Vorberatung

- Aufnahme der Vorberatung von Selbständigen Anträgen von Abg. auf Verlangen der Antragsteller 26 (7)
- Beginn der Vorberatung von Berichten des RH 79 (3)
- Beschluss auf Vorberatung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder 28b (4)
- Bundesfinanzgesetz, Entwurf 27 (2), 32a (1)
- Bundesfinanzrahmengesetz, Entwurf 27 (2), 32a (1)
- keine bei verkürzten Verfahren 28a und 28b
- der Selbständigen Anträge von Abg.; Möglichkeit eines Vorschlages hinsichtlich der Art derselben 26 (3)
- Termin für den Beginn der Vorberatung eines Volksbegehrens 24 (2)
- Verhandlung der Berichte des HA im NR ohne weitere Vorberatung 75 (2) und (3)

- **Verhandlung von Selbständigen Anträgen von Ausschüssen**, die Gesetzesvorschläge enthalten, ohne weitere Vorberatung 70 (1)
- — die keine Gesetzesvorschläge enthalten, ohne weitere Vorberatung 75 (2)
- der Verhandlungsgegenstände in den Ausschüssen 32 bis 41
- Verlangen auf Vorberatung von Berichten der Bundesregierung und ihrer Mitglieder 28b (4)
- von Gegenständen der Verhandlung des nächst gewählten Nationalrates 21 (1a)

Vorbereitung

- eines Beschlusses des NR über einen Antrag auf Mandatsverlust durch den HA 2 (2)

Vorführung von Sachverständigen und anderen Auskunftspersonen vor die Ausschüsse 40 (2); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

Vorhaben der EU, Verhandlungen des Hauptausschusses (Öffentlichkeit) 31c (5)

Vorlagen der Bundesregierung: s. *Regierungsvorlagen*

Vorschläge

- hinsichtlich der Art der Vorberatung bei Selbständigen Anträgen von Abg. 26 (3)
- des Ausschussobmannes: s. *Ausschussobmann*
- des BE im Ausschuss über die Gliederung der Deb. 41 (3)
- des Präsidenten: s. *Präsident des Nationalrates*
- des Unterausschussobmannes über die Gliederung der Deb. 35 (5)

Vorsitzende der Parlamentarischen Bundesheerkommission 20a**Vorsitzführung**

- in den Ausschüssen 34 (3) und (4)
- in einer parl. Enquete 98a (1) und (3)
- im neugewählten NR 3 (2)
- in den Sitzungen des NR 13 (3)
- in den Unterausschüssen 35 (3) und (4)
- bei Verhinderung der gewählten Präs. an der Ausübung ihres Amtes oder bei Erledigung ihrer Ämter 6 (2) bis (4)
- Vertretung des Präs. bei derselben 15

Wahl der Ausschüsse

- im Allgemeinen 32 (1) und (2)
- Wahl des HA 29(1), 30
- Wahl des Ständigen Unterausschusses des HA 31

Wahl(en)

- geheime 87 (2)
- als Gegenstände der Verhandlung 21 (3)

- Anordnung des Präs. auf Verwendung von Stimmzetteln bei einer Wahl im NR 87 (7)
- **Anwendung der** Bestimmungen über Beschlussfassung, Stimmrechtsausübung und Stimmengleichheit in den Ausschüssen auch für die in den Ausschüssen vorzunehmenden Wahlen 41 (10)
- — 82 (1) und 87 auf Wahlen 82 (3)
- Berechtigung des Präs., Wahlen jederzeit auf die TO zu stellen 50 (2)
- Einsetzung von UA 33 (1) und (2)
- engere Wahl und Entscheidung durch das Los 87 (5)
- als Gegenstände der TO 87 (1)
- Gültigkeit der Stimmzettel 87 (3), 88 (5)
- Namensaufruf 88 (2)
- Neuwahl der Präs. bei Erledigung ihrer Ämter 6 (2)
- Stimmenabgabe 88 (1) bis (3)
- **Stimmengleichheit** bei Ausschusswahlen 41 (10)
- — bei der engeren Wahl im NR 87 (5)
- Ungültigkeit der Stimmzettel, aus denen der Wahlwille nicht eindeutig erkennbar ist 88 (5)
- Unzulässigkeit einer nachträglichen Abgabe des Stimmzettels 88 (2)
- **Einsetzung** der Ausschüsse 29 (1), 30, 32, 33, 87 (2)
- — der Unterausschüsse 35 (1)
- der ständigen Ausschüsse zur Vorberatung von Verhandlungsgegenständen 32 (1)
- eines besonderen Ausschusses zur Vorberatung einer Vorlage 69 (6), 87 (1)
- des BE für den Ausschuss 41 (3)
- des BE für den NR 42(1)
- des HA 29(1), 30
- der Präs., Schriftführer und Ordner und Geltungsdauer der Wahl 5
- der drei Präs. mittels Stimmzettel 87 (7)
- des Präsidenten des RH, der Mitglieder der VA sowie der Vorsitzenden der Parlamentarischen Bundesheerkommission gem. § 4 Wehrgesetz auf Vorschlag des HA 87 (4) sowie deren Mitglieder auf Grund eines Gesamtvorschlages des HA 29 (2) h
- der Obmänner, deren Stellvertreter und der Schriftführer der Ausschüsse 34 (2)
- der Obmänner, deren Stellvertreter und der Schriftführer der Unterausschüsse 35 (3)
- von interimistischen Schriftführern in den Ausschüssen 34 (2); in den Unterausschüssen 35 (6)

— **des Ständigen Unterausschusses des HA 31**

— — in Angelegenheiten der EU 31

— des Ständigen Unterausschusses des Budgetausschusses 32a (1) iVm 31

— des Ständigen Unterausschusses zur Überprüfung von Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Einrichtungen und ihrer Handlungsfähigkeit sowie von nachrichtendienstlichen Maßnahmen zur Sicherung der militärischen Landesverteidigung 32b (1)

— des Ständigen Unterausschusses des RH-Ausschusses 32e (1)

— von drei Vorsitzenden bei Verhinderung der gewählten Präs. 6 (2) und (3)

— in Wahlzellen 88 (3) und (4)

— zweite Wahl 87 (5)

— Wiederholung bei Nichtübereinstimmung der Zahl der Stimmzettel bzw. der Kuverts mit jener der tatsächlich Stimmenden 88 (4)

Wahlscheine der Abgeordneten

— Hinterlegung in der PDion 1 (1)

— Voraussetzung der Hinterlegung für Sitz und Stimme im NR 9

Wahlvorschläge

— des HA betreffend

— — Präsident des Rechnungshofes 29 (2) f, 87 (4)

— — Mitglieder der Volksanwaltschaft 29 (2) g, 87 (4)

— — Vorsitzende der Parlamentarischen Bundesheerkommission 87 (4)

— — Mitglieder der Parlamentarischen Bundesheerkommission 29 (2) h

— Mitteilung der schriftlich überreichten durch den Präs. 87 (3)

— für die Wahl des HA 30 (2)

Wahlzahl

— für die Zuteilung der auf jede Liste entfaltenden Anzahl von Mitgliedern des HA 30 (4)

Wahlzellen

— geheime Abstimmungen in Wahlzellen 66 (5)

— geheime Wahlen in Wahlzellen 88 (3)

Wehrgesetz

— Bundesheerkommission, Parlamentarische 20a

— Berichte gem. § 4 (5) Wehrgesetz 20a (1) u. (2)

— Wahl der Mitglieder der Parl. Bundesheerkommission, Gesamtvorschlag des Hauptausschusses 29 (2) h

- Wahl der Vorsitzenden der Parl. Bundesheerkommission auf Vorschlag des Hauptausschusses 87 (4)

Weisungsfreies Organ gem. Art. 20 Abs. 2 B-VG 20b**Widerspruch**

- gegen den Vorschlag des Präs. auf verkürztes Verfahren 28a (2)
- *s. auch Einwendungen*

Widersprüche in einem Gesetzesbeschluss

- Behebung bei der dritten Lesung 74 (2)

Wiederholung

- einer namentlichen oder geheimen Abstimmung, wenn die Zahl der abgegebenen Stimmzettel bzw. der Kuverts mit jener der tatsächlich Stimmenden nicht übereinstimmt 66 (7)
- eines Gesetzesbeschlusses, gegen den der BR Einspruch erhoben hat (Beharrungsbeschluss); qualifiziertes Anwesenheitsquorum 82 (2) Z 3
- des ursprünglichen Gesetzesbeschlusses bei Einsprüchen des BR; Verfahren 77
- **einer Wahl**, wenn keine unbedingte Stimmenmehrheit erzielt wurde 87 (5)
- — wenn die Zahl der abgegebenen Stimmzettel bzw. der Kuverts mit jener der tatsächlich Stimmenden nicht übereinstimmt 88 (4)

Wirksamkeit

- des Mandatsverlustes 2 (5)
- des Mandatsverzichtes 2 (8)

Wortabtretung an einen anderen Abgeordneten 60 (5)**Wortentziehung**

- bei der tatsächlichen Berichtigung 58 (4)
- beim Ruf zur Ordnung 102 (2) [und (3)]
- nach dem dritten Ruf zur Sache 101 (2)
- nach Unterbrechung eines Redners durch den Präs., wenn er nicht sofort innehält 104

Wortergreifung

- höchstens zweimalige, eines Abg. innerhalb einer Deb. 63 (1)
- **durch den BE** als Redner 60 (7)
- — bzw. den Antragsteller nach Annahme eines Antrages auf Schluss der Deb. 56 (4)
- **nach Beschluss auf Schluss der Deb.** in den Ausschüssen 41(7)
- — im NR 56 (4)
- durch den Erstunterzeichner eines Vorschlages zur Abhaltung einer Aktuellen Stunde 97a (6)

- wiederholte, der Mitglieder der BReg, der Staatssekretäre, des Präsidenten des RH sowie der Mitglieder der VA in den Sitzungen des NR, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse 19(1), 20 (3) und (5), 63 (2)
- Sonderbestimmung für den Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen 100b (2) Z 2

Worterteilung

- Erteilung des Schlusswortes an den BE auf dessen Verlangen 63 (3)
- **in den Sitzungen** der Ausschüsse 41 (5); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35, (4)
- — des NR 13 (3)
- in einer parl. Enquete; sinngemäße Anwendung der für den NR geltenden Bestimmungen 98a (3)
- zur Geschäftsbehandlung 59 (2)
- zur tatsächlichen Berichtigung 58 (1)

Wortmeldungen

- Dauer bei Berichten im Ausschuss 28b (3)
- zur Geschäftsbehandlung 59 (2)
- in der Aktuellen Stunde 97a (6)
- in der kurzen Deb. 57a (1)
- der Redner 60 (1) und (3)
- Verfügung des Präs. auf Nichtentgegennahme von Wortmeldungen für den Rest der Sitzung 102 (3)
- Zurückziehung 60 (5)
- *s. auch Wortergreifung*

Würde und Rechte des Nationalrates

- Wahrung durch den Präs. 13 (1)

Zeugen

- Beeidigung auf Grund eines Beschlusses des UA 33 (5)

Zurücklegung

- des Ausschussmandates 36 (2); Anwendbarkeit auf die Unterausschüsse 35 (7)

Zurücknahme

- eines an den NR erstatteten Ausschussberichtes 42 (3)

Zurückziehung

- von mündlichen Anfragen an die Mitglieder der BReg 94 (3)
- von schriftlichen Anfragen an die BReg oder eines ihrer Mitglieder 91 (2)
- von Berichten der BReg bzw. ihrer Mitglieder 25
- von Regierungsvorlagen 25

— von Selbständigen Anträgen von Abg. 26 (11)

— der Wortmeldung eines Redners 60 (5)

Zusammenfassung

— von Gegenständen der TO im NR 49 (4)

— **von Verhandlungsgegenständen** im Ausschuss 41 (2)

— — im Unterausschuss 35 (5)

Zusammensetzung der Ausschüsse

— Anwendung des d'Hondt'schen Verhältnisswahlsystems 30 (4), 31 (1), 32 (1), 32a (1)

— Anwendung der Shapley'schen Verhältniszahlen 32 (2)

— Festsetzung der Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder durch den NR 32(1) und (2)

— *s. auch Wahl der Ausschüsse*

Zusammentritt des neugewählten Nationalrates 3 (1) und (2)

Zusatzanträge: *s. Abänderungs- und Zusatzanträge*

Zusatzfragen

— zu mündlichen Anfragen 96 (3) und (4)

Zustellung

— der vom NR ausgehenden Beschlüsse 83

Zuteilung

— der an den NR gelangenden Schriftstücke durch den Präs. 13(6)

Zuweisung

— der Berichte der BReg und ihrer Mitglieder sowie der Berichte parl. Delegationen 78 (1)

— der Berichte des RH und der Bundesrechnungsabschlüsse 79 (2)

— der Einsprüche des BR 77 (1)

— eines Gesetzesvorschlages an einen anderen Ausschuss 71 (1)

— von Gesetzesvorschlägen 69 (6) und (7)

— von Immunitätsangelegenheiten 80 (1)

— von Petitionen und Bürgerinitiativen 100 (4), 100b (1) Z1 lit. c, 100c (1)

— von Selbständigen Anträgen von Abg., die keine Gesetzesvorschläge enthalten 75 (1)

— der Verhandlungsgegenstände durch den Präs. 13 (4); Mitteilung bzw. Vornahme 23 (4)

— von Vorlagen der BReg, die keine Gesetzesvorschläge enthalten 76 (1)

— von Vorlagen betr. die Haushaltsführung des Bundes 32a (4)

— keine Zuweisung beim verkürzten Verfahren 28a (1)

— *s. auch Rückverweisung, Verweisung*

Zweidrittelmehrheit

- bei Abänderung (Reassümierung) eines Beschlusses im Ausschuss, wenn die ursprüngliche Stimmenzahl nicht mehr festzustellen ist 42 (2)
- bei Abstandnahme von der 24-stündigen Auflagefrist des Ausschussberichtes im NR 44 (2), 82 (2) Z 8
- bei Änderung des GOG 82 (2) Z 2
- im Ausschuss über den Ausschluss von nicht stimmberechtigten Abg. von den Verhandlungen 37 (5)
- bei Beschluss des NR auf Einberufung der Bundesversammlung 82 (2) Z 6

— bei Beschlüssen

- — der Ausschüsse auf Absetzung eines Verhandlungsgegenstandes von der TO bzw. Verhandlung eines nicht auf der TO stehenden Gegenstandes 41 (2)
- — des NR auf Absetzung eines Gegenstandes von der TO oder bei Verhandlung eines nicht auf der TO stehenden Gegenstandes im NR 49 (5), 82 (2) Z 8
- — des NR über Verfassungsgesetze und Verfassungsbestimmungen
- — über die Genehmigung eines Staatsvertrages, wenn die vertraglichen Grundlagen der EU geändert werden 82 (2) Z 1
- — über die Genehmigung von Beschlüssen des Europ. Rates über die gemeinsame Verteidigung 82 (2) Z 1
- — über Grenzänderungen gem. Art. 3 Abs. 2 und 3 B-VG 82 (2) Z 7a
- **für die Beschränkung** der Redezeit in den Ausschüssen 41 (6)
- — der Gesamtredezeit im NR 57 (5)

— bei einem Gesetzesbeschluss des NR

- — betr. eine der im Art. 14 (10) und im Art. 14a (8) B-VG aufgezählten Angelegenheiten sowie bei der Genehmigung des Abschlusses der die im Art. 14 (10) B-VG aufgezählten Angelegenheiten betreffenden Staatsverträge 82 (2) Z 7
- — mit dem nähere Bestimmungen über die Stimmabgabe im Ausland bei Wahlen zum NR, der Wahl des BPräs. sowie bei Volksabstimmungen getroffen werden 82 (2) Z 7a
- bei der Vertagung der Verhandlungen während laufender Deb. 53 (7)

Zweiter Präsident des Nationalrates: s. Präsident(en) des Nationalrates**Zweite Lesung**

- Anträge von Abg. in zweiter Lesung auf Fassung eines Beschlusses, einen Gesetzesbeschluss der Volksabstimmung zu unterziehen 84 (2)
- von Gesetzesvorschlägen in der Regel nicht vor Ablauf der 24-stündigen Auflagefrist des Ausschussberichtes 44 (1)
- der Selbständigen Anträge auf Abänderung der GO 108
- General- und Spezialdebatte 70 (2), 71 bis 73
- über einen neuen Gesetzesvorschlag bei Einspruch des BR 77 (2)

— unmittelbar durchzuführende, von Selbständigen Ausschussanträgen auf Erlassung von Gesetzen 70 (1)

Register 2

zur Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse

Aktenvorlage 24 (3); 25 (2)

Amtsverschwiegenheit 6

Aussagepflicht 5 bis 9

- Glaubhaftmachung der Auskunftsverweigerung 9
- Unzulässigkeit der Anhörung 5
- Geistliche 5
- öffentlich Bedienstete 6
- Aussageverweigerungsgründe 7

Aussageverweigerung

- Recht zur 7
- Glaubhaftmachung 9 (1)
- von Urkundspersonen 8

Ausschluss

- von Beweismitteln 2 (2)
- der Öffentlichkeit 4 (2) und (3)

Äußerungen, schriftliche 3 (7)

Befragung 10 bis 13

- von öffentlich Bediensteten 4 (3)

Berichterstattung 26

Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse 4 (2); 7 (1) Z 5

Beugestrafe 9 (2); 21 und 22

Beweis

- durch Befragung von Auskunftspersonen 5 bis 14
- durch Sachverständige 15 bis 18

Beweisbeschluss 1 und 2

Beweismittel 2 (1) und (2)

Entlohnung von Sachverständigen 17 (4)

Fangfragen 13 (2)

Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -Übertragungen 4 (1)

Film- und Lichtbildaufnahmen 4 (1)

Gegenüberstellung von Auskunftspersonen 11 (4)

Geistliche, Unzulässigkeit der Anhörung 5

Geschäftsgeheimnis 4 (2); 7 (1) Z 5

Kostenersatz für Auskunftspersonen und Sachverständige 3 (4)

Kunst- oder Geschäftsgeheimnis 7 (1) Z 5

Ladung

- von Auskunftspersonen oder Sachverständigen 3
- Nichtbefolgung 3 (3)
- öffentlich Bedienstete 3 (5)
- Inhalt der Ladung 3 (2)

Lichtbildaufnahmen 4 (1)

Medienvertreter 4 (1)

Öffentlich Bedienstete

- Amtsverschwiegenheit 6
- Aussagepflicht 6

Öffentlichkeit von Sitzungen 4

Ordnungs- oder Beugestrafen 21 und 22

Person des Vertrauens 3 (6); 14

Protokoll

- Einwendungen 23 (4)
- Vertraulichkeit 24 (2)

Protokollierung 23

Reassümierung von Beweisbeschlüssen 2 (3)

Rechtsbelehrung

- von Auskunftspersonen 11 (1)
- von Vertrauenspersonen 12 (2)

Rechtshilfe und Aktenvorlage 25

Reihenfolge der Befragung von Auskunftspersonen und Sachverständigen 12 (1)

Sachverständige 15 bis 18

- Ablehnung 16
- Bestellung 15
- Enthebung von der Bestellung 17

— Entlohnung 17 (4)

Schriftliche Äußerungen von Auskunftspersonen und Sachverständigen 3 (7)

Suggestivfragen 13 (3)

Tonträger 23 (2)

Urkundspersonen 8

Verfahrensanwalt 19 und 20

— Aufgaben 20

— Bestellung 19

— Entgelt 19 (4)

— Rechte 20

Vertrauensperson 3 (6); 14

Vertraulichkeit 24

Vorführung von Auskunftspersonen 3 (3)

Wahrheitspflicht 10 bis 13

— Erinnerung der Auskunftspersonen, Sachverständigen und Vertrauenspersonen 12

Zeitplan für Beweisaufnahme 10

Zulässigkeit von Fragen 13

Zusammenhängende Erzählung 11 (2)

Zwangsmaßnahmen 21 und 22

Zwangsmittel 21

Register 3

zum Unvereinbarkeitsgesetz

Allgemeines Sozialversicherungsgesetz 11

Aktiengesellschaft 4 (1)

Amtsantritt 2 (2), 3 (1), 3a (1)

Amtsblatt zur Wiener Zeitung 3 (4)

Amtsführung 2 (2), 3 (3), 6a (2),

Amtstätigkeit 2 (1) (3), 4 (1)

Anrechnungsbetrag nach dem (Bundes-)bezügegesetz 13 (3)

Anzeigepflicht 2 (2), 3, 6 (2), 6a (1)

Aufsichtsrat 4 (1), 6 (4)

Aufträge 3 (1), 3 (4), (2), 10 (1)

Antrag auf Verlust des Amtes oder Mandates 10

Ausscheiden aus der Funktion 11, 13 (3)

Außerdienststellung von Mitgliedern des NR oder BR bei Entfall der Bezüge 6a (2)

Ausschuss des Landtages 2 (2), 3 (1) (3), 6a (2)

Ausübung 2 (2) (4), 6a (2), 7 (2), 10 (1), 11

Ausscheiden aus dem Amt 3a (1)

Bauern-Sozialversicherungsgesetz 11

Beamte

— im Exekutivdienst (Wachebeamte) 6a (2)

— im öffentlichen Sicherheitsdienst 6a (2)

— im militärischen Dienst 6a (2)

Bedienstete im Finanz- oder Bodenschätzungsdienst 6a (2)

Beruf 2 (1) (2) (4) (5), 11

Berufstätigkeit 2 (3)

Berufsvereinigung, freiwillige - Ausübung von Funktionen 2 (4)

Beschlussfassung des Unvereinbarkeitsausschusses 2 (2), 7

Bezügegesetz, (Bundes-) 11, 13 (3)

Beschränkungen des Unvereinbarkeitsgesetzes 1

Bund 5 (1), 11

Bundeskanzler 3 (4), *siehe Mitglieder der Bundesregierung*

Bundesminister *siehe Mitglieder der Bundesregierung*

Bundespräsident 1

Bundesrat 6 (1) (2), 6a (2), 7 (1), 10 (1) (2)

Bundesregierung 5 (1), 12

Bürgermeister (Stellvertreter)

— in Städten mit eigenem Statut 1

— von Wien 2 (1) (2), 3 (1), (2) (3), 3a (1)

Büro- oder Kanzleigemeinschaft 3 (2)

Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft 6a

Ehegatten 3 (1)

Einstellung der Ausübung des Berufes 2 (2)

Entfall der Bezüge 6a (2)

Ersatzarbeitsplatz für Mitglieder des NR oder BR 6a (2)

freiberuflich tätige Personen 3 (2) (4)

Funktionäre, öffentliche 2 (5)

Geltungsbereich des Unvereinbarkeitsgesetzes 1

Gemeindesparkassen 4 (1)

Gemeinden 2 (5), 5 (1), 11

Gemeindevertretung 8

Genehmigung 2 (2) (3) 5 (2), 10 (1)

Geschäftsführer oder Mitglied des Aufsichtsrates einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung 4 (1)

Gesellschaft 3 (1)

— mit beschränkter Haftung 4 (1)

Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz 11

gewinnsüchtige Absicht 9, 10 (2)

Hinterbliebene 11

In-Kraft-Treten 13 (1)

Interessenvertretung, gesetzliche, Ausübung von Funktionen 2 (4)

Kanzleigemeinschaft 3 (2)

Kapitalvermögen 3a (2)

Kundmachung im Amtsblatt zur Wiener Zeitung 3 (4)

Länder 2 (5), 3 (4), 5 (1), 11

Landesgesetzgebung 2 (5), 3 (1)

Landesregierung 5 (1), 11

Landesschulrates (Stadtschulrat für Wien) 2 (1), 13 (1)

Landesversicherungsanstalten 4 (1)

Landtag 2 (2), 5 (2), 8

Leitende Stellung 4 (1), 5 (1) (2), 8, 11

Liegenschaften 3a (2)

Mandatsverlust 9, 10 (2)

Missbrauch der Stellung 9, 10 (2)

Mitglieder

— des Bundesrates 1, 6 (2) (3) (4), 6a (1) (2)

— der Bundesregierung 2 (1) (2), 3 (1) (2) (3), 3a (1), 5 (2),

— der Landesregierungen 1, 2 (1) (2), 3 (1) (2) (3), 3a (1), 5 (2),

- der Landtage 1, 6a (1) (2), 8
- des Nationalrates 1, 6 (2) (3) (4), 6a (1) (2)
- des Stadtsenates 1, 3a (1), 4 (1)
- der Volksanwaltschaft 2 (1)
- des Vorstandes oder Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft 4 (1)
- des Vorstandes oder Sparkassenrates einer Sparkasse 4 (1)

Nationalrat 2 (2), 3 (1) (3) (4), 5 (2), 6 (1) (3), 6a (2), 7 (1), 10 (1) (2)

Nichtbefolgung des Beschlusses des Unvereinbarkeitsausschusses 10 (1)

Obmänner der Klubs im Nationalrat (geschäftsführenden Obmann) 2 (1)

Organe der Vollziehung 1

Offenlegung der Vermögensverhältnisse 3a

Öffentlich Bedienstete 6a (2)

Partei, (politische) 2 (4), 6 (3)

Pensionsversicherungsträger 11

Personen, in einer Büro- oder Kanzleigemeinschaft 3 (2)

Präsident

- des Landesschulrates (Stadtschulrates für Wien) 2 (1), 13 (1)
- des Landtages 3a (3), 6a (1)
- des Nationalrates 2 (1), 3a (3), 6 (2), 6a (1), 7 (1)
- des Rechnungshofes 2 (1), 3a (1) (3)

Rechnungshof 3 (1), 3a (1), 6 (4)

Richter 6a (2)

Ruhe-(Versorgungs-)Bezug 11

Sparkasse 4 (1)

Staatsanwälte 6a (2)

Staatssekretäre 1, 2 (1) (2), 3 (1) (2) (3), 3a (1), 5 (2),

Stadträte in Wien 2 (1), 3a (1)

Stadtschulrat für Wien 2 (1), 13 (1)

Stadtсенат 5 (1), 11

Überweisungsbetrag 11, 13 (3)

Unternehmen 3 (1) (4), 3a (2), 5 (1), 6 (1)

Untersagung der Ausübung der dienstlichen Aufgaben 6a (2)

Unvereinbarkeit der Beteiligung mit der Ausübung des Mandates 7 (2)

Unvereinbarkeitsausschuss 2 (2), 3 (1) (3) (4), 6 (1) (3), 6a (2), 7 (1), 10 (1) (2)

Verbot

- der Erteilung von Aufträgen 3 (1) (3), 3 (2) (4)
- einer leitenden Stellung während Amtstätigkeit 4 (1)

Verfassungsbestimmungen 2, 3, 3a, 6a (2), 10 (1) (2) (3), 13

Verfassungsgerichtshof 10 (1)

Verbindlichkeiten 3a (2)

Verlust des Amtes oder Mandates 10 (1)

Vermögen 2 (4), 3a

— Vermögensverhältnisse 3a

— Vermögenszuwächse, außergewöhnliche 3a (3)

Versicherungsanstalten auf Gegenseitigkeit 4 (1)

Vertretungskörper 6 (2), 6a (1) (2), 7 (1) (2), 10 (1), 13 (2)

Volksanwaltschaft 2 (1)

Vollziehung 12

Wahl eines Unvereinbarkeitsausschusses 6 (1),

Wiener Zeitung, Kundmachung im Amtsblatt zur 3 (4)

Zulässigkeit der Beteiligung (weiteren Ausübung) 6 (1) (3), 6a (2)

Notizen

Impressum

Medieninhaber (Verleger):

Parlamentsdirektion, A-1017 Wien – Parlament

Redaktion und Design:

Dr. Wolfgang Engeljehring

Die Gesetzestexte wurden der neuen Rechtschreibung angepasst (Stand 31.07.2006).

Coverfoto:

Sitzungssaal des Nationalrates

Foto: Johanna Fiegl

Druck:

Parlamentsdirektion/Druckerei

Alle Rechte vorbehalten.

Parlamentsdirektion © 2010

Diese Broschüre wurde auf umweltfreundliches Papier gedruckt. Es wurde ausschließlich elementar chlorfreier Zellstoff (ECF) für die Produktion der Papiere verwendet.

Weitere Exemplare können von der Homepage des Parlaments kostenlos heruntergeladen werden.

www.parlament.gv.at

